

18. Jahrgang
2/91

Vierteljahres-
zeitschrift für
Stadtgeschichte
Stadtsoziologie
und
Denkmalpflege



Adelheid
von Saldern

Die Stadt in der Zeitgeschichte

Marie-Elisabeth
Hilger

Seuchen verändern die Stadt

Winfried
Speitkamp

Denkmalpflege im Kaiserreich

Otto Borst

Historische
Stadtforschung 1980–1990

Gerhard F.
Volkmer

Zur Geschichte
der Juden in den Städten

Kohlhammer

Herausgegeben von Otto Borst



ISSN 0170-9364

Die alte Stadt. Vierteljahresschrift
für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie
und Denkmalpflege

In Verbindung mit Hans Paul Bahrtd,
Helmut Böhme, Rudolf Hillebrecht,
Eberhard Jäckel und Friedrich Mielke
herausgegeben von Otto Borst

Redaktionskollegium: Professor em. Dr. Otto Borst, Historisches Institut der Universität Stuttgart, Keplerstraße 17, 7000 Stuttgart 1 (Hauptschriftleiter) – Professor Dr. Burkhard Hofmeister, Direktor des Instituts für Geographie an der Technischen Universität Berlin, Budapester Straße 44/46, 1000 Berlin 30 – Professor Dr. Rainer Jooß, Historisches Seminar an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd, Oberbettringerstraße 200, 7070 Schwäbisch Gmünd – Professor Dr. Hermann Korte, Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum, Universitätsstraße 120, 4630 Bochum – Architekt Dipl.-Ing. Hellmut Richter, Ministerialrat im Bayerischen Staatsministerium des Innern, Oberste Baubehörde, Karl-Scharnagl-Ring 60, 8000 München 22 – Schriftleitung: Hans Schultheiß, Rotenbergstraße 5, 7000 Stuttgart 1, Tel. (0711) 282683 – Redaktionslektorat: Frauke Borst, Lipperheidestraße 27C, 8000 München 60.

Redaktionelle Zuschriften und Besprechungsexemplare werden an die Anschrift der Schriftleitung erbeten: 7300 Esslingen am Neckar, Marktplatz 16, Postfach 269, Tel. (0711) 357670.

Die Zeitschrift erscheint jährlich in Vierteljahresbänden mit einem Gesamtumfang von etwa 420 Seiten. Der Bezugspreis im Abonnement beträgt jährlich DM 124,-; Vorzugspreis für Studierende gegen jährliche Vorlage einer gültigen Studienbescheinigung DM 97,- einschließlich Versandkosten und Mehrwertsteuer; Einzelbezugspreis für den Vierteljahresband DM 32,50 einschließlich Mehrwertsteuer und zuzüglich Versandkosten ab Verlagsort. Preisänderungen vorbehalten. Abbestellungen sind nur 6 Wochen vor Jahresende möglich.

Verlag, Vertrieb und Anzeigenverwaltung: W. Kohlhammer GmbH, 7000 Stuttgart 80, Heßbrühlstraße 69, Postfach 800430, Tel. 78631. Verlagsort: Stuttgart. Gesamtherstellung: W. Kohlhammer Druckerei GmbH + Co., Stuttgart. Printed in Germany. *Die Zeitschrift* und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Alle Urheber- und Verlagsrechte sind vorbehalten. Der Rechtsschutz gilt auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Jede Verwertung bedarf der Genehmigung der W. Kohlhammer GmbH. Der Verlag erlaubt allgemein die Fotokopie zu innerbetrieblichen Zwecken, wenn dafür eine Gebühr an die VG WORT, Abt. Wissenschaft, Goethestr. 49, 8000 München 2, entrichtet wird, von der die Zahlungsweise zu erfragen ist.

Verlag W. Kohlhammer Stuttgart Berlin Köln

INHALT

ABHANDLUNGEN

- ADELHEID VON SALDERN, Die Stadt in der Zeitgeschichte. Überlegungen zur neueren Lokalgeschichtsforschung 127
- MARIE-ELISABETH HILGER, Seuchen verändern die Stadt: Soziale Ungleichheit vor Krankheit und Tod im 19. Jahrhundert 154
- WINFRIED SPEITKAMP, »Ein dauerndes und ehrenvolles Denkmal deutscher Kulturtätigkeit«. Denkmalpflege im Kaiserreich 1871–1918 173

LITERATURBERICHTE

- OTTO BORST, Historische Stadtforschung 1980–1990. Ein Literaturbericht 198
- WILHELM RIBHEGGE, Neue Übersichtlichkeit? Arbeiten zur Stadt und Regionalgeschichte 212
- GERHARD F. VOLKMER, Zur Geschichte der Juden in den Städten. Neuere Literatur 218
- NACHRUF 229

- DIE AUTOREN 231

BESPRECHUNGEN

Zeitgeschichte

- EBERHARD RÖHM / JÖRG THIEFELDER, Juden, Christen, Deutsche (Heinz Lauber) 232

Stadtbaugeschichte, Stadtplanungsgeschichte

- MICHAEL KLÄGER, Die Mainzer Stadt- und Festungserweiterung (Stefan Fisch) 233
- ROLF WITTENBROCK, Bauordnungen als Elemente der Stadtplanung im Reichsland Elsaß-Lothringen 1870–1918 (Stefan Fisch) 235

Freiraumplanung

- GERD GRÖNING / ULFERT HERLYN, Landschaftswahrnehmung und Landschaftserfahrung (Bernd Kleinhans) 236

Adelheid von Saldern

Die Stadt in der Zeitgeschichte

Überlegungen zur neueren Lokalgeschichtsforschung

1. Enthierarchisierung der Themenfelder – 2. Zeitspezifische Stadtprofile – 3. Alltagsgeschichte und Lokalgeschichte – 4. Stadtgeschichtsschreibung und Theoriebildung – 5. Makrohistorischer Kontext und interlokale Vergleiche – 6. Politik und Ökonomie im städtischen Kontext – 7. Stadt-Land-Verhältnis und demographische Strukturen – 8. Lokalgeschichtsschreibung als Teil demokratischer Kultur

Stadtgeschichte hat Konjunktur.¹ Dieser Zweig der Geschichtswissenschaft konnte sich mittlerweile voll etablieren, hat vielfach die frühere Provinzialität verloren, wird im In- und Ausland diskutiert. Dahinter steht die Erkenntnis, wie begrenzt der Aussagewert makrohistorischer Studien ist, begrenzt in zweierlei Weise: Zum einen hat sich für fast alle makrohistorischen Befunde ergeben, daß eine lokale und regionale Differenzierung unabweislich ist, weil sich unterschiedliche lokale Entwicklungen nicht in Durchschnittsaussagen zusammenfassen lassen. Ferner verbreitete sich die Erkenntnis, daß bestimmten historischen Fragenkomplexen (wie z. B. konkreten Durchsetzungsweisen und Realitätsdeutungen) im lokalen und regionalen Spektrum besser »als sonst« nachgegangen werden kann. Dies alles gilt auch und gerade für die Stadt in der Zeitgeschichte, deren Erforschung – wie Jürgen Reulecke in seiner Überblicksdarstellung gleichfalls betont, – jedoch bis auf wenige Ausnahmen bisher kein Interesse gefunden hat.² Wir wissen relativ viel über die Stadt im Mittelalter und im 19. Jahrhundert, aber wenig über die historische Stadt im 20. Jahrhundert.

Das Forschungsinteresse gerade an der jüngeren Stadtgeschichte sollte jedoch wachsen, weil die Entwicklung der Städte heute selbst an einem Punkt angelangt ist, bei der neues Handeln in Gegenwart und Zukunft verlangt wird, was ohne einen Rückblick auf die geschichtliche Entwicklung der Städte nicht möglich ist. Hartmut Häußermann und Walter Siebel nehmen das Ende des Wachstums der Durchschnittsstädte zum Anlaß für eine Bestandsanalyse, aus der sich die gegenwärtigen und zukünftigen Aufgaben erschließen lassen. Die Autoren schreiben: »Unsere Vorstellungen von Stadtleben, Stadtkultur, Stadtentwicklung und damit auch die Ziele von Stadtpolitik sind geprägt von der bürgerlichen Stadt des europäischen Mittelalters.

¹ Die vorliegenden Ausführungen stellen eine überarbeitete und erweiterte Fassung eines Aufsatzes dar, der veröffentlicht wurde in: A. von Saldern (Hrsg.), *Stadt und Moderne*. Hannover in der Weimarer Republik, Hamburg 1989. Ich danke dem Ergebnisse-Verlag für die Ermöglichung dieser Neuveröffentlichung.

² J. Reulecke, *Geschichte der Urbanisierung in Deutschland*, Frankfurt/M. 1985, S. 154.

Damals entfaltete sich Urbanität als eine besondere Lebensform – das Gegenüber von Privatheit und Öffentlichkeit – als besondere Form der Politik – die bürgerliche Demokratie – und als besondere Form der Ökonomie – der Kapitalismus. Zum anderen sind unsere Vorstellungen von Stadt geprägt von der industriellen Revolution. Seit Mitte des vorigen Jahrhunderts war Stadtentwicklung identisch mit Wachstum der Bevölkerung, der Arbeitsplätze und in deren Folge auch Wachstum der besiedelten Fläche. Urbanität als die besondere städtische Lebensform und Wachstum als das einheitliche Muster städtischer Entwicklung haben beide ihre objektive Basis verloren. Das macht differenziertere Vorstellungen von Stadtentwicklung, andere Modelle vom ›richtigen Leben‹ in der Stadt und eine andere Stadtpolitik notwendig. Die Stadtpolitik orientiert sich heute noch an der Fiktion einer sozialen, politischen und ökonomischen Einheit ›Stadt‹. Aber die Städte sind für die zunehmend international organisierte Wirtschaft fast beliebig austauschbare Standorte geworden; für die nationale Politik sind sie Mülleimer geworden, in denen Folgeprobleme, etwa Arbeitslosigkeit, abgelagert werden können. Als Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik hat die Politik der Kommunen faktisch keine Handlungsspielräume mehr, seit es ›die Stadt‹ als besondere und politische Einheit jenseits der Zufälligkeiten administrativer Gliederung und der Finanzverfassung nicht mehr gibt. Was städtische Politik heute und in Zukunft noch als ihren spezifischen und eigenen Gegenstand hat, ist die Organisation des alltäglichen Lebens ihrer Bewohner zwischen Arbeit, Freizeit, Erholung und Verkehr. Stadtpolitik ist Gestaltung des Alltagslebens von Menschen. Dazu bedarf es einer Vorstellung von städtischem Leben, einer Reformulierung von Urbanität.³ Ohne ein grundlegend gewandeltes Bild vom städtischen Leben, so die Autoren, werden die Probleme der Städte und der Menschen in den Städten sich nicht lösen lassen.⁴ Ein solches verändertes Bild vom städtischen Leben ist jedoch ohne historischen Rückgriff nicht möglich. Hier gewinnt die neue Lokalgeschichtsschreibung eine Funktion, die die Folie für kommunalpolitische Entscheidungen bilden könnte.

Der dritte Grund, weswegen die Stadtgeschichtsschreibung an Bedeutung gewinnt, liegt in der intensivierten Suche zahlreicher Menschen nach einer neuen Ortsbindung.⁵ Die Erforschung kleiner Räume unter solchem Aspekt ist ein Versuch, die Probleme, die aus den gesellschaftlichen Krisensituationen erwachsen, zu bewältigen. Stadtgeschichtsschreibung und Stadtteilgeschichtsschreibung dienen der Identitätsfindung, der Ortsanbindung. Die aus solchen Motiven entstehende Geschichtsschreibung kann verschiedene politische Ausrichtungen haben, bleibt häufig im Vorwissen-

³ H. Häußermann / W. Siebel, *Neue Urbanität*, Frankfurt 1987, S. 10f.

⁴ Ebda.

⁵ C. H. Hauptmeyer, *Heimatgeschichte heute*, in: *ders.* (Hrsg.), *Landesgeschichte heute*, Göttingen 1987, S. 80f.

schaftlichen stehen, ist nicht selten subjektiv-emotional aufgeladen, kann aber auch wissenschaftlich-analytische Studien befruchten.⁶

Im folgenden sollen einige Aspekte dargelegt werden, die für die neuere Historiographie über die zeitgeschichtliche Stadt relevant sein mögen. Es wird dabei vor allem der Zeitraum vom Ende des Ersten Weltkrieges bis zu den 50er Jahren ins Auge gefaßt. Der vorläufige Endpunkt ergibt sich aus der Tatsache, daß viele Stadtarchive ihre Aktenzugänge dreißig Jahre lang für den allgemeinen Publikumsverkehr sperren.

1. *Enthierarchisierung der Themenfelder – Ausweitung und Differenzierung der historischen Subjektgruppen*

Eine der neuen Chancen der Stadtgeschichtsschreibung liegt darin, daß sich die Themenfelder wesentlich erweitert haben. Gesundheitspolitik und Wohlfahrtspflege, Massenfreizeit- und Alltagskultur, Obdachlosigkeit und Kriminalität, Maschinenarbeit und Frauenalltag – die Liste ließe sich unschwer erweitern: Jeder dieser Bereiche ist »erforschenswert«; das Soll des klassischen Themensets ist enthierarchisiert. Hier liegen Chancen, den oft »von außen« oder von Nachbarfächern an die Lokalgeschichtsforschung herangetragenen Impulsen und Hypothesen nachzugehen und vor Ort deren Relevanz zu überprüfen. Denn erst auf diese Art erhalten die Erkenntnisse über allgemeine Entwicklungen und Strukturen konkretes Profil, wird Geschichte wieder faßbar. Freilich besteht in der Forschungspraxis die Gefahr, dabei in Vereinzlungen und detaillistischer Geschichtsschreibung stecken zu bleiben, die ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen hintan zu stellen und das Bewußtsein über Gesamtzusammenhänge zu verlieren.

Zusätzlich zu der Ausweitung der Themenbereiche kommt eine Ausweitung und Differenzierung der zu erforschenden historischen Subjektgruppen. Verallgemeinerungen über die Arbeiterklasse oder über die Bourgeoisie sind nur noch insoweit gefragt, als auch die einzelnen Gruppen und Schichten innerhalb der gesellschaftlichen (Groß-)Klassen (also z. B. einzelne Arbeitergruppen, diverse Randgruppen, verschiedene Berufsgruppen) sowie die neuen und alten Mittelschichten als historische Subjekte begriffen werden. Soziale Gruppen in ihrem lokalen Kontext gesehen bekom-

⁶ Zum Beispiel M. Grüttner, *Soziale Hygiene und Soziale Kontrolle. Die Sanierung der Hamburger Gängeviertel 1892–1936*, in: A. Herzig / D. Langewiesche / A. Sywottek, *Arbeiter in Hamburg. Unterschichten, Arbeiter und Arbeiterbewegung seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert*, Hamburg 1983; A. P. McElligott, »Das Abruzzenviertel«. *Arbeiter in Altona 1918–1932*, in: A. Herzig u. a., ebda; *Berliner Geschichtswerkstatt* (Hrsg.), »Das war 'ne ganz geschlossene Gesellschaft hier«. *Der Lindenhof. Eine Genossenschafts-Siedlung in der Großstadt*, Berlin 1987; *Berliner Geschichtswerkstatt* (Hrsg.), *Die Rote Insel Berlin-Schöneberg. Bruchstücke zu einer Stadtgeschichte*, Berlin 1987, M. Gailus, (Hrsg.), *Pöbelxexesse und Volkstumulte in Berlin. Zur Sozialgeschichte der Straße (1830–1930)*, Berlin 1984.

men im übrigen auch eine größere Relevanz als bisher, entsprechend gleichläufigen Tendenzen in der Soziologie. Die allgemeinen Erkenntnisse über gesellschaftliche Großklassen können so an Genauigkeit und Differenziertheit gewinnen. Dabei stößt man auf Fragen von Kontinuität und Wandel der Klassengesellschaft. In der Stadt um 1920 war diese noch relativ leicht ausfindig zu machen – ungeachtet der schon damals zunehmenden sozialen Differenzierungen. Die heute in den Sozialwissenschaften erhobene Forderung nach Studien über soziale Milieus, die die traditionellen klassenorientierten, aber auch die schichtbezogenen Studien abzulösen beginnen,⁷ können wichtige Anstöße auch für die Erforschung der Milieus in den Städten des frühen 20. Jahrhunderts geben, wenngleich damals die sozialen Milieus vielfach noch direkt mit der Struktur der Klassengesellschaft (häufig über die sozioräumliche Segregation) verbunden waren. So überschrieb beispielsweise der Historiker Jürgen Kocka 1973 sein Buch, das allerdings nicht auf einzelne Städte bezogen ist, mit dem kennzeichnenden Titel »Klassengesellschaft im Krieg«.⁸

Ferner ist die Rekonstruktion städtischer Mentalitäten im historischen Kontext gefragt. Dazu gehört die Veränderung der Wahrnehmungsweisen und Deutungsmuster.⁹ Allerdings geht auch dieses nicht ohne klassen-, schichten- und gruppenspezifische mentalitätsbezogene Differenzierung. Ist es schon für die vorindustrielle Zeit fragwürdig, einzelne Forschungsergebnisse über Mentalitäten zu verallgemeinern, so gilt dies erst recht für das 20. Jahrhundert. Der vielfach gerade für das 20. Jahrhundert verwendete Begriff der »Masse« (Massenkultur, Massengesellschaft) verdeckt zu Unrecht die gruppenspezifischen mentalitätsbezogenen Antworten auf die kulturellen Angebote und Verhaltenszumutungen, verschleiert die hierbei erfolgten Brechungen, Umdeutungen und Kontextwechsel, weswegen auch der viel zu grobe und meist nur an Erscheinungsformen orientierte Begriff der »Verbürgerlichung« (der Arbeiterschaft) nicht greift. Gerade ins Detail gehende lokalgeschichtliche Studien ermöglichen den unentbehrlichen Rekurs auf klassen-, aber auch auf gruppenspezifische soziokulturelle Kontexte, innerhalb derer sich die oft eigensinnigen Aneignungsweisen abspielten, sei es im Betrieb, im Quartier oder im Sportstadion.

Bei dieser Gelegenheit sei auf einige der zeitgenössischen Berichte und Untersuchungen hingewiesen, so für die 1920er Jahre auf Dehns Großstadtjugend und die umfassenden Berichte der Textilarbeiterinnen, so für die 50er Jahre auf die soziologische

⁷ U. Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt 1986; R. Roth, Die Gesellschaft im Umbruch: alte und neue Ungleichheiten und Konflikte. Zum Stand der sozialwissenschaftlichen Ungleichheitsdiskussion, in: Sozialwiss. Informationen f. Unterricht u. Studium (Sowi) 16 (1987), H. 4.

⁸ J. Kocka, Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914–1918, Göttingen 1973.

⁹ Zu der Veränderung der Wahrnehmungsweise siehe S. Hauser, Der Blick auf die Stadt. Semiotische Untersuchungen zur literarischen Wahrnehmung bis 1910, Berlin 1990, und Th. Kleinspehn, Der flüchtige Blick. Sehen und Identität in der Kultur der Neuzeit, Reinbek bei Hamburg 1989.

Standortbestimmung der Großstadtforschung von Elisabeth Pfeil oder auf die Analyse des Sozialwandels in Euskirchen, wie sie 1958 Renate Mayntz vorgelegt hat.¹⁰

Die stadtgeschichtliche Forschung hat seit den 70er Jahren durch viele Studien zu den bis dahin vernachlässigten lokalen Arbeiterorganisationen sehr gewonnen.¹¹ In der DDR wurde sogar die neuere Stadtgeschichtsschreibung »nahezu mit der Erforschung der örtlichen Arbeiterbewegung« gleichgesetzt. »Die vom Regime verordnete Apologetik der Partei- und Staatspolitik kulminierte«, so formulierte dies kürzlich Helga Schulz von der Akademie der Wissenschaften in Berlin, »im Bereich der Stadtgeschichte der DDR, wo sich fast ausschließlich Legendenbildungen, nur selten empirisch begründete Untersuchungen, auffinden lassen.«¹²

Nachdem seit den 70er Jahren auf dem Gebiet der lokalen (häufig klassenorientierten) Arbeitergeschichtsschreibung viel aufgeholt wurde, stehen heute nicht mehr nur die organisierten Arbeiter im Blickfeld der Forschung, sondern ebenso die Unorganisierten, jene, die »nur« ihrer Arbeit nachgingen und ansonsten mehr oder weniger »privat« lebten. Doch auch sie dürfen nicht als eine einheitliche Gruppe angesehen werden, unterschieden sie sich doch voneinander – man denke nur an die Auswirkungen durch die unterschiedliche Qualität des Arbeitsplatzes, der Lohnhöhe, der Familien- und Wohnverhältnisse, sowie der unterschiedlichen kulturellen Einbindungen, Lebenserwartungen und Zukunftshoffnungen.

Bei dem nun vorhandenen Interesse gegenüber jeder Gruppe ist es auch kein Zufall, daß die sogenannten »Ausgegrenzten« und »Nichtangepaßten« mehr als früher ins Blickfeld kommen: Obdachlose und Arme, Kriminelle und Prostituierte.

Ein eigenes schwergewichtiges Kapitel der Stadtgeschichte stellt das Schicksal der jüdischen Einwohnerschaft dar, insbesondere der Prozeß ihrer Aussonderung und Iso-

¹⁰ R. Dinse, Das Freizeitleben der Großstadtjugend. 5000 Jungen und Mädchen berichten, Berlin 1932; G. Dehn, Proletarische Jugend. Lebensgestaltung und Gedankenwelt der großstädtischen Proletarierjugend, Berlin 1929; Mein Arbeitstag – Mein Wochenende. 150 Berichte von Textilarbeiterinnen. Gesammelt und herausgegeben vom Deutschen Textilarbeiterverband, Berlin 1930; E. Pfeil, Großstadtforschung, Entwicklung und derzeitiger Stand, 1950; R. Mayntz, Soziale Schichtung und sozialer Wandel in einer Industriegemeinde. Eine soziologische Untersuchung der Stadt Euskirchen, Stuttgart 1958; vgl. auch die zeitgenössische Untersuchung von H. Bausinger / M. Braun / H. Schwerdt, Neue Siedlungen, Stuttgart 1959.

¹¹ Für die Revolutionszeit z. B. R. Rürup (Hrsg.), Arbeiter- und Sozialräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, Wuppertal 1975; für die 20er Jahre z. B. V. Wünderlich, Arbeiterbewegung und Selbstverwaltung. KPD und Kommunalpolitik in der Weimarer Republik. Mit dem Beispiel Solingen, Wuppertal 1980; für die Zeit des Dritten Reiches z. B. H.-J. Steinberg, Widerstand und Verfolgung in Essen 1933–1945, Bonn-Bad Godesberg² 1973; I. Maršolek / R. Ott, Bremen im Dritten Reich. Anpassung – Widerstand – Verfolgung, Bremen 1986; für die Zeit nach 1945 z. B. P. Brandt, Antifaschismus und Arbeiterbewegung. Aufbau, Ausprägung und Politik in Bremen 1945–1946, Hamburg 1976.

¹² H. Schulz in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz für die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (künftig: IWK) 26 (1990), H. 2, S. 397; vgl. auch dies., Moderne Stadtgeschichte in der DDR, in: Informationen zur modernen Stadtgeschichte (künftig: IMS), 1990, H. 2.

lierung.¹³ Auch ist auf die Häftlinge zu verweisen, die in zum Stadtgebiet gehörenden KZ-Außenlagern lebten, ferner auf die verschiedenen Fremdarbeitergruppen, die während des Krieges in deutschen Fabriken arbeiteten und in stadtnahen Lagern wohnten.¹⁴

Früher oder später wird auch der Blick auf die bislang noch weitgehend vernachlässigten Kleinbürger und deren Familien fallen müssen, so auch auf den sogenannten alten Mittelstand, also die kleinen Handwerker¹⁵ und Einzelhändler. Bei den Handwerkern und ihren Organisationen ist u. a. der Frage nachzugehen, wie leistungsbereit diese waren und ob die immer wieder in der Literatur zu lesende Behauptung stimmt, daß diese Schichten letztlich erst in der Bundesrepublik das Industriesystem akzeptiert hätten, vorher jedoch vielfach antiindustriell und vormodern eingestellt gewesen seien.¹⁶ Nur vor Ort sind solche Fragen zu beantworten, wobei der Bogen weit gespannt sein müßte, von der Familie über die Vereine und Berufsverbände zur Betriebsökonomie und zur Politik. Entsprechende lokalhistorische Arbeiten fehlen für alle hier zur Diskussion stehenden Phasen, selbst für das Dritte Reich.

Wer sich den zahlreichen neuen weiblichen und männlichen Angestellten widmet, sieht sich zum einen auf die vielen »kleinen Ladenmädchen« verwiesen,¹⁷ zum anderen auf die sich immer stärker ausdifferenzierenden zahlreichen anderen Angestelltengruppen in Produktion und Distribution. Wie wichtig solche lokalgeschichtlichen Arbeiten über Angestelltengruppen sind, wissen besonders jene, die sich mit der bisherigen Forschungssituation zu diesem Themenbereich bereits auseinandergesetzt haben. So gelten z. B. die neuen Angestellten in der Kritischen Sozialgeschichtsschreibung¹⁸

¹³ Vgl. z. B. M. Buchholz, Die hannoverschen Judenhäuser. Zur Situation der Juden in der Zeit der Ghettoisierung und Verfolgung 1941 bis 1945, Hildesheim 1987.

¹⁴ Dazu z. B. R. Fröbe u. a., Konzentrationslager in Hannover. KZ-Arbeit und Rüstungsindustrie in der Spätphase des Zweiten Weltkriegs, 2 Bde., Hildesheim 1985; J. Maršolek / R. Ott (s. A 11); U. Herbert, Fremdarbeiter. Politik und Praxis des »Ausländereinsatzes« in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Bonn 1985.

¹⁵ Vgl. E. Domurad, The Politics of Corporation: Hamburg Handicraft in the Late Weimar Republic, 1927–1933, in: R. J. Bessel / E. J. Feuchtwanger, Social Change and Political Development in Weimar Germany, London 1981; H.-G. Haupt (Hrsg.), »Bourgeois und Volk zugleich«? Geschichte des Kleinbürgertums im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt, New York 1978.

¹⁶ A. von Saldern, Mittelstand im »Dritten Reich« Handwerker – Einzelhändler – Bauern, Frankfurt 1979; vgl. auch R. G. Moeller, Peasants and Tariffs in the Kaiserreich: How backward were the Bauern? in: Agricultural History, vol. 55, 1981; ders., Zur Ökonomie des Agrarsektors in den Provinzen Rheinland und Westfalen 1896–1933, in: K. Düwell / W. Köllmann (Hrsg.), Von der Reichsgründung bis zur Weimarer Republik, Wuppertal 1984.

¹⁷ S. Kracauer, Die kleinen Ladenmädchen gehen ins Kino, in: ders., Das Ornament der Masse, Frankfurt a. M. 1963, S. 279 (Erstveröff. in: Frankfurter Zeitung März 1928).

¹⁸ J. Kocka, Angestellte zwischen Faschismus und Demokratie: Zur politischen Sozialgeschichte der Angestellten, Göttingen 1977; ders., Die Angestellten in der deutschen Geschichte. Vom Privatbeamten zum angestellten Arbeitnehmer, Göttingen 1973; M. Prinz, Vom neuen Mittelstand zum Volksgenossen. Die Entwicklung des sozialen Status der Angestellten von der Weimarer Republik bis zum Ende der NS-Zeit, München 1986.

als eine soziale Gruppe, die in Deutschland eine vormoderne und vorindustrielle Mentalität und politische Kultur entwickelt hätte. Dem stehen andere Studien und Überlegungen gegenüber,¹⁹ in denen Angestellte primär als solche Gruppen betrachtet werden, die sich dem »modern way of life« der 20er Jahre besonders aufgeschlossen zeigten.²⁰ In Anbetracht eines solchen anscheinend auseinanderfallenden Forschungsbefundes haben gerade historische Lokalstudien die Aufgabe, die einzelnen Angestelltengruppen in ihrer Arbeits- und Lebenswelt einerseits und hinsichtlich ihrer Verbands- und Parteienorientierung andererseits zu analysieren – wobei die Vorstellung, die Angestellten seien vormodern eingestellt gewesen, fallengelassen werden muß.

Es wäre auch ein Irrtum, anzunehmen, wir wüßten ausreichend viel über das Bürgertum bzw. die einzelnen bürgerlichen Schichten und Gruppen. Von der Auflösung des Bürgertums seit dem späten 19. Jahrhundert spricht Hans Mommsen.²¹ Zu solchen Einschätzungen kommt leicht, wer Modelle oder eine idealtypische Vorstellung über das Bürgertum des 19. Jahrhunderts zum Maßstab nimmt. Aber das Bürgertum ist ja auch im 20. Jahrhundert nicht verschwunden, sondern es unterlag Veränderungen, Ausweitungen und Ausdifferenzierungen, sowohl im Hinblick auf die ökonomische Situation als auch was Lebensstile und Kulturmuster anbelangt. Diese Ausdifferenzierungen hingen zum einen mit entsprechenden Veränderungen im Produktions- und Distributionsbereich zusammen (man denke nur an die Vielfalt der gehobenen Angestelltenschaft), zum anderen mit der neuen Massenkultur und dem Freizeitkommerz. Gerade im kulturellen Bereich kam es zu starken innerbürgerlichen Konfrontationen, ging es doch um nichts Geringeres als um die Suche nach einer den neuen Gegebenheiten Rechnung tragenden Neulegitimation bürgerlicher Kulturhegemonie und bei vielen Kulturkonservativen darüberhinaus um den Versuch, den vermeintlichen Kulturverfall aufzuhalten oder zumindest hinauszuzögern. Wer gerne Jazz hörte, die Stadiontribünen aufsuchte und sich im Kino vergnügte, suchte andere

¹⁹ R. Spree, Angestellte als Modernisierungsagenten. Indikatoren und Thesen zum reproduktiven Verhalten von Angestellten im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert, in: J. Kocka, Angestellte im europäischen Vergleich. Die Herausbildung angestellter Mittelschichten seit dem späten 19. Jahrhundert, Göttingen 1981; S. J. Coyner, Class Consciousness and Consumption. The New Middle Class during the Weimar Republic, in: Social History 10, 1977.

²⁰ Vgl. z. B. A. von Saldern, Lebensbedingungen und Lebenschancen in den Neubauvierteln, in: U. Herlyn / A. von Saldern / W. Tessin, Neubausiedlungen der 20er und 60er Jahre, Frankfurt a. M. 1987, S. 51ff.; dies., Neues Wohnen. Wohnverhältnisse und Wohnverhalten in Großanlagen der 20er Jahre, in: A. Schildt / A. Sywottek (Hrsg.), Massenwohnung und Eigenheim. Wohnungsbau und Wohnen in der Großstadt seit dem Ersten Weltkrieg, Frankfurt a. M. / New York 1988, S. 102ff. Der Sammelband gibt einen guten Überblick über die neueren Forschungen auf dem Gebiet städtischen Wohnens im 20. Jahrhundert.

²¹ H. Mommsen, Die Auflösung des Bürgertums seit dem späten 19. Jahrhundert, in: J. Kocka (Hrsg.), Bürger und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert, Göttingen 1987. Allerdings überzeugt Mommsen nicht mit seiner Beweisführung. Unter sozialgeschichtlichem Aspekt überbewertet er die Bildung von nicht-vereinsmäßig organisierten Clubs, Ringen etc. im soziokulturellen Gesamtumfeld städtischen Bürgertums.

Räume auf und pflegte einen anderen Lebensstil als diejenigen, die von all dem neuen »Seichten« nichts hielten und sich mit Massenkultur nur zu dem Zwecke befaßten, diese einzuschränken oder zumindest zu »veredeln«. Über Lokalgeschichtsschreibung ist es möglich, solche unterschiedlichen bürgerlichen Gruppierungen, ihre diversen Lebensformen und Einflußmöglichkeiten zu rekonstruieren. Hier steht die Stadtgeschichtsschreibung erst in ihren Anfängen.

Neuere Stadtgeschichtsschreibung »läuft« aber auch nicht, ohne daß geschlechtsspezifischen Fragestellungen nachgegangen wird. Hier hat die Frauengeschichtsschreibung in den letzten Jahren kräftig das nachzuholen versucht, was über viele Jahrzehnte hin versäumt wurde. Zwar beschränkte sich die Frauengeschichtsschreibung nie auf lokale Historiographie, doch gehört das Aufspüren einzelner Frauengruppen in der Geschichte der modernen Stadt durchaus zu ihren wichtigen Aufgaben. Nur über lokale Analysen kann beispielsweise die Bedeutung der Frauen als Arbeitskräfte-reservoir vor allem in Kriegs- und Notzeiten rekonstruiert werden, ebenso bietet die Lokalgeschichte die Möglichkeit, den Alltagsveränderungen nachzuspüren, die durch die Zunahme weiblicher Erwerbstätigkeit eingetreten sind. Insbesondere ist dabei den Leistungen der Frauen im sozialfürsorglichen Bereich nachzugehen,²² ihrer Professionalisierung seit den 1920er Jahren, aber auch ihrer Verstrickung in Unrechts-handlungen des Dritten Reiches (Beispiel: Aussonderung zur Zwangssterilisierung). Frauen waren es auch hauptsächlich, die sich für Lebensmittelbeschaffung zuständig fühlten. Kein Zufall also, wenn in Notzeiten Frauen wiederholt massiv protestierten, z. B. wenn sie vor fast leeren Geschäften Schlange stehen mußten. – Auch die zeitspezifischen Züge dessen, was man gemeinhin als moderne Urbanität bezeichnet, wurden vielfach von Frauen und Frauensymbolen geprägt; man denke an Mode, Reklame, Kosmetik. Die geschlechtsspezifische Aneignung des städtischen Raumes durch Frauen im Zuge der Moderne gehört ebenfalls zu den wichtigen Themen neuerer Lokalgeschichtsschreibung – Frauen auf der Straße, Frauen in Rathäusern, Frauen im Kino und beim Sport. Frauen wurden jedenfalls mit dem Durchbruch der Moderne sichtbar, »became more visible«, wie in der anglo-amerikanischen Literatur zu lesen ist.²³

Die geschlechtsspezifischen Funktionszuweisungen gegenüber verheirateten Frauen, die darin bestand, in erster Linie Hausfrauen und Mütter zu sein, unterlag im Zeichen der Moderne einer näher zu analysierenden Veränderung, die einen Teil der urbanen Moderne ausmachte. Das in den zwanziger Jahren voll entfaltete Bild der modernen Hausfrau, die ihre Hauswirtschaft »nebenbei« rationell (ohne Personal)

²² Vgl. z. B. K. Hagemann, Frauenalltag und Männerpolitik. Alltagsleben und gesellschaftliches Handeln von Arbeiterfrauen in der Weimarer Republik, Bonn 1990; Chr. Eifert / S. Rouette (Hrsg.), Unter allen Umständen. Frauengeschichte(n) in Berlin, Berlin 1986.

²³ P. Petro, Modernity and Mass Culture in Weimar: Contours of a Discourse on Sexuality in Early Theories of Perception and Representation, in: New German Critique, vol. 40, 1987.

und professionell gestaltet, ihre Wohnung »sachlich-behaglich« einrichtet, das neue »Dienstmädchen« namens »Elektrizität« akzeptiert und all dies sich auch etwas kosten läßt: Dieses Bild (das freilich meist nicht die Realität des Arbeiterinnenalltags traf) bestimmte die Schaufenster der Städte, die Wochenendbeilagen der städtischen Zeitungen – und veränderte nicht zuletzt auch den lokalen Energieversorgungsbedarf.

Die neuere Lokalgeschichtsschreibung sollte sich ferner nicht gegenüber den spezifischen (klassen- und) schichtenspezifischen Altersgruppen verschließen; die Geschichte der Kinder, der Jugendlichen, der Alten in der modernen Stadt muß noch geschrieben werden. Hier geht es vielfach um Fragen, welche Akzeptanz die Träger dieser Teilkulturen in der Öffentlichkeit gefunden und welcher Bewegungsspielraum ihnen in den Zentren und den Wohnquartieren zugestanden wurde. Beispielsweise könnte die Veränderung des Erfahrungsraumes nachgezeichnet werden, wenn Kinder nicht mehr Straßen als »ihre« Aktionsräume benutzten, statt dessen die neuen, eigens für sie eingerichteten Kinderspielplätze und Kindergärten.²⁴ Weiter: Wie stand es mit sozialen und kulturellen Angeboten an Jugendliche und Alte? Welche jugendlichen Gruppen entwickelten Subkulturen vor Ort? Welchen Erziehungskonzepten, z. B. nach 1945, waren sie ausgesetzt?²⁵ Auch besteht ein Bedarf an differenzierten Analysen über Entstehung und Gestaltung von altersspezifischen Angeboten wie Jugend- und Altersheimen, – Örtlichkeiten, die kulturelle Betätigungschancen boten, ungeachtet der damit auch immer einhergehenden Tendenz der Ausgrenzung vom allgemeinen städtischen Leben und der Kontrolle durch die Trägerschaften.

2. Zeitspezifische Stadtprofile

Die Lokalgeschichtsforschung dient zudem der Herausarbeitung zeitspezifischer Stadtprofile. Dabei geht es sowohl um die Profilzeichnung der Metropol- und Großstädte²⁶ als auch der Provinz- und Kleinstädte.²⁷ Die klassische Frage nach Kontinuitäten und Brüchen kann auch die stadtgeschichtliche Forschung noch immer inspirieren, wobei zwei Ebenen unterschieden werden müssen: zum einen die objektive stadtgeschichtliche Entwicklung, zum anderen die subjektiven Erfahrungszusammen-

²⁴ Zum Prozeß der Verhäuslichung siehe I. Behnken / J. Zinnecker, Vom Straßenkind zum verhäuslichten Kind. Zur Modernisierung städtischer Kindheit 1900–1980, in: Sowi 16 (1987), H. 2; I. Behnken (Hrsg.), Stadtgesellschaft und Kindheit im Prozeß der Zivilisation. Konfigurationen städtischer Lebensweise zu Beginn des 20. Jahrhunderts, Opladen 1990.

²⁵ Zu den Erziehungskonzepten gegenüber Jugendlichen nach 1945 läuft derzeit ein Projekt von F. Boll, Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn.

²⁶ Zum Beispiel zu Berlin J. Boberg / T. Fichter / E. Gillen (Hrsg.), Die Metropole. Industriekultur in Berlin im 20. Jahrhundert, München 1986.

²⁷ Siehe z. B. W. Trapp, Von der Peripherie des Reiches zur Tourismus-Metropole am Bodensee? Eine deutsche Grenzstadt zwischen den beiden Weltkriegen, in: H. Gerstenberger / D. Schmidt (Hrsg.), Normalität oder Normalisierung. Geschichtswerkstätten und Faschismusanalysen, Münster 1987.

hänge. In diesem Kontext erwächst dann auch die Frage nach den Charakterisierungsmöglichkeiten der kollektiven urbanen Mentalitäten in den relativ schnell wechselnden Zeiteinheiten. Kurzum: Gibt es »den« Berliner der zwanziger Jahre und wie unterscheidet er sich von »der« typischen Hanauerin? Die im Vergleich zu den vorindustriellen »longues durées« (Braudel) nur kurz währenden Zeitphasen des 20. Jahrhunderts brachten verstärkt Ungleichzeitigkeiten in den objektiven und subjektiven Entwicklungsabläufen mit sich, die geradezu ein Kennzeichen der Moderne zu sein scheinen. Nehmen wir z. B. erneut den »Kultursprung«, der zwischen 1900 und 1930 stattfand, ins Visier. Wohl waren alle Kennzeichen der Moderne schon um 1900 vorhanden, wohl wurde vieles aus der vorgeblich guten alten Zeit auch in die 20er Jahre tradiert, doch unbestreitbar änderte sich der gesamte Lebens- und Arbeitszusammenhang in diesem Zeitraum grundlegend. Das dadurch entstandene komplizierte Neben-, Mit- und Gegeneinander von neuen, alten, alt-neuen und neu-alten Tendenzen einer adäquaten Analyse zu unterziehen, gehört zu den schwierigen Aufgaben moderner Lokalgeschichtsschreibung. Hier – sozusagen vor Ort (häufig sogar in Stadtteilen) – lassen sich dann auch die spezifischen Mischungsverhältnisse, die Ungleichzeitigkeiten, die mehrdimensionalen, diachron verlaufenen Wahrnehmungs- und Erinnerungshorizonte der Subjekte, die zeitspezifischen Überlagerungen und Aufschichtungen jener Elemente, die schließlich als Mentalität gefaßt werden, gerade in ihrer jeweils zeitspezifischen Komplexität am ehesten rekonstruieren.

Stadtspezifische Profile werden auch ein Stückweit regelrecht produziert, zum Beispiel durch Ansichtskarten und Stadtführer. Was wurde als besichtigungswert gehalten, was nicht? Wie trugen solche Image-Maker zu den jeweiligen stadtspezifischen Ideologien und Mythenbildungen bei?

Schwerere Aufgaben erwachsen freilich im Hinblick auf die Erforschung des jeweils zeitspezifischen politischen Geschehens sowie der politischen Kultur in den diversen Städten, um gemeinsame, aber auch differierende Profilelemente zu enthüllen. Zu denken ist z. B. an die unterschiedlich stark verdichteten Ereignisabläufe während des Ersten Weltkrieges,²⁸ der Revolution von 1918/19,²⁹ der bürgerkriegsähnlichen Situation im Ruhrgebiet 1920,³⁰ schließlich der vielen Massenunruhen in der Inflationszeit,³¹ die von den Erfahrungen des Krieges, des Hungers und der Geldentwertung geprägt waren. Andere zeitspezifische Notzustände, wie die Große Wirt-

²⁸ Dazu siehe exemplarisch *F. Boll*, Massenbewegungen in Niedersachsen 1906–1920. Eine sozialgeschichtliche Untersuchung zu den unterschiedlichen Entwicklungstypen Braunschweig und Hannover, Bonn 1981.

²⁹ Vgl. z. B. *R. Rürup* (s. A 11).

³⁰ Vgl. z. B. *E. Lucas*, Märzrevolution 1920, Frankfurt 1970, 1973.

³¹ Vgl. z. B. *M. Niehuss*, Arbeiterschaft in Krieg und Inflation. Soziale Lage und Schichtung der Arbeiter in Augsburg und Linz 1910–1925, Berlin / New York 1985.

schaftskrise, brachten ebenfalls stadtcharakteristische Erscheinungsformen mit sich, weil die Städte davon unterschiedlich intensiv betroffen wurden.

Einen der interessantesten neueren Ansätze zur Rekonstruktion spezifischer Stadtprofile stellen die Studien zu lokalen Sozialmilieus dar, die die bis dahin vorherrschenden schichten- und berufsbezogenen Wahlanalysen³² wesentlich erweitern. Hier ist auf diverse Arbeiten im Rahmen des sog. »Bayern-Projektes« zu verweisen, insbesondere aber auf Koshars Studie über Marburg.³³ So kann Koshar zeigen, daß dort die Nationalsozialisten im lokalen bürgerlichen Sozialmilieu verankert waren. Nicht nur auf überparteilich-politische Vereine und Verbände sollte bei solchen Studien geachtet werden (Stahlhelm, Kriegervereine, Tannhäuserbund),³⁴ sondern auch auf Geselligkeitsvereine, wie z. B. die Schützen- und Karnevalsvereine, wozu es bisher noch kaum Studien gibt – obwohl alle wissen, daß von solchen Vereinen Einflüsse auf die kommunale Politik ausgingen. – Auch fehlen weitgehend Studien über jüdische Gemeinden und über Milieus anderer Minderheiten in einzelnen Städten.

Zu den festen Säulen jeder Stadtgeschichtsschreibung sollten die vielfachen Formen von Verfolgung und Unterdrückung einerseits, von Anpassung, Verweigerung und Widerstand im Dritten Reich andererseits gehören. Manches ist bislang schon dabei herausgekommen, aber bei weitem nicht genug.³⁵ Vieles deutet z. B. darauf hin, daß es durchaus lokale Unterschiede hinsichtlich der Tätigkeit der noch relativ wenig erforschten Verfolgungsbehörden gegeben hat. – Bei den Arbeiten zum Widerstand in den Städten fehlt vielfach noch eine Einbindung der Aktivitäten in das jeweilige Sozialmilieu, was aber wichtig ist, nicht zuletzt mit Blick auf geschlechterspezifische Aspekte.³⁶

Auch das Ende des Zweiten Weltkrieges traf die Städte nicht gleichermaßen. Der Zerstörungsgrad war unterschiedlich. Man denke aber auch an das verschiedenartige

³² Vgl. z. B. *L. D. Stoakes*, The Social Composition of the Nazi Party in Eutin, 1925–32, in: *International Review of Social History*, vol. XXIII, 1978, passim; vgl. auch *ders.*, Kleinstadt und Nationalsozialismus, Neumünster 1984.

³³ *M. Broszat / E. Fröhlich* (z. T. *F. Wieseemann*) (Hrsg.), Bayern in der NS-Zeit, mehrere Bände, München 1977ff.; *R. Koshar*, Social Life, Local Politics and Nazism. Marburg 1880–1935, Chapel Hill und London 1986; vgl. auch *ders.*, Two »Nazism«: The Social Context of Nazi Mobilisation in Marburg and Tübingen, in: *Social History*, Januar 1982.

³⁴ Dazu siehe vor allem *P. Fritzsche*, Between Fragmentation and Fraternity. Civic Patriotism and the Stahlhelm in Bourgeois Neighborhoods during the Weimar Republic, in: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte* XVII, 1988.

³⁵ Siehe z. B. *W. Boehnke*, Die NSDAP im Ruhrgebiet 1920–1933, Bonn-Bad Godesberg 1974; *I. Marßolek / R. Ott* (s. A 14); *K. Goebel*, Wuppertal in der Zeit des Nationalsozialismus, Wuppertal 1984; *R. Mann*, Protest und Kontrolle im Dritten Reich. Nationalsozialistische Herrschaft im Alltag einer rheinischen Großstadt, Frankfurt / New York 1987.

³⁶ Vgl. Die Diskussion über Frauen als Opfer oder Mittäterinnen im Dritten Reich: *K. Windaus-Walser*, Gnade der weiblichen Geburt? Zum Umgang der Frauenforschung mit Nationalsozialismus und Antisemitismus, in: *Feministische Studien* 6 (11/1988).

lokale Wirken der Antifas, an die ortsspezifischen Züge der Besatzungspolitik,³⁷ der Entnazifizierung sowie der Flüchtlingsaufnahme.³⁸ Offensichtlich standen die Großstädte nach Kriegsende wegen der schwierigen Versorgungslage in einem Konkurrenzkampf untereinander. Rainer Gries vertritt den Standpunkt, daß damals von einer Solidargemeinschaft der Städte nicht viel zu merken war. Vielmehr sei es weitgehend um einen Kampf »Jeder gegen Jeden« gegangen. Die Versorgung der eigenen Stadt habe Vorrang gehabt.³⁹

Zur Herausarbeitung der Zeit- und Ortsspezifika gehört schließlich auch die Rekonstruktion der Veränderungen des öffentlichen und privaten Raumes in den Städten – sei es durch Verkehr, Bauten und sekundärer Architektur, sei es durch Stadterweiterungen, Slumsanierungen und infrastrukturelle Ausstattungen, sei es durch Brände, Bombardierungen und andersartige Zerstörungen. Mit dem Ersten Weltkrieg ging die Hochphase der Verstädterung zu Ende, während die Hochphase der städtischen Moderne erst begann. Die Städte veränderten ihr Gesicht nicht zuletzt durch eine jeweils zeitspezifisch ausgeprägte Urbanität, zu der auch die Veränderung und Umfunktionierung von Räumen und Plätzen gehörte. Ins Auge zu fassen sind z. B. die einzelne Phasen der City-Bildung, die zeitspezifischen Bauanlagen (z. B. die Neubausiedlungen der 20er Jahre),⁴⁰ die Slumsanierungen in der Zeit des Dritten Reiches⁴¹ und seit den fünfziger Jahren. Dabei geht es auch darum, die jeweiligen zeit- und ortsspezifischen Herrschaftskontexte und Praxisformen kultureller Hegemonie (Gramsci), die sich nicht zuletzt in Raumveränderungen und Bauweisen niederschlugen, zu rekonstruieren.⁴² Das Wachstum der Städte war mit vielfachen Raumumnut-

³⁷ Vgl. z. B. D. Rossmeißl (Hrsg.), *Demokratie von außen. Amerikanische Militärregierung in Nürnberg 1945–1949*, München 1988.

³⁸ L. Niethammer (u. a.), *Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland*, Wuppertal 1976; *ders.*, *Entnazifizierung in Bayern. Säuberung und Rehabilitierung unter amerikanischer Besatzung*, Frankfurt 1972. Zu Studien über die Interaktionsprozesse zwischen Flüchtlingen, Einheimischen und der Lokalpolitik vgl. E. Holtmann, *Politik und Nichtpolitik. Lokale Erscheinungsformen politischer Kultur im frühen Nachkriegsdeutschland*, Opladen 1989.

³⁹ So R. Gries in einem Tagungsbericht in: *IMS*, 1989, H. 2, S. 38.

⁴⁰ Dazu A. von Saldern (s. A 20).

⁴¹ U. von Petz, *Stadtsanierung im Dritten Reich dargestellt an ausgewählten Beispielen*, Dortmund 1987.

⁴² Dazu z. B. M. Bose u. a., »... ein neues Hamburg entsteht...« *Planen und Bauen von 1933–1945*, Hamburg 1986; U. Herlyn / A. von Saldern / W. Tessin (s. A 20); A. Schildt / A. Sywottek (s. A 20); G. Kähler, *Wohnung und Städte. Hamburg, Frankfurt, Wien. Modelle sozialen Wohnens in den zwanziger Jahren*, Braunschweig / Wiesbaden 1985; H. Hipp, *Wohnungen für Arbeiter? Zum Wohnungsbau und zur Wohnungsbaupolitik in Hamburg in den 1920er Jahren*, in: A. Herzig / D. Langewiesche / A. Sywottek (s. A 6); H. Bodenschatz, *Platz frei für das neue Berlin! Geschichte der Stadterneuerung in der »größten Mietskasernenstadt der Welt« seit 1871*, Berlin 1987; A. Schildt, *Die Grindelhochhäuser. Eine Sozialgeschichte der ersten deutschen Wohnhochhausanlage Hamburg-Grindelberg 1945–1956*, Hamburg 1988.

zungen, sozio-räumlichen Neusegmentierungen⁴³ sowie durch Erweiterungen, aber auch Einschränkungen der Handlungsräume für Individuen und soziale Gruppen verbunden, die für die einzelnen Phasen durch historische Forschung zu erschließen sind. In diesem Zusammenhang gehört auch die Analyse von jeweils orts- und zeitspezifischen Demonstrationen und Streiks sowie – für die Phase der nationalsozialistischen Machtübernahme – die Analyse der Eroberung städtischer Arbeiterquartiere durch die Nazis:⁴⁴ Ein Teil der Gewalt und des Terrors trat ja auf Straßen und öffentlichen Plätzen sichtbar in Erscheinung – und die Straßen veränderten erneut ihr Gepräge, als nach 1933 viele Fenster mit NS-Emblemen geschmückt wurden und bei Umzügen Nazi-Lieder im Fackelschein erklangen.

Spezifische Stadtprofile findet man dann – trotz zunehmender Uniformierungstendenzen – selbst noch in der Zeit nach dem Zweiten Weltkriege: Wiederaufbau statt Neuaufbau –, auch als »entnazifizierter Städtebau« deklariert,⁴⁵ leitete die neue Stadtentwicklungsphase ein und mündete in die mit dem »Wirtschaftswunder« verbundene Adenauer-Ära. Die damit einhergehenden »neuen Erfordernisse«, z. B. im Hinblick auf die Schaffung einer autogerechten Stadt, waren Resultat einer Betrachtungsweise, bei der die Stadt hauptsächlich als Funktionssystem gesehen wurde. Kein Wunder, daß sich die Städte daraufhin von innen und von außen schnell und radikal veränderten, von einigen Kritikern (so von Mitscherlich) schon recht bald als Entwicklung zur Unwirtlichkeit gebrandmarkt.

3. *Alltagsgeschichte und Lokalgeschichte*

Große Impulse erhielt die Lokalgeschichte von der Alltagsgeschichte. Ihre gegenseitige Verzahnung hat in den letzten Jahren beträchtlich zugenommen. Stets wird in der Literatur darauf hingewiesen, daß »Alltagsgeschichte« selbst ein verschwommener Begriff sei. Diese berechtigte Aussage tangiert jedoch nicht die Fruchtbarkeit solcher Forschungen, besonders wenn sie sich sozial-anthropologischen Ansätzen öffnen. Zentrales Anliegen der Alltagsgeschichtsforschung ist es, die historischen Subjekte – von allen Normsetzungen befreit – zum Angelpunkt der Forschung zu machen und diese selbst (soweit möglich) in einen kommunikativen Prozeß, meist mittels Oral-Hi-

⁴³ Hier ist vor allem auf die Neubausiedlungen der zwanziger und sechziger/siebziger Jahre zu verweisen.

⁴⁴ E. Rosenhaft, *Organising the »Lumpenproletariat« Cliques and Communists in Berlin During the Weimar Republic*, in: R. J. Evans (Hrsg.), *The German Working Class 1888–1933. The Politics of Everyday Life*, London 1982; *dies.*, *Beating the Fascists? The German Communists and Political Violence 1929–1933*, Cambridge 1983.

⁴⁵ V. M. Lampugnani, *Architektur und Stadtplanung*, in: W. Benz (Hrsg.), *Die Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt 1983, Bd. 3.

story, einzubinden.⁴⁶ Eine »Fahrt ins Dunkle« hat Paul Göhre⁴⁷ eine solche Beschäftigung mit dem eignen Volke genannt, andere sprechen von einer Entdeckungsreise.⁴⁸ Und Niethammer betont auch die Chance, durch Alltagsgeschichte den eigenen Alltag genetisch zu begreifen. »Das ist einer der Gründe für die Entakademisierung an den Rändern unseres Fachs und für die Wiederbelebung je spezifischer historischer Kommunikation in einzelnen Lebensbereichen und -orten.«⁴⁹ Der alltagsgeschichtliche Ansatz »sprengt und historisiert viele unserer vermeintlich analytischen Begriffe, die traditionell angelegt oder aus Nachbarfächern zur Organisation der Stoffe importiert wurden, und holt Dimensionen wie Geschlecht, Erfahrung oder auch Raum in die Historie zurück.«⁵⁰

Aufs Ganze gesehen ist die Alltagsgeschichte, so fruchtbar ihre methodisch-inhaltliche Erweiterung für die Lokalgeschichtsschreibung ist, jedoch auch nicht ohne Tücken. Dies betrifft vor allem ihr Verhältnis zur Sozialgeschichte. Ein Gegeneinander-Auspielen von »kritischer Sozialgeschichte« einerseits und »Alltagsgeschichte« andererseits kommt keiner Seite zugute. Gerade empirische lokalhistorische Arbeiten zeigen, wie wenig letztlich eine kritische Sozialgeschichte von einer Alltagsgeschichte abgekoppelt werden kann (und umgekehrt), daß beide ergänzende Sichtweisen darstellen, die nicht in einer hierarchisierten Zuordnung zueinander stehen, aber selbstverständlich auch nicht deckungsgleich sind: In sozialgeschichtlichen Studien werden quasi die Folien alltagsgeschichtlicher Forschungen erarbeitet, und umgekehrt bereichert die Alltagsgeschichte durch die Öffnung neuer Blickwinkel die kritische Sozialgeschichtsforschung. Eine Alltagsgeschichte, die sich ausschließlich auf historische Subjekte konzentriert, kann zwar u. U. zu eindrucksvollen Ergebnissen führen, ersetzt aber keineswegs die Aufgabe, objektive Entwicklungsprozesse durch wirtschafts- und sozialgeschichtliche Arbeiten, die auf traditioneller Quellenbasis beruhen (wobei die Quellen auch »gegen den Strich zu lesen« sind) ins Visier zu nehmen.

4. Stadtgeschichtsschreibung und Theoriebildung

Moderne Stadtgeschichtsschreibung bedarf theoretischer Reflexionen, sollte sich also nicht aus theoretischen Kontexten ablösen. Im folgenden kommen einige theoretische

⁴⁶ Dazu siehe z. B. A. Lüdtker, Alltagsgeschichte: Schwierigkeiten und Chancen beim Verfolgen »quer-treibender« Fragen, in: ders. (Hrsg.), Alltagsgeschichte, Frankfurt 1988; ders., Perspektiven alltagsgeschichtlicher Forschung: Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen, ebda.

⁴⁷ Ebda.

⁴⁸ F.-J. Brüggemeier, Leben vor Ort. Ruhrbergleute und Ruhrbergbau 1889–1919, München 1983.

⁴⁹ L. Niethammer, Das kritische Potential der Alltagsgeschichte, in: U. A. J. Becher / K. Bergmann (Hrsg.), Geschichte – Nutzen oder Nachteil für das Leben?, Düsseldorf 1986, S. 62.

⁵⁰ Ebda. S. 60.

Ansätze, die für die Stadtgeschichtsschreibung im 20. Jahrhundert von besonderem Belang sind, kurz zur Sprache.

Wichtige Erkenntnisse sind aus der Community-Power-Forschung, wie sie vor allem in den USA vertreten wird, zu gewinnen.⁵¹ Diese Studien machten deutlich, wie sich (auch in demokratischen Zeiten) nur ein geringer Teil der kommunalen Entscheidungsprozesse in den dafür formal zuständigen Gremien (Stadtverordnetenversammlungen etc.) abspielen, während viele Entscheidungen auf informelle Beziehungsstrukturen verschiedener Art zurückzuführen sind. Außerdem wurde in diesen Forschungen herausgearbeitet, welche Bedeutung vor allem die Non-decisions haben können. Damit ist die vielfach zu beobachtende Tatsache gemeint, daß zahlreiche Problemzusammenhänge von vornherein gar nicht als diskurs- und politikfähig anerkannt werden, d. h. daß darüber gar nicht öffentlich diskutiert wird. Dies betraf und betrifft vor allem Belange von Minderheiten und Armen, aber auch von Frauen.

Ein anderer theoretischer Kontext ist einzubeziehen, wenn von der Geschichte der städtischen Selbstverwaltung die Rede ist. Bekanntlich läßt sich die Geschichte der Städte im 20. Jahrhundert als eine Geschichte zunehmender Zentralität politischer Entscheidungen auf Landes- bzw. Bundesebene schreiben. Markante Eckdaten in diesem Prozeß waren die Erzbergsche Finanzreform von 1920, die Entkommunalisierung aller wichtigen Entscheidungsprozesse während der Präsidialkabinette in der »Großen Wirtschaftskrise«,⁵² und schließlich die Einbindung der Kommunen in das polykratisch-überlokal gesteuerte nationalsozialistische System.⁵³ Politologen zogen aus der Tatsache der säkularen Aushöhlung kommunaler Selbstverwaltung auch Konsequenzen in der Begriffsbildung. Sie sprachen für die Bundesrepublik der 70er Jahre nicht mehr von Stadtforschung, sondern von lokaler Politikforschung.⁵⁴ Grauhan z. B. geht es um den »Stellenwert lokaler politischer Ereignisse und Problemlagen im gesellschaftlichen Gesamtsystem.«⁵⁵ Kommunen werden nicht mehr als Kommunen, d. h. als relativ selbständige politische Einheit und als Verwaltungsorganisationen, sondern als »Erscheinungsort umfassender Produktions-, Austausch- und Konsum-

⁵¹ Vgl. die Sekundäranalyse von H.-A. Haasis, Kommunalpolitik und Machtstruktur. Eine Sekundäranalyse deutscher empirischer Gemeindestudien, Frankfurt 1978. Dort weitere Literaturhinweise.

⁵² Dazu A. von Saldern, Kommunale Verarmung und Armut in den Kommunen während der Großen Krise (1929 bis 1933). Am Beispiel der Finanz- und Wohnungs(bau)politik, in: Soziale Bewegungen. Geschichte und Theorie, Jahrbuch 3, Frankfurt 1987.

⁵³ Dazu H. Matzerath, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, Stuttgart 1970; für die Bundesrepublik vgl. M. Rodenstein, Thesen zum Wandel der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland, in: R. Emenlauer u. a. (Hrsg.), Die Kommune in der Staatsorganisation, Frankfurt 1974; B. Kirchgässner / J. Schadt, Kommunale Selbstverwaltung – Idee und Wirklichkeit, Sigmaringen 1983; Chr. Engeli, Städte und Staat in der Weimarer Republik. Hans Herzfeld zum Gedenken, in: ebda.

⁵⁴ Vgl. R.-R. Grauhan (Hrsg.), Lokale Politikforschung, Frankfurt 1975.

⁵⁵ Ebda., S. 12.

tionsbeziehungen« gesehen.⁵⁶ Von diesem gesamtgesellschaftlichen Ansatz aus wird vor allem versucht, den ökonomischen Agglomerationsprozeß mit seinen Ungleichgewichtigkeiten zu rekonstruieren und seine Auswirkungen auf den soziokulturellen Bereich nachzuzeichnen. Von solchen theoretischen Überlegungen können wichtige Impulse auch für die historische lokale Politik-Erforschung ausgehen.⁵⁷ So müßten die jeweiligen Entwicklungsschübe auf den verschiedenen Ebenen, der Ebene der Ökonomie, des Rechts, der Kultur etc., herausgearbeitet werden. Erfahrungsgemäß gilt, daß jene Erscheinungen, die für die gegenwärtige Stadt als charakteristisch angesehen werden, schon einen Entwicklungsvorlauf aufweisen, den nachzuweisen wichtig wäre, ohne die Unterschiede zwischen den einzelnen Phasen zu verwischen. Dies setzt aber voraus, daß die weitgefächerte Stadtforschung über die heutige Stadt auch von Historikerinnen und Historikern rezipiert wird, was allerdings viel zu wenig geschieht und auch wegen der Fülle der anfallenden Literatur schwierig ist. Stattdessen blicken Historikerinnen, wenn sie über »moderne Stadtgeschichte« nachdenken, primär lieber nach »hinten« und vergleichen die Stadt des 19. und 20. Jahrhunderts mit der mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Stadt. Der »tiefe Einschnitt« ist hier unübersehbar, aber auch einige Kontinuitätslinien wurden entdeckt, so daß die Diskussion unter den Begriffen »Bruch oder Kontinuität« firmiert.⁵⁸

Eine spezifische Stoßrichtung erhalten die Überlegungen von Manuel Castells aus den 70er Jahren. Castells betrachtet ebenfalls den Staat als Träger bzw. Förderer und räumlichen Organisator z. B. des Wohnungsbaus und des Gesundheitswesens in den Städten. Für ihn ist die Stadt auch keine politische Einheit mehr. Es gäbe keine spezifisch städtische Kultur mehr. Am ehesten sei noch die Konsumtionssphäre dazu zu rechnen.⁵⁹ Auch Peter Saunders, ein Vertreter der New Urban Sociology, interessiert sich vor allem für die Konsumtionssphäre, worunter er Wohnungen, Krankenhäuser, Wohlfahrtseinrichtungen u. a. m. versteht. Dabei handle es sich um Bereiche, in denen die funktional ausgerichteten Interessen von Kapital und Arbeit nicht unmittelbar repräsentiert sind, stattdessen müssen diese eher als das Produkt konkurrenzhafter oder »pluralistischer« Kämpfe bzw. als klassenübergreifende Interessenspaltungen an-

⁵⁶ Ebda., S. 15.

⁵⁷ Vgl. z. B. A. Labisch, *Gemeinde und Gesundheit. Zur historischen Soziologie des kommunalen Gesundheitswesens*, in: B. Blanke / A. Evers / H. Wollmann (Hrsg.), *Die Zweite Stadt*, Opladen 1986; ders., »Hygiene ist Moral – Moral ist Hygiene« – Soziale Disziplinierung durch Ärzte und Medizin, in: Chr. Sachße / F. Tennstedt (Hrsg.), *Soziale Sicherheit und soziale Disziplinierung*, Frankfurt 1986; R. Schramm, *Kommunale Gesundheitspolitik und Sozialhygiene im Hannover der 20er Jahre*, in: A. von Saldern (s. A 1), S. 117ff.

⁵⁸ Vgl. den Leitartikel von H. Matzerath, »Moderne Stadtgeschichte?« Bruch oder Kontinuität in der Stadtentwicklung, in: IMS 1989, H. 2, bes. S. 6.

⁵⁹ M. Castells, *The Urban Question*, London 1977 (dt.: *Die kapitalistische Stadt. Ökonomie und Politik der Stadtentwicklung*, Hamburg / Berlin 1977); ders., *City, Class and Power*, London 1978.

gesehen werden.⁶⁰ Diesen und andere Vertreter der New Urban Sociology (auch »Neue Stadtforschung« genannt), die ihre Theorien im Kontext der sozialen Unruhen in den Städten seit den späten 60er Jahren entfaltet haben, ist der Versuch gemeinsam, die städtischen Entwicklungen sowohl baulich-räumlicher als auch ökonomischer oder sozialer Art aus gesamtgesellschaftlichen Prozessen zu erklären. »Städtisch« bedeutet in diesem Kontext nurmehr eine Verdichtung allgemeiner gesellschaftlicher (Klassen-)Interessen und Probleme.

Es ist noch offen, inwieweit solche, heute vor allem im Ausland diskutierten, Ansätze der Neuen Stadtforschung auch für die Erforschung früherer historischer Phasen des 20. Jahrhunderts nützlich sein können. Dazu bedarf es zunächst der historiographischen Operationalisierung, die jedoch bislang für den Kontext der deutschen Stadtgeschichte aussteht. Vor allem stellen sich Fragen zur genaueren Bewertung historischer Sozialbewegungen, historischer Klassenaussetzungen, historischer Problemverschiebungen (vom Staat auf die Städte) sowie historischer Formen von räumlichen Enteignungen und Wiederaneignungen.⁶¹ Historisch-empirische Forschung könnte aber auch umgekehrt die neuere Theoriebildung über die gegenwärtige Stadt befruchten, beispielsweise in Bezug auf die Entstehung sozialer Einrichtungen in den Städten. Besondere Bedeutung für städtische Zeitgeschichte würde demnach der Erforschung der sozialen Konsumtionssphäre und deren Rückkoppelung an gesellschaftliche Entwicklungen zukommen. Unter dem Einfluß von Althusser und Foucault wurden die darunter fallenden Einrichtungen hauptsächlich als Bestandteile des ideologischen Staatsapparates betrachtet und als Instrument einer Sozialdisziplinierung bewertet, was jedoch nicht ausschließt, daß solche Einrichtungen nicht selten gerade auf direkten oder indirekten politischen Druck der Arbeiterklasse hin entstanden sind.⁶²

Theoretische Impulse für empirische Stadtgeschichtsforschung können ferner von den Überlegungen Gramscis⁶³ ausgehen, der gerade die kulturelle Hegemonie des Bürgertums in ihrer weitreichenden Wirkungsweise thematisierte.⁶⁴ Die Vorzüge dieses theoretischen Ansatzes liegen darin, daß der kulturelle Bereich als politischer und gesellschaftlicher Einflußfaktor stark gewichtet wird und damit ökonomistische Interpretationen gesellschaftlicher Entwicklungen in Schranken verweist. Bürgerliche kulturelle Hegemonie sollte gerade in ihren jeweils orts- und zeitspezifischen Ausprägungen

⁶⁰ P. Saunders, *Social Theory and the Urban Question*, London 1981; ders., *Raum, Stadt und Stadtsoziologie*, in: J. Krämer / R. Neef (Hrsg.), *Krise und Konflikte in der Großstadt im entwickelten Kapitalismus. Texte zu einer »New Urban Sociology«*, Basel 1985.

⁶¹ P.-H. Chombart de Lauwe, *Aneignung, Eigentum, Enteignung*, in: arch+ 1977, H. 34.

⁶² Vgl. J. Krämer / R. Neef (s. A 60), S. 13.

⁶³ A. Gramsci, *Philosophie der Praxis*, hrsg. und übersetzt von Chr. Riechers, Frankfurt 1967; ders., *Marxismus und Literatur, Ideologie, Alltag, Literatur*, hrsg. von S. Kebir, Hamburg 1983.

⁶⁴ Vgl. z. B. T. J. Jackson Lears, *The Concept of Cultural Hegemony: Problems and Possibilities*, in: *American Historical Review* 90 (1985) H. 3.

gen und Differenzierungen analysiert werden, z. B. im Hinblick auf die konkrete Umsetzung bzw. Anwendung kultureller Normen und deren Verbreitung durch die Presse oder durch die Untersuchung der Ausgabenstruktur der städtischen Kultur-etats. Solche Analysen stellen einen wichtigen Schlüssel für die Rekonstruktion der Klassenbeziehungen im städtischen Raume dar.

Wie notwendig die Rückkopplung der stadtgeschichtlichen Forschung mit theoretischen Überlegungen ist, zeigt gerade der neue Trend in der Geschichtsschreibung über das Dritte Reich: Entdeckt wird hier in den letzten Jahren vermehrt das anscheinend »Normale«, d. h. jene vorgeblich unpolitischen Strukturen und Entwicklungen, die scheinbar nicht oder kaum mit dem Bild des NS-»Unrechtsstaates« zusammenhängen.⁶⁵ Wer sich hier von makrohistorischen bzw. von theoretischen Überlegungen abkoppelt, kommt relativ schnell und zwangsläufig in seinen Forschungen zu einem Teilbild über das Dritte Reich, das dessen »Schokoladenseiten« widerspiegelt, und womöglich findet der Autor oder die Autorin sich dann an jener Stelle (unfreiwillig) wieder, wo Unbelehrbare schon immer standen bzw. noch stehen, symbolisiert in der Aussage: »Hitler hat ja auch Gutes getan, z. B. Autobahnen gebaut«. An solchen subjektiven Äußerungen läßt sich aufzeigen, daß der »Maßnahmenstaat« in den Köpfen der Menschen damals tatsächlich weitgehend getrennt vom »Normenstaat« existierte und daß sich an dieser Auffassung auch bis heute vielfach nichts geändert hat.⁶⁶ Doch kann sich eine historisch-kritische Erfahrungsanalyse mit diesem Niveau nicht zufrieden geben. Deren Aufgabe ist es gerade, den Doppelcharakter von Normen- und Maßnahmenstaat aufzuzeigen und – soweit wie möglich – die in der subjektiven Erinnerung vorhandene Trennung beider Bereiche aufzuheben. In einer historisch-kritischen Analyse muß also der Scheincharakter des angeblich Normalen offengelegt werden. Deshalb sind auch die in der jüngsten »Historikerdebatte« hochgeschwappten Begriffe »Normalisierung« und »Historisierung«,⁶⁷ die zu einer verharmlosenden Sichtweise einladen, sowohl für lokalgeschichtliche als auch für andersartige Studien höchst fragwürdig und wenig brauchbar. Denn diese Begriffe können leicht mit falschen Inhalten, die zu einer Bagatellisierung des Dritten Reiches führen, gefüllt werden. Da der »Normenstaat« nicht vom »Maßnahmenstaat« zu trennen ist, kann der »Normenstaat« auch nicht »normalisiert« werden, genausowenig wie die damals oft nur ausschnittartigen subjektiven Erfahrungen der Menschen mit diesem »Normen-

⁶⁵ Jüngstes Beispiel: U. Backes / E. Hesse / R. Zietelmann (Hrsg.), *Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus*, Frankfurt/M., Berlin 1990.

⁶⁶ Dazu: E. Fraenkel, *Der Doppelstaat*, Frankfurt, Köln, 1974 (Erstausgabe 1940); vgl. auch A. von Saldern, Hillgrubers »Zweierlei Untergang« – der Untergang historischer Erfahrungsanalyse?, in: H. Gerstenberger / D. Schmidt (s. A 27).

⁶⁷ Vgl. auch M. Broszat, Plädoyer für eine Historisierung des Nationalsozialismus, in: *Merkur* 435, 1985, S. 375 ff.

staat« in der historischen Analyse als unkommentierte »reine Wiedergabe« reproduziert werden dürfen.

5. *Makrohistorischer Kontext und interlokale Vergleiche*

Historische Lokalstudien wollen häufig Strukturen oder Entwicklungen exemplarisch aufzeigen. Dabei vertrauen viele Autoren und Autorinnen auf die besondere Aussagekraft ihres Beispiels und verzichten mehr oder weniger auf eine Einbindung in die Makrogeschichte, so daß die Leser und Leserinnen meist mit der Frage allein gelassen werden, inwieweit über den Einzelfall hinaus Generalisierungen möglich sind. Lokalgeschichte muß früher oder später auch das Thema des Vergleichens angehen. Nur im Vergleich mit anderen Räumen wird das Typische und das Besondere des Regionalen herausdestillierbar. Sogenannte »case studies« haben zwar nationales und sogar internationales Ansehen, gleichwohl steht dieser Art von Geschichtsschreibung vor einem »merkwürdigen Dilemma«, wie Vovelle formuliert: »Entweder führt uns die Fallstudie zu einem allgemeineren Modell..., oder sie stellt uns einen einmaligen Fall vor. . . aber was wird dann aus der Geschichte?«⁶⁸ Vovelle ist auch zuzustimmen, wenn er über die Notwendigkeit eines dialektischen Austausches unterschiedlicher Forschungsweisen schreibt, nämlich eines Austausches »zwischen der globalen, ausgreifenden Untersuchung ... und der in die Tiefe gehenden Analyse der Fallstudie.«⁶⁹

Doch Vergleiche anzustellen ist ein leidiges Geschäft. Denn auch jene, die sich der Mühe unterziehen, andere Lokalstudien zum Vergleich heranzuziehen, sehen sich vor einem Berg von methodischen Problemen. Am Beispiel der Arbeiterbewegung und ihrer parteipolitischen unterschiedlichen Ausrichtungen ist versucht worden, über die Probleme lokalgeschichtlichen Vergleichens zu reflektieren.⁷⁰ Dabei stellte sich deutlich heraus, daß gleiche Phänomene nicht Gleiches bedeuten, wenn diese nämlich, wie häufig der Fall, in recht unterschiedlichen Kontexten eingebunden sind. Und umgekehrt gilt, daß ähnliche Kontexte ungleiche Phänomene hervorbringen können. Doch wäre es schon ein Erfolg, würde man solche vergleichenden Beobachtungen und Ergebnisse mit den jeweiligen eigenen lokalgeschichtlich-konkreten Inhalten füllen können.

Lokalgeschichte in vergleichender Perspektive kann auch nicht ohne Erkenntnis ge-

⁶⁸ M. Vovelle, *Serielle Geschichte oder »case studies«: ein wirkliches oder nur ein Schein-Dilemma?*, in: U. Raulff (Hrsg.), *Mentalitäten-Geschichte. Zur historischen Rekonstruktion geistiger Prozesse*, Berlin 1987, S. 123.

⁶⁹ Ebda., S. 126.

⁷⁰ Vgl. A. von Saldern, *Arbeiterradikalismus – Arbeiterreformismus. Zum politischen Profil der sozialdemokratischen Parteibasis im Deutschen Kaiserreich. Methodisch-inhaltliche Bemerkungen zu Vergleichsstudien*, in: *IWK* 20 (1984), H. 4.

schrieben werden, daß lokale und regionale Entwicklungsprozesse diachron, d. h. ungleichzeitig verlaufen. Dies hängt mit der Tatsache zusammen, daß auch in der Entwicklung der Kapitalverhältnisse ungleichzeitige Momente »eingebaut« sind und dementsprechend sich die Regionen ungleichzeitig entwickelten. Gravierend dabei ist die Erkenntnis, daß die Ungleichzeitigkeiten gesellschaftlicher Zustände im »historischen Jetzt« nicht ein Aufholen der Entwicklung in »historischer Zukunft« bedeuten. Analog den Erkenntnissen über die Regionen im Weltzusammenhang ist auch für die Räume innerhalb eines nationalen Rahmens feststellbar, daß Ungleichzeitigkeiten eine komplexe Übereinanderlagerung von älteren und neueren Strukturen bedeuten, die sich in jeweils unterschiedlicher Weise brechen.

Das eben Gesagte gilt erst recht für internationale Vergleiche von Städten mit ganz verschiedenen Entwicklungsverläufen. Düsseldorf mit Fez zu vergleichen kann allenfalls nur unter eingeschränkten Fragestellungen (z. B. Verkehrsaufkommen) oder bei einer gründlichen Aufarbeitung der historischen und strukturellen Gesamtkontexte Sinn machen. Schwierigkeiten entstehen allein schon zuhauf, wenn Stadtvergleiche zweier industrialisierter Länder vorgenommen werden. Doch hier sind schon entsprechende Ansätze zu verzeichnen – besonders im Rahmen des Instituts für vergleichende Städtegeschichte in Münster –, die darauf hinauslaufen, Vergleichsperspektiven von vornherein in die Forschung »einzubauen«, z. B. wenn es um Fragen der lokalen Autonomie gegenüber der Zentrale geht.⁷¹

6. Politik und Ökonomie im städtischen Kontext

Ein bedeutsamer Themenkomplex lokalgeschichtlicher Forschung bezieht sich auf die Politik im städtischen Kontext. Zunächst denkt man dabei an die Entscheidungsprozesse von oben (d. h. vom Staat) nach unten (zur Kommune), so z. B. an die Frage, welche Umformungen diese dabei erhalten, welche Unterlaufungsstrategien feststellbar sind. Gleichzeitig sollte herausgefunden werden, wie Impulse und Einflußnahmen von unten nach oben verlaufen, welche Trägerschaften und lokalspezifischen Impulsverstärker hierbei eine Rolle spielen. Empirische Untersuchungen sind ferner erforderlich, um herauszufinden, wie und mit welchen Auswirkungen die Städte zu »Problemschuttbladeplätzen« der Nation degradiert wurden (z. B. während der »Großen Wirtschaftskrise«) und wie darauf innerstädtisch reagiert wurde. So z. B. litten die Städte der 1920er Jahre ständig unter der Diskrepanz zwischen dem Sozialkommune-Postulat und den Finanzressourcen.

Erforderlich sind ferner historische Analysen des komplexen Verhältnisses von

⁷¹ In: IMS 1989, H. 2, S. 34ff.; vgl. dazu vor allem *Chr. Engeli / H. Matzerath* (Hrsg.), *Moderne Stadtgeschichtsforschung in Europa, USA und Japan*, Stuttgart 1989. In diesem einschlägigen Handbuch befindet sich auch eine nutzvolle Auswahlbibliographie.

Wirtschaft und Politik im städtischen Kontext. Die Komplexität des Verhältnisses ergibt sich primär aus der Tatsache, daß die private Wirtschaft in den Städten nur zu einem kleineren Teil lokal orientiert ist, zu einem größeren, gewichtigeren Teil jedoch nationale und internationale Orientierungen aufweist. Für die konkrete historische Forschung wäre es eine wichtige Aufgabe, die jeweiligen Berührungspunkte der Wirtschaftsunternehmen zur städtischen Politik offenzulegen, sei es über die Gewerbesteuer und die (an sich staatlichen) Gewerbeaufsichtsamter (früher: Gewerbeinspektoren), sei es über Fragen der Umweltverschmutzung, der Grundstücks politik, der Stadterweiterungsplanungen, der Infrastrukturausstattungen, der städtischen Imagepflege u. a. m. Vorbei sind die Zeiten, in denen, wie im frühen und mittleren 19. Jahrhundert, viele Unternehmer sich selbst in der Stadtpolitik engagierten: Im 20. Jahrhundert wird mehr versucht, auf indirekten Wegen Einfluß auf die Lokalpolitik auszuüben, sei es über Verbände, Vereine und Parteien, sei es über persönliche Beziehungen. Doch auch hier bedarf es noch genauerer zeit- und lokalspezifischer Untersuchungen, beispielsweise über die Bedeutung der Vereine und regionalen Wirtschaftsverbände als Transferriemen für die Umsetzung von Partikularinteressen in Politik. Wenig wissen wir auch noch über das Beziehungssystem von Stadt und lokaler Wirtschaft bzw. Unternehmen während des Dritten Reiches. Auch gibt eine Analyse der Industriebauten an einem Ort oft Aufschluß über Herrschaftsanspruch und -wirklichkeit.⁷²

Lokale Parteien entsprachen häufig nicht einfach ihrem »Durchschnittsbild« im nationalen Rahmen, vielmehr entwickelten sie nicht selten ortsspezifische Profile. Diese herauszufinden und dadurch auch einen Beitrag zu einer allgemeinen, aber gleichzeitig differenzierenden Parteiengeschichte zu leisten, gehört sicherlich mit zu den wichtigen Standardaufgaben lokalgeschichtlicher Forschung, wobei auch Wahlergebnisse und Fragen innerparteilicher Partizipation zu berücksichtigen sind. Es ist erstaunlich, wie wenig wir über kommunalpolitische Konzepte und Strategien der Parteien, gleichgültig welchen Bereich, ob Kultur- oder Wirtschaftspolitik, gleichgültig welche Partei, ob Zentrum oder NSDAP, wir ins Visier nehmen.⁷³ Ein wichtiger Aspekt für die 20er Jahre sind die diversen Versuche bürgerlicher Parteien, sich zu einem Block gegen die Arbeiterparteien zusammenzuschließen und sich auch so zu bezeichnen. Wäh-

⁷² Vgl. z. B. S. *Auffarth*, *Die Norddeutsche Wollkämmerei & Kammgarnspinnerei in Delmenhorst – ihre Geschichte und ihre Bauten*, in: *Die Nordwolle in Delmenhorst* (= Arbeitshefte zur Denkmalspflege in Niedersachsen Bd. 3), Hannover 1984.

⁷³ Im Rahmen der Analyse der NSDAP-Politik ist bisher noch am meisten über NS-Städtebaupolitik gearbeitet worden. Vgl. *U. von Petz* (s. A 41); *Bose* (s. A 42); *H. Frank*, *Faschistische Architekturen. Planen und Bauen in Europa 1930–1945*, Hamburg 1985; *E. Forndran*, *Die Stadt und Industrie Gründungen Wolfsburg und Salzgitter*, Frankfurt a. Main 1984. Zur sozialdemokratischen Kommunalpolitik vgl. z. B. *A. Kreitmeier*, *Zur Entwicklung der Kommunalpolitik der bayerischen Sozialdemokratie im Kaiserreich und in der Weimarer Republik unter besonderer Berücksichtigung Münchens*, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 25. Bd., 1985.

rend auf Reichs- und Länderebene die sog. Große Koalition (SPD; DDP; DVP; Z), und die sog. Kleine Koalition (ohne DVP) die bürgerliche Blockbildung unterbrachen, traten die politisch-sozialen Fronten (hier bürgerliche Parteien, dort Arbeiterparteien) in den Städten oftmals offener und offensiver hervor, vor allem dann, wenn die Arbeiterbewegung am Orte relativ stark war und nicht nur auf die Rolle eines »Juniorpartners« der bürgerlichen Fraktionen fixiert blieb. Der Machtverlust des Bürgertums (1919) gerade in seiner ureigensten Herrschaftssphäre »Stadt« brachte die bürgerlichen Parteien oftmals in Turbulenzen, die zur Vorgeschichte des lokalen NS-Erfolges gehören.⁷⁴

Ein weiterer Blick muß auch auf die städtischen Funktionseliten geworfen werden, wie diese sich nicht nur in den Parteien entwickelten, sondern auch in der städtischen Verwaltung. Eine neue Beamtenschaft rekrutierte sich in den Städten des späten 19. und des 20. Jahrhunderts, über deren Aufstieg, Weltansicht und Problembewältigungsstrategien wir für die einzelnen Phasen der Zeitgeschichte noch wenig wissen. Nur einige der herausragenden Oberbürgermeister wurden mit Biographien versehen.⁷⁵ Insbesondere fehlt es an Studien über die mittlere und untere Kommunalbürokratie. An Fragestellungen mangelt es nicht. Ein Beispiel sei genannt: Wie kommt es, daß einige Städte Pionierleistungen auf infrastrukturellem Gebiet (z. B. im Gesundheitswesen) erbrachten, andere in der Statistik ganz hinten rangierten?⁷⁶ Spielte hier die jeweilige Kommunalbürokratie eine Rolle? Die ökonomische Kompetenz war sicherlich dabei ein gravierender Faktor, aber bei weitem nicht der allein ausschlaggebende. Wann setzen sich bestimmte Standards durch, und welche Rolle spielte dabei der öffentliche Druck einerseits, die Konkurrenz der Städte (z. B. auf Städtetagen) sowie die Imagepflege andererseits?

Mit dem Ende der bürgerlichen Honorationsherrschaft in den Städten im Jahre 1919 ist zwar die Klassengesellschaft im städtischen Kontext nicht verschwunden, aber die Klassenlinien wurden diffuser und nach 1945 für viele fast bis zur Unkenntlichkeit verdeckt. Erst wer genauer hinsieht entdeckt auch noch in der Stadt des 20. Jahrhunderts eklatante sozialräumliche (d. h. klassen- und schichtenbezogene) Unterschiede im Hinblick auf Lebensqualität. Es ist ein Leichtes nachzuweisen, daß die städtischen Infrastruktureinrichtungen sowie die Bildungsinstitutionen sich nicht gleichgewichtig über die Stadtteile erstreck(t)en, sondern daß eher die historisch gewachsene Benachteiligung bestimmter Sozialräume in den Städten reproduziert bzw.

⁷⁴ Koshar (s. A 33).

⁷⁵ Vgl. z. B. D. Rebentisch, Ludwig Landmann. Frankfurter Oberbürgermeister der Weimarer Republik, Wiesbaden 1975.

⁷⁶ Hierzu siehe als Quelle z. B. das Statistische Jahrbuch deutscher Städte.

sogar verstärkt wurden.⁷⁷ Doch fehlt es an ausreichender historischer Aufarbeitung solcher Themenkomplexe.

Dies führt uns dann auch zur vielseitigen Geschichte der städtischen Betriebe.⁷⁸ Die Prinzipien kapitalistischer Unternehmensführung befolgend, entfernten diese sich weit von den vor 1914 diskutierten utopischen Vorstellungen der sozialdemokratischen Revisionisten (à la Bernstein), die darauf hinausliefen, die Gesamtgesellschaft nicht zuletzt durch den sogenannten »Munizipalsozialismus« umzubauen. Einen wichtigen Einschnitt in die Geschichte des städtischen Betriebswesens bildete das Jahr 1935, als nämlich durch die neue Kommunalverfassung der Nationalsozialisten⁷⁹ die wirtschaftlichen Betätigungsmöglichkeiten der Städte stark eingeschränkt wurden.⁸⁰ Diese gesetzlichen Regelungen wurden auch nach 1945 nicht mehr revidiert.

Bedeutsam sind ferner Studien zu jenen infrastrukturellen Einrichtungen, die der Initiative gesellschaftlicher Gruppen und nicht-staatlichen Institutionen zu verdanken sind. Erinnert sei vor allem an Arbeiterkulturvereine, Genossenschaften, die Arbeiterwohlfahrt, Gewerkschaftshäuser, Arbeiterbibliotheken u. a. m.; zu erinnern sei aber auch an die Wohlfahrtseinrichtungen der Kirchen und sonstiger Trägerschaften. Ohne sie hätten in Krisenzeiten, z. B. am Ende der Weimarer Republik, viele Städte einen noch größeren Kollaps erlitten als es tatsächlich der Fall war. Die Aufarbeitung solcher Themen würde unsere Erkenntnisse über die historischen Grenzen des Sozialstaats bzw. der Sozialkommune erweitern.

Auch ist zu fragen, welche Bereiche der lokalen Politik in welchen Formen der Bewohnerschaft vermittelt wurden, welche Rolle dabei die lokalen Parteien, Vereine sowie Zeitungen und andere Öffentlichkeitsarbeiten spielten. Im allgemeinen herrschte der Trend vor, über Stadtpolitik in den meisten Lokalzeitungen nur ungenügend zu informieren und zahlreiche Entscheidungen und Forderungen so darzustellen, daß der eigentliche politische Gehalt nicht zum Vorschein trat. Gleichwohl war im Unterschied zu heute die lokale Presselandschaft viel weiter gespannt. Doch wirkte vor allem bei den bürgerlichen Zeitungen die klassisch-bürgerliche Auffassung nach, Kommunalpolitik sei unpolitisch, und nur die Arbeiterparteien hätten das Wesen der Kommunalpolitik verändert und diese politisiert. – Selbst für die Zeit des Dritten Reiches,

⁷⁷ Vgl. dazu A. Göschel, Allokationsstrukturen öffentlicher Einrichtungen. Historische Determinanten von Infrastrukturstandorten in Großstädten, Weinheim / Basel 1983.

⁷⁸ Dazu: G. Ambrosius, Die öffentliche Wirtschaft in der Weimarer Republik. Kommunale Versorgungsunternehmen als Instrumente der Wirtschaftspolitik, Baden-Baden 1984; W. Krabbe, Die deutsche Stadt im 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 1989.

⁷⁹ Vgl. H. Matzerath, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, Stuttgart 1970.

⁸⁰ Entsprechend der schon seit den 20er Jahren erhobenen Forderung der Privatwirtschaft; vgl. C. Böhret, Aktionen gegen die »kalte Sozialisierung« 1926–1930. Ein Beitrag zum Wirken ökonomischer Einflußverbände in der Weimarer Republik, Berlin 1966.

als die verbliebene Restpresse gleichgeschaltet war, wäre es doch recht aufschlußreich zu erfahren, was die Menschen über ihre Stadt in der Zeitung zu lesen bekamen – und was nicht.

Allerdings darf von Zeitungstexten nicht allzu schnell und direkt auf eine entsprechende Rezeption durch die Leserschaft geschlossen werden. Bekannt ist die Einsicht, daß wichtige politische Entscheidungen von den Menschen im Alltag oft nicht mit gleicher Intensität wahrgenommen werden (und umgekehrt), daß dort andere Prioritäten gesetzt und daß Politik (im engeren Sinne des Wortes verstanden) häufig nur in sehr gebrochener und indirekter Form rezipiert wird. Dabei muß davon ausgegangen werden, daß der Transformationsprozeß von objektiven Geschehnissen in die Erfahrungswelt der Subjekte in keiner Weise glatt verläuft, sondern Biegungen, Brechungen, Umformungen, Modifikationen etc. unterliegt. Es gilt deshalb auch, die jeweils spezifischen subjektiven Gemengelagen herauszufinden, wobei auch die vielfältigen Internalisierungsweisen von Herrschaftsverhältnissen zu berücksichtigen sind.

7. Stadt-Land Verhältnis und demographische Perspektiven

Lokalgeschichtliche Arbeiten sollten auch die zeit- und regionalspezifischen Austausch- und Abgrenzungsverhältnisse zwischen Stadt und Land thematisieren, sowohl im ökonomischen Bereich (z. B. Warenaustausch), als auch im Verkehrswesen (z. B. Pendlertum), auf sozio-kulturellem Gebiet (Sitten und Gebräuche), in der Regionalpolitik (z. B. Eingemeindungen sowie »Entörtlichung« vieler Ver- und Entsorgungsbetriebe).⁸¹ Darüber hinaus ist der baulich-räumliche Sektor zu nennen. Hier ist vor allem an die Zersiedelung der Landschaft bzw. an die Suburbanisierung zu denken. Die heute so ins Auge stechende Suburbanisierung hatte historische Vorläufer: man denke an die Verstädterung des Ruhrgebiets, eines Landstrichs, der die Spuren seines von der kapitalistischen Logik des 19. Jahrhunderts bestimmten Entstehungsprozesses seitdem deutlich erkennen ließ und läßt.⁸²

Auch stellt sich unter Stadt-Land-Gesichtspunkten erneut die alte Frage: Gibt es im 20. Jahrhundert überhaupt noch urbane Kultur im Unterschied zu dörflicher Kultur – und wie veränderte sich das Verhältnis beider (Teil-)Kulturen im Laufe der Jahrzehnte? Oder ist es nicht zutreffender, gleich von einem »abgestuften Kontinuum urbaner Lebensformen«⁸³ zu sprechen? Und was bedeutet unter solchen Fragestellungen die Machtübernahme der Nationalsozialisten nicht nur in den Städten, sondern

⁸¹ Vgl. J. Reulecke, Aspekte der deutschen Urbanisierungsgeschichte seit dem Ersten Weltkrieg, in: A. Schildt / A. Sywottek (s. A 20), S. 99.

⁸² Vgl. z. B. F.-J. Brüggemeier (s. A 48).

⁸³ In: H. J. Teuteberg, Historische Aspekte der Urbanisierung. Forschungsgegenstand und Probleme, in: ders. (Hrsg.), Urbanisierung im 19. und 20. Jahrhundert. Historische und geographische Aspekte, Köln / Wien 1983, S. 603; vgl. auch J. Reulecke (s. A 81), S. 94.

auch in den Dörfern? Wie gelang es den in den Städten großgewordenen Nationalsozialisten auch die dörfliche Welt zu erobern? Welche Rolle spielten dabei deren ideologische Versuche, national-städtische Kultur mit regional-ländlicher Kultur zu synthetisieren.

Das Stadt-Land Problem stellte sich mit der Urbanisierung in neuer Form. Nicht nur die Nationalsozialisten versuchten, auf ihre sehr spezifische Weise (vor allem durch sozio-kulturelle Aufwertung des Dorfes) Stadt und Land miteinander zu versöhnen.⁸⁴ Das gleiche Thema war bereits von der seit der Jahrhundertwende agierenden Gartenstadtbewegung in anderer Weise aufgegriffen und Lösungsvorschläge entwickelt worden. Hierbei galten sog. Garten(vor)städte als probates Mittel, um die Schäden der Urbanisierung auszugleichen.⁸⁵ Die Schrebergartenvereine, die vor allem in den 20er Jahren einen großen Aufschwung nahmen, gehörten ebenso in diesen Zusammenhang wie die Nachbarschaftsidee, die seit dem Ende der 20er Jahre vor allem in den USA diskutiert wurde (Perry) und die auch in Deutschland immer wieder den Diskurs über die wünschenswerte Städteentwicklung beeinflusste.

Darüber hinaus gilt es, zeitspezifische Stadtflichtbewegungen zu thematisieren, wie sie vor allem am Ende der Weimarer Republik⁸⁶ und während des Zweiten Weltkrieges aus sehr unterschiedlichen Gründen vorgenommen wurden. Daneben sind auch die Phänomene der Landflucht zu untersuchen, beispielsweise für die Zeit des Dritten Reiches, als vor allem Landarbeiter wegen der besseren Löhne in die städtische Aufrüstungsindustrie abwanderten. Nicht zu vergessen die Flüchtlingsströme nach dem Zweiten Weltkrieg (aber auch schon in kleinem Maßstabe nach dem Ersten Weltkrieg), wodurch städtische und ländliche Mentalitäten so richtig »durcheinandergewürfelt« wurden und ein Verlust von originärer Ländlichkeit eintrat.⁸⁷ Immer mehr orientierten sich –spätestens seit den 50er Jahren – die Dörfer zur Stadt hin, die tradierten ländlich geprägten Kulturformen unterlagen einem Schrumpfungsprozeß oder wurden durch den neuen Schub anwachsender urbaner Massen- und Konsumkultur überformt.

Auch wenn die demographischen Forschungsaufgaben sich nicht in der Beleuchtung der Stadt-Land Bewegungsströme erschöpfen, so liegt in der Rekonstruktion der

⁸⁴ Vgl. W. Kaschuba / C. Lipp, Dörfliches Überleben. Zur Geschichte materieller und sozialer Reproduktion ländlicher Gesellschaft im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Tübingen 1982, S. 232 ff.

⁸⁵ Die Idee der genossenschaftlich organisierten und ökonomisch unabhängigen Gartenstadt à la E. Howard degradierte bei den Umsetzungsversuchen meist zu Gartenvorstädten. Vgl. insgesamt K. Hartmann, Deutsche Gartenstadtbewegung. Kulturpolitik und Gesellschaftsreform, München 1976.

⁸⁶ Vgl. K. Bergmann, Agrarromantik und Großstadtfeindschaft, Meisenheim 1970.

⁸⁷ Vgl. dazu z. B. D. von der Brölie-Lewien, »Dann kamen die Flüchtlinge«. Der Wandel des Landkreises Fallingb. vom Rüstungszentrum im »Dritten Reich« zur Flüchtlingshochburg nach dem Zweiten Weltkrieg, Hildesheim 1990; M. Krug / K. Mundhenke, Flüchtlinge im Raum Hannover und in der Stadt Hameln, Hildesheim 1988.

Binnenwanderungen und der damit verbundenen sozialen Mobilität eines ihrer wichtigen Betätigungsfelder, so hörten die großen Ströme der Binnenwanderung nach dem Ersten Weltkrieg auf, die horizontale Mobilität ließ sowohl im innerstädtischen als auch in der Land-Stadt-Wanderung damals merklich nach. Mit dem Verkehrsausbau wuchsen dagegen die Pendlerströme. Hiermit sind nur einige Entwicklungsmerkmale angedeutet, die mittels quantitativer Methoden moderner Stadtgeschichtsforschung wichtige Grundlagenfunktionen erfüllen.⁸⁸

8. *Lokalgeschichtsschreibung als Teil demokratischer Kultur*

Lokalgeschichtsschreibung ist in den letzten Jahrzehnten immer stärker auch zu einem Teil der politischen Kultur vor Ort geworden. Hierzu haben die Geschichtswerkstätten eine Menge beigetragen, indem sie Aktivitäten selbst initiierten und durchführten, laufende Forschungsprozesse bündelten und auf die kommunale Kulturpolitik einwirkten. Dabei wurden auch neue Formen der Geschichtsforschung erprobt (Diskurs mit »Laien«) und mit lockeren Darstellungsarten experimentiert (Videofilme, Ausstellungen, Theateraufführungen, historischen Stadtführungen etc.). Hierbei geht es um den Versuch, sich die Geschichte des örtlichen Raumes anzueignen bzw. wieder anzueignen. Dies kann nicht eine Verherrlichung der Vergangenheit bedeuten (unter dem Motto der guten alten Zeit), vielmehr ist eine kritisch-produktive Aneignungsform gefordert, bei der Erkenntnisse über historische Handlungsräume und Handlungsgrenzen genauso eine wichtige Rolle spielen wie Erkenntnisse über gesamtgesellschaftliche Kontexte. Nur so können die vielfältigen Interdependenzen und Interaktionsprozesse nachvollzogen werden, die zwischen Zentrum und Provinz, Staat und Kommune, Nation und Region, Weltökonomie und lokalem Markt bestanden haben.

Lokalgeschichte bietet außerdem – wohl leichter als andere Themenbereiche – die Möglichkeit, den Forschungsprozeß ein Stück weit zu demokratisieren: Durch ein gewisses Ausmaß an Entprofessionalisierung kann dieser stärker in der Stadtöffentlichkeit verankert und Laien teilweise mit in den Forschungsprozeß einbezogen werden. Kurzum: Prozesse werden initiiert, welche (ohne problem- und konfliktlos zu verlaufen) insgesamt gesehen ein kulturpolitisch sinnvolles Korrektiv darstellen zur professionalisierten Geschichtswissenschaft, ohne diese freilich ersetzen zu können.

Heute ist in den Städten die Suche nach einer neuen Geschichtsschreibung größer denn je. Längst ist die Stadtgeschichtsschreibung Teil der lokalen Kulturpolitik geworden. Doch kann es dabei nicht darum gehen, eine Stadtgeschichte zu schreiben, die dazu dient, nach einer »harmonisierenden Sinnstiftung« in und aus der Vergangenheit zu suchen und »Geborgenheit« in der (Lokal-)Geschichte anzubieten. (So ist noch immer bei Kommunalorganen der Trend vorhanden, das unangenehme Kapitel

⁸⁸ Dazu: W. H. Schröder, *Moderne Stadtgeschichte*, Stuttgart 1979.

»Drittes Reich« aus der Stadtgeschichtsschreibung möglichst kurz fassen zu lassen, Plattitüden zu akzeptieren oder die positiv bewertete angebliche Sonderrolle des Ortes über Gebühr zu betonen.)

Zwar ist eine harmonisierende »städtisch-historisch vermittelte Identität« für die politische Kultur einer Demokratie wohl unproblematischer (vgl. z. B. die traditionelle Heimatgeschichte)⁸⁹ als die ebenfalls derzeit zu beobachtende Suche nach ungebrochener nationaler Identität, doch besteht das Problem, daß eine harmonisierende sinnstiftende Stadtgeschichtsschreibung mehr »glattbügelt« als aufreißt, mehr verdeckt als aufklärt. Nur wenn die Stadtgeschichtsschreibung sich auch den Klassen- und den Herrschaftszusammenhängen in historischer Perspektive öffnet, kann sie einen kritisch-aufklärenden Beitrag zur demokratischen Kultur leisten. Produktive Identitätsbildung bedarf eben der historiographischen Aufklärung und Kritik sowie der Akzeptanz eines unaufhebbaren Spannungsverhältnisses von Nähe und Distanz zu historischen Prozessen und Strukturen, vor allem aber zu zeitgeschichtlich agierenden Subjekten.

Ungeachtet des facettenartigen Charakters der vorliegenden Ausführungen ist wohl deutlich geworden, wie vielfältig die Funktionen und Chancen (aber auch die Probleme) moderner historischer Stadterforschung des 20. Jahrhunderts sind, wobei nicht vergessen werden kann, daß man sich all den historiographischen Zielsetzungen und Konzepten in der empirischen Forschungsarbeit immer nur stückchenweise annähern kann – Wissenschaft bleibt auf die Permanenz eines kommunikativen Forschungsprozesses angewiesen – so auch die Historiographie über die »Stadt in der Zeitgeschichte«.

⁸⁹ Dazu z. B. A. Sywottek, *Heimatkunde – Stadtgeschichte – Alltagsgeschichte. Einige Überlegungen*, in: *ders.* (Hrsg.), *Das andere Altona. Beiträge zur Alltagsgeschichte*, Hamburg 1984, S. 10–20.

Marie-Elisabeth Hilger

Seuchen verändern die Stadt

Soziale Ungleichheit vor Krankheit und Tod im 19. Jahrhundert

I. Zur Sozialgeschichte von Seuchen – II. Cholera in Rußland und Hamburg – III. Dimensionen von Ungleichheit – IV. Auswirkungen auf die Stadt

I. Zur Sozialgeschichte von Seuchen

»Epidemien gleichen großen Warnungstafeln, an denen der Staatsmann in großem Stil lesen kann, daß in dem Entwicklungsgange seines Volkes eine Störung eingetreten ist, welche selbst eine sorglose Politik nicht länger übersehen darf.«¹

Daß dies in besonderem Maße für Cholera gilt, soll im folgenden am Beispiel Rußlands und Hamburgs vergleichend dargelegt werden. Diese Beispiele bieten sich u. a. deshalb an, weil Rußland während des 19. Jahrhunderts nicht nur am frühesten und zugleich insgesamt am härtesten von der Seuche betroffen gewesen ist und weil Hamburg spät zum Ausgang desselben Jahrhunderts wider alle Erwartungen als einzige westeuropäische Stadt sehr heftig heimgesucht worden ist – zwei Pole des Geschehens also. Der Vergleich beider Gebiete liegt auch deshalb nahe, weil es zur Cholergeschichte Rußlands und Hamburgs neuere Literatur aus dem Feld der sonst überaus spärlichen historischen Beschäftigung mit Seuchen gibt. Für Rußland liegen – auf Englisch – die Arbeiten von Roderick E. McGrew und Nancy M. Frieden vor und für Hamburg neuerdings das eindrucksvolle Werk des englischen Sozialhistorikers Richard J. Evans.² Diesen Arbeiten verdanken meine Ausführungen Anregung und Grundlage, wobei die Akzente allerdings anders und wesentlich begrenzter

¹ So Rudolf Virchow 1848, zitiert bei S. Winkle, Chronologie und Konsequenzen der Hamburger Cholera von 1892 (II), in: Hamburger Ärzteblatt 1/1984, S. 22, Anm. 70.

² R. E. McGrew, The First Cholera Epidemic and Social History, in: Bulletin of the History of Medicine XXXIV (1960), S. 61 ff.; ders., The First Russian Cholera Epidemic: Themes and Opportunities, ebd. XXXVI (1962), S. 220 ff.; ders., Russia and the Cholera 1823–1832, Madison/Milwaukee 1965; N. M. Frieden, The Russian Cholera Epidemic 1892–93 and Medical Professionalization, in: Journal of Social History 10 (1977), S. 538 ff.; R. J. Evans, Death in Hamburg, Society and Politics in the Cholera Years 1830–1910, Oxford 1987, jetzt auch in deutscher Übersetzung: R. J. Evans, Tod in Hamburg. Stadt, Gesellschaft und Politik in den Cholera-Jahren 1830–1910, Reinbek 1990; vgl. dazu auch M.-V. Netchkina / K.-V. Sivkov / A.-L. Sidorov, La Russie, in: L. Chevalier (Hrsg.), Le Cholera. La Première Epidémie du XIX Siècle, La Roche-Sur-Yon 1958, S. 143 f.

gesetzt werden. Hier geht es um Dimensionen von Ungleichheit in Betroffenheit, in Reaktionen und in Auswirkungen gegenüber einer Seuche.

Seuchen haben in ihrer sozialgeschichtlichen Relevanz erst in jüngster Zeit mehr Beachtung durch die Forschung erfahren. Das ist einigermaßen verwunderlich, wenn man sich vor Augen führt, daß im 19. Jahrhundert – aber nicht nur dann – nicht nur bedeutende Persönlichkeiten von ihnen hinweggerafft worden sind, sondern daß politische und militärische Auseinandersetzungen in ihrem Ausgang davon mitbestimmt worden sind, daß es zu demographischen Verschiebungen, zu sozialen Unruhen, zu wirtschaftlichen Beeinträchtigungen, zu Veränderungen administrativer Strukturen, also zu vielerlei politischem und sogar wissenschaftlichem Wandel gekommen ist. Im 19. Jahrhundert ist kaum ein Bereich menschlichen Lebens von Seuchen nicht beeinflusst worden, sei es, daß Menschen sie als direkten Angriff auf ihr Leben ansehen mußten, sei es, daß Vertreter von Öffentlichkeit, Wissenschaft, Kirche, politischen Gruppierungen und wirtschaftlichen Interessen sie als Indiz und Druckmittel für Veränderungen herangezogen, ja sogar begrüßt haben.³ Insofern läßt sich mit dem Medizinhistoriker George Rosen auch herausstellen, daß Seuchen einerseits ursächlich mit der jeweiligen sozialen und ökonomischen Situation der Bevölkerung zusammenhängen, andererseits – und das ist hier das Thema – der Umgang mit ihnen die soziale Struktur einer Gesellschaft widerspiegelt. »Rank has its privileges in illness as in health ... the social class of patient has in various ways affected the medical transactions related to his illness.«⁴

Seuche und Sozialverhältnisse gehören eng zusammen. Bei der letzten These muß allerdings einschränkend beachtet werden, daß es im 19. Jahrhundert für Cholera kein Heilmittel gegeben hat.⁵ So war 1871 die dringende, wenn auch Skepsis ausdrückende Forderung von Florence Nightingale, der berühmten Krankenpflegerin, und Edwin Chadwick, einem englischen Sozialreformer, leider nur zu berechtigt: »not to know but to do.« Auf die Verbesserung sanitärer Systeme und die Veränderung häuslich-hygienischen Verhaltens kam es vor allem an, noch nicht so sehr auf wissenschaftliche Laborexperimente oder große, umstrittene medizinische Theorien.⁶

Seit 1817 Cholera in Indien ausgebrochen war, Südostasien und China durchdrungen hatte und 1822 nach Japan gelangt war, die ostafrikanische Küste 1820 erreicht hatte und über Mesopotamien und Persien 1823 nach Tiflis, Baku und Astrakhan, dem Einfallstor zu Rußland und gen Westen, gekommen war, kannte Europa, vermittelt über englische Beobachter, Erscheinungsweise und Verlauf dieser Seuche. Aber –

³ Vgl. A. Briggs, Cholera and Society in the Nineteenth Century, in: Past and Present 19 (1961), S. 87 u. 85.

⁴ G. Rosen, Health, history and the social sciences, in: Social Sciences and Medicine 7 (1973), S. 7.

⁵ Vgl. die entsprechende Formulierung bei F. B. Smith, »There was no cure for cholera in the nineteenth century«, in: ders., The People's Health 1830–1910, London 1979, S. 236.

⁶ Ebd., S. 236.

wie es eine Londoner Zeitschrift 1832 ausdrückte – als die Seuche in Asien auftauchte, betrachtete man sie noch mit Neugier, in den Weiten Rußlands schon mit Argwohn, in Deutschland alarmiert, auf englischem Boden schließlich mit Schrecken.⁷

Zwischen 1823 und 1826 blieb die Cholera noch außerhalb Europas, dann jedoch attackierte sie das russische Reich und begann 1830 ihre Ausbreitung entlang des russischen Flußsystems, verbreitete sich über Westeuropa 1831 nach England und schließlich auch nach Amerika, Kanada und z. B. Mexiko. Der Seuche Einhalt zu gebieten, gelang wie in Rußland, so auch in Westeuropa und in der neuen Welt nicht: bis 1835 hatte die erste Cholera-Epidemie bereits ihr spezielles Zeichen in der Gesellschaft mit Tausenden von Toten hinterlassen. Man vergegenwärtige sich, daß das zugleich die Zeit der Revolution von 1830, der Auseinandersetzungen um die englische Reform Bill von 1832, der polnischen Revolte von 1830–31 gewesen ist – zweifellos war Cholera ein wichtiger Faktor dabei. Doch haben bisher politische und militärische Ereignisse in der Geschichtsschreibung mehr Beachtung gefunden. Daß das erste Auftreten von Cholera in eine Periode von sozialer Unruhe wie zugleich von Reformen und gravierenden Veränderungen fiel, gibt der sozialhistorischen Beschäftigung mit ihr besonderen Reiz. Ihre Verknüpfung mit unhygienischen Lebensverhältnissen und unzureichender Wasserversorgung, die Wege ihrer Ausbreitung, das spezielle Bild der Seuche: dies und vieles mehr erlaubt, soziales und politisches Verhalten und zugleich die Lebenslage breiter Bevölkerungsschichten in den Blick zu nehmen. Dabei ist bisher überwiegend über Städte (z. B. Moskau, St. Petersburg, New York, London, Paris, Lille, Lyon, Bordeaux, Marseille, Stockholm) gehandelt worden, weniger über ländliche Regionen. Insofern ist dies eine Dimension von Ungleichheit in der Ausbreitung und Heftigkeit der Folgen, die hier notgedrungen vernachlässigt werden muß.⁸

II. Cholera in Rußland und Hamburg

Für Rußland war Cholera im 19. Jahrhundert die dauerhafteste, verbreitetste und mörderischste Epidemie; von 1823 bis 1926 war sie ein immerwährender Schrecken: Für 58 von diesen 103 Jahren wird von mindestens 5 ½ Mill. Cholerafällen, davon über 2 Mill. Toten, berichtet. Ähnlich »Pest« im Westen wurde »Cholera« im Polnischen, Jiddischen und Russischen zum Ausdruck eines Fluches, vermutlich ein Zeichen dafür, wie tief sie das soziale Bewußtsein geprägt hat.⁹ Wenngleich spätere Seuchenausbrüche, z. B. der von 1892–96, in Rußland intensiver gewesen sind, so ist doch der zwischen 1829 und 1834 der wichtigste, weil er stattfand, als Cholera kaum

⁷ R. E. McGrew 1960 (s. A 2), S. 61f.

⁸ Vgl. ebda., S. 64.

⁹ R. E. McGrew 1962 (s. A 2), S. 221.

bekannt war und als den Menschen weithin die Möglichkeit fehlte, für die Seuche eine Erklärung zu finden. Deren Reaktionen folgten deshalb vorwiegend überkommenen Mustern sozialen Verhaltens und brachten dabei anhaltende Überzeugungen und Loyalitäten, dazu Unzufriedenheiten ans Tageslicht; bereits vorhandene Spannungen wurden durch die den Seuchenausbruch begleitende Hysterie verstärkt. Überdies brachte die Seuche, als sie das Zentrum des Reiches zur Zeit des Höhepunkts internationaler Krisen Ende 1830 erreichte, den Binnenhandel und die Rekrutierung der Armee zum Stillstand und wirkte aufgrund strenger Quarantänemaßnahmen wie eine Zwangsjacke über dem Land.¹⁰

Im westlichen Europa wütete Cholera fast ausschließlich in städtischen, d. h. verdichtet bewohnten Zentren. Ihre Wirkungen dort sind einheitlicher als diejenigen im russischen Territorium mit seinen breiten ethnischen, soziologischen und kulturellen Prägungen, welche vielfältigere Reaktionen hervorgebracht haben, deren Unterschiedlichkeit und Komplexität mit der etwas plakativen Deutung als Ausdruck der »Krise des feudalen Systems« wohl nicht hinreichend erklärt werden können.¹¹

Hamburg wurde zwar zwischen 1831 und 1892 in 16 verschiedenen Jahren von Cholera heimgesucht, die Auswirkungen erreichten aber erst 1892 den Höhepunkt. Da dies bereits eine Zeit ist, in der viel schriftliches Material gesammelt wurde, statistische Methoden entwickelt und medizinische Kenntnisse über Cholera vorhanden waren, lassen sich die Ereignisse hier in die politische und soziale Geschichte der Stadt und ihrer Klassenkonflikte einordnen und läßt sich der Frage nachgehen, wie Hamburgs schnelles städtisches Wachstum Leben und Gesundheit seiner Bewohner beeinflußt hat und wie diese Entwicklungen von verschiedenen Bevölkerungsgruppen wahrgenommen worden sind.¹²

Mit der Industrialisierung in der 2. Hälfte des Jahrhunderts veränderte sich nicht nur die Struktur von Hamburgs Bevölkerung rasch, sondern zugleich die Umgebung, in der diese Bevölkerung lebte. Allein schon die Vergrößerung der Stadt vermehrte die bereits traditionell vorhandenen Probleme von Wasserversorgung, Abfallbeseitigung und Straßenverschmutzung. Dazu kamen nun neue Quellen von Verschmutzung und Verseuchung im Zuge wirtschaftlicher Veränderungen und des enormen Anstiegs der Einwohnerzahl. (Luftverpestung und Rauch führten ab der 60er Jahre zunehmend dazu, daß wohlhabendere Hamburger während der Sommermonate u. a. aus gesundheitlichen Gründen die Innenstadt mieden.)

Die Welt der Kaufleute im Hamburg des 19. Jahrhunderts war eine schmutzige

¹⁰ Vgl. dazu die Berichte von 1830 über die Quarantäne in Briefen des Dichters A. S. Puschkin an seine Verlobte, zitiert bei M.-V. Netchkina (s. A 2), S. 148f.

¹¹ R. E. McGrew 1965 (s. A 2), S. 12.

¹² Das vielschichtig und hervorragend aufgearbeitet zu haben, ist das Verdienst von R. J. Evans (s. A 2), vgl. bes. S. 11f.

Welt:¹³ Die Straßen waren weithin unbefestigt, Abfälle der »horse-drawn society«, also von Transport- und Reittieren, dazu Tierkadaver, Ungeziefer aller Art, besonders auch Ratten, füllten sie. Der »Große Brand« von 1842 gab der Stadt zwar den Anstoß, ein umfangreiches Wasserleitungs- und Abfallbeseitigungssystem zu errichten, 1892 stellte sich jedoch heraus, daß dies höchst unzureichend war. Auch wenn 1885 ein Hamburger noch stolz behauptete, daß Hamburg die sauberste Stadt der Welt sein müsse: die Realität entsprach dem bei weitem nicht.¹⁴ Viele Gebäude waren nicht der Kanalisation angeschlossen, Abtritt und Abfälle gingen in den Hafen, in die Flüsse, Kanäle und Fleete, in denen gebadet, gewaschen und aus denen Trinkwasser gewonnen wurde. Die Diskussion um eine Sandfiltrieranlage für das Wasser hatte sich seit den 50er Jahren hingezogen. Altona, die Nachbarstadt von Hamburg, besaß eine solche seit 1859. In Hamburg spottete man derweil über die Aale in der Wasserleitung und sprach vom abgekochten Wasser als von der hamburgischen »Aalsuppe«.¹⁵ Ein Kompromiß wurde bei den verschiedenen Interessenfraktionen nicht rechtzeitig gefunden: 17 Jahre dauerte es nach der Cholera-Epidemie von 1873 vom Plan bis zur Inangriffnahme des Baues. Führende Ingenieure konnten sich nicht einigen, es fehlte an dauerhaftem Druck seitens der Mediziner, es gab keine nennenswerte hygienische Bewegung in der Stadt und schließlich verschlang der Hafenausbau als Folge des Beitritts Hamburgs zur Zollunion von 1888 Energien und Gelder der städtischen Institutionen. Wasserfiltration erschien deshalb als eine Maßnahme niederen Ranges und überdies als wenig profitabel. Selbst der Bau des repräsentativen Rathauses hatte Ende der 80er Jahre noch Vorrang.¹⁶

Daß sich Umweltprobleme des 19. Jahrhunderts auch in der Qualität der Ernährung der städtischen Bewohner niederschlagen, wird in ihrer Wichtigkeit meist übersehen. So war Nahrungsmittelfälschung in den 80er und 90er Jahren eine weitverbreitete Praxis. Zusammen mit bereits verdorbenen Lebensmitteln gefährdete sie die Gesundheit der Menschen ungemein. Schon die Größe Hamburgs als der damals zweitgrößten Stadt Deutschlands hat die Bedingungen von Frische, Reinheit und Haltbarkeit der Nahrungsmittel ungünstig sein lassen, dazu kam das Festhalten an umfänglichem Straßenverkauf. Zunehmende Arbeitslosigkeit um 1890, Erhöhung der Nahrungsmittelpreise 1888–90, Anstieg der Mieten und Verdichtung des Wohnens für die Arbeiterbevölkerung führten zum Rückgang der für Nahrungsmittel verfügbaren Ausgaben und verschlechterten für breite Bevölkerungsschichten die Ernährungssituation. Demgegenüber konnten sich Bessersituierte mit Hilfe von ausgedehnter Vorrathaltung, besserer Auswahlmöglichkeit und unterstützt von Hauspersonal vor Gefahren durch verdorbene Lebensmittel eher schützen. Mit Berechtigung kann – entspre-

¹³ Ebda., S. 174.

¹⁴ Einzelheiten ebda., S. 186 ff.

¹⁵ Vgl. S. Winkle (s. A 1), S. 20, Anm. 63.

¹⁶ R. J. Evans (s. A 2), S. 212 f.

chend den Untersuchungen von Evans – wohl behauptet werden, daß sich Hamburgs städtische Umwelt seit den späten 50er Jahren bis zum Ende der 80er Jahre verschlechtert hatte. Zugleich kann gesagt werden, daß sich auch das Bewußtsein der städtischen Mittelschichten im Hinblick auf die Umwelt verändert hatte. Denn Schmutz und Gestank bedeuteten für sie Unordnung. Deren Wahrnehmung führte gemeinsam mit der zunehmenden Distanzierung von den eigenen körperlichen Funktionen zur räumlichen Absonderung dieser Schichten und zu einem Gegenüber von unterschiedlichen Lebensstilen und Sensibilitäten. Diese neuen Wahrnehmungen, die sich sprachlich in Ausdrücken wie »verpestet«, »pestilenzartig«, »gemeinschädlich« u. a. niederschlugen, gingen einher mit Vorstellungen von der Gefahr der Unterschichten, d. h. mit Angst vor Mob, und bestärkten das Überlegenheitsgefühl des Bürgertums über die Arbeiterbevölkerung, erschienen den führenden Schichten jedoch kaum als Konsequenz kapitalistischer und städtischer Expansion, die sie selbst mit hervorgebracht hatten.¹⁷

Cholera wird durch einen Bazillus hervorgerufen, der begleitet von starken Leibschmerzen und Diarrhoe zu raschem Verfall des Körpers durch Dehydratation und Veränderung des Elektrolythaushaltes führt. Dieser Prozeß kann 5–12 Stunden dauern, also ganz schnell vonstatten gehen, oder üblicherweise sich 3–4 Tage hinziehen. Dazu kommen noch Inkubationszeiten von 24 Stunden bis zu 8 Tagen. Der Bazillus vermehrt sich am besten unter warmen, feuchten Bedingungen, vornehmlich in Flußwasser, wird also am leichtesten durch Wasser übertragen, kann aber auch an Nahrungsmitteln, vor allem Obst und Gemüse, die in infiziertem Wasser gewaschen wurden, überleben. Das ist insofern bedeutsam, als die Seuche nur ausbricht, wenn der Bazillus in den menschlichen Verdauungstrakt gelangt, was auch schon durch infizierte Hände geschehen kann. Der Bazillus überlebt bis zu 15 Tagen in Fäkalien und im Erdreich. Auch infizierte Kleidung kann Übertragungsquelle sein. Die wirksamste – und bis heute fast einzige – Weise den Bazillus zu bekämpfen, ist die Beachtung sorgfältiger persönlicher Hygiene.

Während einer Epidemie kann er im Wasser, in Milch oder an Lebensmitteln durch Erhitzen abgetötet werden. Auch Säure widersteht er nicht. Und durch Sandfiltration kann er vom Wasser ferngehalten werden. Cholera-Epidemien brechen i. d. R. zu warmen und feuchten Jahreszeiten aus. Sie verbreiten sich durch infiziertes Wasser. Schmutzige und beengte Lebensbedingungen mit Gemeinschaftstoiletten stellen die Hauptgefahr dar, weil menschlicher Kontakt eine Rolle spielt. Räumlich wird die Seuche durch Bazillenträger bei Ortswechsel verbreitet und vielfach durch infiziertes Flußwasser. Alles dies sind Faktoren, die Hamburg als mit sanitären Mängeln behaftete Hafenstadt als potentiell Zentrum für die Verbreitung von Cholera erscheinen ließen.

¹⁷ Ebda., S. 234 f.

Cholera schreckte in ihren Erscheinungen über die Maßen. Sie war neu und paßte nicht in traditionelle Muster des Umgangs mit Krankheit und Tod, sprach sie doch allen Vorstellungen von einem »schönen« Tod Hohn. Sie war im einzelnen unvorhersehbar, in ihrer Ursache unbekannt, sie betraf jede Gruppe der Bevölkerung, und das dazu unglaublich plötzlich; dies wirkte am furchterregendsten auf die Menschen. Obendrein waren ihre Symptome spezifisch abstoßend.

1831 brach die Seuche erstmalig in Hamburg aus. Wie man mit ihr medizinisch umging, war abhängig von dem, was man als Grund ansah, und das war heftig umstritten. In Rußland handelte man nach den Erfahrungen der Pest überwiegend unter der Vorstellung von einer kontagiösen Krankheit, bei der Quarantänemaßnahmen sich als effektiv erwiesen hatten. Militärkordon und Quarantäne verfehlten diesmal jedoch in Rußland und anderswo nicht nur die Wirkung, sie provozierten geradezu weitgestreute Unruhe in der Bevölkerung. Die Militär- und Beamtenpräsenz vielerorts, die strenge Isolation der Kranken in Hospitälern, das Erscheinen fremder Ärzte ließ viele Menschen gemäß einem alten Deutungsmuster befürchten, man wolle sie vergiften und töten, um überzählige und verarmte Bevölkerung loszuwerden. Es kam zu Massakern an Ärzten und Offiziellen. Angehörige holten die Kranken in die Familie zurück, forderten Berücksichtigung altgewohnter Bestattungsbräuche und ahnten nicht, wie sie sich dadurch verstärkt gefährden konnten.

Aufrechterhaltung öffentlicher Ordnung stand anfangs wie erneut 1848 in Hamburg im Vordergrund der Choleramaßnahmen. Strenge Isolationsvorschriften wurden erlassen, nach und nach jedoch durchlöchert und gelockert, als zu teuer und die Wirtschaft behindernd kritisiert und schließlich zurückgenommen. Ergebnis der Epidemien von 1831 und 1848 war, daß sich in Hamburg eine Tradition des Nichtstuns herausbildete. Nicht einmal die Präsenz der Cholera in der Stadt wurde öffentlich angezeigt. Die Last des Umgangs mit Cholera wurde stattdessen Medizinern und freiwilligen Vereinigungen aufgebürdet. Städtische Inaktivität, Vermeidung von Unkosten, Bewahrung öffentlicher Ordnung hatten bis in die 70er Jahre Priorität. Eine spezifisch unlösliche Verbindung zwischen medizinischer Wissenschaft, ökonomischem Interesse und politischer Ideologie bestimmten Hamburgs Verhalten gegenüber der Seuche.¹⁸

Sechzig Jahre Konfrontation mit Cholera hatten in Hamburg also zu einer Einstellung geführt, die von neuen Entdeckungen der 80er Jahre – Robert Koch hatte 1884 den Erreger entdeckt – unberührt blieb. Hamburger Mediziner konnten kaum mit neuen bakteriologischen Methoden zur Diagnose von Cholera umgehen – sie stellten den Choleraausbruch im August 1892 jedenfalls erst mit großer Verzögerung fest. Der Ausbruch war – wie heute feststeht – infolge des großen Stroms östlicher, insbesondere jüdischer Auswanderer, der unter denkbar schlechten sanitären Bedingungen

¹⁸ Ebda., S. 323ff. und 353.

über den Hamburger Hafen abgewickelt wurde, bedingt. Die Stadt war hier besonders verwundbar: noch immer flossen Exkremate – diesmal eben infizierter Zuwanderer – ungehindert in die Elbe, noch immer wuschen sich Menschen mit infiziertem Hafenwasser, noch immer gelangte Elbwasser ungefiltert in die Trinkwasserleitungen.

1892 wurden in Hamburg mehr Menschen von Cholera dahingerafft als während aller vorausgehenden Epidemien zusammen: über 8600 von fast 17000 Krankheitsfällen; 13,4% starben. Im Vergleich zu den Auswirkungen zu anderen Zeiten an anderen Orten war das nicht einmal eine übermäßig hohe Zahl. (In London war sie nie höher als 6,6%, in Glasgow 1832 15%, in Paris 21,8%, Dublin 30%, Stockholm 1834 43%, Petersburg 1832 ca. 40%, Ungarn 1873 65%, außerhalb Europas, in Montreal, war die Mortalitätsrate mit 74% noch höher).¹⁹ Die Besonderheit lag daran, daß die Seuche diesmal auf Hamburg und entlang der Elbe konzentriert war.

Als Gründe für diesen Tatbestand lassen sich zum einen überbevölkerte Stadtteile, gekennzeichnet von Armut, Mangelernährung und notorischer Wohndichte, was bei engerem Kontakt als Multiplikator für die Infektion wirkte, anführen. Zum zweiten ist das unzureichende zentrale Wassersystem zu nennen, das am meisten zur Seuchenverbreitung beigetragen hat. Und drittens ist ausschlaggebend Hamburgs Politik des Verheimlichens der Seuche und des Verzögerns von Abwehrmaßnahmen – eine anschließend in der Öffentlichkeit vernichtender Kritik unterzogene Haltung – geworden. In dieser Stadt fehlte es an Warnungen und Instruktionen, an sinnvollen Plänen zum Umgang mit einer Seuche, an diagnostischen Möglichkeiten der Bestimmung der ersten Fälle und schließlich noch an allen Schritten, das Vorhandensein von Cholera selbst dann zu bestätigen, als sie bereits 8 Tage manifest war. Resümierend bietet sich R. Kochs vielfach kolportierter Ausspruch über Hamburgs politisches System und seine sozialen Verhältnisse geäußert im Schock über das Gesehene an: »ich vergesse, daß ich in Europa bin.«²⁰

Im Verlauf der Epidemie stellte sich heraus, daß Hamburg nicht nur die offizielle Bestätigung der Seuche hinausgezögert und dadurch die Öffentlichkeit getäuscht habe; es hatte für Auswandererschiffe nach Amerika selbst dann noch Unbedenklichkeitspässe ausgestellt, als Passagiere bereits infiziert waren. Hamburgs Krankentransport zu den Hospitälern und die Versorgung der Seuchenopfer dort war rudimentär und inadäquat organisiert.²¹ Angst und Panik verbreiteten sich in der Stadt. Eine Massenflucht der Wohlhabenden setzte ein, gesellschaftliches Leben stagnierte. Die Desorientierung der Arbeiterschichten äußerte sich in zunehmendem Alkoholkonsum und damit einhergehender größerer Sorglosigkeit. Religiöser Eifer und die Zahl der

¹⁹ Zahlen zusammengestellt bei R. J. Evans, ebda., S. 375f.

²⁰ So kurz und kritisch R. J. Evans, ebda., S. 388. Robert Koch zitiert bei J. Flemming, Krankheit-Gesellschaft-Politik. Hamburg und die Choleraepidemie von 1892, in: Journal für Geschichte 2 (1986), S. 41.

²¹ R. J. Evans (s. A 2), S. 414.

Kirchenbesucher nahmen zu. Es begann sich Sozialkritik in kirchlichen Kreisen zu regen. Pastoren sahen ihre Aufgabe in aktiver Sorge um die Kranken und Sterbenden und konnten etwas beruhigend auf die Bevölkerung einwirken. Volksmedizin und Quacksalberei erfuhren Auftrieb. Insgesamt litt das wirtschaftliche und politische Leben unter den Konsequenzen der Seuche sehr. Bedeutsam ist, daß es an Ausbrüchen von Gewalt und am schnellen Suchen nach Sündenböcken gefehlt hat. Das könnte darauf zurückzuführen sein, daß die Sozialdemokratie in der Krisenzeit als Element der Kanalisierung und Beschwichtigung von sozialen Antagonismen wirkte; erstaunlicherweise kooperierte sie bereitwillig mit der Obrigkeit, die ihr dabei erstmals öffentliche Anerkennung zukommen ließ.²²

III. Dimensionen von Ungleichheit

1. Ausbreitung der Cholera in Stadt- und Landregion

Über Unterschiede im Risiko von Stadt und Land gegenüber Cholera kann bisher eigentlich nur spekuliert werden, werden doch im allgemeinen Wachstum der Bevölkerung und ihre Verdichtung im Prozeß der Verstädterung und dazu Industrialisierung als die Hauptkomponenten für Cholera als einer Erscheinung erst des 19. Jahrhunderts herausgestellt.

Eine weniger dichte Besiedlung hat die Infektionsgefahr zweifellos verringert, die Infektionen verliefen dann meist endemisch. Die Wasser- und Abwasserhältnisse, die hygienischen Bedingungen insgesamt und die Wohnsituation waren jedoch auf dem Lande kaum günstiger als in der Stadt, allenfalls war es die Ernährungssituation. Dem standen deutliche Defizite in ländlichen Regionen gegenüber: es gab kaum medizinische Hilfen, wenig Informationsmöglichkeiten. Wenn einerseits größere Isolierung der Betroffenen ein rascheres Abflauen der Seuche mit sich gebracht haben kann, so steht dem andererseits entgegen, daß ländliche Bevölkerung traditionellen Verhaltensweisen stärker verhaftet gewesen ist, und das brachte durch die Beachtung überkommener Krankenbetreuungs- und Beerdigungssitten, durch den Besuch von Festen und Märkten aufgrund des direkteren menschlichen Kontaktes möglicherweise erhöhte Ansteckungsgefahr.

2. Einkommen und soziale Lage

Es ist eine weitverbreitete These, daß es eine enge Verbindung zwischen Cholera und Armut gegeben habe. Die Mehrheit der Opfer soll unter den Armen zu suchen gew-

²² Vgl. zu diesem speziellen Problemfeld R. J. Evans, Die Cholera und die Sozialdemokratie: Arbeiterbewegung, Bürgertum und Staat in Hamburg während der Krise von 1892, in: A. Herzig / D. Langewiesche / A. Sywottek (Hrsg.), Arbeiter in Hamburg, Hamburg 1983, S. 203 ff.

sen sein, doch merkwürdigerweise nicht unter allen Armen.²³ Neuerdings ist deshalb Zweifel am wissenschaftlichen Wert der bisher vorhandenen Daten aufgekommen. Vielleicht haben Angehörige der Mittel- und Oberschichten in gleicher Proportion wie solche der Unterschichten gelitten, nur war ihr Leiden für die Öffentlichkeit eventuell weniger sichtbar: sie wurden nicht zwangsweise in Hospitäler gebracht, nicht in Massengräbern beigesetzt.

Für Frankreich ist für die 1830er und 1840er Jahre in bezug auf Lille und Paris nachgewiesen worden, daß Armenbezirke mehr Seuchenbetroffene aufzuweisen hatten: schlechte Ernährungs- und unhygienische Lebensbedingungen, lange Arbeitszeiten und ökonomische Krisen sollen zu höherer Morbidität und Mortalität geführt haben. Und für Aix-en-Provence wird vermutet, daß Bessersituierte nur deshalb von der Seuche ausgespart worden seien, weil sie der Stadt entrinnen konnten.

Für England ist festgestellt worden, daß Lohnarbeiter und Arme 1832 die Hauptlast an Opfern trugen, daß aber auch Lehrer, Kleinladenbesitzer, Mieteinnehmer, also jene, die engeren Kontakt mit den Armen hatten, ebenfalls stärker betroffen gewesen sind. Doch die Frage bleibt, wie sich diese Angaben damit vertragen, daß relativ hoch industrialisierte Regionen (wie z. B. Lancashire und Lyon) 1832 der Cholera entgangen sind. Statistisch läßt sich eine gravierende soziale Ungleichheit für England bisher jedenfalls nicht nachweisen.

In Rußland existierte die Vorstellung von einer gewissen Prädisposition von Menschen für die Seuche. Doch dies bezog sich nur teilweise auf die äußere Umwelt; eine größere Rolle spielte das Innere des Körpers und das jeweilige individuelle Verhalten. Immerhin wurde schon eine besondere Anfälligkeit der untersten Schichten, dazu von Frauen und von Menschen mittleren Lebensalters diskutiert. Mit diesem sozialen Aspekt von Cholera hinsichtlich der besonderen Gefährdung ließen sich Quarantänemaßnahmen begründen, die fast überall im Mittelpunkt des oft überzogen strengen, mitunter auch wieder laxen Vorgehens standen.²⁴ Die Sorge vor Rebellion und sozialer Instabilität war bei Quarantänevorkehrungen von großer Bedeutung. In Sewastopol kam es 1830 beispielsweise zum Aufruhr wegen zu strikter Sanitärmaßnahmen: Die Betroffenen fühlten sich durch brutal verfolgte Isolations- und Desinfektionsvorschriften drangsaliert. Dazu hatte ungeschicktes Vorgehen von Polizei und Beamten noch beigetragen, Polizei- und Quarantänestationen wurden zerstört und der Militärgouverneur ermordet. Die unteren Schichten glaubten nicht an die Existenz der Seuche, sie hatten bereits 1 Jahr lang unter Quarantäne leben müssen.²⁵

In Astrakhan fiel die lokale Verwaltung in sich zusammen, u. a. weil der Zivilgouverneur und der Polizeidirektor unter den ersten Todesopfern der Seuche waren. Hy-

²³ A. Briggs (s. A 3), S. 78.

²⁴ R. E. McGrew 1965 (s. A 2), S. 44 ff.

²⁵ R. E. McGrew 1960 (s. A 2), S. 72.

sterie breitete sich aus, doch Anarchie, Schrecken und Tod brachten keine Gewalt und keine Plünderungen mit sich, die Bevölkerung floh eher in die umliegenden Berge. Auch in Tiflis sollen 2/3 der Bevölkerung vor der Seuche geflohen sein.²⁶ In der Region hatte Nahrungsmittelknappheit die Situation während der Quarantänezeit verschlechtert. Unter dem Einfluß nonkonformer Sekten war die Bevölkerung geneigt, die Anweisungen der Obrigkeit zu mißachten. Es fehlte hier alles, was einer Abwehr der Cholera hätte dienlich sein können: geübtes Personal war nicht vorhanden und Militär tobte sich so aus, daß bei einer Relation von einem Arzt zu ca. 1½ Millionen Menschen die Wahrscheinlichkeit viel größer war, von Soldaten mißhandelt als je von einem Arzt behandelt zu werden. Insofern litt die Bevölkerung unter Anticholera-maßnahmen genauso wie unter der Seuche selbst.²⁷

Als die Cholera 1830 Moskau erreichte, war panikartige Flucht von ca. 50 000 der reicheren Einwohner eine wesentliche erste Reaktion. Doch alsbald entwickelte sich ein neuer Geist zur Konzentration verfügbarer Kräfte; ein lokaler Cholera-Rat agierte sensibel und in enger Verbindung mit Verwaltung und Öffentlichkeit, und militärischer und polizeilicher Einsatz und damit Repression hielten sich in Grenzen, Patienten konnten zuhause behandelt werden und wurden nicht in unzureichenden Anstalten zwangsweise isoliert. Moskau entging dadurch einem der destruktivsten Aspekte der Seuche, nämlich Anarchie und Aufruhr. Seine Todesrate war niedriger als anderswo, war jedoch relativ hoch bei einer Schicht freier Händler, die anscheinend am Rande des Existenzminimums lebte und deren ökonomische Schwäche erst die Cholera gewahr werden ließ.²⁸ Am schlimmsten wirkte sich die Cholera jedoch bei bäuerlichen Bevölkerungsteilen, bei Hausbediensteten, Kleinhändlern und Handwerkern aus, die vermutlich nicht in den dürftigsten Verhältnissen gelebt haben.²⁹

Die Bedingungen von Petersburg sind noch am ehesten mit denen städtischer Zentren Westeuropas zu vergleichen. Petersburg hatte sich rasch zum führenden nördlichen Handelszentrum entwickelt und zog viele Menschen an. Seine Bevölkerung hatte sich von 1800 bis 1833 auf etwa 440 000 Einwohner verdoppelt, während sie in Moskau wesentlich langsamer wuchs. Überfüllung und Elend waren die Folge, für die als Anhaltspunkt dienen kann, daß 1825 bei 438 000 Einwohnern und 7126 Gebäuden aller Art 61 Personen auf 1 Wohnung kamen, in Moskau im Vergleich dazu nur 24! Dieses beengte Wohnen bewirkte soziale Spannungen. Sie wurden noch durch eine Zahl von über 50 000 nicht seßhaften Menschen verstärkt, die aus fremden Kaufleuten und Händlern und deren Anhang wie wesentlich aus Bauern auf der Suche nach Arbeit bestand. Und gerade diese Menschen zählten zur Unterschicht und vermehrten deren soziale Probleme. Einrichtungen wie Krankenhäuser, medizinische

²⁶ R. E. McGrew 1965 (s. A 2), S. 52f.

²⁷ Ebda., S. 73f.

²⁸ Ebda., S. 76ff.

²⁹ R. E. McGrew 1962 (s. A 2), S. 242.

Versorgung, sanitäre Kontrollen waren rar oder unerschwinglich für die unteren Schichten. Unterernährung war verbreitet und die Kindersterblichkeit erwies sich als extrem hoch. Obendrein trug hier die Polizei die Hauptverantwortung im Umgang mit der Cholera, die sie wie eine Verbrechenswelle behandelte. Das Resultat war desolat: Die Bevölkerung wurde mißtrauisch und renitent. Gewaltsamkeit und blinder Haß tobten sich aus, Demoralisierung griff um sich. Doch der Protest richtete sich überwiegend gegen den jeweiligen Arm des Staates, nicht gegen den Zar und nicht gegen Reiche oder den Adel als solchen.³⁰ Es zeigen sich hier bei den Choleraaufständen von 1831 Verhaltensweisen, die noch überwiegend dem ländlichen Rußland verhaftet waren, wenngleich doch die ökonomische und soziale Realität dieser Menschen in der Stadt bereits anderen Problemfeldern entsprach. Mit besonderer Panik reagierten auch die Menschen in den Militärkolonien z. B. Novgorods zur Zeit der Cholera. Ihr Leben unter schlechtesten Bedingungen und ihr Glaube an eine Konspiration von Militär und Ärzten zu ihren Lasten trieb sie zum Aufstand und zum Mord an höheren Offizieren.³¹

Ein erschütterndes Beispiel von miserablen Lebensbedingungen sei schließlich noch aus Berdichev/Wolhynien angeführt. Der dortige hohe jüdische Bevölkerungsanteil unterlag einer extremen Cholera-Sterblichkeit, von 630 Erkrankten starben 610. Das ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß sich diese Menschen isolierten und weigerten, Hilfe von außen anzunehmen oder mit russischen Offiziellen zusammenzuarbeiten.³² Die Schwäche der Untersuchungen, aus denen die vorstehenden Angaben stammen, beruht darin, daß in ihnen jeweils nur wenige Variablen in Beziehung zu Zahlen von Cholerafällen gesetzt werden können. Das ist insgesamt wenig aussagefähig, bietet aber vielleicht Anstöße zu weiterer Forschung. Anders sieht es da mit den Ergebnissen zu hamburgischen Verhältnissen aus, die von R. Evans aufgrund einer deutlich besseren Materiallage in peniblen Studien gewonnen werden konnten.³³ Als Fazit ergibt sich, daß in Hamburg mit Sicherheit ein Unterschied in der Morbidität bezogen auf Einkommensklassen bestanden hat. Sobald die Krankheit allerdings ausgebrochen war, war die Mortalität fast gleich und unabhängig von der Schichtzugehörigkeit. Angesichts des Unterschiedes in der Krankheitshäufigkeit hat es etwas für sich, daß sich Großbürgertum und Mittelschicht als relativ immun gegenüber der Seuche einschätzten, was eine bereits in früheren Zeiten und anderen Gegenden verbreitete Meinung gewesen ist. Die geringere Anfälligkeit kann darauf zurückgeführt werden, daß diese Schichten den Empfehlungen ärztlicher Autoritäten eher folgen konnten, sich strengen selbstdisziplinierenden Sauberkeitsanforderungen unterworfen haben und entsprechendes Hauspersonal hatten, das Vorsichtsmaßregeln einzuhalten,

³⁰ R. E. McGrew 1965 (s. A 2), S. 109ff.

³¹ Ebda., S. 117.

³² Ebda., S. 100.

³³ R. J. Evans (s. A 2), S. 510.

ihnen erleichterte. Bei der Arbeiterschicht fehlten dagegen oft einfachste Möglichkeiten, Wasser abkochen zu können; sie konnte vielfach schriftliche Verlautbarungen über Verhaltensvorschriften nicht lesen oder sie nicht befolgen, entsprachen sie mitunter doch weder dem Bildungs- noch dem häuslich-technischen Lebensstandard der Adressaten.

Bei 12 000–15 000 wohlstürieren Hamburgern herrschte Flucht vor der Seuche vor; andere konnten sich vor der gefährdenden Umwelt vorübergehend abschirmen. Eine bessere und abwechslungsreichere Ernährung verschaffte ihnen stärkere körperliche Widerstandskraft. Der Arbeiterschaft war solcher Schutz nicht möglich. Sie war dazu geprägt von Konventionen nachbarschaftlichen Verhaltens und Traditionen eines bestimmten öffentlichen Straßen- oder Quartierslebens, die ihr Infektionsrisiko noch erhöhten. Ihre Kinder endlich ließen sich nicht genügend beaufsichtigen, zumal die Schulen zeitweise geschlossen wurden. Materielle Faktoren bedingten also unterschiedliche Antworten sozialer Schichten auf die Epidemie.

Dem Bürgertum brachte die Epidemiezeit die besondere Gelegenheit, Tugenden von Ordnung, Sauberkeit, Sparsamkeit und Enthaltbarkeit strenger als sonst zu folgen, wenngleich das den entsprechenden Hausfrauen, denen die Sorge für die Einhaltung vor allem oblag, vermutlich schon weniger leicht gefallen ist. Die Mehrheit der Unterschichten begegnete allen hygienischen Mahnungen dagegen mit mehr oder weniger Gleichgültigkeit. Sie war bis dahin kaum »medikalisiert«, mißtraute der offiziellen Medizin mit ihren moralisierenden und disziplinierenden Ansprüchen gemäß bürgerlichen Werten. Insbesondere die etwa 20 000 Gelegenheitsarbeiter in Hamburg lebten nach anderen Regeln, lebten ihrer Armut wegen notwendigerweise gegenwartsbezogen. Soziale Ungleichheit gegenüber Cholera war deshalb nicht nur eine Frage des Einkommens sondern auch eine der Rangfolge von Werten. Und andere Bewertungen, die die Infektion hätten vermeiden helfen können, verursachten Kosten und lagen darum 1892 außerhalb der Möglichkeiten der hamburgischen Arbeiterschicht.

3. Räumliche Aspekte

Topographie und Geographie der Cholera sind verhältnismäßig oft behandelte Gesichtspunkte. Aber auch hier reichen die Korrelationen aufgrund von Sozialindices, die anhand verschiedener städtischer Distrikte zu gewinnen sind, nicht aus, um soziale Ungleichheit vor Krankheit und Tod näher zu bestimmen. So ist z. B. für Hamburg vor 1892 nur zu sagen, daß die Seuche besonders heftig in der Hafengegend und entlang der Wasserläufe gewütet hat. Erst nachdem die Stadtbewohner mehrheitlich ihr Wasser aus demselben System schöpften, wie es 1892 der Fall war, läßt sich ein unterschiedlich starker Zugriff der Seuche auf verschiedene Stadtteile genauer sozialen und ökonomischen Faktoren zuordnen.

Es ergibt sich dann, daß Cholera räumliche Ungleichheiten nicht nur erst richtig sichtbar gemacht hat, sondern daß sie sie sogar verschärfte, denn Cholera erhöhte die

Mortalität in Quartieren mit schon normalerweise hoher Sterberate überdurchschnittlich. Der Hauptgrund lag zweifellos in der Wohndichte dieser Gegenden. Den Arbeiterfamilien ist zwar Trägheit in der Beachtung hygienischer Anforderungen zum Vorwurf gemacht worden, ja, Hamburger Arbeiter sollen, wie auswärtige Beobachter meinten, besonders schmutzig gewesen sein.³⁴ Doch lag die wichtigste Infektionsquelle in den zu dicht bewohnten Häusern mit ihren Mängeln an Wohnqualität, Licht, Belüftung und hoher Miete. Wenn es auch in der Innenstadt mehr solcher für Hamburgbesucher und -kommentatoren zu entdeckenden Slum-Straßen gab, so bleibt doch festzustellen, daß auch neu bebaute Straßen und Blöcke in etwas außerhalb gelegenen Bezirken von Cholera stark betroffen gewesen sind. Überbelegung, ungenügende sanitäre Einrichtungen, Mangel an Abkochgelegenheiten für Wasser u. a. m. begünstigten die Ausbreitung der Seuche.

Bei dem Moskauer Choleraausbruch von 1830 und der ihn begleitenden Mortalität ist keine Konzentration auf wenige Gebiete nachzuweisen. Die betroffene Bevölkerung lebte räumlich weit gestreut. Das legt nahe, daß das Gros der Menschen unter vergleichbaren Umständen gelebt hat. Auch dies könnte eine weitere Erklärung dafür abgeben, daß es hier nicht zu aufgeregten Gewaltaktionen der Bewohner gekommen ist.³⁵

4. Beschäftigung und Alter

Bisher sind manchmal einzelne Fälle aus bestimmten Tätigkeitsfeldern verallgemeinernd herangezogen worden, um deren besondere Gefährdung durch die Seuche zu belegen. Vorhandene Zahlen konnten aber fast nie auf Gesamtraten von in entsprechenden Bereichen Tätigen bezogen werden. Selbst für das Hamburg von 1892 mit seiner guten Datenlage ist das nur retrospektiv und annäherungsweise anhand späterer statistischer Erhebungen möglich. Für ältere Zeiten kann aufgrund vorliegenden Materials herausgestellt werden, daß speziell Krankenschwestern, häusliche Bedienstete und weibliche Arme Risiken ausgesetzt gewesen sind ebenso wie Soldaten, Seeleute und Handwerker. Aus der hamburgischen Mittelschicht waren Polizeibeamte, Hospitalangestellte und Ärzte besonderer Gefährdung unterworfen. Doch kann man davon ausgehen, daß diese Gruppen mindestens 1892 schon sorgfältig die notwendigen hygienischen Vorsichtsmaßnahmen zu beachten trachteten. Aussagekräftiger sind Hinweise auf eine engere Beziehung zwischen Morbiditätsrate und Beschäftigung im Hafen. Hier weisen Transportarbeiter eine überdurchschnittlich hohe Choleraanfälligkeit aus. Alle Tätigkeiten im Hafen und am Wasser – Kaiarbeiter, Bauarbeiter, Bootleute, Fischer z. B. – unterlagen wegen ihrer Nähe zu infiziertem Wasser erhöhten Risiken. Die hier Beschäftigten sind überdies vorwiegend am unteren Ende der sozialen

³⁴ Ebda., S. 534.

³⁵ R. E. McGrew 1962 (s. A 2), S. 242.

Skala anzusiedeln. Somit kann das auch ein zusätzlicher Hinweis darauf sein, daß Ungleichheit in der Betroffenheit von Seuche nicht nur vom räumlichen Aspekt des Wohnens und Arbeitens, sondern auch von der sozialen Gesamtlage abhängig gewesen ist.

Die Arbeitsstätte war – so kann das Resümee gezogen werden – 1892 eine wichtige Quelle für Infektionen. Und da Hamburg einer der bedeutendsten See- und Flußhäfen gewesen ist, waren seine Einwohner dem Seuchenrisiko vermehrt ausgesetzt.

Eng mit der Gefahr, bei bestimmten Tätigkeiten von Cholera angesteckt zu werden, hing offensichtlich auch ein gewisses Altersrisiko zusammen. So ist oft festgestellt worden, daß junge Erwachsene und mittlere Altersgruppen verstärkt von Cholera betroffen gewesen sind. Für Hamburg gilt jedoch etwas von anderen Städten vermutlich Abweichendes: hier waren Säuglinge und Kinder bis zu 2 Jahren eindeutig die am stärksten Gefährdeten, sie starben sogar zu 80–90%; und außerdem wurden ältere Menschen besonders stark von Cholera heimgesucht und hinweggerafft.³⁶

5. Geschlechtsspezifische Anfälligkeit

Die Frage nach dem unterschiedlichen Risiko für Männer und Frauen ist eine gemeinhin vernachlässigte Dimension von Ungleichheit angesichts Seuchen.³⁷ Autoren, die dieses Problem bearbeitet haben, kommen für die frühen Cholera-Epidemien zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen. Und diese Ergebnisse sind in ihren Angaben von absoluten Zahlen überdies fragwürdig, sofern nicht bekannt ist, wie die Relation von Männern zu Frauen in der jeweiligen Gesamtbevölkerung gewesen ist. Einerseits sind Statistiken des 19. Jahrhunderts unzureichend, andererseits haben Zeitgenossen den Gesichtspunkt der Geschlechterrelation nicht beachtet.

Untersuchungsergebnisse für Hamburg zeigen, daß die zusätzliche Mortalität von Frauen ab dem Alter von 20 Jahren während der Seuchenzeit 1892 im Vergleich zu der der Männer außerordentlich hoch gewesen ist und daß dies vor allem auf den Tod von Müttern zurückzuführen ist, die durch ihre Kinder infiziert worden sind.

Aber Frauen sind auch mit Tätigkeiten betraut gewesen, die spezifisch seuchengefährdet waren. Während Hafenarbeit zu Beginn der Epidemie überwiegend das Risiko für Männer ausmachte, waren dann im Verlauf Frauen die Gefährdeteren. In Mittelschichtwohngegenden wurde Cholera überwiegend die Krankheit der weiblichen Dienstboten, letztere waren gleichsam die Barriere zwischen Bürgertum und Cholera. Zum einen setzte ganz allgemein ihre häusliche Rolle beim Kochen, Waschen, Säubern, Abwaschen, Kinderbeaufsichtigten Frauen und Mütter direkt der Infektionsgefahr aus, zum anderen waren Frauen durch ihre weit verbreitete abhängige Beschäftigung in fremden Haushalten besonders gefährdet.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß das Geschlechterverhältnis hinsichtlich der

³⁶ R. J. Evans (s. A 2), S. 558 ff.

³⁷ Ebda., S. 566 ff.

Opfer von Cholera von Stadt zu Stadt abhängig von den besonders seuchenverwundbaren Tätigkeitsfeldern, der Art der Wasserversorgung, den Wohn- und Lebensverhältnissen und der Heftigkeit der Seuche variierte. Und alle diese Faktoren waren letztlich abhängig von der sozialen und politischen Struktur der Stadt.

IV. Auswirkungen auf die Stadt

In Hamburg waren reich und arm, alt und jung, weiblich und männlich ebenso wie diejenigen, die unterschiedlichen Tätigkeiten nachgingen und in verschiedenen Stadtbezirken lebten, unterschiedlich stark von Cholera betroffen. Diese Dimensionen von Ungleichheit waren obendrein in verschiedener Weise miteinander verbunden. Ausschlaggebend wurde dabei das Ausmaß der Armut. Die Cholera von 1892 hatte für Hamburg ohne Zweifel tiefe soziale Disproportionen in der Infektionsgefährdung zutage gebracht. Die Antwort darauf war uneinheitlich, sie war abhängig von ökonomischen Interessen, politischen Vorstellungen, sozialen Antagonismen. Während der Epidemie entstand starker öffentlicher Druck zugunsten sanitärer Reformen, Verbesserung der Wohnsituation, Ausweitung staatlichen Einwirkens auf die Gesellschaft, Unterordnung kaufmännischer Interessen unter ein weiter verstandenes öffentliches Wohl und schließlich die Forderung nach Änderung der politischen Verfassung. Was letztendlich der Druck dann bewirkte, entsprach einem komplexen Kräfteausgleich, den Evans als »remaking a world«, also etwas doppelsinnig als Schöpfung einer neuen Welt und Wiederherstellung der alten bezeichnet hat.³⁸

»Hamburg ist zur Zeit der ominöseste Name in Europa« – gegen diese Einschätzung hatte die Stadt nach 1892 anzugehen.³⁹ Ob Cholera für Hamburg »in gewissem Umfang als Modernisierungsagent«⁴⁰ gewirkt hat, darüber sind die Meinungen geteilt. Daß hier Mikroorganismen in Form der Cholera Staatsstrukturen transformiert hätten, ist ebenfalls skeptisch zu betrachten, auch wenn man vielleicht nicht der sarkastischen Auffassung folgen will, daß eine wirklich »autonome« Folge von Seuche unbezweifelbar nur das Massensterben gewesen sei.⁴¹

Während der ersten Seuchenepidemien in Europa waren die Wirkungen hinsichtlich Sanitätsreformen, und d. h. hauptsächlich doch administrativer Veränderungen, gering, allenfalls kurzfristig.⁴² Hamburg bildete da keine Ausnahme. Der »Große

³⁸ So die Überschrift des letzten Kapitels seiner umfassenden Untersuchung in der englischen Fassung. In der deutschen Ausgabe ist daraus »Die Umgestaltung der Gesellschaft« geworden.

³⁹ S. Winkle (s. A 1), S. 18.

⁴⁰ J. Flemming (s. A 20), S. 40.

⁴¹ Vgl. dazu R. J. Evans (s. A 2) – mit Bezug auf eine These von W. McNeill und Ausführungen von B. Luckin, S. 601.

⁴² So die Einschätzung für England von R. J. Morris, Cholera 1832. The Social Response to an Epidemic, London 1976, und für die USA Ch. Rosenberg, The Cholera Years. The United States in 1832, 1849 and 1866, Chicago 1962.

Brand« von 1842 war vermutlich mehr der große Initiator für Neuerungen gewesen. Überall waren anfangs angesichts der Hilflosigkeit gegenüber Cholera Mediziner (insbesondere auch Anatomen, weil man meinte, sie schüfen sich nur ihre Toten zum Zwecke der Sektion in unzugänglichen Hospitälern) das Objekt kollektiver Aggressionen, zusätzlich dienten als Angriffsziel Gruppen von Außenseitern, vereinzelt auch Juden, häufiger Fremde und in Rußland vor allen Dingen die zaristische Bürokratie. In Hamburg wurde der Stadtstaat wegen der sanitären Mißstände und ganz besonders wegen deren Verknüpfung mit sozialer Ungleichheit angeklagt: der Mangel an demokratischer Verfaßtheit angesichts eines interessenorientierten Honoratiorenparlamentes stand im Mittelpunkt von öffentlicher Diskussion und Kritik.

Direkte Folge der Seuche in Hamburg waren zunächst die breite Mobilisierung von philanthropischen Aktivitäten, ein hohes Spendenaufkommen, die endliche Akzeptanz der Sozialdemokratie als Partner in einer Krisensituation⁴³ und schließlich der beschleunigte Bau der Sandfilteranlage für das Trinkwasser. Demgegenüber verzögerte sich im Widerstreit der Interessen die Sanierung von Stadtvierteln und damit die Verbesserung der Wohnverhältnisse, wenngleich in Hamburg später die erste große Flächensanierung von Deutschland in Gang kam,⁴⁴ hatte doch diese Stadt auch den höchsten Anteil an ungesunden Kellerwohnungen. Anscheinend war insgesamt erst der Hafendarbeiterstreik von 1896 von durchschlagenderer Wirkung.

Nachdem die Gefahr einer direkten Reichsintervention im Zusammenhang mit Cholera geschwunden war, schwand 1892/93 auch der Wille zur Reform. Nur kurzfristig diente eine Arbeitsvermittlungsstelle zur Linderung der Arbeitslosigkeit infolge der Quarantänemaßnahmen; neue medizinisch-organisatorische Regelungen, u. a. durch die Einsetzung von 2 Stadtärzten zur Beaufsichtigung des Gesundheitswesens, setzten sich durch; ein Hygieneinstitut wurde errichtet, die Institution eines Hafendarztes geschaffen: die medizinische Profession gewann offensichtlich an Einfluß und Status. Bis zur Wahlrechts- und Verwaltungsreform, der entscheidenden politischen Veränderung, vergingen allerdings noch Jahre.

Immerhin läßt sich anmerken, daß infolge der Sanitärreformen gegen Ende des Jahrhunderts das Auftreten von Typhus zurückging und vor allem die Kindersterblichkeit einschneidend sank, daß eine Abnahme von Tuberkulosefällen zu verzeichnen war und sich zugleich der Ernährungs- und Lebensstandard aufgrund erhöhter Einkommen besserte. Doch soziale Ungleichheit ist mit alledem nicht sobald im Schwinden begriffen gewesen.⁴⁵

Im Zusammenhang mit der Cholera war in Hamburg die Unangemessenheit und Hilflosigkeit der herrschenden liberalen, politischen und administrativen Praxis ange-

⁴³ Vgl. R. J. Evans (s. A 22).

⁴⁴ M. Grüttner, Soziale Hygiene und soziale Kontrolle. Die Sanierung der Hamburger Gängeviertel 1892–1936, in: A. Herzig / D. Langewiesche / A. Sywottek (s. A 22), S. 363.

⁴⁵ R. J. Evans (s. A 2), S. 603 ff. und 662 ff., bes. S. 670.

sichts gravierenden sozialen und ökonomischen Wandels deutlich geworden. Doch wenn diese Krise als Motor für soziale und gesundheitliche Reformen angesehen werden soll, dann »war die Wirklichkeit, wie so häufig, weitaus komplexer«, wie Evans schreibt.⁴⁶

Hervorzuheben bleibt noch einmal, daß es in Hamburg in Verbindung mit Seuchen keine sozialen Unruhen gegeben hat. Identifikation mit politischer Agitation und die gewaltsame Explosion von sozialem Antagonismus blieben im Gegensatz zum Beispiel Rußlands aus.⁴⁷

Während im westlichen Europa früher und deutlicher ein Bewußtsein vom Vorhandensein sozialer Probleme und der Wille zu ihrer Beseitigung per Reformen vorhanden gewesen ist, war das russische Reich mehr an restriktiven Maßnahmen durch Einsatz von Polizei und Militär orientiert. Private Wohltätigkeit fehlte dort dennoch nicht, sondern stand sogar im Vordergrund des Umgangs mit Cholera. Sie konnte Mängel im Aufbau und in den Prozeduren der zentralistischen Gesundheitsverwaltung und des autokratischen Regierungssystems nicht verdecken. Beim ersten Auftauchen der Cholera begann in Rußland zwar die Entwicklung eines medizinischen Systems und dann bildete sich im Umfeld des schweren erneuten Ausbruches von 1892/93 sogar eine unabhängigere medizinische Profession heraus, die manches zur Beruhigung der Bevölkerung und zur Eingrenzung der Irrationalitäten sowie zur Förderung des Bewußtseins von einem notwendigen Wandel in der Behandlung der Seuchenopfer und zur Verbesserung der Lebensverhältnisse beitragen konnte. Doch behielt längerfristig Repression die Oberhand.⁴⁸ Der Aufruhr, der ab 1830 das Erscheinen der Cholera begleitet hatte, fand insgesamt in der russischen Gesellschaft wenig Resonanz. Kritik richtete sich gegen einzelne Maßnahmen und einzelne Personen, nicht gegen das politische System als Ganzes⁴⁹ und ließ sich nicht in allgemeinen Protest und Veränderungsdruck gegen die Regierung kanalisieren. Die Epidemie von 1830–32 hatte schnell den starren und formalistischen Charakter des russischen Bürokratismus offenbar werden lassen: »both administrative and military officials treated the people as a captive population in a conquered country, and the brutal enforcement of sanitary regulations was accompanied by harrassment, thievery and corruption.«⁵⁰ Das waren weithin traditionelle Muster, die den sich abzeichnenden neuen Problemen von Verstädterung und Modernisierung nicht gerecht werden konnten. Die Verängstigungen von orientierungslosen Menschen führten zu Hysterie, Chaos und vielerorts dann zu gewaltsamem, doch nur isolierten Aufruhr vor allem gegenüber Polizisten, Soldaten, Beamten und mitunter auch Ärzten. Diese Reaktionen

⁴⁶ Ebda., S. 708.

⁴⁷ Vgl. R. E. McGrew 1960 (s. A 2), S. 66.

⁴⁸ Vgl. N. M. Frieden (s. A 2).

⁴⁹ R. E. McGrew 1965 (s. A 2), S. 15 f.

⁵⁰ Ebda., S. 156.

machten Mißtrauen und tiefe soziale Spannungen in der russischen Gesellschaft sichtbar. Als Ergebnis der Cholera kann für Rußland leider nur gelten »cholera's passing brought only relief and no reforms«.⁵¹

Cholera erforderte zu ihrer Eindämmung eine Gesellschaft, die für Veränderungen offen war, die über effiziente Systeme von Information, Organisation und Kontrolle und über einen gewissen Standard an technischen und materiellen Ressourcen verfügte. Wo dies nicht vorhanden war – und heute noch nicht vorhanden ist – konnte und kann dieser Seuche nur schwer Einhalt geboten werden.

⁵¹ Ebda., S. 128.

Winfried Speitkamp

»Ein dauerndes und ehrenvolles Denkmal deutscher Kulturtätigkeit«

Denkmalpflege im Kaiserreich 1871–1918

»Ich muß den Ästheten eine niederschmetternde Mitteilung machen: Alt-Wien war einmal neu.« Karl Kraus stand mit seinem Spott¹ nicht allein. Kritik an einem musealen oder idyllisierenden, letztlich ahistorischen Geschichtsbild, an einer Verweigerungshaltung gegenüber Gegenwart, Fortschritt und Moderne, an der Flucht in eine mißverständene Vergangenheit war Anfang des 20. Jahrhunderts durchaus geläufig. Gleichwohl intensivierten die von der Industrialisierung erfaßten Staaten Westeuropas gerade zu dieser Zeit Maßnahmen zum Erhalt wissenschaftlich oder kulturell bedeutsamer Überreste der Vergangenheit. Die Tendenz zu bürokratischer Organisation, wissenschaftlicher Fundierung, rechtsstaatlicher Einbindung und öffentlicher Teilnahme kennzeichnete dabei das neue Aufgabenfeld des Staats, das in Deutschland seit den 1880er Jahren als Denkmalpflege bezeichnet wurde. Die folgenden Ausführungen skizzieren, angeregt durch die Diskrepanz zwischen gesellschaftlicher Modernisierung und Geschichtsorientierung, in drei Etappen den Wandel von Form und Funktion der Denkmalpflege im Deutschen Reich zwischen 1871 und 1918.²

1. Von der Reichsgründung bis zum Jahrhundertende

»Unsere Zeit ist sicher mehr als frühere Zeiten geneigt, das Alte zu zerstören: wir leben in einer nüchternen Periode, welche leider das unbedingt Nützliche allem Andern voranstellt, welche ihre Interessen beeinträchtigt sieht durch ein altes Bauwerk, das sich in die mit dem Lineal gezogene gesetzliche Baulinie vorschiebt, das dem zur Eisenbahn Eilenden einen Umweg von einigen Secunden aufzwängt, das einem 4- oder 5fachen Wagenverkehre sich beharrlich entgegenstemmt, oder das die ungehemmte Ausdehnung einer Fabrik, die die ganze nähere Umgebung bereits mit ihrem Steinkohlenruss geschwärtzt hat, nach der einen oder anderen Seite hindert.« Der bayerische Bau-

¹ K. Kraus, Aphorismen, Frankfurt 1986, S. 257.

² Der Beitrag beruht auf den Vorarbeiten zu einer größeren Untersuchung über die Denkmalpflege in Deutschland zwischen 1871 und 1933. Die Anmerkungen beschränken sich auf die wichtigsten Belege und einige weiterführende Literaturhinweise.

beamte und Architekt Georg Friedrich Seidel schrieb diese Sätze im Jahr 1875.³ Seine unter dem Eindruck von Stadterweiterungen und Bauboom der Gründerzeit vorgetragene Kritik an blindem Wirtschaftsoptimismus, Nützlichkeitsdenken und Verfall des Geschichtsbewußtseins blieb zu ihrer Zeit noch vereinzelt. Wenig Verständnis fand zumal seine Klage, manches Bauwerk werde nur deshalb geopfert, weil es »vielleicht das Unglück hatte, ein künstlerisches Werk zu sein, das aber keine Zinsen trug und bloß Unterhaltungskosten beanspruchte«, oder weil es »vielleicht eine alte nicht mehr benützte Kirche war, deren Thurm zu einem Fabrikcamine untauglich ist, oder ein altes Stadthor, das mit seinen Zinnen und Basteien lediglich einen malerischen Prospect machte«. Die Redaktion der Zeitschrift des Bayerischen Architekten- und Ingenieur-Vereins, in der Seidel seinen Beitrag veröffentlichte, sah sich zu der relativierenden Fußnote genötigt, der Verfasser wolle wohl »doch dem Bedürfnisse der Mitwelt zu wenig Recht einräumen«. Wie man überkommene Kleidung, etwa Rüstungen, mittlerweile ablege, so müsse auch eine Stadt »das ihr unbequem gewordene Baugewand, die überflüssig gewordene Mauer-Rüstung ablegen dürfen«. Zu bewahren seien allein »Zeugen« der Geschichte, jedoch nur dort, »wo das Denkmal die Bewunderung, nicht aber da, wo es mehr den Unwillen der Mitwelt erregt«.⁵

Diese Bemerkungen markieren die Anfänge einer kontroversen Wahrnehmung der Modernisierung, einer neuen Diskussion über das Verhältnis von gesellschaftlichem Wandel und geschichtlicher Überlieferung. Freilich blieb die Debatte gewohnten Ansätzen und Begriffen verhaftet. Das gilt für die redaktionelle Notiz, in der dem historischen Überrest lediglich Wert zugesprochen wurde, wenn er dokumentarische oder ästhetisch-monumentale Bedeutung hatte. Das gilt aber auch für Seidel. Ein Denkmal stellte für ihn das einzelne Bau- oder Kunstwerk dar, als naheliegendes Beispiel nannte er eine Kirche. Das entsprach dem Denkmalbegriff des 19. Jahrhunderts, der noch relativ präzise auf isolierbare Objekte abzielte. Dazu zählten neben Funden, Altertümern, Grabsteinen, Gedenksäulen und Standbildern vor allem herausragende Sa-

kralbauten, Burgen, Schlösser und Stadtbefestigungen.⁶ Die Denkmaleigenschaft beruhte entweder in einem Kunstwert, als Resultat künstlerisch-ästhetischen Schaffens, oder in einem historischen Wert, als Information über Vergangenes, über Ereignisse und Personen.

Die herkömmliche Form der Sicherung war die Sammlung oder, bei unbeweglichen Objekten, die Inventarisierung. Verzeichnung, Abbildung und Erforschung des Objekts retteten es für die Nachwelt. Deshalb stand die Inventarisierung im 19. Jahrhundert am Anfang jeder staatlichen Aktivität im Sektor der Denkmalpflege, bis zur Reichsgründungszeit oft im Rahmen von Landesbeschreibungen, als topographisches Verzeichnis oder binnenadministratives Hilfsmittel, dann auch als öffentliche Dokumentation nationaler Güter. Mit der Aufnahme in das Inventar wurde ein Objekt aus seiner lokalen Randexistenz in den Rang eines Gemeineigentums erhoben, die inventarisierte Region für den Gesamtstaat reklamiert. Die erste moderne Inventarisierung leitete nicht von ungefähr Preußen kurz vor der Reichsgründung in den gerade annektierten Gebieten von Kurhessen und Hannover ein. Erst 1875 wurden die älteren Provinzen zu ähnlichen Verzeichnissen veranlaßt. Noch bevor Ende der 1870er Jahre erste Ergebnisse vorlagen, begann 1876 die Veröffentlichung der Inventarbände des neuen Reichslandes Elsaß-Lothringen. Manko des gesamten Unternehmens blieb die Uneinheitlichkeit in Zielsetzung, Auswahlkriterien, Inhalt und Gestaltung der Bände. Dies hing mit dem Fehlen zentraler Vorgaben und den divergierenden Vorstellungen der Bearbeiter zusammen.⁷

Mit der Inventarisierung wurde zugleich eine Rangordnung der Denkmäler vorgegeben. Stärker als in der historistischen Architektur⁸ dominierte in der Denkmalpflege noch bis zum Jahrhundertende die gotische und neogotische Ausprägung. Das lag an

⁶ Fallstudien zu einigen im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stehenden Objekten: N. Borger-Keweloh, Die mittelalterlichen Dome im 19. Jahrhundert, München 1986; Th. Nipperdey, Der Kölner Dom als Nationaldenkmal, in: *ders.*, Nachdenken über die deutsche Geschichte. Essays, München 1990, S. 189–207; H. Boockmann, Das ehemalige Deutschordensschloß Marienburg 1772–1945. Die Geschichte eines politischen Denkmals, in: *ders. u. a.*, Geschichtswissenschaft und Vereinswesen im 19. Jahrhundert. Beiträge zur Geschichte historischer Forschung in Deutschland, Göttingen 1972, S. 99–162; R. Bothe, Burg Hohenzollern. Von der mittelalterlichen Burg zum national-dynastischen Denkmal im 19. Jahrhundert, Berlin 1979; M. Arndt, Die Goslarer Kaiserpfalz als Nationaldenkmal. Eine ikonographische Untersuchung, Hildesheim 1976.

⁷ E. Polaczek, Die Denkmäler-Inventarisierung in Deutschland, in: Deutsche Geschichtsblätter 1 (1900), S. 270–290; J. Braun, Die Inventarisierung der Denkmäler im Deutschen Reiche, in: Stimmen der Zeit 92 (1917), S. 680–696; J. Kohle, Der Stand der Inventarisierung der Kunstdenkmäler im Deutschen Reiche, in: Die Denkmalpflege 1 (1899), S. 24f.; F. Mielke, Zur Genesis der Kunstdenkmäler-Inventarisierung, in: Zeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege 2 (1975), S. 134–143.

⁸ Zum Historismus in Architektur und Kunst im 19. Jahrhundert: M. Brix / M. Steinhauser (Hrsg.), »Geschichte allein ist zeitgemäß«. Zum Historismus in Deutschland, Lahn / Gießen 1978; Th. Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 1: Arbeitswelt und Bürgergeist, München 1990, S. 715–722.

³ G. F. Seidel, Erhaltung, Inventarisierung und Aufnahme der Baudenkmale des deutschen Reiches, in: Zeitschrift des Bayerischen Architekten- und Ingenieur-Vereins 7 (1875), H. 1, S. 1. Vgl. zu Seidel W. Lübbecke, Georg Hager und die Inventarisierung der Bau- und Kunstdenkmäler in Bayern, in: E. Mai / S. Waetzoldt (Hrsg.), Kunstverwaltung, Bau- und Denkmalpolitik im Kaiserreich, Berlin 1981, S. 403.

⁴ G. F. Seidel (s. A 3), S. 1.

⁵ Ebda., S. 1f.

dem quantitativen Übergewicht der kirchlichen Denkmäler. Nachmittelalterliche kirchliche Kunstwerke und Bauten galten noch bis zum Ende des 19. Jahrhunderts häufig als minderwertig und nicht erhaltungswürdig. Inventarisiert und geschützt wurden bestenfalls die Denkmäler der abgeschlossenen Epochen, schon die Qualität des Klassizismus war umstritten.⁹ Aus der historicistischen Ausrichtung ergaben sich die Grundentscheidungen der Praxis. Dabei ging es erstens um das Bemühen zur Rekonstruktion zerstörter oder verfallener Monumente gemäß dem ermittelten, einst projektierten oder vermuteten Ursprungszustand und, damit in Zusammenhang, um die Gestaltung moderner Zutaten in nachempfundenen, eingepaßten Stilformen. Zweitens ging es um die Beseitigung von nachträglichen stilfremden Ergänzungen, etwa um die Entfernung barocken Inventars aus gotischen Kirchen. Drittens ging es um die sogenannte Freilegung vor allem sakraler Baudenkmäler, um die Niederlegung der erst später als maßstabsetzend eingeschätzten Kirchenumbauungen.¹⁰

Nicht nur in Theorie und Praxis, sondern auch in Organisation und Recht stand die Denkmalpflege der ersten drei Jahrzehnte des Kaiserreichs in Kontinuität zur Geschichtspflege der vorangegangenen Jahrzehnte. Die neue Reichsverfassung von 1871 beließ den Denkmalschutz als Teil der Kulturverwaltung bei den Ländern,¹¹ obwohl Forderungen laut wurden, Reichsbehörden für die Erforschung und Erhaltung von Altertümern oder Baudenkmalern zu schaffen,¹² und obwohl der Kaiser eine gewisse denkmalpflegerische Aktivität im Reich entfaltete, indem er in besonderen, preußische oder protestantische Interessen berührenden Fällen Restaurationsmaßnahmen unterstützte.¹³ Zur Zeit der Reichsgründung existierten nur in den größeren deutschen Staaten zentrale Fachinstanzen für Denkmalpflege, in Bayern (seit 1835), Preu-

⁹ Vgl. zum Beispiel die vernichtende Kritik an Friedrich Weinbrenner, dem klassizistischen Architekten, Baubeamten und Bauschullehrer aus Karlsruhe, der die ersten badischen Denkmalschutzmaßnahmen initiiert hatte, bei A. Woltmann, Friedrich Weinbrenner, in: F. von Weech (Hrsg.), Badische Biographien, Bd. 2, Heidelberg 1875, S. 435–438.

¹⁰ Rückschauende Kritik an der Praxis gotisierender Restaurationen am Beispiel der kirchlichen Denkmalpflege etwa bei A. Haupt, Die Herstellung von Kirchen und ihre verschiedenen Richtungen, in: Die Denkmalpflege 1 (1899) S. 70.

¹¹ Verfassung des Deutschen Reiches vom 16. 4. 1871, Art. 4 (Zuständigkeit der Reichsgesetzgebung); Druck: E. R. Huber (Hrsg.), Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 2: Deutsche Verfassungsdokumente 1851–1900, 3., neubearb. u. verm. Aufl., Stuttgart 1986, S. 386f.

¹² So regte der preußische Konservator Ferdinand von Quast eine Reichsaltertümerkommission an; zur skeptischen Reaktion aus den Ländern: Schreiben des Vorsitzenden des Oldenburgischen Landesvereins für Altertumskunde, Friedrich Kurt von Alten, an den Oldenburger Staatsminister Karl von Berg, 23. 2. 1875, StA Oldenburg 134, Nr. 4420. Der Verband Deutscher Architekten- und Ingenieurvereine wünschte eine hauptamtliche Reichsbehörde für den Baudenkmalerschutz; vgl. R. Redtenbacher, Denkschrift über die Baudenkmal im Deutschen Reich. Ihre Inventarisierung, Aufnahme, Erhaltung und Restauration, hrsg. v. dem Verbands Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine, Berlin [1878], S. 25–28.

¹³ Beispiele: ZStA Merseburg 2.2.1, Nr. 20788, 20796.

ßen (1843) Baden (1853) und Württemberg (1858).¹⁴ Sie hatten vornehmlich beratende und beherrschende Befugnisse und waren einem Ministerium zugeordnet, das die alleinige Entscheidungskompetenz innehatte. Allenfalls stand den Konservatoren wie in Preußen das Recht zu, in dringenden Fällen laufende Baumaßnahmen zu sistieren. Über einen regulären Etatposten für Denkmalpflege verfügten nur die wenigsten Staaten. Die Qualifikation der außer in Preußen nebenamtlich tätigen Denkmalpfleger und Konservatoren war sehr unterschiedlich, denn es existierten keine formalisierten Laufbahnanforderungen.

Vor dem Hintergrund einer generellen Ausweitung staatlicher Kompetenzen und der Verdichtung leistungsstaatlicher Elemente wendeten die Länder nach 1871 auch der Denkmalpflege verstärkt ihre Aufmerksamkeit zu. Erstens ging es um die Demonstration föderaler Kompetenz, um die Selbstbehauptung der Länder angesichts eines drohenden Funktions- und Rangverlustes im preußisch-deutschen Reich. Der Ausbau des Kulturstaates sollte die regionale Integration und Identität, das Heimatbewußtsein, fördern. Zweitens lag nach den Jahren des Kulturkampfes die Sicherung staatlicher Autorität gegenüber der Kirche, die dem Verständnis der Zeit entsprechend über den größten Teil der Denkmäler verfügte, weiterhin im Interesse der Verwaltungen. Unter anderem deshalb wurden gerade in Baden und Preußen, wo der Konflikt zwischen Staat und Kirche mit besonderer Erbitterung geführt worden war, die ersten und energischsten Versuche zur Ausweitung des staatlichen Denkmalschutzes unternommen. Drittens führte der gründerzeitliche Wirtschaftsboom in einem bisher nicht gekannten Ausmaß zur Zerstörung alter Bausubstanz. Das lenkte den Blick auf die organisatorischen, finanziellen und personellen Mängel der Denkmalpflege.

In den Reformdiskussionen wurde einer Denkmalschutzbehörde nun eine dreifache Aufgabe zugewiesen. Sie hatte die staatlich-politische Prärogative, die administrative Rationalität und Effizienz sowie die wissenschaftlich-fachliche Kompetenz zu sichern. Das erforderte einesteiils die Ausdifferenzierung der fachlichen Zuständigkeiten, anderenteils komplementär die Zusammenfassung von Aufsicht und Leitung. Die durchgeführten Neuerungen waren allerdings meist noch experimenteller und

¹⁴ P. O. Rave, Die Anfänge der Denkmalpflege in Preußen. Ein Urkundenbericht aus der Zeit vor hundert Jahren, in: Deutsche Kunst- und Denkmalpflege 2 (1935), S. 34–44; P. Siebertz, Denkmalschutz in Bayern. Ursprünge, Entwicklung und gegenwärtige Rechtslage, jur. Diss. München 1977; N. Götz, Aspekte der Denkmalpflege unter Ludwig I. von Bayern, in: W. Nerdinger / A. Grubn-Zimmermann (Hrsg.), Romantik und Restauration. Architektur in Bayern zur Zeit Ludwigs I. 1825–1848, München 1987, S. 44–53; H. Krins, Die Gründung der staatlichen Denkmalpflege in Baden und Württemberg, in: Denkmalpflege in Baden-Württemberg 12 (1983) (Sonderheft: 130 Jahre Denkmalpflege in Baden – 125 Jahre Denkmalpflege in Württemberg), S. 34–42; W. Speitkamp, Kulturpolitik unter dem Einfluß der Französischen Revolution: Die Anfänge der modernen Denkmalpflege in Deutschland, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 18 (1989), S. 129–159.

provisorischer Natur wie etwa in Bayern und Baden.¹⁵ Dabei deuteten sich Bürokratisierungs- und Professionalisierungs- oder zumindest Selbstabschottungstendenzen der Fachverwaltung an, die auf eine binnenadministrative Verdichtung und Rationalisierung baute. Andere Wege ging Preußen. Nachdem die Provinzen infolge der Dotationengesetze von 1873/75 kulturelle Aufgaben in eigene Zuständigkeit übernommen hatten,¹⁶ propagierte das Kultusministerium 1891 eine dezentrale Verwaltung der Denkmalpflege.¹⁷ In jeder Provinz sollte eine Provinzialkommission zur Erforschung und Erhaltung der Denkmäler aus Vertretern des Provinzialverbandes, der Kirchen und der Geschichts- oder Heimtvereine, einzelnen besonders bestimmten Fachkennern und Privatleuten sowie einem Provinzialkonservator gebildet werden. Der Kommission oblagen alle den Denkmalschutz betreffenden Aufgaben der Werbung, Beaufsichtigung, Planung, Finanzierung, Forschung, Publikation sowie Vereins- und Sammlungsgründung. Der in der Regel nebenamtlich tätige Provinzialkonservator, von der Provinzialkommission gewählt und vom Ministerium bestätigt, hatte eine Zwischenposition als Berater der Provinzialkommission und zugleich als verlängerter Arm des staatlichen Konservators der Kunstdenkmäler in Berlin. Dahinter stand einerseits die Intention, durch eine kontrollierte Aufgabendelegation die Eigenverantwortung für die regionalen Denkmäler und das provinzielle Selbstgefühl zu stärken. Andererseits diente diese Maßnahme der Vereinheitlichung von Organisation und Grundsätzen sowie der Garantie staatlicher Leitungskompetenz.

Die rechtlichen Grundlagen des Denkmalschutzes blieben in den meisten Ländern noch bis weit über die Jahrhundertwende verstreut, uneinheitlich und lückenhaft. Sie fanden sich vor allem im Polizeirecht, im Baurecht, in Gemeindeordnungen und in Gesetzen über die kirchliche Vermögensverwaltung, darüber hinaus in einzelnen, meist auf bestimmte Kategorien von Denkmälern beschränkten Verfügungen.¹⁸ Eine zusammenfassende Gesetzgebung wurde zunächst nur in Baden und Preußen in Verbindung mit den Organisationsreformen diskutiert. Es ging darum, die geltenden Bestimmungen zu komplettieren und zu systematisieren, zudem die Kompetenzen der staatlichen

¹⁵ HStA München MK, Nr. 14425; GLA Karlsruhe 233, Nr. 27502.

¹⁶ Zur provinziellen Kulturpolitik am Beispiel Westfalens und mit Rückblick auch auf die Zeit des Kaiserreichs: K. Ditt, Raum und Volkstum. Die Kulturpolitik des Provinzialverbandes Westfalen 1923–1945, Münster 1988.

¹⁷ Vgl. Polenz, Zur Geschichte der Organisation der Denkmalpflege in Preußen, in: Die Denkmalpflege 1 (1899), S. 37–39, 45 f.

¹⁸ Zeitgenössische Übersichten: J. Kohler, Das Recht der Kunstwerke und Alterthümer, in: Archiv für bürgerliches Recht 9 (1894), S. 56–84; H. Lezius, Das Recht der Denkmalpflege in Preußen. Begriff, Geschichte und Organisation der Denkmalpflege, Berlin 1908; A. Kneer, Die Denkmalpflege in Deutschland, mit besonderer Berücksichtigung der Rechtsverhältnisse, M. Gladbach 1915; A. von Wussow, Die Erhaltung der Denkmäler in den Kulturstaaten der Gegenwart, 2 Bde., Berlin 1885. Materialreiche neuere Darstellung: E. Gassner, Geschichtliche Entwicklung des Denkmalrechts und des städtebaulichen Gestaltungsrechts, in: R. Stich / W. E. Burhenne (Hrsg. u. Bearb.), Denkmalrecht der Länder und des Bundes, [Berlin] 1983, S. 1–52.

Stellen zu klären sowie Rechte und Pflichten der Denkmaleigentümer zu fixieren.¹⁹ In beiden Staaten entstanden die Entwürfe im Spannungsfeld von Gründerzeiterfahrung und Kulturstaatsanspruch. Beide Projekte wiesen deshalb etatistische Züge auf.

Der badische Entwurf²⁰ von 1883 definierte als Denkmäler bewegliche und unbewegliche Gegenstände aus abgelaufenen Kulturepochen, die historische oder kunstgeschichtliche Bedeutung hatten. Nach dem »Prinzip der Decentralisation« wurde, dies war zukunftsweisend, die Erhaltung eines Denkmals am Ort angestrebt, als »Wahrzeichen« der Erinnerung und Verbundenheit mit dem Gemeinwesen, sei es Kommune, Land oder Nation. Der Entwurf betraf alle Denkmäler im Besitze des Staats, der Kirchen, politischen Gemeinden und sonstiger öffentlich-rechtlicher Korporationen sowie in eingeschränktem Maße selbst Denkmäler in Privateigentum. Die Einbeziehung der Kirchen wurde mit dem staatlichen Aufsichtsrecht über die Korporationen, einem öffentlichen Interesse am Erhalt von Denkmälern und mit dem Prinzip der Rechtsgleichheit begründet. Veräußerungen, Veränderungen und Wiederherstellungen unbeweglicher Denkmäler im Besitz des Staats oder öffentlich-rechtlicher Körperschaften waren genehmigungspflichtig. Bei Veränderungen und Wiederherstellungen traf die Entscheidung eine aus einem Vertreter des Ministeriums, einem des Denkmaleigentümers und einem neutralen Dritten gebildete Sachverständigenkommission. Im übrigen lag die alleinige Entscheidungskompetenz, auch bezüglich der Denkmalqualität eines Objekts, beim Kultusministerium, dem Konservatoren als Sachverständige beigeordnet waren.

Das preußische Projekt²¹ von 1887 erhielt wesentliche Impulse durch das in Frankreich im selben Jahr eingeführte System der Klassierung, das heißt der rechtlich bindenden Verzeichnung aller Denkmäler. Dieses Verfahren war problematisch, zum einen, weil es die Möglichkeit zur zweifelsfreien Ermittlung eines Katalogs der national bedeutsamen Objekte voraussetzte, zum anderen, weil es in der Praxis eine Beschränkung des Schutzes zur Konsequenz hatte. Nach dem preußischen Entwurf konnten Objekte von wissenschaftlichem, geschichtlichem oder künstlerischem Wert, »wenn ihre Erhaltung zugleich ein nationales Interesse bietet«, als Denkmäler in eine Liste eingetragen werden. Nur dann unterlagen sie dem Gesetz. Die Klassierung nahm das Kultusministerium auf Vorschlag der »Kommission für die Erhaltung der Denkmäler« vor. Den körperschaftlichen Denkmaleigentümern stand dagegen der Rechtsweg offen. Privateigentum durfte nur mit der »Einwilligung« des Eigentümers in die Liste aufgenommen werden. Staatseigentum blieb privilegiert; es konnte nur mit der Zustimmung des verfügungsberechtigten Verwaltungschefs eingetragen werden. Einge-

¹⁹ Vgl. allgemein zum typischen Inhalt von Denkmalschutzgesetzen M. Siegel, Denkmalpflege als öffentliche Aufgabe. Eine ökonomische, institutionelle und historische Untersuchung, Göttingen 1985, S. 35.

²⁰ GLA Karlsruhe 237, Nr. 33828; die folgenden Zitate ebda.

²¹ ZStA Merseburg Rep. 76 Ve, Sekt 1, Abt. VI, Nr. 141; Zitate ebda.

tragene Denkmäler durften ohne Genehmigung des Kultusministeriums nicht zerstört, verändert oder restauriert werden. Die Möglichkeit zur Anordnung von Wiederherstellungen und zur Einleitung eines Enteignungsverfahrens ergänzte das ministerielle Instrumentarium.

Beide Projekte scheiterten an mannigfachen Widerständen, denn die Materie war rechtlich und politisch umstritten. Gegen eine Denkmalschutzgesetzgebung wandten sich häufig die Justizbehörden, die Eingriffe in das verfassungsmäßig geschützte Eigentumsrecht für problematisch hielten, und die Finanzbehörden, die die Kosten einer neuen Denkmalschutzverwaltung sowie Entschädigungsansprüche der Denkmaleigentümer an den Staat befürchteten, oft auch, so in Baden, die Einbeziehung der staatlichen Denkmäler kritisierten: Deren Verhältnisse seien durch interne Erlasse zu regulieren, die Staatsverwaltung dürfe sich nicht selbst Schranken auferlegen.²² Sodann opponierte die katholische Kirche, wenn es um eine Beschneidung ihrer Rechte, um Zugriffe auf die »res sacrae« und um eine tatsächlich oder vermeintlich drohende Beeinträchtigung des Kults ging. Dabei kollidierten die religiös-liturgisch begründeten Nutzungsbedürfnisse mit den kunstwissenschaftlich-fachlich begründeten Schutzinteressen.²³ Nicht selten wehrten sich auch die Kommunen gegen eine Ausweitung staatlicher Zugriffsmöglichkeiten. Kontrovers verliefen zudem die Landtagsdebatten und Pressediskussionen. Skeptisch äußerten sich schließlich diejenigen, denen die Gesetze zur Handhabe dienen sollten, die Konservatoren. Manche bekundeten offen, daß ihnen ein verrechtlichter und bürokratisierter Entscheidungsgang weniger sachdienlich erschien als die informelle Einflußnahme, gestützt durch finanzielle Beihilfen, legitimiert und autorisiert lediglich durch einen staatlichen Amtstitel und fachliche Reputation.²⁴

Diese Grundsatzkonflikte, die ähnlich noch nach 1900 fortgeführt wurden, weisen auf die Widersprüchlichkeit der Denkmalpflege zwischen Reichsgründung und Jahrhundertende hin. Auf der einen Seite standen öffentliche Geschichtsorientierung und fortan nicht mehr aufgegebenen Kulturstaatsansprüche, die zur Intensivierung von Inventarisierung und Denkmalschutz sowie zu zahlreichen Reformexperimenten führten. Auf der anderen Seite blieb das Denkmalverständnis in wissenschaftlich-antiqua-

²² Finanzministerium an das Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts, 23. 1. 1884, GLA Karlsruhe 237, Nr. 33828.

²³ Die Haltung der Kirche findet sich exemplarisch in der Reaktion des Erzbischöflichen Ordinariats Freiburg auf den badischen Entwurf; Erzbischöfliches Archiv Freiburg I, B 2–38, Nr. 1. Aus der zeitgenössischen Diskussion: J. Laurentius, Denkmalpflege und kirchliches Eigentumsrecht, in: Stimmen aus Maria-Laach 65 (1903), S. 273–291. Zum Grundsatzproblem: M. Heckel, Der Denkmalschutz an den Sakralbauten in der Bundesrepublik Deutschland. Kulturschutz und Kulturfreiheit im säkularen Verfassungssystem, in: ders., Gesammelte Schriften. Staat, Kirche, Recht, Geschichte, Bd. 2, Tübingen 1989, S. 1075–1098.

²⁴ So etwa der Konservator der öffentlichen Baudenkmäler in Baden, Philipp Kircher, an das Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts, 21. 5. 1908, Landesdenkmalamt Karlsruhe I, Nr. 182.

rischen Bahnen begrenzt und durch historistische Maßstäbe befangen. Zugleich blockierten die Stärke korporativer Gewalten wie der Kirche und die Dominanz des liberalen Gesellschaftsbildes eine Ausweitung des Denkmalschutzes.

2. Von der Jahrhundertwende bis zum Kriegsausbruch

»Es hat etwas Furchtbares, zu sehen, wie jährlich Hekatomben guter alter Bauten unnötig geopfert werden, um überall dem Ausdruck eines Zuchthäusler- oder Protzendaseins Platz zu machen, wie jeden Tag der dünne Faden, der uns noch mit der Tradition verbindet, sich mehr lockert, während sie doch das einzige sein kann, was unsere Kultur des Sichtbaren, als Gesamterscheinung begriffen, retten kann.« Als der Architekt Paul Schultze-Naumburg diese Zeilen 1912 niederschrieb,²⁵ hatte sich das Bild Deutschlands gegenüber der Reichsgründungsepoche tiefgreifend gewandelt. Die Bevölkerung war um mehr als 50% gewachsen und das Deutsche Reich zum Industriestaat geworden. Landflucht, Urbanisierung und Städtewachstum hatten binnen kurzem gewohnte Straßen- und Ortsansichten vernichtet, Wohnen, Lebensweise, Kultur und Mentalität verändert. Vor diesem Hintergrund kontrastierte Schultze-Naumburg Vergangenheit und Gegenwart. War ehemals »jede Stadt« [...] das Produkt ihrer landschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen und strategischen Lage, ihres Klimas und der Rasseigentümlichkeiten ihrer Bewohner«,²⁶ so drohte diese historische Vielfalt nun eingeebnet zu werden in einer internationalistischen Zivilisation, die »oberflächlich, hastig, kalt, skrupellos« anmutete.²⁷ Dem entsprach eine Klassengesellschaft, in der die einen in Mietskasernen eingepfercht und zum »Zuchthäusler«-Leben verdammt, die anderen der Illusion materiellen Glücks verfallen schienen. Das Verschwinden der überlieferten Baukultur stellte jetzt nur noch einen Aspekt des sozialen und kulturellen Niedergangs dar. Die Beschäftigung mit der Vergangenheit diente folglich nicht mehr nur dazu, einzelne Überreste oder Zeugen der Geschichte als Denkmale in der eigentlichen Bedeutung des Worts zu bewahren, sondern der Gegenwart mit der Tradition wieder Ideale, Lebenssinn und Zusammenhalt zu vermitteln. Eine integrale Sicht der Lebensäußerungen führte so zur Erkenntnis der sozialpolitischen Dimension jeder Geschichtspflege.

Schultze-Naumburg war ein Exponent der zivilisationskritischen Bewegung, die,

²⁵ P. Schultze-Naumburg, Kulturarbeiten, Bd. 1: Hausbau, 4., verm. u. verb. Aufl., München 1912, S. 199. Unter der »Kultur des Sichtbaren« verstand Schultze-Naumburg die äußere Gestalt der Hoch- und Alltagskultur, nämlich »Häuser und Denkmäler, Brücken und Strassen«, »Kleider und gesellige Formen, Forste und Viehzucht, Maschinen und Landesverteidigung«; ebda., Vorwort. Vgl. zu Schultze-Naumburg K. Bergmann, Agrarromantik und Großstadtfeindschaft, Meisenheim am Glan 1970, S. 129f.; R. P. Sieferle, Fortschrittsfeinde? Opposition gegen Technik und Industrie von der Romantik bis zur Gegenwart, München 1984, S. 174f.

²⁶ P. Schultze-Naumburg, Kulturarbeiten, Bd. 4: Städtebau, 2., verm. Aufl., München 1909, S. 6.

²⁷ Ebda., S. 480.

bildungsbürgerlich geprägt, aber sozial breiter fundiert, an der Jahrhundertwende aufblühte. Sie hatte viele geistige Urheber und nahm vielfältige Formen an, bis hin zum Wandervogel und zur Lebensreform.²⁸ Für die Denkmalpflege von besonderer Bedeutung wurde zum einen die Heimatschutzbewegung, als deren Ahnherr der Musiker Ernst Rudorff gelten kann. Rudorff hatte bereits 1880 und dann vor allem in einer erstmals 1897 publizierten Schrift, in der er den Begriff Heimatschutz prägte, die Zerstörung der Natur durch Verstädterung, Tourismus, Verkehr und Industrie beklagt²⁹ und gehörte zu den Initiatoren des 1904 gegründeten Deutschen Bundes Heimatschutz.³⁰ Der Heimatschutzbund, der neben Denkmal- und Naturschutz auch die Pflege von Volkskunst, Sitten und Gebräuchen zu seinen Aufgaben zählte, schloß zahlreiche lokale und regionale Heimatvereine zusammen und avancierte – unter dem Vorsitz Schultze-Naumburgs – zur schlagkräftigen Interessenvertretung. Die Heimatbewegung widmete sich der populären kultur- und regionalgeschichtlichen Variante der Vergangenheitsbetrachtung und verzeichnete nicht unbeträchtlichen Zuspruch, während die wissenschaftliche Historiographie, die positivistisch spezialisiert blieb und kulturgeschichtliche Ansätze zurückwies, nach 1900 als moralische Instanz der Weltdeutung an Einfluß verlor.

Von besonderer Bedeutung für eine Kurskorrektur der Denkmalpflege wurde zum anderen die Neuorientierung in der Städtebauteorie. Bahnbrechend wirkte hier der Österreicher Camillo Sitte, der 1889 ein Werk über den »Städtebau nach seinen künstlerischen Grundsätzen« vorlegte.³¹ Sitte propagierte die Abkehr von einer mechanistisch-linearen Stadtplanung, wie sie Georges-Eugène Haussmann in Paris – lange als abschreckendes Beispiel gewertet³² – praktiziert hatte, und die Rückwendung zu hi-

²⁸ Aus der umfangreichen Literatur hier von besonderem Interesse: *K. Bergmann* (s. A 25); *W. Sofsky*, Schreckbild Stadt. Stationen der modernen Stadtkritik, in: *Die alte Stadt* 13 (1986), S. 1–21; *R. P. Siefert* (s. A 25), S. 155ff.; *F. Stern*, Kulturpessimismus als politische Gefahr. Eine Analyse nationaler Ideologie in Deutschland, München 1986; *C. Hepp*, Avantgarde. Moderne Kunst, Kulturkritik und Reformbewegungen nach der Jahrhundertwende, München 1987; *U. Linse* (Hrsg.), Zurück, o Mensch, zur Mutter Erde. Landkommunen in Deutschland 1890–1933, München 1983; *D. Schubert*, Großstadtfeindschaft und Stadtplanung. Neue Anmerkungen zu einer alten Diskussion, in: *Die alte Stadt* 13 (1986), S. 22–41.

²⁹ *E. Rudorff*, Über das Verhältnis des modernen Lebens zur Natur, in: *Preußische Jahrbücher* 45 (1880), S. 261–276; *ders.*, Heimatschutz, 2. Tausend, Leipzig/Berlin 1901 (Ersterscheinung 1897 als Aufsatz).

³⁰ *K. Zuborn*, 50 Jahre Deutscher Heimatschutz und Deutsche Heimatpflege. Ein Rückblick und Ausblick, in: *50 Jahre Deutscher Heimatbund, Deutscher Bund Heimatschutz*, Neuß 1954, S. 13–58; *K. Ditt*, Vom Heimatverein zur Heimatbewegung. Westfalen 1875–1915, in: *Westfälische Forschungen* 39 (1989), S. 232–255; *A. Andersen*, Heimatschutz: Die bürgerliche Naturschutzbewegung, in: *F.-J. Brüggemeier / Th. Rommelspacher* (Hrsg.), Besiegte Natur. Geschichte der Umwelt im 19. und 20. Jahrhundert, München 1987, S. 143–157.

³¹ *C. Sitte*, Der Städtebau nach seinen künstlerischen Grundsätzen. Ein Beitrag zur Lösung moderner Fragen der Architektur und monumentalen Plastik unter besonderer Beziehung auf Wien, Wien 1889.

³² So schon *G. F. Seidel* (s. A 3), S. 1.

storischen Vorbildern und kunstvollen Gestaltungsmerkmalen. Das blieb nicht beim bloß Künstlerischen und Vergangenheitsorientierten stehen, sondern enthielt eine soziale Dimension. Es hob gegen das Rationalistische, Funktionale und Utilitaristische auf Kriterien des Heimatgefühls und der Wohnqualität ab. Diesen Gedanken griff die Heimatschutzbewegung auf. Schultze-Naumburg erläuterte in zahlreichen Werken die Grundsätze der von ihm erstmals so genannten »Gestaltung der Landschaft«.³³ Durch die photographische Gegenüberstellung gewachsener, landschaftlich angepaßter Bauweisen mit moderner Schablonen- und Versatzstückarchitektur historistischer oder funktionalistischer Prägung demonstrierte er augenfällig die Qualitäten traditionsgebundenen Bauens. Nebenbei drückte sich darin aus, daß der Historismus nach der Jahrhundertwende rapide an Ansehen verlor, da er durch die Dominanz der Fassade und des Ornaments die Geschichte der Beliebigkeit anheimzugeben und zum Trödeln herabzustufen schien. Schultze-Naumburgs Vorgehen war inhaltlich zukunftsweisend, weil es profane Bauten aufwertete, Lebens- und Bauformen miteinander in Zusammenhang brachte und im Begriff der Landschaft die Trennung zwischen Natur und Kultur aufhob.

Vor dem Hintergrund von Zivilisationskritik und Heimatschutz einerseits, Städtebau- und Architekturrevision andererseits vollzog sich eine fachwissenschaftliche Diskussion zur Theorie und Praxis der Denkmalpflege.³⁴ Überkommene Prinzipien wurden dabei aufgegeben. Der Wiener Kunsthistoriker Alois Riegl, seit 1902 Leiter der österreichischen Denkmalpflege, führte in seiner 1903 veröffentlichten Schrift über den Denkmalkultus³⁵ die Kunstgeschichte auch theoretisch weg von der Illusion, eine präzise, wissenschaftlich-rational erfaßbare Definition des Denkmals sei möglich. Das Wesentliche am Denkmal war für ihn nicht der Kunst- und Geschichtswert, den das 19. Jahrhundert in den Mittelpunkt gestellt hatte, sondern der Alterswert, eine Widerspiegelung der in einem Objekt konzentrierten Geschichte, die aber lediglich abstrakt blieb und allein im Empfinden des Betrachters begründet lag. Das Denkmal vermittelte die Erfahrung der Vergänglichkeit, es leitete an zum Einfügen in die Geschichte. Damit wurde offenbar, daß die Denkmaleigenschaft eines Objekts auf seiner Rezeption beruhte, und umgekehrt, daß jedes Objekt zum Denkmal werden konnte.

³³ Vor allem: *P. Schultze-Naumburg*, *Kulturarbeiten*, 9 Bde., München 1902–1916. Knappe Übersicht: *ders.*, *Die Entstellung unseres Landes*, hrsg. v. Bund Heimatschutz, 3., verbesserte Aufl., München [1909].

³⁴ Hierzu zuletzt: *M. Wohlleben*, *Konservieren oder restaurieren? Zur Diskussion über Aufgaben, Ziele und Probleme der Denkmalpflege um die Jahrhundertwende*, Zürich 1989. Ausgewählte und gekürzte Dokumente: *N. Huse* (Hrsg.), *Denkmalpflege. Deutsche Texte aus drei Jahrhunderten*, München 1984.

³⁵ *A. Riegl*, *Der moderne Denkmalkultus, sein Wesen und seine Entstehung*, Wien / Leipzig 1903; Neudruck: *Georg Dehio / Alois Riegl*, *Konservieren, nicht restaurieren. Streitschriften zur Denkmalpflege um 1900*. Mit einem Kommentar von *M. Wohlleben* und einem Nachwort von *G. Mörsch*, Braunschweig / Wiesbaden 1988, S. 43–87.

Diese Erkenntnisse stellten die gesamte Praxis der Denkmalpflege in Frage, denn sie verlangten die Anerkennung auch des Verfalls. Was sich Zeit und Natur zurückerobert hatten, durfte der Mensch demnach nicht reklamieren. Die Machbarkeitsideologie der Gründerzeit, die in der historistischen Denkmalpflege durchaus ihre Entsprechung gefunden hatte, wurde damit aufgegeben.

Fanden auch nicht alle Elemente der Rieglschen Theorie Anerkennung, so setzten sich doch zwei zentrale Implikationen schnell durch. Zum einen ging es der Denkmalpflege nun weniger um die Erhaltung eines Baukörpers als um die Erhaltung der »Situation des Denkmals«, der Gesamtheit an Werten und Stimmungen, die das Denkmal beinhaltete und vermittelte.³⁶ Zum anderen galt das Denkmal nicht mehr als Urkunde seiner Entstehungszeit, sondern zunehmend als Dokument historischer Prozesse und Veränderungen. Es im Ursprungszustand wiederherzustellen, von allen späteren Zutaten zu befreien oder gar in historistischer Stilanpassung zu ergänzen, verriet mangelnde Achtung vor dem Gewachsenen. Die Bewahrung des Bestandes wurde mithin zur Hauptaufgabe der Denkmalpflege erklärt, und wo Wiederherstellungen erforderlich seien, gelte es das Neue durch moderne Stilformen kenntlich zu machen.³⁷

In der Praxis freilich stellten sich den neuen Grundsätzen Widerstände entgegen. Wenn auch die an der Jahrhundertwende geführten Diskussionen um das Heidelberger Schloß³⁸ auf die Sensibilisierung der Öffentlichkeit schließen lassen, so lebte die »Restaurationssucht« doch länger fort. Dies hing erstens mit berufsspezifischen und berufsständischen Aspekten zusammen: Die junge Disziplin Kunstgeschichte stand für die neue Ausrichtung; die Architekten, deren Aufgabe die Wissenschaftler nunmehr auf die bloß technische Behandlung des Objekts beschränkt sehen wollten, hielten eher an den überkommenen Prinzipien fest.³⁹ Dies hatte zweitens und vor allem mit der Multifunktionalität der Denkmalpflege und mit ihrer Abhängigkeit von den Auftraggebern zu tun. Hier waren von Belang kommunale Interessen an einem ansprechenden Stadtbild, das den wirtschaftlichen Erfolg, das historische Bewußtsein, die Wohnqualität und die touristische Attraktivität der Kommune unter Beweis stellte. Die Fassadenwettbewerbe, die gerade in denkmalpflegerisch aufgeschlossenen Städten wie Lübeck und Hildesheim mit historistisch angepaßtem Bauen die Illusion

von Geschichtlichkeit förderten,⁴⁰ können dafür ebenso als Beleg dienen wie manche lokalen Restaurationsprojekte.⁴¹ Noch deutlicher wird die praktische Relativierung theoretischer Erkenntnis bei monarchisch-repräsentativen Projekten. Ein Beispiel hierfür ist die Hohkönigsburg bei Schlettstadt (heute Sélestat) im Unterelsaß, deren Ruine Kaiser Wilhelm II. nach der Jahrhundertwende wiederaufbauen ließ, um seinen Herrschaftsanspruch im Reichsland durch ein westliches Gegenstück zur Marienburg zu demonstrieren. Dafür verpflichtete er den Architekten Bodo Ebhardt, der sich auf wissenschaftlich äußerst umstrittene Belege für das ursprüngliche Aussehen der Burg im 15. Jahrhundert stützte.⁴²

Denkmalpflege wurde mit der theoretischen Umorientierung nicht nur vieldeutiger, sondern auch schwieriger. Der Begriff des Denkmals verlor an Präzision, und namentlich die juristische Literatur monierte, daß er rechtstechnisch kaum zu fassen sei.⁴³ Der Grundgedanke, daß nunmehr jedes Objekt gemäß seiner Rezeption zum Denkmal aufsteigen konnte, kombiniert mit der Hinwendung zu Heimatschutz, Kultur- und Baupflege, zum Schutz von Lebens- und Wohnformen, führte notwendig zur sozialen Ausweitung der Denkmalkategorien. Regionale und lokale Objekte, gemeinbürgerliche und bäuerliche Kultur, Straßen- und Ortsbilder, technische Reste und Gesamtanlagen wurden denkmalwürdig.⁴⁴ Auch die Inventarisierung wurde problematischer, zum einen schon aus praktischen Erwägungen, da sie immer weiter auszufern schien, zum anderen aus grundsätzlichen, freilich kaum konsequent verfolgten Überlegungen, weil sie trotz einer inhaltlichen und methodischen Modernisierung doch die traditionelle Isolierung des Einzeldenkmals erforderlich machte.

Dieses Dilemma blieb den Fachleuten nicht verborgen. Die Frage der Einrichtung und Gewichtung der Inventare, die von Anfang an den Gang der Verzeichnung begleit-

³⁶ Vgl. beispielsweise *F. Wolff*, Einrichtungen und Tätigkeit der staatlichen Denkmalpflege im Elsaß in den Jahren 1899–1909, Straßburg 1909, S. 39f.

³⁷ *A. von Oechelhaeuser*, Wege, Ziele und Gefahren der Denkmalpflege, [Karlsruhe 1909], S. 19 f., 27, 30, 32; *G. Hager*, Denkmalpflege und moderne Kunst, in: *ders.*, Heimatkunst, Klosterstudien, Denkmalpflege, München 1909, S. 466–486.

³⁸ *L. Dihm*, Beiträge zum Kampfe um das Heidelberger Schloß, Friedenau bei Berlin [1901]; *A. Zeller*, Das Heidelberger Schloß. Werden, Zerfall und Zukunft, Karlsruhe 1905.

³⁹ *K. Lange*, Die Grundsätze der modernen Denkmalpflege, Tübingen 1906, S. 4, 6, 19 f.; *F. Wolff*, Zur Denkmalpflege, in: *Die Denkmalpflege* 9 (1907), S. 93f.

⁴⁰ *E. Blunck*, Ueber Fassaden-Wettbewerbe, in: *Die Denkmalpflege* 5 (1903), S. 21f.; *M. Brix*, Fassadenwettbewerbe. Ein Programm der Stadtbildpflege um 1900, in: *C. Meckseper / H. Siebenmorgen* (Hrsg.), Die alte Stadt: Denkmal oder Lebensraum? Die Sicht der mittelalterlichen Stadtarchitektur im 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 1985, S. 67–89.

⁴¹ Aussagekräftige Fallstudie: *E. Deichsel*, Anmerkungen zu Architektur und Denkmalpflege um die Jahrhundertwende am Beispiel des geplanten Umbaus der Altstädter Kirche in Eschwege, in: *Zs. d. Vereins für hess. Geschichte und Landeskunde* 94 (1989), S. 390.

⁴² Archives départementales du Bas Rhin Strasbourg AL 27, Nr. 840a, 840c; *Die Denkmalpflege* 7 (1905) S. 103. Zu Ebhardts nationalpopulärem Denkmalverständnis: *B. Ebhardt*, Ueber Verfall, Erhaltung und Wiederherstellung von Baudenkmalen mit Regeln für praktische Ausführungen, Berlin 1905, S. 3f.

⁴³ *W. Hartung*, Die Denkmalpflege im juristischen Sinn mit spezieller Berücksichtigung Bayerns, Bayreuth 1906, S. 7.

⁴⁴ Vgl. beispielsweise *O. Hoßfeld*, Unsere Dorfkirchen, in: *Die Denkmalpflege* 2 (1900), S. 41f.; *ders.*, Denkmalpflege auf dem Lande, München 1906. De facto ging es hier aber um tendenzielle und langsame Verschiebungen der Arbeitsschwerpunkte. Gemäß dem 1917 veröffentlichten Register hatten die bis zu diesem Zeitpunkt zwanzig Jahresberichte der Provinzialkommission für Denkmalpflege in der Rheinprovinz 187 kirchliche und 26 profane Bauten sowie 33 Ruinen und Stadtbefestigungen behandelt; *Die Denkmalpflege* 19 (1917), S. 70.

tet hatte, wurde jetzt zunehmend im Sinne einer Öffnung der Denkmalpflege für breite Kreise beantwortet. Statt des primär wissenschaftlich fundierten, quellennah dokumentierenden Inventars forderten Regierungen, Presse und Heimatvereine nun – wie etwa in Oldenburg und Bayern zu beobachten – gegen den Widerstand von Kunsthistorikern und Denkmalpflegern eine verständliche, durch Bildmaterial illustrierte, lesbare Gesamtdarstellung des Denkmalbestandes einer Region.⁴⁵ Dem Inventar konnte im Sinne des Heimatschutzes nun auch die Funktion einer Vorbildersammlung für handwerkliche Tradition und landschaftsangepaßte Neubauten zukommen. Oder es wurde eine Forcierung des von Georg Dehio 1899 angeregten und später mit Reichszuschüssen auch verwirklichten »Handbuchs der deutschen Kunstdenkmäler« befürwortet, als bewußt wertende, einordnende, damit anleitende Auswahl der überregional bedeutenden Denkmäler des Deutschen Reichs.⁴⁶ Die Inventarisierung wurde, und so verstanden sich zunehmend auch Heimatschutz und Denkmalpflege überhaupt, zum pädagogischen Auftrag.⁴⁷ Dieser wies in die Zukunft. Denkmalpflege war damit nicht nur Kompensation⁴⁸ von Modernisierungsverlusten, sondern zugleich aktive, sozialpolitische gedachte Gestaltung von Gegenwart und Zukunft.

An der Popularisierung des Denkmalpflegegedankens nahmen die Behörden zudem durch den Rückgriff auf weitere Publikationsmöglichkeiten teil. Nunmehr wurden regelmäßig Tätigkeitsberichte vorgelegt.⁴⁹ Damit rückte über das Einzeldenkmal die Denkmalpflege selbst in den Mittelpunkt. Der Staat legitimierte sich nicht mehr nur durch das herausragende Objekt, sondern durch die Stetigkeit seines kulturellen Engagements. Er nahm durch diese Öffnung und Rechenschaftslegung zugleich Rücksicht auf gelinde Demokratisierungs- und Verrechtlichungstendenzen im Kaiserreich. Zudem initiierte der preußische Staat 1899 die Gründung einer eigenen Fachzeitschrift, der »Denkmalpflege«, die neben der Information der Öffentlichkeit über denkmalpflegerisches Wirken auch der Diskussion und Kritik konservatorischer Praxis diente und zur Vereinheitlichung der denkmalpflegerischen Grundsätze beitrug. Ebenfalls popularisierende und verwissenschaftlichende Effekte hatte der im Jahr 1900 auf Initiative des Gesamtvereins der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine geschaffene »Tag für Denkmalpflege«, eine Jahrestagung von Architekten, Kunsthistorikern, Konservatoren, Kommunalvertretern und Staatsbeamten, der seit 1911

wiederholt mit der Jahrestagung des Bundes Heimatschutz gekoppelt wurde. Der ständige Ausschuß des Tags für Denkmalpflege, ursprünglich eher für die organisatorischen Fragen installiert, entwickelte sich de facto zur ersten Fach- und Interessenvertretung der deutschen Denkmalpflege.

Auch Reformen auf organisatorischem und rechtlichem Gebiet wurden intensiviert. Für die Erhaltung alter Bausubstanz am bedeutsamsten waren wohl die Novellierungen des Baurechts. Zwar fanden sich in manchen baupolizeilichen Vorschriften schon Klauseln von denkmalpflegerischer Relevanz, vor allem Einschränkungen der Baufreiheit aus ästhetischen Erwägungen. Dabei handelte es sich nicht selten um Relikte aus der Zeit des Aufgeklärten und bürokratischen Absolutismus.⁵⁰ Aber in den zahlreichen Baugesetzen der Reichgründungsepoche dominierten unter dem Gesichtspunkt der liberalen Eigentumsordnung Vorkehrungen zur Gefahrenabwehr, nämlich zu Verkehrssicherheit, Standfestigkeit, Feuerschutz und öffentlicher Gesundheit,⁵¹ die mit dem Denkmalschutz kollidieren konnten. Am Ende des Jahrhunderts und unter dem Einfluß des Heimatschutzgedankens änderte sich das. In mehreren Ländern, so in Bayern, Baden und Württemberg, wurden die Bauordnungen um schärfere Bestimmungen der ästhetischen Baupflege und des Denkmalschutzes ergänzt.⁵² In anderen Ländern, zunächst in Preußen (1902 und 1907), dann etwa in Sachsen (1909) und Oldenburg (1910), ergingen spezielle Verunstaltungsgesetze.⁵³ Sie räumten den Gemeinden das Recht ein, per Ortsstatut einzelne Gebäude, Plätze, Straßenzüge oder Ortsteile von historischer oder ästhetischer Bedeutung vor verunstaltenden Neu- und Umbauten, selbst vor der Anbringung von Reklame zu schützen. Einerseits schuf dies neue juristische Probleme, da der Verunstaltungsbegriff undeutlich blieb.⁵⁴ Andererseits verrechtlichten die Verunstaltungsgesetze doch die Baupolitik, indem sie die Genehmigung den staatlichen Behörden entzogen und der Gemeinde übertrugen, vor allem auch, indem sie verbindliche und kalkulierbare Abgrenzungen der baupolizeilich geschützten Gebiete forderten. Und schließlich war von Belang, daß nun der aus baupolizeilichen Gründen längst übliche Eingriff in Privateigentum explizit auf denkmalpflegerische Erwägungen ausgeweitet wurde. Die Gemeinverpflichtung setzte sich als

⁴⁵ Die Denkmalpflege 4 (1902), S. 65.

⁴⁶ E. Polaczek, Der Fortgang der deutschen Denkmäler-Inventarisierung, in: Deutsche Geschichtsblätter 3 (1902), S. 144.

⁴⁷ So zur hessischen Denkmalpflege der Darmstädter Baurat H. Wagner, in: Die Denkmalpflege 15 (1913), S. 16. Prägnant schon P. Weber, Persönliche Denkmalpflege, in: Die Denkmalpflege 1 (1899), S. 48–50.

⁴⁸ Vgl. H. Lübke, Zeit-Verhältnisse. Zur Kulturphilosophie des Fortschritts, Graz 1983, S. 14, 16–18, 31f.

⁴⁹ So erschien in Hessen 1910 der erste »Jahresbericht der Denkmalpflege«, der die Jahre 1902 bis 1907 umfaßte.

⁵⁰ E. Gassner (s. A 18), S. 26–28; W. Speitkamp (s. A 14), S. 138, 150f.

⁵¹ D. Berger-Thimme, Wohnungsfrage und Sozialstaat. Untersuchungen zu den Anfängen staatlicher Wohnungspolitik in Deutschland (1873–1918), Frankfurt / Bern 1976, S. 149. Zum Rahmen: R. Breuer, Expansion der Städte, Stadtplanung und Veränderung des Baurechts im Kaiserreich, in: E. Mai / H. Pohl / S. Waetzoldt (Hrsg.), Kunstpolitik und Kunstförderung im Kaiserreich. Kunst im Wandel der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Berlin 1982, S. 225–243.

⁵² Vgl. beispielsweise zur Württemberger Bauordnung: Die Denkmalpflege 14 (1912), S. 53–55.

⁵³ Zum Fallbeispiel Oldenburg: StA Oldenburg 134, Nr. 4425.

⁵⁴ Vgl. R. Stintzing, Heimatschutz durch Eingriff in den Rechtskreis Privater nach dem Rechte deutscher Bundesstaaten, jur. Diss. Jena 1910, S. 60; K. Knapp, Das deutsche Heimatschutzrecht, dargestellt unter besonderer Berücksichtigung preußischer Verhältnisse, und sein Eingriff in die privatrechtliche Verfügungsgewalt, jur. Diss. Greifswald 1925, S. 63.

Prinzip auch hier durch.⁵⁵ Denkmalpflege galt nunmehr endgültig als wohlfahrtspolitische Aufgabe des Staats und der Kommunen. Aus fachlicher Perspektive blieben die Bestimmungen freilich unbefriedigend, weil sie nur das Erscheinungsbild, nicht aber das Denkmal selbst schützten.

Das deutete auf die Notwendigkeit von Denkmalschutzgesetzen hin. Eine über die am preußischen Recht orientierten Baugesetze hinausgehende, das Denkmal auch in seiner Substanz schützende Lösung strebten deshalb Bremen (1909) und Hamburg (1912) an.⁵⁶ In zwei kleineren Ländern, in den Großherzogtümern Hessen und Oldenburg, wurden erstmals eigentliche Denkmalschutzgesetze realisiert. Beide Länder wiesen gewisse Ähnlichkeiten in den Voraussetzungen auf, vor allem kulturbeflissene Monarchen und unzureichende organisatorische wie fiskalische Denkmalschutzvorkehrungen. Zu diesen allgemeinen Aspekten kamen landesspezifische Erwägungen.

Im Großherzogtum Hessen forderten Geschichtsvereine und Landtagsabgeordnete seit den 1880er Jahren gesetzliche Regelungen des Denkmalschutzes. Propagandistisch nicht ungeschickt, stellte sich die hessische Regierung demonstrativ an die Spitze der Kulturbewegung. Der Hauptschöpfer des Darmstädter Entwurfs, der Ministerialrat Maximilian von Biegeleben, faßte auf dem Denkmalpfegetag von 1901 die wesentlichen Aspekte zusammen. Zum einen seien gerade »Kleinststaaten vermöge der größeren Übersichtlichkeit, der größeren Einfachheit der Verhältnisse leichter in der Lage [...], eine Lösung zu finden«. Zum anderen müßten »die kleinen deutschen Staaten ihre Existenzberechtigung insbesondere dadurch dem deutschen Volk gegenüber kundgeben [...], daß sie in ihrer Verwaltung nicht nur, sondern auch in ihrem gesetzgeberischen Vorgehen mit Initiative und rasch arbeiten«.⁵⁷

Das hessische Gesetz⁵⁸ von 1902 umfaßte Kultur- und Naturdenkmäler, Ausgrabungen und Funde. Als Denkmäler definierte es Gegenstände, »deren Erhaltung wegen ihrer Bedeutung für die Geschichte, insbesondere für die Kunstgeschichte, im öffentlichen Interesse liegt«. Es schloß öffentliches und privates Eigentum ein. Ein Denk-

⁵⁵ So formulierte ein Teilnehmer auf dem Denkmaltag in Lübeck 1908: »Die Allgemeinheit beansprucht heute eine Art Mitbesitzrecht an den Denkmälern der Vergangenheit«; A. von Oechelhaeuser (Hrsg.), Denkmalpflege. Auszug aus den stenographischen Berichten des Tages für Denkmalpflege, Bd. 1, Leipzig 1910, S. 364.

⁵⁶ H.-Chr. Hoffmann, Der Denkmalschutz im Bremischen Staate bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Die Entstehung der bremischen Denkmalliste, in: Bremisches Jahrbuch 55 (1977), S. 263–303; M. F. Fischer, Fritz Schumacher, das Hamburger Stadtbild und die Denkmalpflege, Hamburg 1977, S. 39–41.

⁵⁷ A. von Oechelhaeuser (s. A 55), S. 149; vgl. auch K. Heyer, Denkmalpflege und Heimatschutz im Deutschen Recht, Berlin 1912, S. 28.

⁵⁸ Vorgeschichte, Textwiedergabe und Kommentierung bei H. Wagner, Die Denkmalpflege in Hessen 1818–1905, Darmstadt 1905. Vgl. G. Zimmermann, Denkmalschutz und Denkmalpflege im Großherzogtum Hessen, in: Archiv für hessische Geschichte und Altertumskunde NF 44 (1986), S. 189–234; W. Jorns, Zur Entwicklung des archäologischen Denkmalschutzes und der Denkmalpflege in Hessen, ebda., NF 32 (1974), S. 15–42.

mal durfte ohne Genehmigung der Behörden nicht beseitigt, veräußert, verändert oder wiederhergestellt werden. Für Baudenkmäler war zudem ein Umgebungsschutz vorgesehen. Gemeinden und Kirchen konnte der Staat zur Sicherung ihrer Denkmäler anhalten. Selbst die Enteignung zum Erhalt eines Denkmals war ermöglicht. Arbeiten an staatlichen Denkmälern unterlagen nicht der Genehmigungspflicht, allerdings reservierte sich das Innenministerium ein Eingriffsrecht. Auf private Objekte erstreckte sich der gesetzliche Schutz nur, sofern sie in die amtliche Liste der privaten Baudenkmäler eingetragen waren. Die Eintragung nahm ein Denkmalrat vor, dem Besitzer stand es zu, dagegen Beschwerde beim Innenministerium zu erheben. Dem Denkmalrat gehörten Vertreter der Kirchen, der Geschichts- und Kunstvereine und der Baudenkmalbesitzer, daneben weitere, vom Innenministerium berufene Mitglieder an. Ihm oblag die Behandlung aller einschlägigen Fragen und die Führung der Denkmalliste. Als vornehmlich beratende Fachbehörden fungierten sachlich und regional zuständige Denkmalpfleger.

Das Oldenburger Gesetz⁵⁹ von 1911 ging auf Initiativen von Landtagsabgeordneten und Regierungsbeamten zurück. Verschiedene Motive überlagerten sich: die rechtliche und faktische Schutzlosigkeit der Kulturdenkmäler, die damit offenbare Schwäche der Staatsgewalt, die Notwendigkeit einer Vereinheitlichung von Recht und Organisation gerade angesichts der Dreiteilung des Landes. Das neue Gesetz, das Boden-, Bau-, Kunst- und Naturdenkmalpflege umfaßte, war deshalb »in erster Linie« darauf angelegt, »den Behörden eine Einwirkungsmöglichkeit zu geben«.⁶⁰ Ein Denkmal definierte sich durch das öffentliche Interesse an seiner Erhaltung, das wiederum auf seiner kunst-, kultur-, natur- oder allgemeingeschichtlichen Bedeutung beruhte. Erst die Eintragung in die Denkmalliste durch die Denkmalschutzbehörde ließ den rechtlichen Schutz eintreten. Eingetragene Denkmäler durften ohne Genehmigung nicht wiederhergestellt, verändert, beseitigt oder veräußert werden. Umgebungsschutz und Enteignungsmöglichkeit ergänzten diese Bestimmungen. Privateigentum wurde nicht ausdrücklich ausgeschlossen, bei beweglichen Denkmälern einbezogen. Öffentlichkeit der Listen, terminierte Entscheidungspflicht, Rechtsweg und Entschädigungsvorkehrungen milderten die Härten. Staatliche Denkmäler blieben ausgenommen, da der Staat als Initiator des Gesetzes auch ohne rechtliche Vorkehrungen auf die Interessen des Denkmalschutzes Rücksicht nehmen werde. Dahinter stand die Absicht, den staatlichen Handlungsspielraum nicht ohne Not einzuengen. Die Heimatschutzbewe-

⁵⁹ Druck: Gesetzblatt für das Herzogtum Oldenburg von den Jahren 1909, 1910 und 1911, Bd. 37, Oldenburg o. J., S. 959–970; ferner in: Oldenburger Jahrbuch 60 (1961), T. 2, S. 5–11. Vgl. G. Rosenow, 50 Jahre Oldenburgisches Denkmalschutzgesetz, ebda., S. 13–20; R. Tantzen, Naturschutz und Denkmalschutz. Nach der Gesetzgebung des Reiches und des Landes Oldenburg, ebda. 39 (1935), S. 50–66.

⁶⁰ Oldenburgisches Ministerium des großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten an das hessische Staatsministerium, 5. 8. 1912, StA Oldenburg 134, Nr. 4426.

gung forderte umgekehrt gerade die vorbildhafte und erzieherische Selbstbindung des Staats. Als Denkmalschutzbehörden fungierten Ministerium und Regierungen. Für die drei Landesteile waren mit beratender Funktion fachlich spezialisierte nebenamtliche Denkmalpfleger und jeweils ein aus Vertretern des Staats, der Kirchen und Vereine ehrenamtlich besetzter Denkmalrat vorgesehen.

Auch in den größeren Staaten, erneut etwa in Preußen und Baden, wurden Gesetzentwürfe zum Denkmalschutz vorgelegt. Sie stießen aber, anders als die populären, dem eigenen Land überregional Reputation verschaffenden Reformen in Hessen und Oldenburg, auf vielfältige öffentliche Widerstände und konnten abgesehen von einem Ausgrabungsgesetz in Preußen (1914) und von einem vorläufigen Gesetz in Württemberg (1914) nicht verwirklicht werden. Freilich verdichtete sich das Netz der Rechtsvorschriften, und einige organisatorische Reformen deuteten den Weg zur administrativen Modernisierung der Denkmalpflege an. So wurde in Bayern 1908 eine eigenständige Denkmalschutzbehörde mit hauptamtlichem Personal installiert, in Württemberg entstand 1910 nach hessischem Vorbild ein aus Vertretern der Wissenschaft, der Behörden, der Vereine, der Kirchen und der Denkmalbesitzer zusammengesetzter Denkmalrat, der die einschlägigen Angelegenheiten beraten und ein Denkmalverzeichnis führen sollte. In der Summe hatte die Zeit zwischen Jahrhundertwende und Kriegsausbruch trotz dieser bescheiden anmutenden Anfänge beträchtliche Auswirkungen auf die Denkmalpflege. Dazu zählen das geänderte Geschichtsverständnis, die Grundsatzzurückbildung, die breite Diskussion und Popularisierung der Denkmalpflege, die Revision des Baurechts, die sozialstaatliche Deutung von Denkmalpflege und Eigentum sowie die ersten realisierten Gesetzesexperimente.

3. Der Erste Weltkrieg

»Wissen Sie, daß wir in Belgien alle Kirchen, alle alten Kunstdenkmäler sorgsam herstellen, daß wir alles, was nur irgendwie historischen Wert hat, schützen und restaurieren? Ja, wir sind eben Barbaren...« Diese selbstgerecht-ironische Bemerkung des deutschen Kaisers Wilhelm II. fiel in einem Gespräch, das eine Wiener Zeitung 1917 veröffentlichte.⁶¹ Vor dem Hintergrund des Ersten Weltkriegs waren daran zwei Aspekte bemerkenswert. Zum einen wies die Äußerung auf die tatsächlich umfangreiche Inventarisations- und Restaurationstätigkeit hin, die Deutschland in den besetzten Gebieten des Auslands in Gang gebracht hatte. Zum anderen konstatierte sie zutreffend, wenn auch ohne Verständnis, daß diese Kulturpflege von den Betroffenen durchaus nicht als willkommene Gabe, sondern als annexionistische Gewaltstrategie empfunden wurde.

Die politischen und ideologischen Vorstellungen von Heimatschützern und Denk-

⁶¹ Neue Freie Presse, 14. 2. 1917.

malpflegern vor dem Krieg waren in der Regel nicht nationalistisch in einem alldeutsch-expansionistischen Sinn. Vielmehr orientierten sich die deutschen Bestrebungen sogar an auswärtigen Vorbildern, etwa an den Heimat- und Kulturbewegungen, wie sie in England schon seit der Jahrhundertmitte existierten. Die »Denkmalpflege« notierte ausländische Natur- und Heimatschutzinitiativen mit Sympathie. 1909 und 1912 fanden zudem in Paris und Stuttgart die ersten internationalen Heimatschutzkongresse statt. Daran nahmen Vertreter vor allem aus Deutschland, Frankreich, Holland, Italien, Österreich, der Schweiz und England teil. Diese Internationalisierung des Heimatschutzes erschien in der Anfangsphase durchaus konsequent. Denn zum einen wurden die zerstörerischen Auswirkungen moderner Zivilisation gerade als internationales Phänomen betrachtet, zum anderen baute die Heimatschutzbewegung auf der Vielfalt regionaler und lokaler Identitäten auf, die sie auch anderen Völkern zugestand. Dem entsprach im Prinzip ein föderalistisches Denken. Die nationale Staatsgrenze begründete nur eine Identität unter vielen. Schließlich relativierte der moderne, offene Denkmalbegriff, der das Verhältnis zwischen Objekt und Betrachter in den Mittelpunkt rückte, national verengte Sichtweisen. Riegl wandte sich schon 1905 gegen Dehios Begriff deutscher Nationalkunst⁶² (»Wir schützen das Denkmal als ein Stück nationalen Daseins«): »Haben wir aber nicht unzählige Male im Anblick eines Denkmals geschwelgt, ohne uns auch nur im leisesten seines nationalen Ursprungs bewußt zu werden? Und haben uns andere Denkmäler darum weniger Wohlgefallen eingefloßt, weil sie einem ausländischen, etwa dem italienischen Kunstschaffen entstammten?«⁶³

Basis der Heimatschutzideologie aber blieb das zivilisationskritische Gesellschaftsbild. Dieser Sachverhalt bestimmte die geistige Orientierung von Denkmalpflege und Heimatschutzbewegung bei Kriegsausbruch. Die Frage nach dem Sinn der Entwicklung schien sich nun zu beantworten. Aus dem Blickwinkel des Bildungsbürgertums, des Multiplikators der nationalen Aufbruchstimmung von 1914, demonstrierte der heroisierte Kampf Selbstbehauptungswillen und Selbstbehauptungskraft deutscher Kultur. Die beklagten Begleiterscheinungen politischer Modernisierung, darunter Individualisierung, Egalisierung, Demokratisierung und Parteienzwist, schienen im Burgfrieden aufgehoben, die atomisierten Massen sich wieder zum Volk zu formen.⁶⁴ Den Denkmalpflegern, die ihre Arbeit als umfassende Kulturpflege verstanden, gab das geistige Halt, aber auch die Empfindung eines neuen Auftrags. Das galt nicht

⁶² Beispiele dieser National- und Kunstgeschichte verknüpfenden Position: G. Dehio, Kunsthistorische Aufsätze, München / Berlin 1914.

⁶³ A. Riegl, Neue Strömungen in der Denkmalpflege, in: Mitteilungen der K. K. Zentralkommission für Erforschung und Erhaltung der Kunst- und historischen Denkmale, 3. Folge 4 (1905), Sp. 85–104, hier 87f.; Neuabdruck: Georg Dehio / Alois Riegl (s. A 35), S. 106.

⁶⁴ K. Vondung, Deutsche Apokalypse 1914, in: ders. (Hrsg.), Das wilhelminische Bildungsbürgertum. Zur Sozialgeschichte seiner Ideen, Göttingen 1976, S. 153, 157, 162, 171; K. Bergmann (s. A 25), S. 174.

nur für das allgemeine Ziel, Deutschland das »Bewußtsein seiner weltgeschichtlichen Aufgabe, das sich wieder stützt auf eine große geschichtliche, kulturfördernde Vergangenheit«, zu vermitteln,⁶⁵ sondern gleichermaßen in konkreter Beziehung. Denn der Kriegsausbruch hatte auch Bedeutung für die Praxis der Denkmalpflege.

Zunächst brachte er eine Einschränkung der Wirkungsmöglichkeiten mit sich, obgleich noch während des Kriegs einige Denkmal- und Heimatschutzgesetze erlassen wurden, so in Lübeck (1915) und Bremen (1917). Aber die Bautätigkeit ging mangels Arbeitskräften, Baustoffen und Kredit zurück, folglich verminderte sich auch die Zahl der zu bearbeitenden Projekte. Die Denkmalpflegemittel wurden – in Maßen – reduziert, zudem Konservatoren und andere Mitarbeiter zum Kriegsdienst eingezogen.⁶⁶ Die Inventarisierung mußte eingeschränkt werden. Dafür kamen vier neue Aufgaben auf Konservatoren und Behörden zu: Zum ersten ging es in Zusammenhang mit der Metallbeschlagnahme um die Verzeichnung, Begutachtung und Sicherung kunst- oder kulturgeschichtlich bedeutsamer Objekte, namentlich herausragender Kirchenglocken.⁶⁷ Zum zweiten mußte sich die Denkmalpflege wieder vermehrt mit den Denkmälern im eigentlichen Sinn beschäftigen, besonders mit der Gestaltung von Kriegerdenkmälern und Kriegerfriedhöfen. Hier sah sie ihre Aufgabe darin, der Massenfertigung von Grabsteinen, der industriellen Einebnung des Totengedenkens entgegenzuwirken.⁶⁸ Zum dritten galt es ein neues Problem zu bewältigen: die Organisation von Kunstschutz und Denkmalpflege in den besetzten, durch Kriegseinwirkungen nicht unbeträchtlich zerstörten Gebieten.⁶⁹ Und zum vierten rückte im Verlauf des Kriegs der Wiederaufbau im Sinne des Gedankenguts der Heimatschutzbewegung und unter Berücksichtigung denkmalpflegerischer Gesichtspunkte in den Blick.

Eine besondere Bedeutung gewann die dritte Aufgabe, die Kunstsicherung im Ausland. Sie konnte in zwei Varianten erfolgen: Die eine, gewissermaßen herkömmliche, setzte auf den Abtransport von Kunstschätzen, vorgeblich zur Sicherung vor Kriegsschäden oder zur Rückführung durch Napoleon geraubten Kunstguts, faktisch daneben zur Aufbesserung der eigenen Museen. Die andere, kulturstaatliche Variante wollte den nationalen Interessen genügen, indem sie die Denkmäler am Ort – wenn auch selbstverständlich unter deutscher Obhut – schützte. Das betraf vor allem unbewegliche, aber auch bewegliche Denkmäler. Nicht mehr das einzelne Denkmal, sondern die Tatsache der erfolgreichen Denkmalpflege selbst stand dabei im Mittel-

⁶⁵ H. Wagner, Alte Straßen- und Ortsnamen, in: Die Denkmalpflege 17 (1915), S. 104.

⁶⁶ Die Denkmalpflege 17 (1915) S. 44f.

⁶⁷ Erlaß des preußischen Kultusministeriums vom 14. 10. 1915, Die Denkmalpflege 18 (1916), S. 23; vgl. ebda., S. 19 (1917), S. 108.

⁶⁸ Vgl. etwa Die Denkmalpflege 18 (1916), S. 23; F. W. Bredt, Geschichtliche Bauten und Kriegererehrung, in: Die Denkmalpflege 19 (1917), S. 14f.

⁶⁹ P. Clemen (Hrsg.), Kunstschutz im Kriege. Berichte über den Zustand der Kunstdenkmäler auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen und über die deutschen und österreichischen Maßnahmen zu ihrer Erhaltung, Rettung und Erforschung, 2 Bde., Leipzig 1919.

punkt. Der Export von Kulturstaatlichkeit sollte die Überlegenheit der deutschen Nation unter Beweis stellen.⁷⁰ Einflußreicher Vertreter dieser Politik war der Bonner Kunsthistoriker Paul Clemen.⁷¹ Clemen, ehemals rheinischer Provinzialkonservator, dann Vorsitzender des Denkmalrats der Rheinprovinz, einer der Initiatoren des Tags für Denkmalpflege, versuchte mit einigem Erfolg, die »Kriegsdenkmalpflege«⁷² als eigene Disziplin, bestehend aus der notdürftigen Sicherung, der Verzeichnung von Zerstörung und Bestand, der Forschung sowie der Planung und Kontrolle des Wiederaufbaus, aus der Taufe zu heben und auch den Kaiser von seinem Konzept zu überzeugen. Wilhelms oben zitierte Bemerkung beruhte auf eben diesem Ziel, die Deutschen als Kulturvolk zu präsentieren.

Der Schutz der Kulturdenkmäler im Kriegsfall hatte vor 1914 am Rande des öffentlichen Interesses gestanden. Die Haager Landkriegsordnung von 1907 forderte zwar die Schonung von Geschichtsdenkmälern bei Belagerungen und Beschießungen, sofern die Objekte deutlich gekennzeichnet waren und keinen militärischen Zwecken dienten. Dieser Appell wurde jedoch unter den Bedingungen der Materialschlachten des Ersten Weltkrieges schnell obsolet. Schon die ersten Kriegsmonate führten zu erheblichen Beschädigungen herausragender Baudenkmäler in Belgien und Frankreich. Aufsehen erregte – neben der teilweisen Zerstörung der belgischen Stadt Löwen (Leuven) und besonders ihrer kulturhistorisch wertvollen Bibliothek durch deutsche Truppen im August 1914 – der Fall Reims. Der Sachverhalt blieb umstritten.⁷³ Die Deutschen hatten die gotische Kathedrale im Herbst 1914 zunächst geschont, dann aber wiederholt beschossen und dabei beträchtlich beschädigt, obwohl sie zumindest zeitweise durch eine weiße Fahne gekennzeichnet war. Die deutsche Seite begründete ihr Vorgehen mit militärischen Beobachtungsposten der Franzosen, die auf dem Turm gesichtet worden seien. Die Beschießung des Sakralbaus löste einen Sturm der Empörung in der internationalen Presse und Wissenschaft aus. Nicht nur in Frankreich, sondern auch etwa in England, Italien und Amerika wurde das deutsche Vorgehen als barbarisch gebrandmarkt, dabei wohl auch der tatsächliche Schaden übertrieben.

⁷⁰ Zu kurz greift die Darstellung von W. Lübbecke (s. A 3), S. 411, der die Interpretation des bayerischen Generalkonservators Georg Hager, die Deutschen seien im Krieg »vom Forscherdrang über alle Grenzen hinausgetragen« worden, kommentarlos übernimmt.

⁷¹ Vgl. zu Clemen H. Lützel, Gedenkrede, in: Paul Clemen, Auswahl aus seinen Schriften, Bonn 1948, S. 3–13; H. P. Hilger, Paul Clemen und die Denkmäler-Inventarisierung in den Rheinlanden, in: E. Mai / S. Waetzoldt (s. A 3), S. 383–398. Anfechtbar ist Hilgers Auffassung, Clemens »rettende Tätigkeit« im Krieg habe »in der geistigen Tradition des 19. Jahrhunderts« gestanden; sie sei durch eine »liberale, über das Nationale auf die Menschheit und ihren gemeinsamen Kulturbesitz gerichtete Komponente« geprägt gewesen; ebda., S. 392.

⁷² P. Clemen, Kriegsdenkmalpflege, in: ders., Die Deutsche Kunst und die Denkmalpflege. Ein Bekenntnis, Berlin 1933, S. 89–108.

⁷³ Standortgebundene Darstellung bei P. Clemen, Die Baudenkmäler auf dem französischen Kriegsschauplatz, in: ders. (s. A 69), Bd. 1, S. 36–74.

Eine Parallele zur deutschen Beschießung des Straßburger Münsters im Jahr 1870 unter ähnlichen Umständen war schnell gezogen.

Die deutschen Denkmalpfleger und Kunsthistoriker wiederum reagierten mit Enttäuschung auf die Anschuldigungen, die sie als einen Angriff auf ihre Berufs- und Nationallehre zugleich empfanden. Öffentliche Widerlegungen, die gerade in der Anfangsphase den Krieg an sich, nicht die Kriegführenden für Zerstörungen verantwortlich machten,⁷⁴ blieben ohne internationale Resonanz, und im Winter 1915 eingeleitete Versuche deutscher und österreichischer Denkmalpfleger, Vereinbarungen mit der Entente zum Schutz der bedeutendsten Denkmäler zu erreichen,⁷⁵ verkannten die Isolierung Deutschlands. Auch für eine derartige Fehleinschätzung der realen Möglichkeiten stand Paul Clemen beispielhaft. Clemen, der seit Oktober 1914 als Mitglied der deutschen Zivilverwaltung beim Generalgouvernement für Belgien speziell mit dem Denkmalschutz in dem besetzten Land beschäftigt war, forderte Ende Dezember eine Erweiterung seiner Zuständigkeit auf die Denkmalpflege in Frankreich.⁷⁶ Er berief sich auf seine ausgezeichneten internationalen Kontakte aus der Vorkriegszeit und versprach den Behörden, seine Entsendung werde eine positive Wirkung auf die öffentliche Meinung im Ausland haben. Das erwies sich, wie er später einräumen mußte, als Illusion. Clemen unterschätzte, daß die Oktroyierung deutscher Denkmalpflege als kulturelle Germanisierung verstanden werden mußte.

Dazu trug bei, daß die Denkmalpflege in den besetzten Gebieten, die in der Regel von preußischen Konservatoren und Museumsfachleuten im Rahmen von Besichtigungsreisen und Abordnungen wahrgenommen wurde, an der deutschen Kriegspropaganda teilhatte. Clemen selbst stützte diesen Eindruck durch Aufsätze in der ausländischen Presse, durch die Bereitstellung von Material für das Kriegspresseamt und für die Zentralstelle für Auslandsdienst im Auswärtigen Amt sowie durch Beiträge für den Auslandsfunk.⁷⁷ Eine subtile Wirkung erzielte zudem die selbstbewußt vorausgesetzte internationale Überlegenheit deutscher wissenschaftlicher Denkmalpflege. Berichte über Frankreich beklagten die Zerstörungen von Kulturschätzen durch die frühneuzeitliche französische Politik, die Revolution von 1789 und die antiklerikalen Maßnahmen der Dritten Republik nach der Jahrhundertwende.⁷⁸ In Rumänien, so kritisierten deutsche Berichtersteller, werde immer noch den veralteten Restaurationsprinzipien gehuldigt.⁷⁹ Den belgischen Kunstwissenschaftlern sei es vor dem Krieg nicht gelungen, eine Inventarisierung der Kunstdenkmäler durchzuführen.⁸⁰ Russische

⁷⁴ Vgl. z. B. den Anfang Dezember 1914 veröffentlichten Beitrag: *F. Wolff*, Denkmalpflege und Krieg, in: *Die Denkmalpflege* 16 (1914), S. 116f.

⁷⁵ *P. Clemen* (s. A 72), S. 101.

⁷⁶ ZStA Merseburg 2.2.1., Nr. 20793, fol. 31.

⁷⁷ Beispiele: ZStA Merseburg 2.2.1., Nr. 20793; BA Koblenz R 43F, Nr. 2395, fol. 80.

⁷⁸ *Die Denkmalpflege* 17 (1915), S. 40; ebd. 19 (1917), S. 23f.

⁷⁹ *Die Denkmalpflege* 19 (1917), S. 105f.

⁸⁰ So Clemen in einer Denkschrift vom Juli 1917, ZStA Merseburg 2.2.1., Nr. 20793, fol. 133.

Zerstörungen in Ostpreußen wurden verurteilt,⁸¹ syrische Behörden ob ihrer Unkenntnis in Denkmalpflegesachen vor der kulturpolitischen Aufklärung durch Deutschland verhöhnt.⁸²

Symbolträchtig war auch der Plan, anstelle des regulären Tags für Denkmalpflege, der wegen des Kriegs abgesagt wurde, Ende August 1915 eine Kriegstagung für Denkmalpflege im besetzten Gebiet, in Brüssel, zu veranstalten.⁸³ An dieser Zusammenkunft, die eine Besichtigungsfahrt zu Kulturdenkmälern in verschiedenen belgischen Städten einschloß, beteiligten sich Behördenvertreter und Denkmalpfleger aus Deutschland, Österreich-Ungarn und der Schweiz, daneben einige Offiziere. Die Verhandlungen fanden anders als bei den bisherigen Denkmaltagen im engen Kreis der Fachleute statt und sollten vertraulich bleiben. Offiziell wurde die Tagung nicht von staatlichen Stellen veranstaltet, sie stand aber unter der »Obhut« des deutschen Generalgouverneurs in Belgien, der auch persönlich teilnahm. Thema der Beratungen war erstens der generelle Schutz der Kulturdenkmäler im Krieg. Diskutiert wurden Möglichkeiten internationaler Schutzvereinbarungen und die Realisierbarkeit einer Markierung herausragender Objekte. Zweitens wurde über die deutsche Kriegsdenkmalpflege im Westen und Osten detailliert berichtet. Drittens stand der Wiederaufbau zerstörter Ortschaften namentlich in Belgien und Ostpreußen zur Diskussion. Dabei waren militärische, politische, finanzielle, stadtplanerische und denkmalpflegerische Aufgaben zu bewältigen. Alle Themen aber wurden überlagert von der Frage, wie der ausländischen Kritik an deutschen Kulturzerstörungen im besetzten Gebiet entgegenzutreten werden könnte. »Die beiden Namen Löwen und Reims haben uns im Ausland – vor allem bei den Neutralen – mehr Abbruch getan als zwei verlorene Schlachten«, lautete der Tenor der Debatte. Jetzt wurde allerdings nicht mehr der Krieg im allgemeinen, sondern konkret der Gegner für das Ausmaß der Schäden verantwortlich gemacht. Es sei Aufgabe nicht der Angreifer, sondern der Verteidiger, Denkmäler zu sichern, zum einen, indem deren militärische Verwendung vermieden würde – was sich auf Reims bezog –, zum anderen, indem Kunstschätze rechtzeitig geschützt oder in Sicherheit gebracht würden – was in Löwen unterblieben sei.⁸⁴

Das Experiment einer Kriegstagung im besetzten Gebiet wurde nicht wiederholt. Der nächste Tag für Denkmalpflege fand im September 1917 im gewohnten Rahmen in Augsburg statt. Der nationalistisch-aggressive Tonfall der Redner hatte sich noch verschärft. In seiner Eröffnungsrede beklagte der bayerische Kultusminister Eugen

⁸¹ *Die Denkmalpflege* 18 (1916), S. 127.

⁸² *T. Wiegand*, Denkmalschutz und kunstwissenschaftliche Arbeit während des Weltkrieges in Syrien, Palästina und Westarabien, in: *P. Clemen* (s. A 69), Bd. 2, S. 174–190, hier 185.

⁸³ *Die Denkmalpflege* 18 (1916), S. 12–14; *P. Clemen* (s. A 72), S. 102. Der Städtebautheoretiker Joseph Stübgen blieb mit seinen politisch-moralischen Einwänden gegen eine Tagung im vom Krieg schon hart getroffenen Belgien die Ausnahme; vgl. sein Schreiben vom 2. 8. 1915, ZStA Merseburg Rep. 76 Ve, Sekt. 2, Abt. VI, Nr. 23.

⁸⁴ *Die Denkmalpflege* 18 (1916), S. 12f.

von Knilling, daß sich »der Deutsche [...] von Pariser Apachen, russischen Analphabeten, afrikanischen Fetischanbetern und sonstigem im Feindeslager vertretenen Menschengeschlecht einen Barbaren schelten lassen muß«, obwohl gerade Deutschland die auswärtigen Denkmalschätze »als ein unantastbares Gemeingut der ganzen gebildeten Welt« mit Ehrfurcht behandelt habe.⁸⁵ Und Clemens untermauerte diese Wertung, indem er – begrifflich und inhaltlich – unterschied »zwischen der durch zwingende strategische Maßnahmen gebotenen Niederlegung bedeutender Bauwerke durch die deutsche Heeresleitung und der ganz zwecklosen Vernichtung und Beschießung ihrer eigenen Baudenkmäler, z. B. St. Quentin, durch die Franzosen«.⁸⁶

Im Verlauf des Krieges trat das Interesse am Kunstschutz hinter Fragen des Wiederaufbaus zurück. Der Geschäftsführer des Deutschen Bundes Heimatschutz, der Ingenieur Werner Lindner, forderte deshalb Ende 1916 eine Reorganisation, Straffung und Intensivierung der Heimatschutzarbeit. Die Befürchtung, mehr noch als nach dem Krieg von 1870/71 könnten nunmehr »Unkultur«, »Spekulation« und »Selbstsucht« dominieren, veranlaßte ihn zu der Forderung, die Situation zu einer Verbesserung »unserer Lebenskultur überhaupt« zu nutzen, zumal viele »draußen im Schützengraben Liebe und Verständnis für die Heimat gewonnen« hätten und das Neue nicht »unter dem bleiben soll, was wir als Ausdruck deutscher Kultur und unseres durch den Krieg vertieften und geläuterten Empfindens fordern müssen«. Dies dem Neuaufbau zugute kommen zu lassen, sei von staatspolitischer Bedeutung.⁸⁷

Die Überhöhung des Kriegs als Katharsis, ein Topos der zivilisationskritischen Kriegsdeutung, der sich auch bei Clemens unterschwellig finden läßt, weist auf den Wandel von Form und Funktion der Denkmalpflege im Kaiserreich hin. Bemerkenswert war einmal die Modernisierung der Form. Setzte der Denkmalschutz um 1871 noch punktuell an, so wurde er aufgrund des gesellschaftlichen Wandels in den folgenden Jahrzehnten zum unumgänglichen, regelmäßigen Attribut des Staats. Prozesse der Bürokratisierung, Verwissenschaftlichung, Verrechtlichung und Popularisierung kamen in Gang. Bemerkenswert war sodann die Verlagerung und Ausdifferenzierung der Funktion. Denkmalpflege als Bestandteil des Kulturstaats diente auch monarchischen Zwecken, doch weniger unmittelbar, durch die Herausstellung des eindrucksvollen Monuments, sondern eher durch den Beleg kultureller Überlegenheit. So brachte es »Die Denkmalpflege« auf den Begriff, als sie 1917 eine deutsche, unter Mitwirkung Clemens entstandene Publikation über die Zisterzienserklöster in Belgien re-

zensierte und urteilte, dieses Werk selbst werde »ein dauerndes und ehrenvolles Denkmal deutscher Kulturtätigkeit in dem besetzten Belgien bilden«.⁸⁸ Mehrdeutigkeit und Multifunktionalität der modernen Denkmalpflege traten besonders seit dem Paradigmenwechsel der Jahrhundertwende hervor. Zivilisationskritik und Landschaftsschutz, elitäre Wissenschaftlichkeit und populäre Breitenwerbung, bildungsbürgerlicher Nationalismus und soziale, demokratisch anmutende Ausweitung der Denkmalkategorien standen für einen Umgang mit der Vergangenheit, der nicht mehr primär antiquarischer Neugier folgte, auch nicht lediglich dazu diente, Erbe weiterzureichen, schließlich nicht nur die Kompensation von Modernisierungsschäden bezweckte. An der Kompensationstheorie ist gleichwohl richtig, daß Denkmalpflege nicht allein auf die Geschichte abzielte, nicht ein vormodernes Relikt darstellte, sondern ein Teil der modernen Gesellschaft selbst wurde. Dieser Prozeß, offen in seiner Entwicklungspotenz, setzte sich im Kaiserreich durch. Er ließ die ästhetisierende Geschichtsverfälschung, über die sich Karl Kraus mokierte, zu, ermöglichte aber auch die kritische Begleitung und konstruktive Gestaltung der Gegenwart.

⁸⁵ Redemanuskript: HStA München MK, Nr. 14457; Veröffentlichung: München-Augsburger Abendzeitung, 20.9. 1917.

⁸⁶ Tagungsbericht: Die Denkmalpflege 19 (1917), S. 101.

⁸⁷ Ein Exemplar der Denkschrift Lindners (»Die Aufgaben des Deutschen Bundes Heimatschutz während des Krieges und nach Friedensschluß«) findet sich im Archiv des Westfälischen Heimatbundes Münster, Ordner Deutscher Heimatbund 1914–1928. Zu ähnlichen Wertungen in der Kriegsdiskussion über Denkmalpflege und Heimatschutz: Die Denkmalpflege 20 (1918), S. 24.

⁸⁸ Die Denkmalpflege 19 (1917), S. 32.

Literaturberichte

Otto Borst

Historische Stadtforschung 1980–1990

Ein Literaturbericht

Die Bemühungen um ein historisch grundiertes und verantwortetes Bild der Stadtgegenwart gehen ebenso ins Zahllose wie die Varianten in der jeweiligen Stadtgeschichte. Sollte Kongressen und Symposien zur Stadtgeschichte jemals der Stoff ausgehen: in der Ecke derer, die wieder eine neue und wieder eine andere Nuance für »ihre« Stadt an den Mann zu bringen haben, verstummen nie. Jetzt liegt ein Handbuch¹ vor, in dem Stadtforschungsberichte aus den einzelnen Ländern Europas, den USA und Japan ebenso geboten werden wie Hinweise auf die einschlägigen Institutionen und Hilfsmittel sowie Literatur zur Stadtgeschichtsforschung der 25 Länder (Deutschland noch getrennt). Es ist ohne Zweifel, daß dieses vom Deutschen Institut für Urbanistik herausgegebene und von zwei ausgewiesenen Experten bestrittene Handbuch im Raum der international vergleichenden Stadtgeschichtsforschung seine Dienste erweisen und Gelegenheit zu grundsätzlich neuen Forschungsperspektiven und -kombinationen geben wird.

Die Stadt der Antike ist, wenn der Berichterstatter richtig sieht, in neuerer Zeit nie mehr Gegenstand einer monographischen Untersuchung gewesen. Frank Kolb hat sich dieser Aufgabe unterzogen,² indem er die Stadt der Antike wesentlich als eine bestimmte Siedlungsform erkennt,

die durch ihr Erscheinungsbild, ihre Bevölkerung und ihren Wirtschaftsstatus städtischen Funktionen nachkommt. Es steht in diesem bewundernswert gestrafften und disponierten Überblick also eher die geographische Betrachtungsweise als die politisch-rechtliche im Vordergrund. Kolb beginnt bei der »Geburt der Stadt in Mesopotamien«. Diana L. Eck, Professorin an der Harvard-Universität, verfolgt die Spuren von Benares,³ korrekter Banàras, der Stadt des Lichts; es ist die Stadt der Erleuchtung, die seit Urzeiten besteht. Auch der Gründung antiker Städte, in diesem Falle der griechischen Poleis, hat sich Wolfgang Leschhorn gewidmet.⁴ Er untersucht die politisch-militärischen Aufgaben der historischen Gründer, ihre soziale und religiöse Stellung und ihre daraus entstehende kulturelle Verehrung. Noch im europäischen Mittelalter, Vf. hätte nachhaltiger darauf eingehen können, spielt die (griechische) Stadtgründungs-Mythe da und dort eine Rolle.

Der Weg von der spätantiken Stadt vor allem in Oberitalien zur deutschen Stadt war der kürzeste, Konstanz spielt hier eine der führenden Mittlerrollen. Helmut Maurer hat mit den beiden ersten 1989 erschienenen Bänden der »Geschichte der Stadt Konstanz« eine vorbildliche

Stadtgeschichte vorgelegt,⁵ in erzählendem Ton, aber nicht ohne die Spezialfragen zu kennen und sie auf den 600 Seiten dieses auch in seiner Gestaltung schönen Werkes durchscheinen zu lassen. Daß ihm jüngst ein respektable Band »Konstanz im Dritten Reich« nachgeschickt worden ist, rettet diese Konstanzer Stadtgeschichte vor dem – mehrheitlich leider immer noch hingenommenen – Begräbnis in alten Zeiten und macht sie doppelt wertvoll.

Auf eine Region ausgerichtet, registrieren wir seit zwei, drei Jahrzehnten »Städtelandschaften«. Jürgen Sydow hat die des deutschen Südwestens, im genaueren den Raum des heutigen Bundeslandes Baden-Württemberg auf seine städtische Entwicklung hin untersucht,⁶ mit großer Erfahrung und nicht ohne den Blick auf originäre kommunale Entwicklung, die sich von der gewohnten territorialstaatlichen Geschichte doch deutlich abzuheben weiß. Anders Karl Bosl, der in seinem Buch über »Die bayerische Stadt im Mittelalter und Neuzeit« trotz des Titels keine geschlossene Stadt- und Raumgeschichte bringt, sondern eine – zweifellos höchst interessante und anregende – Abfolge von Vorträgen, Studien und Aufsätzen zur bayerischen Stadtgeschichte.⁷ Sie belegen vergleichend und typologisierend, wie zahlreich die Siedlungs- und Stadtformen gerade in Altbayern, Franken und Schwaben sich auf dem Weg vom Mittelalter zur Neuzeit präsentieren.

Dieses reich und variabel bestückte Terrain der hohen Zeit der deutschen Stadt, nämlich der spätmittelalterlichen, in höchst informativer Stringenz erfaßt und in systematischer, handbuchartiger Form bewältigt zu haben, ist das unbestreitbare Verdienst von Eberhard Isenmann.⁸ Der Vf. stellt nahezu selbstverständlich typologische Zusammenhänge her und macht Eigenheiten ebenso deutlich wie Kollektiverscheinungen. Besonders zu rühmen ist, daß hier offenbar immer auch an den Konsumenten, an den Leser gedacht wird; in manchen Bereichen ist das – gänzlich ungebildete – Buch geradewegs ein Propädeutikum und Cursorium. Wie der Untertitel schon verrät, stehen die klassischen Themata der deutschen mittelalterlichen Stadt im Vordergrund: Recht, Regiment, Kirche, Gesellschaft und Wirtschaft. Leider vermißt man die Kultur und den »Geist« der Mittelalter-Stadt fast ganz. Auf Innovationen im Themenbereich hat sich Vf. gar nicht eingelassen.

Ein positives Gegenstück dazu ist Hartmut Boockmanns stattlicher Band mit dem ebenso weitausholenden wie ungefähren Titel »Die Stadt im späten Mittelalter«.⁹ Vf. gibt nicht nur – vorzüglich geratene – Einblicke in das städtisch-mittelalterliche Alltagsleben, sondern auch Überblicke über das wirtschaftliche, das gestaltliche, das rechtliche oder soziale Gebaren der (deutschen) Stadt in der späteren Phase des Mittelalters. Auch dieses Buch denkt an den Leser, aber eben nicht in der Manier eines Handbuchs, das man zum Nachschlagen, zur Vorbereitung aufs Examen und so weiter benützt. Für Boockmanns ist das Bild ein wichtiges Instrument der Erklärung und Erläuterung. In diesem Betracht ist das Werk eine erstmalige und großartige Leistung, sicherlich eines der wichtigsten hier anzuzweigenden Bücher.

¹ CHRISTIAN ENGELI / HORST MATZERATH (Hrsg.), *Moderne Stadtgeschichtsforschung in Europa, USA und Japan*. Ein Handbuch (= Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik, Bd. 78), Stuttgart / Berlin / Köln / Mainz: W. Kohlhammer / Deutscher Gemeindeverlag 1989, 559 S., DM 89,-.

² FRANK KOLB, *Die Stadt im Altertum*. München: C. H. Beck 1984, 306 S., 40 Abb. im Text, DM 58,-.

³ DIANA L. ECK, *Banàras. Stadt des Lichts*. Aus dem Amerikanischen von Bettina Bäumer und Luitgard Soni, Frankfurt a. M.: Insel 1989, 482 S., geb. DM 78,-.

⁴ WOLFGANG LESCHHORN, »Gründer Stadt«. Studien zu einem politisch-religiösen Phänomen der griechischen Geschichte (= *Palingensia*, Bd. 20), Wiesbaden: Franz Steiner 1984, 560 S., DM 54,-.

⁵ HELMUT MAURER, *Geschichte der Stadt Konstanz*. Bd. 1: *Konstanz im Mittelalter*. I. Von den Anfängen bis zum Konzil; Bd. 2: *Konstanz im Mittelalter*. II. Vom Konzil bis zum Beginn des 16. Jahrhunderts, Konstanz: Stadler Verlagsgesellschaft 1989, 296 u. 304 S., mit 154 u. 212 Abb., je DM 72,-; LOTHAR BURCHARDT / DIETER SCHOTT / WERNER TRAPP, *Bd. V. Konstanz im 20. Jahrhundert*. Die Jahre 1914–1945, Konstanz: Stadler 1990, 455 S., 251 Abb., DM 108,-.

⁶ JÜRGEN SYDOW, *Städte im deutschen Südwesen*. Ihre Geschichte von der Römerzeit bis zur Gegenwart, Stuttgart: W. Kohlhammer 1988, 228 S., 34 Faksimiles. Ln. DM 49,80.

⁷ KARL BOSL, *Die bayerische Stadt im Mittelalter und Neuzeit*. Altbayern – Franken – Schwaben, Regensburg: Friedrich Pustet 1988, 405 S. mit Textillustrationen und 16 s.-w. Abb. Seiten auf Kunstdruck, Ln. DM 72,-.

⁸ EBERHARD ISENMANN, *Die deutsche Stadt im Spätmittelalter 1250–1500*. Stadtgestalt, Recht, Stadregiment, Kirche, Gesellschaft, Wirtschaft (= UTB Große Reihe, Bd. 1483), Stuttgart: Eugen Ulmer 1988, 442 S., DM 68,-.

⁹ HARTMUT BOOCKMANN, *Die Stadt im späten Mittelalter*. 2., durchgesehene Aufl., München: C. H. Beck 1987, 357 S., 521 Abb., Ln. DM 98,-.

Die ehemaligen Reichsstädte wurden zum Inbegriff der kommunalen Eigenständigkeit; vielleicht zu unkritisch, sind sie als solche im Verlaufe noch der jüngsten Generationen mehr gefeiert als untersucht worden. Georg Schmidt¹⁰ hat sich nun einmal gründlich eines bislang nur stiefmütterlich behandelten Kapitels angenommen, der – erstaunlich funktionierenden – korporativen Politik der Reichsstädte im Reformationsjahrhundert. Daß der Nördlinger Stadtarchivar Dietmar-H. Voges die Geschichte seiner Stadt in zwölf Kapiteln,¹¹ in dichtester Quellennähe, wie zu erwarten, beschrieben hat, mag hier hervorgehoben werden. In Bayern, genauer gesagt im Haus der Bayerischen Geschichte, hat man unlängst die »Reichsstädte in Franken« mit einer umfassenden Ausstellung gedacht, mit einem dreihundertseitigen Katalog und mit zwei Aufsatzbänden, in denen kaum eine der aktuellen Forschungsfragen an die einstigen Reichsstädte übergangen sein dürfte.¹² Vielleicht hätte die Frage nach der reichsstädtischen Sonderheit noch etwas zwingender gestellt werden dürfen. »Reichsstädtische Bibliotheken in Franken« – gewiß, das ist ein originär reichsstädtisches Kapitel. Aber Wohnen und Hausbau, Keramik und Abortgruben, worin unterschied sich Nürnberg hier von Bamberg? Aus gutem Grund hat Wolfgang Braunfels seinerzeit in seiner monumentalen Untersuchung der reichsstädtischen Kunst am Ausgang des Alten Reiches die Frage nach

der reichsstädtischen Typik und Sonderheit eigentlich ausgespart.

Immer noch wird die mittelalterliche Stadtgeschichte mit einem Ehrenplatz verwöhnt. Die absolutistische Stadt hat man in der deutschen historischen Stadtforschung als Ganzes immer noch ausgespart, und von der »Stadt des 18. Jahrhunderts« fehlen noch die elementarsten grundlegenden Untersuchungen. Doppelt erfreulich, daß sich Hans-Peter Becht zusammen mit fünf anderen Autoren der frühneuzeitlichen Geschichte seiner Stadt¹³ angenommen hat, mit Beiträgen, die der Geistes- und Bildungsgeschichte ebenso gerecht werden wollen wie der Wirtschafts- und Rechtsgeschichte.

Die moderne Geschichte der deutschen Stadt ist immer noch ein Stiefkind der Forschung, merkwürdigerweise, bedenkt man die neuere und gegenwärtige Dominanz von »Stadt« und »Verstädterung«. Immerhin bereitet jetzt das Bändchen von Wolfgang R. Krabbe über »Die deutsche Stadt im 19. und 20. Jahrhundert«¹⁴ den Boden für fällige Detailforschung. Die Schwerpunkte in Krabbes Darstellung geben dieser hoffentlich bald und ernsthaft einsetzenden Einzelforschung bereits zwei Themen mit auf den Weg: die viel besungene, aber kritisch – trotz Heffter – noch kaum untersuchte »städtische Selbstverwaltung« und der weitgreifende Prozeß der »Verstädterung«.

Für die städtische Zeitgeschichte hat sich der Berichterstatter drei Titel ausgewählt, bezeichnenderweise Einzelgeschichten. Da ist Michael Simmons' »Deutschland und die Geschichte Berlins von 1871 bis 1990«¹⁵ ungemein reizvoll, sich die deutsche Geschichte und die Berliner Geschichte von einem so bedeutenden englischen

Publizisten erzählen zu lassen. Theoriegesättigt dagegen der von Adelheid von Saldern herausgegebene Sammelband »Stadt und Moderne«¹⁶ (wie auf der Schutztitelseite alleine steht), es handelt sich, wie hernach vermerkt, um die Stadt »Hannover in der Weimarer Republik«. Das Buch bringt viele neue und gewichtige Perspektiven, derer sich künftige zeitgeschichtliche Stadtforschung im Detail wird annehmen müssen. Lesens- und bedenkenswert vor allem das von der Herausgeberin bestrittene Schlußkapitel »Die Stadt in der Zeitgeschichte«. Ein großer und zu Recht weithin gewürdigter Erfolg war die vom September 1989 bis Juli 1990 gezeigte Ausstellung »Stuttgart im Zweiten Weltkrieg«.¹⁷ Es ist für diese Ausstellung enorm viel erarbeitet und umgesetzt worden. Marlene P. Hiller, zuständig für die Ausstellung und den fünfhundert Seiten starken Katalog, hat hier auch für die jüngste Stadtgeschichte wichtige Dienste geleistet. Den Katalog haben Fachleute bestritten, mit wenigen Ausnahmen, etwa die Fritz Richerts, der seine eigene Geschichtsphilosophie traktiert, etwa in der Gewißheit, daß »Entzug von Schlaf«, so einfach ist das, »das erfolgreichste Mittel gegen Rebellion« sei. Wohlan, möchte man sagen.

»Kunstgeschichte als Stadtgeschichte« zu erleben (oder umgekehrt), scheint ein beliebtes Kapitel historischer Stadtforschung werden zu wollen. Giulio Carlo Argan hat 1984 in Rom eine »Storia dell'arte come storia della città« erscheinen lassen, die jetzt in einer von Volker Breidecker und Heinz Jatho besorgten deutschen Übersetzung vorliegt.¹⁸ Argans ambivalente Theorie – Kunst bringt die sichtbare Gestalt der Stadt hervor, aber die Stadt ist es auch, die das Kunstwerk hervorbringt – vermag zweifellos die histo-

rische wie die gegenwärtige Stadt in eine aufs Neue erhellte Interdependenz zu bringen. Wer immer sich mit Neubauplänen in der alten Stadt beschäftigt, müßte diese Aufsätze gelesen haben. Nicht ganz von dieser programmatischen Konsequenz ist Cord Mecksepers »Kleine Kunstgeschichte der deutschen Stadt im Mittelalter«.¹⁹ Ein derart komplexes Unterfangen könnte zur Überprüfung reizen, beispielsweise zur Frage, ob der Vf. die neuere Forschung zum St. Galler Klosterplan registriert hat, ob der, wie er meint, »verschwommene Ausdruck »gewachsene Stadt« ganz so durchgängig abzulehnen sei, ob Karl Grubers Bild »eines Gleichmaßes regelmäßiger Hausreihen« nun wirklich und in allen Fällen »alles andere als zutreffend« war. Aber das wären keinesfalls zentrale Details. Der insgesamt großartige Versuch des Vfs., die Korrespondenz zwischen Sozialsituation und Stadtbautsituation, kurz: zwischen Architektur und Geschichte herzustellen, ist, wiewohl da und dort mit vagen Verknüpfungen erkaufte, gelungen. Man wünschte sich gerade bei einem Werk wie diesem, daß der »konventionelle« Stadthistoriker mehr als bislang davon Kenntnis nähme.

Gewissermaßen eine Probe aufs Exempel ist das von Vilém Lorenc bestrittene Werk über die Prager Neustadt, das sich den Titel »Das Prag Karls IV.« gefallen lassen mußte.²⁰ Wie hier ein historisch geschulter Architekt und Planer die ursprüngliche Gestalt der Prager Neustadt herausarbeitet und in ihr das Abbild des himmlischen Jerusalem zu sehen wagt, ja nachzuweisen vermag, ist, ohne alle Abstriche sei's gesagt, faszinierend.

Untersuchungen dieser Art dürften in erster Linie dazu beigetragen haben, die mittelalterliche Stadt als Kunstwerk anzusprechen und zu interpretieren. Hugo Borger hat in Zusammenar-

¹⁰ GEORG SCHMIDT, Der Städtetag in der Reichsverfassung. Eine Untersuchung zur korporativen Politik der Freien und Reichsstädte in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts (= Veröff. des Instituts f. europ. Gesch. Mainz, Abt. Universalgesch., Bd. 113 = Beitr. zur Sozial- u. Verfassungsgesch. des Alten Reiches Nr. 5), Wiesbaden / Stuttgart: Franz Steiner 1984, 575 S., DM 88,-.

¹¹ DIETMAR-H. VOGES, Die Reichsstadt Nördlingen. 12 Kapitel aus ihrer Geschichte, München: C. H. Beck 1988, 351 S., 35 Abb., Ln. DM 48,-.

¹² Reichsstädte in Franken. Katalog zur Ausstellung (= Veröff. zur Bayerischen Geschichte u. Kultur Nr. 14/87); Reichsstädte in Franken, Aufsätze Bd. 1 und Bd. 2 (= Veröff. zur Bayerischen Gesch. u. Kultur Nr. 15, 1/1987 u. 15, 2/1987), alle Bände: München: Bayerische Staatskanzlei / Haus der Bayerischen Geschichte 1987, 295 S., 387 S. u. 444 S., zahlr. Abb., Katalogpreis DM 25,-.

¹³ HANS-PETER BECHT (Hrsg.), Pforzheim in der frühen Neuzeit. Beiträge zur Stadtgeschichte des 16. bis 18. Jhs. (= Pforzheimer Geschichtsblätter, Bd. 7), Sigmaringen: Jan Thorbecke 1989, 184 S., 11 Abb., Pappbd. DM 32,-.

¹⁴ WOLFGANG R. KRABBE, Die deutsche Stadt im 19. und 20. Jahrhundert. Eine Einführung (= Kleine Vandenhoeck-Reihe 1543), Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1989, 224 S., kart. DM 21,80.

¹⁵ MICHAEL SIMMONS, Deutschland und Berlin. Geschichte einer Hauptstadt 1871–1990, Berlin: Argon Verlag 1990, 327 S., 24 Abb., DM 38,-.

¹⁶ ADELHEID VON SALDERN (Hrsg.), Stadt und Moderne. Hannover in der Weimarer Republik, Hamburg: Ergebnisse Verlag 1989, 364 S., DM 32,-.

¹⁷ MARLENE P. HILLER (Hrsg.), Stuttgart im Zweiten Weltkrieg. Ausstellungskatalog, Gerlingen: Bleicher 1989, 558 S., zahlr. Abb.

¹⁸ GIULIO CARLO ARGAN, Kunstgeschichte als Stadtgeschichte, übersetzt von Volker Breidecker und Heinz Jatho, München: Wilhelm Fink Verlag 1989, 325 S., DM 44,-.

¹⁹ CORD MECKSEPER, Kleine Kunstgeschichte der deutschen Stadt im Mittelalter. Darmstadt: Wissenschaftl. Buchgesellschaft 1982, 306 S. mit 87 Zeichnungen und anhängendem Tafelteil mit 160 Tafeln. DM 49,-.

²⁰ VILÉM LORENC, Das Prag Karls IV. Die Prager Neustadt. Aus dem Tschechischen übertragen von Peter Zieschang, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1982, 208 S. mit 183 Abb., Plänen u. Karten (teils auf mehrseitigen Ausklapptafeln), DM 148,-.

beit mit Frank Günter Zehnder unter dem Stichwort »Die Stadt als Kunstwerk« schon vor Jahren einen, seit 1986 in zweiter Auflage vorhandenen Band herausgebracht.²¹ Das schöne Buch gilt Köln und damit freilich einem einzigartigen Fall seit 1411 erhaltener Stadtansichten (F. G. Zehnder). In seinem siebten Kapitel »Die Stadt als Kunstwerk« gelingt Borger der Nachweis, daß und wie sehr eine Stadt dieses Schlags von unübersehbar künstlerischem Bauwillen gestaltet worden ist. Methodisch nicht viel anders untersucht Donald J. Olsen²² die Strukturen, Entwicklungen und zeitgenössischen Bewertungen von London, Paris und Wien. Er macht damit klar, daß »Stadtkunstwerk« keinesfalls eine Provinz der mittelalterlichen Jahrhunderte bleibt. Olsen versucht, die moralische und intellektuelle Botschaft »seiner« Städte leidenschaftslos zu würdigen. Er fördert damit Zusammenhänge und Fakten zu Tage, die der urbanistischen Debatte verlorengegangen sind und dringend der Erinnerung bedürfen. Auch dem von Hans Belting und Dieter Blume herausgegebenen, gleichfalls opulenten Werk²³ über die »Malerei und Stadtkultur in der Dantezeit« möchte man Verbreitung auch gerade unter den Stadthistorikern wünschen. Der Band versteht sich »nicht als Angebot einer alternativen Kunstgeschichte«, sondern will einfache Fragen aufgreifen, die (wie bisher gar nicht üblich) über den einzelnen Künstler und sein Werk hinausführen, gipfelnd in der Frage nach der Rolle der Bilder in der städtischen Kultur jener Zeit. Im Grunde könnte man einen so einfachen Band wie den von Fritz Reu-

ter²⁴ herausgegebenen mit den Wormser Handzeichnungen von Peter und Johann Friedrich Hamman schon neben diesen methodischen Ansatz stellen: Innenansichten einer Stadt vom Ausgang des 17. Jahrhunderts, die nur einen Mangel haben, daß sie offenbar nur in einer recht mitgenommenen und verderbten Qualität erhalten sind.

Inwieweit »Natur« in der mittelalterlichen Stadt zu den städtebaulich-konstitutiven Elementen gehört hat, ist mehr und mehr zu einer Frage der neuesten Stadtgeschichtsforschung geworden. Der »Garten« in seiner historischen Gestalt und Entwicklung gehört in diesen Zusammenhang. Die – sehr disparaten – Quellen zur Erforschung der Gärten des Mittelalters hat Dieter Hennebo zusammengetragen und interpretiert, in einem Band,²⁵ der allein durch die subtile Wiedergabe der Bild-Vorlagen besticht. Auch die Bemühungen um die mittelalterliche Stadtgestalt werden von diesem Werk profitieren. Auch in dem »Der Landschaftsgarten« überschriebenen Buch²⁶ Adrian von Buttlars läßt sich vieles für die Gestaltgeschichte der Stadt abgewinnen. Das Buch gilt, so der Untertitel, der »Gartenkunst des Klassizismus und der Romantik«. Den »Englischen Garten« beim Jagdschloß Eulbach (bei Michelstadt), von 1802 bis 1807 vom kurpfälzischen Gartenarchitekten Friedrich von Sckell angelegt und noch heute zumindest für Süddeutschland ein Vorzeigestück ersten Ranges, habe ich im – sonst mustergültig gestalteten – Buch nicht gefunden. Die »Gärten, Freiheitsbäume, republikanischen Wälder, heiligen Berge und die Jugendparks in der Französischen Revolution« haben Hans-Christian und Elke Harten zum Gegenstand einer einläßlichen

²¹ HUGO BORGER / FRANK GÜNTER ZEHNDER, Köln. Die Stadt als Kunstwerk. Stadtansichten vom 15. bis 20. Jahrhundert, Köln: Greven Verlag 1986, 336 S. mit 8 Karten, 51 vierfarbigen u. 157 s.-w. Abb., Ln. DM 78,-.

²² DONALD J. OLSEN, Die Stadt als Kunstwerk. London, Paris, Wien. Aus dem Englischen von Niels Kadritzke, Frankfurt / New York: Campus Verlag 1988, 418 S. mit 150 teilweise farbigen Abb., geb. DM 98,-.

²³ HANS BELTING / DIETER BLUME (Hrsg.), Malerei und Stadtkultur in der Dantezeit. Die Argumentation der Bilder, München: Hirmer 1989, 264 S. mit 156 Abb., geb. DM 58,-.

²⁴ FRITZ REUTER, Peter und Johann Friedrich Hamman. Handzeichnungen von Worms aus der Zeit vor und nach der Stadtzerstörung 1689 im »Pfälzischen Erbfolgekrieg«, Worms: Bücher Bessler 1989. 117 S., DM 44,-.

²⁵ DIETER HENNEBO, Gärten des Mittelalters. München / Zürich: Artemis 1987, 205 S., mit 93 zum Teil vierfarbigen Abb. DM 78,-.

²⁶ ADRIAN VON BUTTLAR, Der Landschaftsgarten. Gartenkunst des Klassizismus und der Romantik, Köln: Du Mont 1989, 290 S., 168 Abb. DM 39,80.

Untersuchung gemacht,²⁷ damit auch partienweise Stadt- und Stadtplanungsgeschichte berührend. Für den Stadthistoriker bleibt bemerkenswert, daß die Revolution nicht die moderne Industriegesellschaft haben wollte, sondern die Versöhnung von gesellschaftlichen (und auch urbanem) Leben mit »Natur«. Die »Natur« ist Sinnbild von Freiheit und Harmonie. Ist das, nach der ersten absolutistischen, die zweite, »demokratische« Zerstörung dessen, was die Stadt mit sich brachte und wovon sie leben wollte?

Moderne und hochentwickelte Techniken der Bildwiedergabe haben den Büchern zur Stadtbaugeschichte – Karl Gruber hat seine »Bilder« noch selber gezeichnet – ungeahnte Möglichkeiten eingeräumt. Das 1958 als englische Ausgabe in London erschienene, jetzt in der Übersetzung von Gerlinde Quenzer erhältliche²⁸ Buch von Mark Girouard mit dem lapidaren Titel »Die Stadt« ist eigentlich keine Stadtbaugeschichte und will auch keine sein. »Menschen, Häuser, Plätze. Eine Kulturgeschichte« steht im Untertitel. Aber natürlich bietet das reich illustrierte Werk auch Architektur. Entwürfe und Grundrisse interessieren den Vf. unter dem Aspekt, welche zeittypischen Bedürfnisse sich an ihnen ablesen lassen. Wird daraus mitunter ein vergleichsweise geschichtsarmer Einblick in Stadtalltag und Stadtleben und manchmal – der Berichterstatter erinnert sich an seinen eigenen Buchtitel »Babel oder Jerusalem« – ein geistesgeschichtlicher Exkurs unter der Überschrift »Babel oder Jerusalem«, so reicht Michael Webb einhelliger Kost: einen großangelegten architektur- und planungsgeschichtlichen Überblick über Aussehen und Funktion des Platzes von der Antike bis in

die Gegenwart.²⁹ Manchmal hat man den Eindruck, als ob sich der Vf. – auf diesem schmalen Raum zumal und mit einer kleinen Handvoll teilweise nicht einmal einschlägiger Literatur – übernommen hätte. Das Kollektivleben der Stadtgemeinde in seinem Niederschlag auf den Platz – das ist ein schier uferloses Thema, freilich in einem Sammelband noch weniger zu fassen als im Wurf eines Einzigen.

Ernst Schirmacher ist ein solcher Wurf gelungen, in einem Buch, das mit »Stadtvorstellungen«³⁰ freilich, wie dem Berichterstatter scheint, nicht sehr glücklich getauft worden ist. Gemeint ist der Versuch, dem Gestaltungsprinzip der mittelalterlichen Stadt auf die Spur zu kommen. Schirmacher ist der erste nach Karl Gruber, der die mittelalterliche Stadt in ihrem Gestaltplan zu rekonstruieren versucht, mit mehr praktischen Arbeitselementen als Gruber sie in seiner Suche nach dem »System« und dem Ordnungsprinzip zu verwenden vermochte. Schirmachers Werk, aus großer interdisziplinärer Kenntnis und alter Erfahrung heraus geschaffen, ist vielleicht der wichtigste Beitrag unserer Berichtszeit zur historischen Stadtauforschung, anregend, mahndend und verweigernd nicht nur für den Stadtbauhistoriker, sondern auch für den Denkmalpfleger und Planer: ein in der Breite der Perspektive historisch gesättigtes und reifes Buch, das sich indessen immer von Gegenwartsfragen und -aufgaben getragen weiß. Wer heutzutage mit der Erneuerung alter historischer Städte zu tun hat, wird die Lektüre dieses Buches, dessen Autor 1987 mit dem »Prix Européen de la Reconstruction de la Ville« ausgezeichnet wurde, nicht übergehen können.

Die Idealstadt der Renaissance hat mancherlei Untersuchung erfahren in neuerer Zeit. Jetzt

²⁷ HANS-CHRISTIAN UND ELKE HARTEN, Die Versöhnung mit der Natur. Gärten, Freiheitsbäume, republikanische Wälder, heilige Berge und Tugendparks in der Französischen Revolution, Reinbek: Rowohlt 1989, 240 S., mit zahlr. Abb., DM 98,-.

²⁸ MARK GIROUARD, Die Stadt. Menschen, Häuser, Plätze. Eine Kulturgeschichte, Frankfurt / New York: Campus Verlag 1987. 408 S. mit 314, größtenteils vierfarb. Abb., geb. mit Schutzumschlag DM 98,-.

²⁹ MICHAEL WEBB, Die Mitte der Stadt. Städtische Plätze von der Antike bis heute. Aus dem Englischen von Christa Broermann und Helmut Dierlamm, Frankfurt / New York: Campus Verlag 1990, 250 Abb., davon 109 in Farbe, geb. DM 98,-.

³⁰ ERNST SCHIRMACHER, Stadtvorstellungen. Die Gestalt der mittelalterlichen Städte – Erhaltung und planendes Handeln, Zürich / München: Artemis 1988, 372 S., 176 Abb., DM 118,-.

hat Hanno-Walter Kruff »Städte in Utopia«³¹ systematisch zusammengestellt und unter stadtbaugeschichtlichen Aspekten interpretiert. Es liegt in der Natur der Sache, daß dem spezifisch kunsthistorisch arbeitenden Vf. der Zugang zur allgemeinen Geschichte und Stadtgeschichte schwerer gefallen ist. »Christianopolis ist eine Stadt für religiös verfolgte«, dieser Satz bringt eine arge Verkürzung dessen, was Andreae mit seiner »Christianopolis« ursprünglich gemeint hat (und es hätte die Sache nur informativer gemacht, hätte Vf. schlicht vermerkt, daß der Erstausgabe der »Christianopolis« zwei Pläne, einer aus der Vogelperspektive und ein Grundriß, beigegeben waren).

Schade ist, daß Siegfried Gerlachs Buch über »Die deutsche Stadt des Absolutismus« außer dem Titel nichts mehr zum Thema bietet.³² Es handelt sich um eine Vorstellung von Residenzstädten im 18. Jahrhundert, »im Spiegel barocker Vedouten und zeitgenössischer Pläne«, wie der Untertitel verrät. Der Berichterstatter vermag hier nirgendwo Neues zu entdecken. Die bastionäre Fortifikation der barocken Residenzstadt, die Regularität des städtischen Grundrisses, die Einheitlichkeit des Stadtaufisses – das waren geläufige Erklärungsmuster schon der zwanziger Jahre. So kann das »Resümee« des Buches nur den Aufguß – zugegeben – disparater Forschungsergebnisse von früher bringen.

Neuland betritt hingegen Wolfgang Brönnner³³ mit seinem schönen und ausgereiften Buch über »Die bürgerliche Villa in Deutschland«. Warum

sich der Vf. mit 1830 die eine, mit 1890 die andere Grenze gesetzt hat, wird nicht ganz ersichtlich. Aber derlei Einschnitte haben alle etwas Problematisches an sich, goldene Regeln gibt es da nicht. Aus überlegener und auch praktischer Kenntnis heraus vermag Vf. die wichtigsten Architekturzentren Deutschlands, die dort entwickelten Architekturprinzipien und Haustypen mit jeweils anderer Hausstruktur vorzustellen, für den Geschmack des konventionellen Stadthistorikers von etwas zu zaghaft geschildertem geschichtlichen Hintergrund, dafür aber mit bravourösem, an der deutschen Kunsttopographie geschultem architekturgeschichtlichen Teil. Als Artikulation junger betroffener Kritiker mag das Büchlein von Achim Felz gelten.³⁴ Es ist, was man vermuten möchte, kein »Verriß«, sondern eher eine bemerkenswerte gezügelte Informationsschrift. Wer die Art und Unart des modernen Städtebaus in nuce zusammengefaßt haben will, wird sich dieses 1983 im damals Ostberliner Verlag Neues Leben erschienenen Taschenbuchs gewiß mit Gewinn bedienen.

Das Bild ist wie gesagt in eine andere Dimension gerückt, nicht mehr nur Illustration, sondern Dokumentation. Das hat jetzt auch die historische Stadtforschung, wo es allein im Blick auf das Stadtgehäuse viel zu sehen gibt, auf andere Füße gestellt. Maria Jureka hat die neuen Möglichkeiten wahrgenommen³⁵ und sich der Steinbrücken in Deutschland auch in diesem dokumentarischen Sinne angenommen. Es ist sehr viel mehr als ein »Bilderbuch« daraus geworden. Im geschichtswissenschaftlichen Sinne fehlt natürlich noch viel, um der mit vielen »alten« Vorgaben bestückten neuen historischen Disziplin »Brückenkunde« Boden zu geben.

Nimmt man derlei Titel als Abzweigungen der alten Kunsttopographie, dann hätte man es vor einem halben Jahrhundert dabei belassen. Heute steht neben der Bautopographie unmittel-

³⁴ ACHIM FELZ, *Babylons Töchter. Städtebau zwischen Vergangenheit und Zukunft*, Berlin: Verlag Neues Leben 1983, 174 S. mit 42 Abb., DM 4,10.

³⁵ BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR (Hrsg.), *Steinbrücken in Deutschland*, Düsseldorf: Beton Verlag 1988, 472 S., 350 Abb. davon 25 farbig, 127 Tafeln, DM 240,-.

³¹ HANNO-WALTER KRUFF, *Städte in Utopia. Die Idealstadt vom 15. bis zum 18. Jahrhundert zwischen Staatsutopie und Wirklichkeit*, München: C. H. Beck 1989, 203 S. mit 141 Abb. auf 68 Tafeln, Ln. DM 68,-.

³² STEGFRIED GERLACH, *Die deutsche Stadt des Absolutismus. Im Spiegel barocker Vedouten und zeitgenössischer Pläne* (= *Erdkundliches Wissen*, Bd. 101), Stuttgart: Franz Steiner 1990, 80 S. mit 32 Abb., davon 7 farbig, Kart. DM 38,-.

³³ WOLFGANG BRÖNNNER, *Die bürgerliche Villa in Deutschland 1830–1890 unter besonderer Berücksichtigung des Rheinlands* (= *Beiträge zu den Bau- und Kunstdenkmälern im Rheinland*, Bd. 29), Düsseldorf: Schwann 1987, 542 S., mit 22 farbigen und 580 s.-w. Abb., Ln. in Schuber DM 88,-.

bar die Bauerhaltung, neben der Altstadtgeschichte die Altstadtsanierung. Aus der reichen und anschwellenden Literatur hierfür sei der von Rainer Reinisch besorgte Band herausgehoben.³⁶ Reinisch, von Haus aus Architekt, begnügt sich nicht mit einer baulichen und architektonischen Bestandsaufnahme, wemgleich das schon viel ist. Er bemüht sich immer auch um das »Wesen« und die Originalität der jeweiligen alten Stadt. Daß er bei der praktischen Sanierung und vor Ort dabei großartige Erfolge erzielt hat, macht das Buch doppelt wertvoll.

Ob man Werner Rietdorf mit seinem Plädoyer für »Innerstädtisches Bauen als Einheit von Erhaltung und Umgestaltung«³⁷ das gleiche Lob wird zollen wollen, scheint eine noch offene Frage. Das Buch bringt allein 343 Fotos, Bilder, die sozusagen Hoffnungsträger sein könnten, aber auch grausame Dokumente sind für Stadterstörung. Im Kapitel »Stadterhaltung und Stadterneuerung« zitiert Rietdorf aus dem Programm der SED von 1976: der Wohnungsneubau solle mit der Rekonstruktion und Erneuerung von Wohngebieten verbunden werden. Kein Zweifel, daß die innerdeutsche Stadtdenkmalpflege in dieser Hinsicht eine Riesenaufgabe, wahrlich eine Jahrhundertaufgabe vor sich hat, gerade im Blick auf die (vielen) alten Städte der ehemaligen DDR. Aus den mustergültigen und monumentalen Denkmalpflege-Bänden, erinnert sei nur an den von Friedrich Mielke geschriebenen Potsdam-Band, ragt der Sachsenwidmete³⁸ heraus. Er stammt, die merkwürdig verschlüsselte Titelei muß man zweimal lesen, von Heinrich Magirus. Er darf als gewichtiger Beitrag zur Geschichte der deutschen Denkmal-

pflege gelten, das heißt für eine in Generationen gewachsene, unendlich hingebungsvolle Arbeit, von der die jetzt neu einsetzende Stadtsanierung in den ostdeutschen Bundesländern, nicht nur in Sachsen, viel profitieren könnte.

Daß diese Stadtsanierung nicht nur »Technik« verlangt, ist in Kürze zum Gemeinplatz geworden. Es gehört – neben Geld – wesentlich auch die rechte Gesinnung dazu, die Erkenntnis, daß zwischen Wohnen und Bauen Wechselspiele sich auf tun und daß das »Denkmal« keine selbständige und in sich schlüssige Größe darstellt. »Das Denkmal als Frage und Aufgabe« aufs Korn genommen zu haben,³⁹ ist das Verdienst von Georg Mörsch. Sein Buch zeichnet sich nicht nur dadurch aus, daß hier in fairer Weise Pro und Contra das Wort erteilt worden ist, sondern auch, daß auf jeden billigen Effekt verzichtet worden ist. Vielleicht darf in diesem Zusammenhang auch der Sonderband der Neuen Rundschau von Ausgang 1988 zitiert werden;⁴⁰ es geht dabei um Städtebau, aber auch um Stadtkultur, Karl-Dieter Keim hat Gewichtiges dazu zu sagen. Umfassend ist die Frage nach der Gültigkeit des »Denkmals« jetzt angegangen worden durch Wilfried Lipp.⁴¹ Er untersucht auf breitem Boden die Entstehung des Denkmalbewußtseins in der bürgerlichen Gesellschaft. Der erste Teil gilt der »Natur«, als ästhetischer Begriff, als Fluchtraum und so weiter, der zweite der Geschichte und der Geschichtlichkeit, die dann im »Landschaftsgarten« und in der Emanzipation des Denkmals ihre Konsequenzen finden. Eine derart einläßliche und breite Untersuchung des bürgerlichen Denkmalbewußtseins gab es bisher nicht. Bleibt nur anzumerken, daß Denkmalschutz heute, etwa in den angesprochenen ostdeutschen Bundesländern und den »alten« Städten dort, nicht (nur) zentrale Formen

³⁶ RAINER REINISCH, *Altstadt in Österreich. Erinnerung an die Vergangenheit. Zukunft für die Vergangenheit*, Wien / München: Verlag Christian Brandstätter 1985, 199 S. mit 71 Farbb. von Gerhard Trumler und 114 historischen Fotografien, DM 98,-.

³⁷ WERNER RIETDORF, *Stadterneuerung. Innerstädtisches Bauen als Einheit von Erhaltung und Umgestaltung mit 168 Zeichnungen und 343 Fotos*, Berlin: VEB Verlag für Bauwesen 1989, 256 S., DM 44,-.

³⁸ HEINRICH MAGIRUS, *Geschichte der Denkmalpflege Sachsens von den Anfängen bis zum Neubeginn 1945*, Berlin: VEB Verlag Bauwesen 1989, 360 S., 441 Abb., 8 Seiten farbig, Ln. DM 82,-.

³⁹ GEORG MÖRSCH, *Aufgeklärter Widerstand. Das Denkmal als Frage und Aufgabe*, Basel / Boston / Berlin: Birkhäuser Verlag 1989, 144 S., DM 68,-.

⁴⁰ *Neue Rundschau*. 99. Jahrg. 1988, Heft 4: Städtebau: Das steinerne Leben.

⁴¹ WILFRIED LIPP, *Natur – Geschichte – Denkmal. Zur Entstehung des Denkmalbewußtseins der bürgerlichen Gesellschaft*, Frankfurt / New York: Campus Verlag 1987, 482 S., DM 68,-.

kollektiver Identifikationen meint, sondern schlicht Existenzerhaltung: das sind zweierlei Paar Stiefel.

Stadtgeschichte ist auch Raumgeschichte; die historische Geographie und Sozialgeographie haben hier – man denke nur an Christallers Terminus vom »zentralen Ort« – wichtige Beisteuer geliefert. In gleicher Weise fungiert der von Klaus Fehn herausgegebene und redigierte erste Band der Reihe »Siedlungsforschung«,⁴² der sich dem Schwerpunktthema »Stadtrandphänomene« widmet, genauer gesagt Stadtrandphänomene in Groß-Berlin und Köln. Erscheinung und Wirkung von »Natur« ist mit diesem Blick auf die Ränder der Verstärkung verbunden; die »Landschaft« wirkt nicht selten auf die ihr zugehörige (nurmehr kleinere?) Stadt zurück. Der »Geschichte der Landschaft« haben Geoffrey und Susan Jellicoe ein monumentales Werk gewidmet,⁴³ von der Vorgeschichte bis zum Ende des 17. Jahrhunderts, wo die »moderne Landschaft« entdeckt wird, so »liebvoll« und gründlich, daß sich durch die Hintertür ein Bangen um das Gleichgewicht von Mensch und Landschaft eingeschlichen hat.

In der ökologischen Perspektive ist gerade die Stadt zum Problemkind Nr. 1 geworden. »Auf dem Weg zur Landschaft des Humanismus«, wie im Jellicoe-Band übersetzt wird (für die Älteren unter uns wirkt das eher mißverständlich), haben sich bereits Themen wie »Stadt und Natur im Mittelalter« zu Wort gemeldet,⁴⁴ diesmal nicht von einem angelsächsischen Wissenschaftler bestritten, sondern von einem italienischen. Fumagallis Band ist eine subtile ja sensible Untersuchung, verknüpft mit mehreren Disziplinen

⁴² KLAUS FEHN u. a. (Hrsg.), Siedlungsforschung. Archäologie – Geschichte – Geographie, Bd. 1. Bonn: Verlag Siedlungsforschung 1983, 302 S., 29 Abb., DM 78,-.

⁴³ GEOFFREY JELICOE / SUSAN JELICOE, Die Geschichte der Landschaft. Aus dem Englischen von Wolfgang Rhiel, Frankfurt / New York: Campus Verlag 1988, 399 S., 734 Abb., DM 98,-.

⁴⁴ VITO FUMAGALLI, Der lebende Stein. Stadt und Natur im Mittelalter. Aus dem Italienischen von Renate Müller-Buck (= Wagenbachs Taschenbücherei 164), Berlin: Klaus Wagenbach 1989, 136 S., 11 Abb., DM 14,50.

und für die deutsche Stadtforschung lehrreich in jeder Hinsicht. Ihm geht es – für diese Frühzeit – bereits um umgestaltete und schließlich mißhandelte Landschaft. Alfred Barthelmess⁴⁵ hat die Probleme von Landschaftsschutz und Landschaftspflege geschichtlich dargestellt, als einen Komplex ökologischer und spezialpsychologischer Beziehungen, mit interessanten Hinweisen etwa auf die Rolle von Stadtgrün und Stadtparks oder die Interdependenzen zwischen Städten und Landschaft.

»Umweltgeschichten« sind bereits im Kommen, natürlicherweise Sammelbände zunächst und Ergebnisse erster, da und dort durchgeführter Detailuntersuchungen. Der von Franz-Josef Brüggemeier und Thomas Rommelspacher herausgegebene Band beschäftigt sich mit einer Geschichte der Umwelt im 19. und 20. Jahrhundert,⁴⁶ während der von Bernd Herrmann edierte mit der »Nutzung von Tieren im Mittelalter zwischen Elbe und Oder« beginnen kann.⁴⁷ Schon früh scheint das eingesetzt zu haben, was wir heute als Ausbeutung und Schädigung von Umwelt empfinden. Daß die »Stadt« dabei eine zentrale Rolle spielt, hat der von Joachim Winter und Jürgen Mack besorgte Band »Herausforderung Stadt«⁴⁸ deutlich gemacht; sein Untertitel verspricht »Aspekte einer Humanökologie«. Keine Frage, daß diese ersten Ansätze zu einer historisch-geographischen Umweltforschung der

⁴⁵ ALFRED BARTHELMESS, Landschaft. Lebensraum des Menschen. Probleme von Landschaftsschutz und Landschaftspflege geschichtlich dargestellt und dokumentiert (= Orbis Academicus, Sonderbände 2/1 ff.), Freiburg / München: Karl Alber, 384 S., Ln. 68,- DM.

⁴⁶ FRANZ-JOSEF BRÜGGEMEIER / THOMAS ROMMELSPACHER (Hrsg.), Besiegte Natur. Geschichte der Umwelt im 19. u. 20. Jahrhundert (= Beck'sche Reihe 345), München: C. H. Beck 1987, 198 S., Paperback DM 19,90.

⁴⁷ BERND HERRMANN (Hrsg.), Umwelt in der Geschichte. Beiträge zur Umweltgeschichte (= Kleine Vandenhoeck-Reihe 1544), Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1989, 152 S., 12 Abb., DM 17,80.

⁴⁸ JOACHIM WINTER / JÜRGEN MACK (Hrsg.), Herausforderung Stadt. Aspekte einer Humanideologie (= Ullstein Sachbuch 34535), Frankfurt / Main – Berlin: Ullstein 1988, 328 S., 56 Abb. u. Tabellen, DM 19,80.

weiteren wissenschaftlichen und theoretischen Stützung bedürfen. Jürgen Hagel, erfahren in diesem Metier wie wenige und in moderner Stadtgeschichte im besonderen zu Hause,⁴⁹ hat einen ersten Anlauf dazu unternommen, auch im Blick auf die Sinnfrage des Ganzen. Sein Fazit mündet in der Aufgabe, »daß wir den Umweltproblemen der Vergangenheit nachgehen müssen, um Folgerungen für die Gegenwarts- und Zukunftsgestaltung ziehen zu können«.

Wir werden innerhalb der Disziplin »historische Umweltforschung« gewichtige Beisteuern noch zu erwarten haben; mit dem von Josef Semmler herausgegebenen Band »Der Wald in Mittelalter und Renaissance« scheint ein guter Anfang gemacht.⁵⁰ Daß dabei auch Räume mit angesprochen werden, ist nicht zu übersehen, der Wald beispielsweise als Raum, in dem in Mittelalter und Renaissance eine eigene Lebens- und Rechtssphäre sich entwickeln konnte. Früher hat man, zu Nadlers Zeiten und vor allem in den »Artnachweisen« des Dritten Reiches den Raum als Geburtsstätte einer bestimmten Haltung und einer bestimmten Geistigkeit empfunden. In der – hierfür sehr, sehr fruchtbaren – Bonner Aubin- und Petri-Schule sind wichtige Arbeiten entstanden. Das von Paul Pieper verfaßte Buch über »Das Westfälische in Malerei und Plastik« gehört dazu,⁵¹ unter Verwendung einer vor 1945 durchaus selbstverständlichen Nomenklatur (»Westfälisches im 13. und 14. Jahrhundert« usw.). Bedauerlich ist nur, daß außer einem versuchten Seitenblick auf »das Schlesische« eigentlich nichts übrig bleibt. Gibt

⁴⁹ JÜRGEN HAGEL, Aufgaben und Probleme der historisch-geographischen Umweltforschung, insbesondere im Hinblick auf Umweltprobleme der frühen Neuzeit, in: KLAUS FEHN u. a. (Hrsg.), Siedlungsforschung. Archäologie – Geschichte – Geographie, Bd. 6, Verlag Siedlungsforschung Bonn 1988, S. 129–145, DM 78,-.

⁵⁰ JOSEF SEMMLER (Hrsg.), Der Wald in Mittelalter und Renaissance (= Studia Humaniora. Düsseldorfer Studien zu Mittelalter und Renaissance, Bd. 17), Düsseldorf: Droste 1991, 250 S., Paperback DM 49,80.

⁵¹ PAUL PIEPER, Das Westfälische in Malerei und Plastik (= Der Raum Westfalen, Bd. IV), Münster: Aschendorffsche Verlagsbuchhandlung 1964, 205 S., 168 Abb., Ln. DM 32,-.

es das noch, raumprägende Elemente? Man würde sich am liebsten, wie Giovanni Romano das jüngst im Blick auf Landschaft und Landleben in der italienischen Malerei getan hat,⁵² auf reines Registrieren und Konstatieren zurückziehen. Die Quellen dieser schönen Untersuchung entstammen zwar »überwiegend dem oberitalienischen Raum«, aber veranlassen die Vfn. nicht zu weiteren, »raumbedingten« Schlüssen. Ähnlich »modern« verfährt die Kunstgeographie von Rhein und Maas,⁵³ wengleich manche Reminiszenzen an die alte Bonner Schule noch deutlich werden. Jedenfalls meint man heute erkennen zu können, daß »Stil« in einem bestimmten Zentrum, einer Stadt oder einer Bauhütte, vorgebildet wird. Die stilgeschichtlich orientierte Kunstwissenschaft widmet sich heute den Verbreitungswegen eines Stils von seinem Ursprung aus. Dabei spielen politische und soziale Gegebenheiten, aber auch Erscheinungen wie Künstlerwanderungen oder Kunstimport eine Rolle. Die Raumfrage ist gewissermaßen entideologisiert.

Geistesgeschichtliche Untersuchungen haben die »Stadt« merkwürdigerweise schon immer nur selten inauguriert. Der »Markt« und das »Forum« waren (und sind?) die historisch bewegenden Kräfte; »Kultur« versteht man als Accessoire. Dabei gewinnt die Stadtgeschichte ungemain an Farbe, berücksichtigt man die Stimmen derer, die der Literatur in der »Stadt« zum Ausdruck verholfen haben. Daß Carl Joachim Classen⁵⁴ die »Stadtbilder« der Descriptiones und

⁵² GIOVANNI ROMANO, Landschaft und Landleben in der italienischen Malerei. Aus dem Italienischen von Thomas Frank (= Kleine kulturwissenschaftliche Bibliothek, Bd. 19), Berlin: Klaus Wagenbach 1989, 106 S., 52 Abb., DM 23,-.

⁵³ HANS ERICH KUBACH / ALBERT VERBEEK, Romantische Baukunst an Rhein und Maas, Bd. IV. Architekturgeschichte und Kunstwissenschaft, Berlin: Dt. Verlag für Kunstwiss. 1989, 1241 Abb., 722 S., DM 274,-.

⁵⁴ CARL JOACHIM CLASSEN, Die Stadt im Spiegel der Descriptiones und Laudes urbium in der antiken und mittelalterlichen Literatur bis zum Ende des zwölften Jahrhunderts (= Beiträge zur Altertumswissenschaft, Bd. 2), Hildesheim / Zürich / New York: Georg Olms – um ein Nachwort vermehrte 2. Aufl. 1986, 131 S., DM 22,80.

Laudes urbium der antiken und mittelalterlichen Literatur gesammelt hat, ist ein verdienstvolles Unterfangen; er hat damit eine – für den Umsichtigen spürbare – Lücke gefüllt. Moderne Pendant hierzu liefern die beiden von Bernhard und Margrit Zeller⁵⁵ beziehungsweise von Horst Brandstätter und Jürgen Holwein⁵⁶ besorgten Bände über baden-württembergische »Städte in alter Zeit« und über Stuttgart (»Dichter sehen eine Stadt«). Die beiden Bände liefern unendlich viel für – lokale und regionale – Geistesgeschichte der Stadt. Habhafter wird man natürlich des »Städtegeists«, wenn man ein Buch wie das von Kurt Andermann herausgegebene in die Hand bekommt.⁵⁷ Er und seine Mitarbeiter legen eine Fülle von Material vor, der Berichterstatter denkt allein an die Beisteuer von Peter Johaneck über »Historiographie und Buchdruck im ausgehenden 15. Jahrhundert«, das die geistige Bedeutung der Stadt in dieser Region hinreichend unterstreicht. »Straßburgs geistige Luft um die letzte Jahrhundertwende« hat Max Rehm seinen Erinnerungsband überschrieben:⁵⁸ ein geistiges Zentrum von Rang, liebevoll beschrieben von einem, der im Windschatten des Münsters Kindheit und Jugend verbracht hat.

Summa: die Stadt als Heimat? Auffallenderweise war und ist das »kein Thema«. Daß man die Stadt nur als Durchgangsstation annehme, dagegen hat man schon vor Jahrzehnten ge-

kämpft. Ein jüngst herausgegebener Sammelband⁵⁹ mit dem recht engagiert-modernen Titel »Heimat heute« verfährt hier wie seine zahllosen Vorgänger auch: »Heimat« assoziiert, wie einer der Mitautoren sagt, die Vorstellung der »Welt im kleinen«. Ziemlich hilflos der Appell eines der Mitherausgeber und verdächtig in der Formulierung, Heimat müsse »auch für den in der Stadt – auch in der industriell geprägten Großstadt – Heranwachsenden möglich sein«. Und wenn dies nicht »möglich« ist?

Bietet die Stadt deshalb keine Heimatqualität, weil der Städter über Gebühr schnell und oberflächlich lebt? Heinz Gernhold zielt jedenfalls in seiner Satire »Jesus kommt in die Stadt«⁶⁰ in diese Richtung; der Autor hätte, ein halbes Jahrtausend zurück, Berthold von Regensburg heißen können. Als ein Komplementärstück könnte Eckhardt Köhns »Straßenrausch« gelten,⁶¹ ein Versuch zur Literaturgeschichte des Flaneurs und damit ein Stadtphänomen par excellence, gerade hier mit dem – typisch städtischen? – Beigeschmack des Schillernden und Zwielfichtigen. Und wiederum ein Kontrapunkt: Hans Mayers »Stadtansichten«.⁶² Man könnte das Buch mit »Erinnerungen an Berlin, Köln, Leipzig, München und Zürich« überschreiben. Aber das Bändchen gibt sehr viel mehr her, blitzartige Analysen, die vor allem geistesgeschichtliche Assoziationen in Hülle und Fülle bloßlegen. Mayers scheinbar spontane und jedenfalls essayistische »Ansichten« finden eine fleißig aufgearbeitete Ergänzung in Klaus R. Scherpes Sammlung von Großstadtdarstellungen in Moderne

und Postmoderne;⁶³ auch dies ein – leider auf dem Umschlag nicht vermerkter – Sammelband, der in manchem einem Prolegomenon zu einer Geistesgeschichte der Stadt gleichkommt. Daß Volker Klotz' »Erzählte Stadt« nunmehr im gleichen Verlag in einem Taschenbuch vorliegt, sei in diesem Zusammenhang erwähnt.⁶⁴ Was Klotz an neuen Wertkategorien zur Geschichte der europäischen Stadt mit diesem Buch geschaffen hat, ist früher schon in dieser Zeitschrift unterstrichen worden. Jede moderne Geistesgeschichte der Stadt hätte von diesem Werk auszugehen.

Stadtgeschichte ist eo ipso Sozialgeschichte im weitesten Sinne des Wortes: die Geschichte des Zusammenlebens. Dazu gehört das Wohnen wie das Feiern, die Arbeit wie das Festen. Zu letzterem haben wir jetzt einen instruktiven Sammelband »Stadt und Fest«.⁶⁵ Er verweist auf die große Rolle, die Städte bei der Herausbildung einer europäischen Festkultur gespielt haben, wobei die eigentliche Dominanz des feudalen Festes (und seiner Vorbildlichkeit für die Stadtkultur) vielleicht ein wenig untertrieben wird; man kann diese – langlebige – Dominanz wohl gar nicht unterschätzen. Zum Wohnen, auch in der Stadt, hat Lutz Franke einen Sammelband zusammengestellt.⁶⁶ Es geht hier weniger um die geschichtliche Dimension, die Lutz Niethammer seinerzeit in einem Band hat zu Wort kommen

lassen, sondern um die Möglichkeiten, der soziokulturellen Umwelt »Stadt« die Qualitäten eines menschenwürdigen Lebensraums abzugewinnen bzw. zurückzugewinnen. Daß dabei der Verkehr eine ganz entscheidende Rolle spielt, hat Hermann H. Saitz durch sein Werk »Der Verkehr der großen Städte« einmal mehr klar gemacht.⁶⁷ Er kommt seiner Arbeit, obwohl das Werk seinerzeit in der DDR erschien, auf wohlthuend unideologische Weise nach: Er versucht »einfach«, seinen Lesern neue, leistungsfähige Verkehrssysteme vorzustellen und sie im Kontext ihrer Beziehungen zum Gesamtgebiet »Stadt« zu charakterisieren.

Mehr und mehr wird klar, daß es in der Stadt und im Städtebau um den Menschen geht, um den »Bürger«. Daß die Bürgerin, die Frau, in der jüngsten Literatur die Aufmerksamkeit vor allem auf sich gezogen hat, können wir uns erklären. Nach dem ungeniert einseitigen Buch von Shulamith Shahar (»Die Frau im Mittelalter«, 1981) und der gründlichen Behandlung des Themas »Frauen im Mittelalter« durch Edith Ennen (erstmalig 1984) hat Erika Uitz ein Buch über »Die Frau in der mittelalterlichen Stadt«⁶⁸ geschrieben, eine wunderbar gelungene Darstellung, die das Wohnen in der Stadt um ein wesentliches Kapitel bereichert, mit selten überlegter und gelungener Bilddokumentation übrigens, das Buch sollte für seine so sinnvolle wie schöne Ausstattung besonderes Lob erhalten.

Frauengeschichte ist zur Hälfte Fürsorge- und Sozialgeschichte; für die Stadtgeschichte ist das ein altes und gewohntes Thema. Robert Jütte hat diesen Themenkomplex erweitert durch einen umfassenden Blick auf die obrigkeitliche Armenfürsorge in deutschen Reichsstädten der frühen Neuzeit.⁶⁹ Lebendig geschrieben und vor al-

⁵⁵ BERNHARD und MARGRIT ZELLER (Hrsg.), Städte in alter Zeit. Eine literarisch-historische Reise durch Baden und Württemberg, Stuttgart: J. B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung 1989, XII u. 339 S., 61 Farb- und 16 s.-w. Abb., DM 58,-.

⁵⁶ HORST BRANDSTÄTTER / JÜRGEN HOLWEIN (Hrsg.), Stuttgart – Dichter sehen eine Stadt. Texte und Bilder aus 250 Jahren, Stuttgart: J. B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung 1989, 391 S., 254 Abb., 48 in Farbe, Ln. DM 98,-.

⁵⁷ KURT ANDERMANN (Hrsg.), Historiographie am Oberrhein im späten Mittelalter und in der frühen Neuzeit (= Oberrheinische Studien Bd. 7), Sigmaringen: Jan Thorbecke 1988, 398 S., 1 Abb., Ln. mit farbigem Schutzumschlag, DM 68,-.

⁵⁸ MAX REHM, Straßburgs geistige Luft um die letzte Jahrhundertwende. Grenzlandschicksal des Elsaß, Bad Neustadt a. d. Saale: Dietrich Pfähler 2. we-sentl. erweiterte Aufl. 1984, 158 S., DM 34,-.

⁵⁹ HANS ZEHETMAIR / HELMUT ZÖPFL (Hrsg.), Heimat heute, Rosenheim: Rosenheimer Verlagshaus Alfred Förg 1989, 167 S., geb. DM 22,-.

⁶⁰ HEINZ GERNHOLD, Jesus kommt in die Stadt. Satire, Berlin: Verlag Frieling & Partner 1988, 96 S., Paperback DM 19,80.

⁶¹ ECKHARDT KÖHN, Straßenrausch. Flanerie und kleine Form. Versuch zur Literaturgeschichte des Flaneurs bis 1933, Berlin: Das Arsenal 1989, 344 S. mit vielen Abb., engl. Broschur DM 68,-.

⁶² HANS MAYER, Stadtansichten, Berlin / Köln / Leipzig / München / Frankfurt am Main: Suhrkamp 1989, 161 S., DM 28,-.

⁶³ KLAUS R. SCHERPE (Hrsg.), Die Unwirklichkeit der Städte. Großstadtdarstellungen zwischen Moderne und Postmoderne. (= rowohlt's enzyklopädie 471), Reinbek bei Hamburg: Rowohlt's Taschenbuch Verlag 1988, 332 S. mit 36 Abb., DM 19,80.

⁶⁴ VOLKER KLOTZ, Die erzählte Stadt. Ein Sujet als Herausforderung des Romans von Lesage bis Döblin (= kulturen und ideen in rowohlt's enzyklopädie 464), Reinbek bei Hamburg: Rowohlt's Taschenbuch Verlag 1987, 576 S., DM 24,80.

⁶⁵ PAUL HUGGER (Hrsg.), Stadt und Fest. Zur Geschichte und Gegenwart europäischer Festkultur. Festschr. der Phil. Fakultät I der Universität Zürich zum 2000-Jahr-Jubiläum der Stadt Zürich, Unterägeri: W & H Verlag / Stuttgart: J. B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung 1987, 276 S., 50 Abb., Brosch. DM 49,-.

⁶⁶ LUTZ FRANKE (Hrsg.), Menschlich wohnen (= Reihe Campus, Bd. 1002), Frankfurt / New York: Campus 1985, 168 S., DM 17,80.

⁶⁷ HERMANN H. SAITZ, Der Verkehr der großen Städte, Berlin: VEB Verlag für Verkehrswesen 1983, 296 S., 253 Fotos und 102 graph. Darstellungen, DM 38,-.

⁶⁸ ERIKA UITZ, Die Frau in der mittelalterlichen Stadt, Stuttgart: Verlag Dr. Bernhard Abend 1989, 204 S., 103 Abb., 39 farbig, Ln. DM 48,-.

⁶⁹ ROBERT JÜTTE, Obrigkeitliche Armenfürsorge in deutschen Reichsstädten der frühen Neuzeit. Städtisches Armenwesen in Frankfurt am Main und Köln, Köln: Böhlau 1984, 416 S., 416 Abb., geb. DM 118,-.

lem den »Spitalalltag« einfangend präsentiert sich Bernhard Stiers Arbeit über das Pforzheimer Zucht- und Waisenhaus.⁷⁰ Jüngere Zeiten und, wie es scheint, komplexere Problematik hellt das von Wolfgang Hardtwig und Klaus Tenfelde edierte Sammelwerk⁷¹ über »Soziale Räume in der Urbanisierung«, eine Münchener Fallstudie, auf. Einen vom Stoff her »natürlich« dramatischeren Prozeß rückt Richard J. Evans ins Licht, die Hamburger Choleraepidemie zwischen 1830 und 1910.⁷² Der Choleraepidemie von 1892 kommt, wie Evans nachweist, insofern besondere Bedeutung zu, als sie zeigte, daß das alte Regierungs- und Verwaltungssystem Hamburgs nicht mehr in der Lage war, auf moderne urbane Krisen adäquat zu reagieren.

Das Wechselspiel zwischen »Stadt« und »Bürgertum« kann zum positiven und negativen Pendelausschlag führen. Heinz Stob hat dieser hier nicht einmal angedeuteten Gesamtproblematik drei Bände »Altstädtisches Bürgertum« beige-steuert, 1978 den Band »Herrschaft und Gemeinverfassung« sowie den Band »Erwerbsleben und Sozialgefüge«. Jetzt liegt, 1989 erschienen,⁷³ ein Band »Siedlungsgestalt und bauliches Gehäuse« vor. Er hat, wie man erwarten könnte, mit soziologischer Betrachtungsweise nichts mehr zu tun, dafür mit planungs- und baugeschichtlichen Studien vor allem Norddeutschlands. Enger am Thema bleibt der von

Lothar Gall herausgegebene Sammelband »Stadt und Bürgertum im 19. Jahrhundert«,⁷⁴ der mit seinen fünf Beiträgen dem Wandel des Bürgertums und der bürgerlichen Herrschaft in der Stadt vor dem Wandel des Urbanisierungsprozesses nachzugehen versucht. Das Buch ist, mitten im Gestrüpp immer aufs neue soziologisierender Veröffentlichungen, von einer wohlwollenden Klarheit und Knappheit.

Einer der Mitautoren des Bandes, Jürgen Reulecke, hat in gleicher Stringenz eine »Geschichte der Urbanisierung in Deutschland« geschrieben.⁷⁵ Daß die Arbeit eines gerade in dieser Thematik so erfahrenen Autors Wesentliches zu den rechtlichen und sozioökonomischen Grundlagen der modernen Stadt, zu den Etappen der Verstädterung und der Mobilisierung menschlicher und materieller Ressourcen bringt, war zu erwarten. Derlei historisch-kritische und aus interdisziplinärem Boden erwachsene Arbeitsweise vermag mit alten Klischees aufzuräumen. Beate Brüggemann und Rainer Riehle tun das im Blick auf das »Dorf«:⁷⁶ Der Wehmut über das »verlorene« Dorf weicht das hoffnungsfrohe Bild vom Dorf als einer hartnäckigen Sozialform mit offenbar unverwelklichem Eigen-Sinn. Daß die Konstituierung einer städtischen Gesellschaft unmittelbaren Zuzug vom Dorf auch in neuerer Zeit erhalten kann, macht jetzt Gilberto Freyre mit seinem Band »Das Land in der Stadt« klar;⁷⁷ die Entwicklung der urbanen Gesellschaft Brasiliens konnte dieser Beisteuer gar nicht entbehren.

Daß damit ein, man möchte sagen, jahrhundertaltes Problem, die Bemühung nämlich um

⁷⁰ BERNHARD STIER, Fürsorge und Disziplinierung im Zeitalter des Absolutismus. Das Pforzheimer Zucht- und Waisenhaus und die badische Sozialpolitik im 18. Jahrhundert (= Quellen und Studien zur Geschichte der Stadt Pforzheim, Bd. 1), Sigmaringen: Jan Thorbecke 1988, 244 S., 26 Abb. u. Tab., DM 38,-.

⁷¹ WOLFGANG HARDTWIG / KLAUS TENFELDE (Hrsg.), Soziale Räume in der Urbanisierung. Studien zur Geschichte Münchens im Vergleich, München: Oldenbourg 1989, 280 S., 16 Bildtafeln, geb. DM 98,-.

⁷² RICHARD J. EVANS, Tod in Hamburg. Stadt, Gesellschaft und Politik in den Cholera-Jahren 1830–1910, Reinbek bei Hamburg: Rohwolt 1990, 848 S., geb. DM 78,-.

⁷³ HEINZ STOB (Hrsg.), Altstädtisches Bürgertum. Drei Bände. Dritter Band: Siedlungsgestalt und bauliches Gehäuse (= Wege der Forschung, Bd. 65 646), Darmstadt: Wissensch. Buchgesellschaft 1989, 337 S., zahlr. Abb., DM 79,-.

⁷⁴ LOTHAR GALL (Hrsg.), Stadt und Bürgertum im 19. Jahrhundert (= Stadt und Bürgertum Band 1) München: Oldenbourg 1990, 197 S., DM 68,-.

⁷⁵ JÜRGEN REULECKE, Geschichte der Urbanisierung in Deutschland (= Neue Historische Bibliothek – edition suhrkamp. Neue Folge Bd. 249), Frankfurt am Main: Suhrkamp 1985, 232 S., DM 14,-.

⁷⁶ BEATE BRÜGGEMANN / RAINER RIEHLE, Das Dorf. Über die Modernisierung einer Idylle. Mit einem Nachwort von Albert Ilien, Frankfurt am Main / New York: Campus 1986, 246 S., DM 28,-.

⁷⁷ GILBERTO FREYRE, Das Land in der Stadt. Die Entwicklung der urbanen Gesellschaft Brasiliens (= dtv Wissenschaft 4537), München: Deutscher Taschenbuch Verlag 1990, 568 S., DM 29,80.

eine haltbare Definition von »Stadt«, angeschnitten wird, ist offenbar. 1977 hat man in Paris eine Schrift »Ville panique« erscheinen lassen; als »Panik Stadt« ist sie 1977 in deutscher Übersetzung erschienen.⁷⁸ Gelassener und hoffnungsfroher wirkt Hartmut Häußermanns und Walter Siebels »Neue Urbanität«.⁷⁹ Sie gehen in ihrem Blick auf eine reformierte Stadtgesellschaft weniger vom Unterschied zwischen Stadt und Land als vielmehr von der notwendigen Beseitigung regionaler Ungleichheiten aus. Ihre Analyse der Veränderungen bildet die Grundlage für eine Stadtpolitik, welche die vorherrschenden Trends als Chance für eine neue Zukunft begreift. Ähnlich verfährt Johannes Boettner.⁸⁰ Ihm ist es ein Anliegen, mit den neuen kulturellen Techniken auch eine neue Urbanität aufzuwachen zu sehen. Sein Prinzip Hoffnung besteht darin, in der oft beklagten Entstrukturierung eine neue Stadt-Kultur zu erkennen, die nicht mehr das Privileg bestimmter Lokalitäten ist. Gewissermaßen die Probe aufs Exempel legt der von Volker Hauff herausgegebene Band »Stadt und Lebensstil« ab.⁸¹ »Stadtluft macht frei« erlebe eine Renaissance, Stadt sei (wieder) Lebensstil geworden »und dabei Grundlage ei-

ner Vielfalt von Lebensstilen«. Der Herausgeber hatte die seltene Gelegenheit, seinen und seiner Mitautoren Thesen als amtierender Oberbürgermeister einer der wichtigsten deutschen Städte, Frankfurts, an der urbanen Wirklichkeit zu messen oder gar in die Tat umzusetzen. Mittlerweile ist er zurückgetreten. Eine Kapitulation der »Stadtkultur«?

Vielerlei dieser spezifisch modernen und aktuellen Stadt- und Großstadthematik kommt in den Frankfurter Heften vom Februar 1989 zu Wort,⁸² Baugeschichtliches ebenso wie Planerisches, »Die Schönheit der Stadt« ebenso wie die Kreuzberger Straßengewalt und Autonomiebewegung. Und schließlich eröffnet das Universitäts-Heft vom Juni 1989⁸³ einen besonderen Blick auf die »Zukunft der Stadt«. Auch hier hat sich, gleichsam durch die Hintertür, leiser Optimismus eingeschlichen und etabliert. »Reurbanisierung« nennen das Werner Polster und Klaus Voy. Sie sei vorerst nicht viel mehr als eine Hoffnung. »Grüne Romantizismen, Anti- und Postmodernismus und das dominante Modell des stadtnahen Landlebens beherrschen die Szene. Wo bleiben die Modelle eines urbanen Lebens?«

⁷⁸ Panik Stadt. Eine Publikation der Bauwelt im Verlag Vieweg. Redaktion: ULRICH CONRADS u. a., Berlin / Braunschweig: Bertelsmann Fachzeitschriften GmbH. / Friedr. Vieweg & Sohn Verlagsgesellschaft 1979, 127 S., 51 Abb., DM 29,80.

⁷⁹ HARTMUT HÄUSSERMANN / WALTER SIEBEL, Neue Urbanität (= edition suhrkamp Neue Folge Bd. 432), Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1987, 264 S., DM 16,-.

⁸⁰ JOHANNES BOETTNER, Himmlisches Babylon. Zur Kultur der veränderten Gesellschaft, Berlin / New York: Walter de Gruyter 1989, VI u. 220 S., Kart. DM 44,-.

⁸¹ VOLKER HAUFF (Hrsg.), Stadt und Lebensstil. Thema: Stadtkultur (= Psychologie heute: Taschenbuch 515), Weinheim / Basel: Beltz 1988, 198 S., DM 14,-.

⁸² Die neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte, 36. Jahrgang, Nr. 2 Februar 1989 [Thema: Traum und Trauma der großen Stadt], Bonn: Verlag J. H. W. Dietz Nachf. 1989, S. 100–192.

⁸³ Universitas. Zeitschrift für Wissenschaft, Kunst und Literatur, 44. Jahrgang, Nr. 516, Juni 1989 [Schwerpunkt: Zukunft der Stadt], Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft 1989, S. 511–559.

Wilhelm Ribhegge

Neue Übersichtlichkeit?

Arbeiten zur Stadt- und Regionalgeschichte

Stadt und Region spielen in der Hierarchie unseres öffentlichen Lebens, zumal derer, die darüber berichten, seien es Journalisten für die Gegenwart oder Historiker für die Vergangenheit, eine vergleichsweise unbedeutende Rolle. Es sei ganz merkwürdig, schreibt Thomas Ellwein in seiner »Geschichte der Bundesrepublik seit den 60er Jahren« (1989), »daß von der Politik des Bundes so viel und den stillen Leistungen der Städte hierzulande so wenig die Rede ist«. Er bezieht sich dabei auf die Ergebnisse einer Tagung an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer, die unter dem Titel »Zur Situation der kommunalen Selbstverwaltung heute« veröffentlicht wurde¹. Deren Teilnehmer, Landespolitiker, Kommunalpolitiker und Verwaltungswissenschaftler hatten sich zum Teil, jedoch nicht alle, das Schlagwort von »der neuen Unübersichtlichkeit« zur Umschreibung der gegenwärtigen Probleme der Kommunalpolitik zu eigen gemacht. Man konstatierte einen generellen Rückgang der Beteiligung bei Kommunalwahlen im Gegensatz zu Bundestags- und Landtagswahlen und vermutete ein Desinteresse der Bürger an der eigenen Stadt. Dem wurde entgegengehalten, der Mißstand rühre weniger von den Bürgern als von der Situation der Öffentlichkeit her, die in Presse, Funk und Fernsehen eindeutig die nationalen Probleme bevorzuge. Kritisch wurde auch die Rolle der Parteien in der Kommunalpolitik beschrieben, deren Ehrgeiz oft dazu führe, daß sich Debatten in einem Stadtparlament wie eine Bundestagsdebatte ausnähmen. Der ehemalige NRW-Minister für Stadtentwicklung Christoph Zöpel meinte, in den Städten spiegelte sich der Zustand der Gesellschaft wie in einem

Brennglas wider. Seine Behauptung: »Die Stadt wird dadurch konstituiert, daß es ein *Gefüge von Häusern* gibt, um derentwillen Menschen zusammenkommen und in denen sie zu Hause sind«, löste allerdings Widerspruch aus. Zöpel hatte dabei die Stadt in einer alternden Industrielandschaft im Auge gehabt und an die jahrzehntelange Vernachlässigung städtebaulicher Zusammenhänge erinnert. Der Oberbürgermeister von Fulda, Wolfgang Hamberger, hielt dem entgegen, eine Stadt sei mehr, sie sei auch Kulturlandschaft, und die Solidarität im Innern einer Stadt spiele auch eine Rolle. Am optimistischsten beschrieben die Wissenschaftler Arthur Benz und Joachim Jens Hesse die Situation der Kommunen, gerade weil sich hier die einzigartige Situation des Schnittfelds von Politik und Verwaltung ergäbe. Die »Vernetzung« beider Bereiche vor Ort sei eigentlich keine Gefahr, sondern eine Chance. »Gefordert ist vielmehr eine Politik der örtlichen Nähe, die sich der dezentral zu erbringenden Integrations- und Innovationsleistungen erinnert, ohne den Steuerungsbedarf komplexer Gesellschaften zu negieren« (Hesse).

Allerdings, dies macht der Tagungsbericht auch deutlich, neigen selbst Kommunalpolitiker und -wissenschaftler, die sich mit sehr konkreten Dingen zu befassen haben, zu reichlich pauschalisierenden Aussagen, die »die neue Unübersichtlichkeit« eher herbeibeschwören als daß sie sie beschreiben. Geradezu auffallend ist im nachhinein, daß bei dieser Tagung von 1986 die Städte der DDR überhaupt nicht erwähnt wurden und auch die Geschichtlichkeit der Städte Praktiker wie Theoretiker nicht berührte. Man blieb bei dieser kommunalen Gemeinschaft ein wenig unter sich. Dabei zählt die kommunale Selbstverwaltung zu den dauerhaftesten historisch-politischen Traditionen in Deutschland. Das belegt eindrucksvoll das neue handliche Buch von Wolfgang R. Krabbe »Die deutsche

Stadt im 19. und 20. Jahrhundert«, seit Heinrich Heffters »Die deutsche Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert« (1954) die einzige und erste Gesamtdarstellung zu diesem Komplex.² Anders als Heffter will Krabbe keine Geschichte der Ideen und Institutionen schreiben. Er gliedert sein Buch in größere Sachkomplexe, darunter einiges zur Theorie der Stadt »im Spannungsfeld von Staat und Gesellschaft«, zur Entwicklung der Kommunalverfassung, zu dem Problem von Bürgergemeinde und Einwohnergemeinde, das unerwartet durch die Frage des kommunalen Ausländerwahlrechts eine neue Aktualität gewonnen hat, der Verstädterung und Industrialisierung im 19. Jahrhundert, der Entstehung der modernen Dienstleistungsfunktion der Stadt im 20. Jahrhundert und damit zusammenhängend der Tendenz zur Bürokratisierung, Professionalisierung und Politisierung der Stadtverwaltung und liefert einen klugen historischen Überblick über die Leiden des kommunalen zentralen Nervensystems, die Finanzen der Städte, das Jahr für Jahr bei der Einbringung des kommunalen Etats von den städtischen Kämmerern beklagt wird. Geschichte, die Geschichte der Städte im Verbund von Land und Reich bzw. Bund, ist hier immer konkret, nie allgemein und weitläufig. Lediglich ein kurzes abschließendes Kapitel befaßt sich mit den »Epochen der deutschen Stadtgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert«. Der Stil ist klar und verständlich, die Gedankenführung problembewußt und sachbezogen. Das Buch ist offensichtlich als Einführung für Studierende gedacht. Es kann aber auch Teilnehmern an kommunalpolitischen Symposien empfohlen werden. Denn es liefert historische Übersichtlichkeit, wo andere in der Gegenwart nur Unübersichtlichkeit zu entdecken vermögen.

Gerade heute gewinnt die Stadt und die deutsche Tradition der kommunalen Selbstverwaltung im 19. und 20. Jahrhundert eine zentrale gesamtdeutsche Bedeutung. Sie rückt schon deswegen ins historische Rampenlicht, weil die Stadt die einzige politische Einrichtung ist, die

wie ein alter Baum alle Brüche und Umbrüche der deutschen Geschichte dieser beiden Jahrhunderte mitgemacht hat und dabei im Gegensatz beispielsweise zu dem Deutschen Reich oder zu dem Land Preußen nicht untergegangen ist. Man soll die Geschichtlichkeit der deutschen Stadt allerdings nicht verklären. Denn gerade in der Stadt, wo sich das alltägliche Zusammenleben der Menschen, der sozialen Gruppen, der Vereine und lange Zeit auch der Klassen abspielte, wird auch die historische Negativbilanz der deutschen Geschichte besonders deutlich, weil sie immer konkret ist. Man denke an die Situation der Städte im Ersten Weltkrieg, die entwürdigende Rolle, die sie in der NS-Zeit gespielt haben, und an die Zerstörung von Urbanität, Liberalität und kommunaler Lebensqualität, wie sie die 40jährige Geschichte der DDR gezeichnet hat. Das Leben der modernen Gesellschaft, die eine urbane Gesellschaft ist, nicht nur eine urbanisierte in dem mehr technischen Sinne der Aufhebung des Gegensatzes von Stadt und Land, spielt sich eben in der Stadt ab. Um dies zu erkennen, bedarf es, wenn man so will, einer gewissen urbanen Sensibilität. Zur Urbanität gehört aber auch das Wissen und das Verständnis der Geschichtlichkeit der Stadt.

Massives Belegmaterial für die Zerstörung urbaner Lebens- und Umgangsformen liefert die Untersuchung über die Praxis der »Arisierung«, das heißt der direkten und indirekten Enteignung jüdischer Hausbesitzer, Gewerbetreibender und Unternehmer in der NS-Zeit, von Gerhard Kratzsch: »Der Gauwirtschaftsapparat der NSDAP«, die sich auf Teile des Ruhrgebiets und des Sauerlands bezieht.³ Hier wurde eine geschlossene Bevölkerungsgruppe der Region des südlichen Westfalens seit 1933, also bereits Jahre vor der Deportation der jüdischen Bevölkerung in die Vernichtungslager, bewußt und planmäßig aus dem Wirtschaftsleben der Städte der Region eliminiert. An Einzelfällen solcher

¹ JOACHIM JENS HESSE (Hrsg.), Zur Situation der kommunalen Selbstverwaltung heute. Stadtpolitik und kommunale Selbstverwaltung im Umbruch, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1987, DM 48,-.

² WOLFGANG R. KRABBE, Die deutsche Stadt im 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1989, 224 S., DM 21,80.

³ GERHARD KRATZSCH, Der Gauwirtschaftsapparat der NSDAP. Menschenführung, »Arisierung«, Wehrwirtschaft im Gau Westfalen Süd (Veröff. d. Provinzialinstituts für Westf. Landes- und Volksforschung des Landschaftsverbands Westf.-Lippe, Bd. 27), Münster: Aschendorff 1989, 548 S., DM 65,-.

»Arisierungen« werden u. a. die Auseinandersetzungen um das Kaufhaus Kortum in Bochum, das Kaufhaus Kaufmann in Dortmund, das Kaufhaus Hess in Wattenscheid, die Bochumer Wach- und Schließgesellschaft, das Sägewerk Traugott in Niedermarsberg, die Hellweger Kornbranntweimbrennerei in Unna, das Kaltwalzwerk Boecker und Kraft in Hohenlimburg und die Metall- und Kaltwalzwerk-AG bei Hohenlimburg beschrieben. Dabei betrug die Zahl der Mitglieder der NSDAP, in deren Namen und Auftrag diese Maßnahmen durchgeführt wurden, lediglich 158 505 bei einer Bevölkerung von 2 675 694, das sind 5,9%. Die Parteimitgliedschaft in den einzelnen Städten und Landkreisen rangierte von 4,5% in Herne/Castrop-Rauxel, 5,2% in Dortmund, 6% in Bochum, 6,2% im Kreis Arnsberg, 6,7% im Kreis Iserlohn bis zu 9,5% im Kreis Wittgenstein und lag also anscheinend nirgendwo über 10%. Wie es möglich war, daß eine radikalisierte politische Minderheit der Bevölkerung dieser Region eine andere Minderheit, nämlich die jüdische Bevölkerung, aus dem wirtschaftlichen Leben dieser Kreise und Städte im südlichen Westfalen kontinuierlich und systematisch herausdrängen konnte, bleibt ein Rätsel. Allerdings zeigt der Autor wenig Neigung, sich diesen Problemen zu stellen. Statt dessen wird das Faktenmaterial in einer solchen Fülle und so überwältigend vorgebracht, daß der unbefangene Leser fast nur noch den Eindruck gewinnen kann, das mußte alles so kommen und hätte nicht anders kommen können. Es scheint, daß auch der Autor diesem Fatalismus zuneigt. Es fehlt die historische Distanz und die kritische historische Auseinandersetzung. Wenn man bedenkt, wie kritisch und wie bewußt sich gerade zahlreiche deutsche Städte im Jahre 1988 mit ihrer eigenen Vergangenheit und den Maßnahmen gegen die jüdische Bevölkerung in Vorträgen und Ausstellungen und Zeitungsberichten auseinandergesetzt haben, so wirkt dieses Buch fast schon wie ein erratic Block unbewältigter Vergangenheit. Dazu zählt auch, daß die NS-Terminologie der Unterscheidung von »Deutschen« und »Juden«, wie überhaupt der historische Sprachgebrauch der Sprache des Dritten Reichs unreflektiert

übernommen wird. Das Buch wurde von dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe herausgebracht. War man sich dort im klaren, daß nicht jede Beschäftigung mit der Vergangenheit bereits automatisch schon eine kritische Auseinandersetzung ist? Es ist zuzugeben, daß das Belegmaterial in diesem Buch mit großem Fleiß zusammengetragen ist. Dennoch bleibt auch unter dem Aspekt des Recherchierens die Frage offen, warum die im Düsseldorfer Hauptstaatsarchiv lagernden Entnazifizierungsakten für diese Region wohl erwähnt, aber nicht ausgewertet wurden.

Die Politik der »Arisierung«, der Enteignung jüdischer Handwerker und Geschäftsleute, wurde auch in Frankreich unter der autoritären Regierung Marschall Pétains in Vichy durchgeführt, die zu Beginn des Zweiten Weltkriegs an die Macht gekommen war. Einzelheiten beschreibt die Regionalgeschichte der Bretagne von Jacqueline Sainclivier »La Bretagne de 1939 à nos jours«. ⁴ Die Vichy-Regierung regierte zwar nominell in ganz Frankreich, aber die Bretagne war wie der größte Teil des nördlichen und westlichen Frankreich von deutschen Truppen besetzt. Die Kapitel über die Bretagne in der Kriegszeit von 1939 bis 1945 zeichnen ein Bild voller Kontraste. Die Region war sowohl für die Deutschen wie für die Alliierten ein begehrtes Objekt, zunächst militärstrategisch, nicht zuletzt wegen der vier großen Häfen im Süden der Bretagne, aber auch wirtschaftlich als Agrarland. Die Produkte der Bretagne dienten der Versorgung der deutschen Truppen. In diesem Land ergab sich eine paradoxe Situation. Die Bretonen waren besonders zahlreich im Ersten Weltkrieg gegen die Deutschen eingesetzt worden. Es gab zahlreiche Veteranenvereine, die sich mit Stolz an die früheren Leistungen erinnerten. Diese Gruppen sympathisierten anfangs mit der konservativ-autoritären Regierung in Vichy, die mit den deutschen Okkupanten zusammenarbeitete (»Collaboration«). Es gab in dieser Zeit eine bretonische Nationalbewegung, es gab bre-

⁴ JACQUELINE SAINCLIVIER, *La Bretagne de 1939 à nos jours*, Rennes: Editions Quest France Université 1989, 500 S., FF 180,-.

tonische Nazis, gelegentlich finden sich auch Gedanken und Zeitungen, die eine Abwandlung der nationalsozialistischen Blut- und Bodentheorie praktizierten. Dem stand aber entgegen, daß ausgerechnet die Deutschen zum ersten Mal seit Jahrhunderten das Land besetzt hatten. Ein weiterer Widerspruch ergab sich aus der kirchlichen Situation. Die Bretagne war traditionell ein bewußt religiöses katholisches Land. Die Bischöfe und der Klerus sympathisierten anfangs mit der Regierung von Vichy, weil deren konservativ-nationales Programm einer »Nationalen Revolution« (»Arbeit, Familie, Vaterland«) ihren Vorstellungen entgegenkam. Die Bretagne hatte vor 1939 traditionell die Parteien der Rechten gewählt. Auch unterstützte die Regierung Pétain im Gegensatz zu der traditionell radikalen Schulpolitik der dritten Republik die freien katholischen Schulen. Im Verlauf des Krieges, der Okkupation, und unter dem Eindruck der Leiden der Bevölkerung durch die schlechte Versorgung, die alliierten Bombenangriffe auf die Hafenstädte, der Arbeitsverpflichtungen für die Deutschen (»Atlantikwall«) ging die Geistlichkeit zunehmend auf Distanz zu der Kollaborationsregierung. Bischöfe hielten Predigten zugunsten der Liberation. Die bekannten Pilgerzüge der Bretagne (»Pardons«) endeten gelegentlich mit dem Absingen der Marseillaise. Überhaupt nahm die Beteiligung an der Sonntagsmesse und an den kirchlichen Feiern nicht ab, sondern zu.

Der eigentliche Widerstand aber wurde von Kreisen der Arbeiterschaft, des Handwerks und des Handels und der Beschäftigten der öffentlichen Unternehmen, der Bahn und der Post, organisiert. Er kam vor allem aus den industrialisierteren Städten der Südbretagne, weniger von den Bauern des Inlands. Man hörte die Botschaften de Gaulles aus London über den BBC, und in Befolgung eines Aufrufs des Generals waren an einem Neujahrstag für eine Stunde lang sämtliche Städte der Bretagne wie leergefegt. Die Mehrheit der Bevölkerung der Bretagne hatte anfangs mit Vichy sympathisiert, gegen Ende des Kriegs – zumal seit der Landung der alliierten Truppen an den Küsten der Normandie und der Bretagne im Juni 1944 – sympathisierte die Mehrheit mit

der Resistance. Nachrichtendienste wurden organisiert, Sabotage betrieben. Es kam zu Attentaten. Später lobte General Eisenhower in seinen Erinnerungen die Leistungen der Bevölkerung der Bretagne zur Einschüchterung der deutschen Okkupanten.

Es gab ein weiteres Paradox. Die Deutschen hatten natürlich von vornherein die wichtigen Kriegshäfen von Nantes, St. Nazaire, Lorient und Brest besetzt und in Lorient die U-Boot-Station ausgebaut. Folglich wurden gerade diese Städte die bevorzugten Angriffsobjekte der britischen und amerikanischen Bombardierungen. St. Nazaire, Lorient und Brest waren gegen Ende des Krieges völlig zerstört, und die Bevölkerung war längst evakuiert. Der gewünschte Sieg der Alliierten mußte also mit Zerstörungen im eigenen Land hingenommen werden. Eine starke Rolle in der Resistance spielten die 1939 verbotenen Kommunisten, aber schließlich fanden sich in ihr alle Richtungen von den Kommunisten bis zu den Monarchisten, vom Werftarbeiter bis zum Aristokraten. Nach dem Krieg und nach der Befreiung kam es ähnlich wie in Deutschland zur Entnazifizierung und zu Verfahren gegen die Kollaborateure, die gelegentlich mit der Todesstrafe endeten.

Die Entwicklung der Bretagne nach 1945 ist nicht mehr so dramatisch. Die Autorin beschreibt ausführlich und souverän die großen wirtschaftlichen, sozialen und nicht zuletzt touristischen Wandlungen, die die Bretagne bis zur Gegenwart durchgemacht hat, schließlich auch noch begünstigt durch die Aufwertung der Regionen Frankreichs durch die Politik Mitterands seit dem Beginn der 80er Jahre. Es zeigen sich sehr viele Parallelen zu regionalen Entwicklungen in Deutschland. Europäische Gemeinsamkeiten lassen sich manchmal besser in den Regionen als im starren nationalen Kontext studieren.

Gemeinsam für Deutschland und Frankreich, wiewgleich in unseren etwas ahistorischen Zeiten kaum noch bewußt, ist der enorme Wandel, der sich im Verlauf des 20. Jahrhunderts in der Sozialstruktur der Städte und Gemeinden vollzogen hat. Noch bis in die 30er Jahre waren sowohl die deutsche wie die französische Gesellschaft Klassengesellschaften. Dies schlug sich un-

mittelbar in der Politik und bei den Wahlen nieder. Eine Reihe von politischen Problemen, die beide Länder lange Zeit nicht zu lösen vermochten, lassen sich zum Teil nur aus ihrer Sozialgeschichte erklären. Wer beispielsweise vor 1914 eine größere deutsche oder französische Stadt besuchte oder in ihr lebte, hatte die Klassengegensätze tagtäglich vor Augen. Er konnte dies bereits beim Frühstück feststellen, wenn ihm frühmorgens ein Junge aus einer Arbeiterfamilie die Brötchen gebracht hatte. Heute ist das durch das Verbot der Nachtarbeit für Kinder nicht mehr statthaft.

Aber es gibt gravierendere Beispiele. Die Zusammenhänge von Politik und Sozialstruktur in einer deutschen Stadt nach dem Ersten Weltkrieg beschreibt die Untersuchung von Dieter Schott, »Die Konstanzer Gesellschaft 1918 bis 1924«.⁵ Es handelt sich hier nicht um eine Idylle am Bodensee: Schott spricht durchgängig von politischen »Lagern«, die die Stadt in dieser Zeit dominierten. Schott hat den Ehrgeiz, die Stadt Konstanz als ein historisches Paradigma vorzuführen. Dementsprechend konzentriert sich die Studie auf den Aspekt der politischen Öffentlichkeit, der übrigens in der erwähnten deutschen Stadtgeschichte von Krabbe etwas unterschlagen wird. Ganz typisch war diese deutsche Mittelstadt mit etwa 30000 Einwohnern unmittelbar an der Schweizer Grenze mit starken wirtschaftlichen Verflechtungen zum benachbarten Thurgau, die nur während des Ersten Weltkriegs unterbrochen waren, wohl nicht. So waren beispielsweise bereits vor 1914 über 50% der Erwerbstätigen der Stadt im Dienstleistungsbereich beschäftigt, ein soziologisches Faktum, das in der Bundesrepublik gängig erst 50 Jahre später anzutreffen ist. Die politischen Lager in dieser ehemaligen Bischofsstadt, deren Bewohner zu drei Viertel katholisch waren, hatten sich seit den 1860er Jahren herausgebildet. Das auch in dem damaligen Land Baden bestehende Dreiklassenwahlrecht begünstigte die Liberalen, die

rechten Nationalliberalen und die linken Fortschrittler, die bis 1918 über 50% der Sitze der Stadtvertretung innehatten und den Oberbürgermeister stellten. In der Kulturkampfzeit hatte sich das katholische Zentrum gegenüber den Honoratiorenparteien der Liberalen als Volkspartei profiliert, doch hatte es praktisch eine oppositionelle Haltung einnehmen müssen. Das änderte sich alles 1919 mit dem neuen Wahlrecht. Durch das Frauenwahlrecht und den Bevölkerungszuwachs hat sich die Wählerschaft seit der Vorkriegszeit verdreifacht. Sie war zudem komplizierter geworden. Die katholischen Wählerinnen wählten treu das Zentrum, das konstant Wahlergebnisse von etwa 40% erzielen konnte. Die sogenannten bürgerlichen Parteien erzielten anfangs etwa 30, die linken Parteien SPD, USPD und später die KPD gleichfalls etwa 30%.

Während des Kriegs war es in der Grenzstadt nicht zu politischen Unruhen gekommen, selbst den Arbeiter- und Soldatenrat 1918/19 hatte man mit einer gewissen Gelassenheit akzeptiert, und die ersten Wahlen 1919 hatten den Parteien der Weimarer Koalition jeweils fast 80% der Stimmen gesichert. Überhaupt hatten die Parteien der Weimarer Koalition in Baden in den 20er Jahren einen festen Stamm von etwa 60% der Wählerschaft. Spannungen, die an Kämpfe des 19. Jahrhunderts erinnerten, kamen im kulturellen Bereich auf, etwa bei der Frage der Feuerbestattung, der Stellung zu dem Freidenkerverband, mit dem SPD und DDP teilweise sympathisierten, und damit zusammenhängend der Besetzung der Stelle des Stadtschulrats. Immerhin hatte man die SPD in die Stadtverwaltung integriert und ihr einen Bürgermeisterposten zugewiesen. Neue Probleme gab es seit 1923 mit der »Hyperinflation«, die die Substanz traf. Auch die nationalpolitische Propaganda, die die damalige Ruhrbesetzung auslöste, mobilisierte die Öffentlichkeit der Stadt. Bismarck-Erinnerungsfeiern wurden veranstaltet, die nationalistischen, völkischen und zum Teil antisemitischen Charakter hatten und ein Klima entstehen ließen, bei dem sich erstmals die Nationalsozialisten zu Wort melden konnten.

Eine neue rechtsstehende Mittelstandsbewegung suchte in die bestehenden politischen La-

ger einzubrechen, mit Erfolg. Die linksliberale DDP verlor im Zuge der folgenden Wahlen erheblich, und ein Teil der bürgerlichen Wählerschaft wechselte später in das rechtsradikale Lager. Sogar aus der Arbeiterschaft, deren Wohnungen zum Teil in der wegen der alten Bausubstanz unbeliebten Altstadt lagen, kamen später Stimmen für die Nationalsozialisten: jedenfalls die *jugendlicher* Arbeiter, wie altgediente Sozialdemokraten empört feststellten. Man gewinnt aus dieser Studie von Dieter Schott den Eindruck, daß sich die Lagermentalität in dem lokalen Milieu so verfestigte, daß der politische Konsens darunter litt und nationalistische, ja nationalsozialistische Ersatzideologien an Anziehungskraft gewannen. Man wird das Gefühl nicht los, daß diese Kommunalpolitiker der

Nachkriegszeit auch von den auf sie eindringenden Fragen etwas überfordert waren. Aber solche eher praktisch-menschlichen Fragen werden von dieser manchmal etwas allzu theoriebewußt angelegten Arbeit nicht berührt. Auf der Bismarck-Erinnerungsfeier 1923 in Konstanz wurde ein Ludendorff-Ausspruch zitiert: »Deutschsein heißt Soldatsein. Und Soldatsein heißt Deutschsein.« Es stimmt hoffnungsvoll, daß sich künftige gesamtdeutsche Kommunalpolitiker mit anderen Identitätsproblemen herumzuschlagen haben. Für sie hält das Buch zudem eine historische Tröstung parat: Die Beteiligung bei Kommunalwahlen in den 20er Jahren lag um 10 bis 20% unter der bei Landtags- und Reichstagswahlen.

⁵ DIETER SCHOTT, Die Konstanzer Gesellschaft 1918–1924 (Schriftenreihe d. Arbeitskreises f. Regionalgeschichte Bodensee, Bd. 10), Konstanz: 1989, 580 S., DM 69,-.

Gerhard F. Volkmer

Zur Geschichte der Juden in den Städten

Neuere Literatur

Die staatlich organisierten Judenpogrome 1938 und die daran anknüpfenden Maßnahmen gelten gemeinhin als Einleitung einer qualitativ neuen Phase der Vertreibung der Juden aus Deutschland. In der Bundesrepublik sind die Tage um den 9. November seit Jahren im Vergangenheitsbewältigungsritual fest etabliert: Das übliche Medienfeature, die offizielle Ansprache, die Beschwörung »Nie wieder!«. 50 Jahre nach jenen Pogromen, 1988, fand eine unüberschaubare Zahl von Gedenkveranstaltungen verschiedenster Art auf lokaler Ebene statt, erschienen in den Massenmedien zahllose Beiträge zur Erinnerung an Geschichte, Vertreibung und Ermordung der Juden in Deutschland und Europa.

Nicht alle der im folgenden vorzustellenden Publikationen »verdanken« ihr Entstehen der unmittelbaren Beschäftigung mit der Pogromnacht. Das gilt in besonderem Maße für A. Barkai's Studie über Bevölkerungsentwicklung, Berufsstruktur und Einkommen der jüdischen Minderheit in westdeutschen Städten zur Zeit der Industrialisierung.¹ In mehrjähriger Arbeit in der ersten Hälfte der 1980er Jahre wurde von A. Barkai unter Mitarbeit von S. Barkai-Lasker statistisches Material über die Juden in westdeutschen Städten und Landkreisen zusammengetragen und mit Hilfe eines Computers aufbereitet. Die Ergebnisse sind, in Tabellenform wiedergegeben, im zweiten Teil des vorliegenden Buches auf ca. 90 Seiten abgedruckt. Vorangestellt ist dem Tabellenwerk eine etwa 80seitige Einführung, in der der Vf. die Entwicklung umreißt und knapp die statistischen Befunde beschreibt.

¹ AVRAHAM BARKAI / SCHOSCHANNA BARKAI-LASKER, Jüdische Minderheit und Industrialisierung. Demographie, Berufe und Einkommen der Juden in Westdeutschland 1850–1914, Tübingen: Mohr (Paul Siebeck) 1988 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 46), zahlr. Tabellen, 177 S., DM 98,-.

Für die jüdische Minderheit in Deutschland hatte die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts neben der beginnenden rechtlichen Gleichstellung eine allmähliche wirtschaftliche Konsolidierung gebracht. Diese Entwicklung ging einher mit hoher Auswanderungsrate und rascher Urbanisierung. Um die Zeit der Reichsgründung galten – regional unterschiedlich – nurmehr etwa fünf bis 25 Prozent der Mitglieder der jüdischen Gemeinden als arm.

Die Studie versucht die Frage zu beantworten, ob die Juden ihre günstige wirtschaftliche Ausgangsposition in der Phase der verstärkten Industrialisierung etwa zwischen der Jahrhundertmitte und dem Beginn des Ersten Weltkrieges halten und ausbauen konnten. An sich habe die Entwicklung des Industriezentrums an Rhein und Ruhr äußerst günstige Rahmenbedingungen für eine »Normalisierung« der Berufsstruktur der jüdischen Minderheit durch vielfältige neue Tätigkeitsfelder und Aufstiegsmöglichkeiten im industriellen Sektor geboten. Zu erwarten gewesen wäre auch ein verstärkter Zuzug von Juden aus anderen Regionen des Reiches.

Doch erwies sich das westdeutsche Industriezentrum keineswegs als besonders attraktiv für die jüdische Minderheit; ihre Zuwanderung in die aufstrebenden Städte blieb im allgemeinen hinter der der Gesamtbevölkerung zurück und rekrutierte sich überwiegend aus der ländlichen Umgebung sowie gegen Ende des Jahrhunderts aus Osteuropa. Auch die erwartete Umstrukturierung des Berufsspektrums fand nicht statt. Wie andernorts blieben die ansässigen Juden auch in Westdeutschland wie bisher hauptsächlich bei kommerzieller Tätigkeit und in selbständigen Positionen. Die hier beobachtete »Beharrungstendenz gruppenspezifischer Berufsstrukturen und traditionellen Wirtschaftsverhaltens« wird auch von anderen Autoren unten erwähnter Arbeiten bestätigt.

Wiederholt werden Probleme der statistischen Zusammenstellungen angesprochen, etwa die Bedeutungsänderungen der erfaßten Einteilungen über die behandelte Zeit, steuergesetzliche Änderungen, fehlende Informationen etc. Vf. spricht in seiner Studie von Westdeutschland, auch vom westdeutschen Industriegebiet, ohne daß er eine genauere Beschreibung des darunter begriffenen Raumes gibt. Die abgedruckten statistischen Unterlagen ergeben für die drei untersuchten Bereiche Bevölkerungsentwicklung, Berufsstruktur und Einkommen keineswegs deckungsgleiche Räume. Den mit Vorsicht gezogenen Schlußfolgerungen, daß die demographischen und sozioökonomischen Merkmale der im westdeutschen Industriegebiet lebenden Juden denen der gesamten jüdischen Minderheit viel ähnlicher blieben als denen der unmittelbaren, d. h. nichtjüdischen Umgebung, dürfte kaum zu widersprechen sein. Die geringe Elastizität überkommener Strukturen, charakteristisch für ethnische Minderheiten, innerhalb wie außerhalb der Gruppe, hat den Mobilitätsspielraum der Juden auch in der Zeit der Industrialisierung Deutschlands sehr verringert; selbst nach der Beseitigung der rechtlichen Beschränkungen haben zählebige gesellschaftliche und psychologische Barrieren der jüdischen Minorität den Zugang zu objektiv gegebenen Chancen der industriellen Entwicklung vor Ort erheblich erschwert.

Die Situation jüdisch-christlicher sogenannter »Mischfamilien« im Dritten Reich beschreibt U. Büttner exemplarisch am Geschick des Dichters R. Brendel und seiner Familie.² Mehr als 50 Seiten umfaßt allein die Darstellung der Verordnungen, Gesetze, administrativen Maßnahmen, mit deren Hilfe der Lebensraum der Betroffenen aus den sog. »Mischfamilien« mehr und mehr eingengt wurde. Die Lektüre dieses einleitenden Kapitels vermittelt dem Leser das beklemmende Gefühl zunehmender Strangulierung. Die Rede-

² URSULA BÜTTNER, Die Not der Juden teilen. Christlich-jüdische Familien im Dritten Reich. Beispiel und Zeugnis des Schriftstellers Robert Brendel, Hamburg: Hans Christians 1988 (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte 24), Abb., 314 S., DM 34,-.

weise von der »privilegierten Mischehe« wird gründlichst entlarvt als einer jener Tarnausdrücke zur Verschleierung nationalsozialistischen Terrors.

Der aufrechte Gang des Dichters, Pazifisten, Demokraten, Pädagogen und Christen R. Brendel und seine kompromißlose, ethisch begründete Ablehnung des Nationalsozialismus sind eher atypisch, selbst für Betroffene in ähnlicher Situation. Er verstand den nationalsozialistischen Terror gegen die Juden als »Zeichen für die prinzipielle Gefährdung der Menschlichkeit in einer feindlichen Umwelt«. Dem aus dem Staatsdienst verjagten jüdischen Literaturwissenschaftler W. Kraft versicherte er 1933, daß es Deutsche gebe, »die zu Ihnen und Ihrem Volk sich bekennen in selbstverständlicher Menschlichkeit«. Bekenntnis selbstverständlicher Menschlichkeit bezeichnet den Schlüsselbegriff zum Verständnis von Leben und Tun des Menschen R. Brendel.

Das dritte Kapitel stellt die Anwendung und die Auswirkungen der im ersten Kapitel beschriebenen Regelungen auf die fünfköpfige Familie Brendel dar. Vermutlich vermag dieser Bericht kaum annähernd die Situation unter zunehmender Vereinsamung, ständiger Angst, doppelter Bedrohung durch Krieg und Verfolgung wiederzugeben. Dabei blieb die Familie von Verhaftung und Denunziation noch verschont, Zwangsarbeit des Vaters und drohende Deportation der Mutter nach Theresienstadt konnten nur »dank« schwerer Krankheiten der Eltern zunächst verschoben werden, ehe das Kriegsende die Befreiung brachte. R. Brendel starb 1947 an seiner zerrütteten Gesundheit.

Die zweite Hälfte des Buches überliefert Briefe und Teile des dichterischen Werkes von R. Brendel, Lebensäußerungen, die das Bekenntnis selbstverständlicher Menschlichkeit eindringlich unterstreichen.

Die Vf. hat mit ihrer Arbeit eine der ersten umfassenden Untersuchungen über die »Mischfamilien« als Opfer nationalsozialistischer Rassenpolitik vorgelegt, in der auch die konkreten Auswirkungen der gesetzlichen und administrativen Maßnahmen auf die Betroffenen ausführlich an einem beispielhaften Falle beschrieben werden.

Eine stärkere Einbeziehung von Frau Brendel, die ja als Jüdin ebenfalls dem Terror ausgesetzt war, hätte die Darstellung mehr abgerundet; ihr Bild bleibt merkwürdig unscharf, fast wie ausgespart.

Im einführenden Kapitel seiner Abhandlung über die Juden in Oldenburg zwischen 1930 und dem Novemberpogrom gibt D. Goertz einen knappen und prägnanten Abriss zur Sozialgeschichte der deutschen Juden in der Weimarer Republik.³ Die Entwicklung war gekennzeichnet von gegenläufigen Tendenzen innerhalb der jüdischen Minderheit wie auch im Verhältnis mit der nichtjüdischen Umwelt. Brachte die erste deutsche Republik einerseits die vollendete Emanzipation für die deutschen Juden, fand andererseits in weiten Kreisen der deutschen Bevölkerung ein vehementer Antisemitismus nicht geringe Resonanz. Vor diesem Hintergrund wird das Sozialgefüge der Oldenburger Juden Ausgangs der Weimarer Republik untersucht. Auch in Oldenburg kam es nicht zur »Normalisierung« der Berufsstruktur der jüdischen Einwohner: 1933 waren 68 der 78 Familienoberhäupter mit Waren- oder Viehhandel befaßt. Zunehmende antisemitische Manifestationen in Stadt und Land Oldenburg, schon vor der Jahrhundertwende einsetzend, trübten das Zusammen- oder Nebeneinanderleben von jüdischen und nichtjüdischen Oldenburgern. Der rückständige, überwiegend agrarisch orientierte Freistaat Oldenburg war das erste deutsche Land, in dem – im Mai 1932 – die NSDAP, legitimiert durch Wählervotum, die alleinige Regierung stellen konnte. Die rechtliche Gleichstellung der Juden, in Oldenburg seit März 1848 ununterbrochen Gesetz, wurde nun Zug um Zug zurückgenommen. Von da an wurde das Leben der Juden in Oldenburg von Angst dominiert, während erfinderische nichtjüdische Oldenburger mit der einen oder anderen antijüdischen Maßnahme erneut Priorität auf Reichsebene erreichen konnten. Zahlreiche antisemitische Äußerungen und

Aktionen, beginnend mit dem letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts bis hin zur Austreibung der Oldenburger Juden im Mai 1940, sind überliefert. In den Erinnerungen verjagter Juden ist dergleichen weitgehend verdrängt, wie die Auswertung einer vom Vf. vorgenommenen Fragebogenaktion ergab.

Die vorliegende Studie überzeugt durch die breite sozialgeschichtliche Fundierung wie durch die behutsame Einarbeitung von Ergebnissen der Fragebogenaktion und von Gesprächen, die mit älteren Bürgern geführt wurden. Dem Buch sind etwa 100 Seiten mit Abbildungen beigegeben, teils von Dokumenten, teils von Bildern aus dem jüdischen Leben, darunter eine Serie von neun Fotos, die den Marsch der Oldenburger Juden durch die Stadt zum Gefängnis am 10. 11. 1938 vor aller Öffentlichkeit festgehalten hat.

Die Geschichte der jüdischen Gemeinde in Wesel beginnt wie in anderen niederrheinischen Städten spät, gemessen an den großen traditionsreichen rheinischen Judengemeinden.⁴ Der früheste Beleg für die Anwesenheit von Juden stammt aus der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts. Ungewiß ist, ob eine größere Gemeinde existierte, jedenfalls scheint es im Zusammenhang mit den Verfolgungen im Zuge der Pestepidemie 1350 auch in Wesel »Excesse« gegeben zu haben. Gut vierzig Jahre später werden zwei (reiche) Juden in die Bürgerliste der Stadt eingetragen – die einzigen Bürgeraufnahmen von Juden in der spätmittelalterlichen Stadtgeschichte. Erst seit 1625 sind wieder dauerhaft Juden nachweisbar. Der Übergang der Stadt in brandenburg-preußischen Besitz lieferte die Bevölkerung bald dem Zugriff des absolutistischen Staates und einer erbarmungslosen Bürokratie aus, worunter die jüdische Minderheit besonders zu leiden hatte. Am Ende des 18. Jahrhunderts waren die Weseler Juden als Folge der preußischen Judenpolitik stark

⁴ JUTTA PRIEUR (Hrsg.), Auf den Spuren der Juden in Wesel. Aufsätze zur Geschichte der jüdischen Gemeinde Wesel seit dem Mittelalter. Wesel: Selbstverlag des Stadtarchivs 1988 (Studien und Quellen zur Geschichte von Wesel 11), Abb., 188 S., DM 20,- (z. Zt. vergriffen).

³ DIETER GOERTZ, Juden in Oldenburg 1930–1938. Struktur, Integration und Verfolgung, Oldenburg: Heinz Holzberg 1988 (Oldenburger Studien 28), zahlr. Abb., 227 S., DM 30,-.

verarmt. Im Laufe der sich über Jahrzehnte hinziehenden Emanzipation gelang ihnen eine wirtschaftliche Erholung. Sie fügten sich mit ihrer politisch ungewöhnlich konservativ-patriotischen Gesinnung unauffällig in die Stadtgesellschaft ein. Mit dem Ersten Weltkrieg und dem damit verbundenen Zunehmen des Antisemitismus endete die fruchtbarste Epoche der Weseler Juden. Ihre politischen Aktivitäten wie ihre Beteiligung am allgemeinen Vereinsleben waren in der Weimarer Republik eher gering.

Schon die Titelgebung deutet an, daß das Buch nicht den Anspruch einer Gemeindegeschichte erhebt. Dennoch decken die drei Arbeiten den gesamten Zeitraum vom ersten bekannten Auftreten von Juden in Wesel bis zum gewaltsamen Ende der jüdischen Gemeinde im Dritten Reich ab. Die Herausgeberin behandelt die Jahrhunderte, für die eine kontinuierliche Anwesenheit von Juden in Wesel über längere Zeit nicht belegt ist. Ihr Aufsatz macht vor allem die Schwierigkeiten infolge mangelhafter Überlieferung deutlich. Wenn der Vf. eine breitere Öffentlichkeit als Adressat vor Augen gestanden haben sollte, wäre eine Übersetzung der mittelalterlichen Texte (z. B. S. 16, 20, 27) wenigstens in den Anmerkungen sehr nützlich gewesen.

Die Autoren der beiden folgenden Aufsätze begründen methodische und inhaltliche Einschränkungen mit der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit, ein nicht einleuchtendes Argument, da das Gedenkjahr 1988 ja vorausberechenbar war. Der zweite Aufsatz umfaßt einen Zeitraum von etwa 300 Jahren, von den absolutistischen brandenburgisch-preußischen Kurfürsten und Soldatenkönigen bis an die Schwelle des totalitären Führerstaats und dessen tödlicher Verwaltungsmaschinerie. Vermißt wird für diesen für die Geschichte der Juden in Deutschland wichtigen Zeitabschnitt vor allem eine ausführliche Darstellung zur Berufsstruktur und deren Entwicklung. Über den jüdischen Friedhof muß man sich leider andernorts unterrichten. Der Abschnitt über die Jahre der Entrechtung, Vertreibung und Ermordung – Aufsatz drei – basiert überwiegend auf persönlichen Zeugnissen. Das interessante Buch hätte wohl bei größerer zeitlicher Vorgabe gewonnen.

Im Landkreis Bergstraße existierten im 19. Jahrhundert 15 selbständige jüdische Gemeinden. In der größten unter ihnen, in Rimbach im Odenwald, betrug der Anteil der Juden an der gesamten Einwohnerschaft zwischen 1828 und 1885 stets über 10 Prozent.⁵ Die wirtschaftliche Symbiose zwischen der überwiegend bäuerlichen Bevölkerung Rimbachs und den vor allem mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen (Vieh u. a.) handelnden ortsansässigen Juden brachte der Gemeinde einen gewissen Wohlstand und merklichen Bevölkerungszug dank neuer Verdienstmöglichkeiten. Zweimal schlugen christliche Rimbacher Angriffe auf jüdische Ortsbewohner handgreiflich zurück (1793 – quellenmäßig unscharf belegt – und 1848). Seit Mitte des 19. Jahrhunderts nahm die Zahl der jüdischen Ortsbewohner wie in anderen Landgemeinden kontinuierlich ab.

Von 1929 bis 1935 wurden die christlichen Rimbacher von einem Pfarrer aus den Reihen der »Deutschen Christen« betreut. Dieser gründete eine NSDAP-Ortsgruppe, eine SA- und eine SS-Gruppe, deren Heimabende er im Pfarrhaus abhielt. Bereits bei den Landtagswahlen 1931 entfielen in Rimbach auf die NSDAP 53,4 Prozent aller abgegebenen Stimmen.

Im Gegensatz zu manchen anderen Orten scheinen die Unterlagen über die ehemaligen jüdischen Rimbacher weitestgehend erhalten zu sein. Vf. konnte also aus dem Vollen schöpfen und läßt den Leser durch Ausbreitung einer Vielzahl von Zusammenstellungen und Übersichten sowie ausführliche Quellenzitate davon profitieren. Erfreulich ist auch die Wiedergabe einiger geographischer Skizzen. So fällt der Bericht von Leben und Leistungen der jüdischen Minderheit in Rimbach sehr anschaulich aus; das gilt insbesondere für das 19. Jahrhundert, während für die Darstellung in der nationalsozialistischen Zeit eine stärkere Einbeziehung von Zeitzeugen vorteilhaft gewesen wäre. Daß das Schema-Gebet (S. 78) auf dem Kopf stehend wiedergegeben ist, wird dem Vf. längst aufgefallen sein; ebenso,

⁵ WOLFGANG GEBHARD, Geschichte der Rimbacher Juden, Rimbach: Gemeinde Rimbach 1987, Abb., 207 S., DM 28,-.

daß der hebräische Ausdruck für Vorsteher im Singular »Parnes« lautet (S. 80).

K. Werners Buch steht unter zwei übergreifenden Fragestellungen.⁶ Zum einen wird untersucht, inwieweit sich die polykratische Struktur des nationalsozialistischen Herrschaftssystems in Offenbach nachvollziehen läßt; ferner geht es um die Frage, ob auf Grund der politischen Tradition Offenbachs, des »roten« Offenbachs, in der Behandlung der jüdischen Minderheit spürbare Unterschiede zu erkennen sind. Diese Interessenschwerpunkte des Vf. führen dazu, daß ein beachtlicher Teil der Untersuchung weit über den Rahmen einer lokalen Studie hinausgreift. Der Leser mag, je nach seinem eigenen Interesse, dies begrüßen oder bedauern. Die umfassende Kenntnis des aktuellen Forschungsstands und die ansprechende Präsentation wiegen aber das Kürzertreten für den lokalen Bereich durch Zugewinn an breiten Hintergrundinformationen entschieden auf. Die Antworten auf die Leitfragen fallen eindeutig aus: Lokale Parteifunktionäre betrieben ihre eigene Judenpolitik; im Verhältnis zwischen Juden und Nichtjuden trat ein krasser Bruch ein.

Über den im Titel abgesteckten zeitlichen Rahmen hinausgehend und besonders begrüßenswert ist ein Kapitel zur jüdischen Gemeinde Offenbachs nach 1945. Die jüdischen Gemeinden in der BRD stehen nicht in der Kontinuität der deutschen Juden, sie sind primär Einwanderungsgemeinden für ausländische Juden. Ihre starke Mitgliederfluktuation deutet darauf, daß eine nennenswerte dauerhafte Neuansiedlung von Juden in Deutschland bisher nicht stattgefunden hat. Ungebrochen ist demgegenüber das Fortwirken antisemitischer Vorurteile. Gleichwohl hat sich nach 1945 in Offenbach wieder jüdisches Leben etabliert und die jüdische Gemeinde Offenbachs heute zur mitgliederstärksten in Hessen werden lassen.

Auf dem Gebiet des heutigen Kreises Stade lebten in den 20er Jahren unseres Jahrhunderts etwa 30 jüdische Bürger. Von dieser kleinen Gruppe handelt ein aus Anlaß des 50. Jahrestags des Novemberpogroms gehaltener Vortrag von H. Lohmann.⁷ Auch Stade hatte seinen Boykotttag am 1. April 1933 und seinen Pogrom im November 1938. Hierbei wurden erstaunlicherweise »nur« materielle Schäden verursacht, auch Verhaftungen scheint es nicht gegeben zu haben. Von den üblichen Begleiterscheinungen des nationalsozialistischen Terrors gegenüber der jüdischen Minderheit blieben die paar Juden in Stade allerdings nicht verschont. Die gelegentlich geäußerte Vermutung, das Schicksal der Juden in ländlicher bzw. kleinstädtischer Umgebung sei glimpflicher verlaufen, wird für Stade nicht bestätigt. Am Ende waren 15 der 30 Stader Juden ermordet worden.

Der Vortrag entstand im Rahmen eines Projektes mit umfassenderer Themenstellung. Bei seinen Recherchen ist dem Vf. wiederholt, meist anonym, nahegelegt worden, sich mit »sinnvolleren« Themen als gerade mit der Geschichte der Judenverfolgung zu befassen.

Mehrere Gedenkreden zum 9. November 1988 versammelt eine kleine Schrift des Bremerhavener Stadtarchivs.⁸ Bedenken gegen Gedenktage äußert M. Ernst, weil sie als »institutionalisierte Alibis« das Vergessen fördern und uns von der Alltagswirklichkeit ablenken können. Solche Überlegungen sind nicht neu, aber sehr aktuell, wenn deutsche Firmen den Irak und andere Nahoststaaten mit hochmodernen Anlagen und dem know-how zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen ausrüsten, während die Regierung ganz offiziell wegsieht – und wir Gedenkveranstaltungen besuchen. Damals in der Pogromnacht verhaftete ein Polizeimeister in Bre-

merhaven zwei der Pogromführer mit weiteren SA-Leuten wegen Begehung strafbarer Handlungen!

Als gelungen kann der Vortrag von Schulz/Weiher über die jüdische Emigration nach der Pogromnacht, bei der es sich eher um eine Vertreibung als eine Auswanderung handelte, betrachtet werden. Die Erinnerungen und Überlegungen des Stadtarchivdirektors B. Scheper bringen manches Bedenkenswerte. Bedenklich scheint mir freilich, Hitler als »Wiederkunft des Antichristen« zu interpretieren; »Teufel«, »Wahn und Teufelswerk«, »dämonischer Glanz« (S. 20/21), ich sympathisiere entschieden mehr mit dem Eingeständnis, Hitler und den Nationalsozialismus letztlich nicht vollends erklären zu können. Schepers Vortrag klingt mit der Hoffnung aus, daß Antigones Wort »Nicht mitzuhassen, mitzulieben bin ich da« heute stärker zu vernehmen sei. Im selben Werk benennt Sophokles freilich auch die Ambivalenz des Menschen: »Nichts ist unheimlicher als der Mensch, ... geht er die Bahn so des Guten, wie des Bösen.«

Die Stadt Lemgo übergab 1988 im Frenkelhaus eine Begegnungs- und Dokumentationsstelle der Öffentlichkeit, die über die Geschichte der Lemgoer Juden und ihre Vertreibung und Ermordung unterrichten soll. Zur Eröffnungsausstellung erschien der vorliegende Band über die Juden in Lemgo und Lippe.⁹ Die 20 Beiträge teilen sich in historische Untersuchungen und autobiographische Zeugnisse.

Die Angehörigen der kleinen jüdischen Gemeinde Lemgos, die um 1900 ihre größte Mitgliederzahl aufwies, waren weitgehend am Leben in der Stadt beteiligt. 1906 z. B. wurde ein jüdischer Bürger Schützenkönig. Dennoch existierten alte Vorurteile gegenüber den Juden weiterhin. Der politische Antisemitismus fand erst nach dem Ersten Weltkrieg stärkere Resonanz.

Für den des Lipper Landes Unkundigen hätte

die Beigabe einiger Landkarten die Brauchbarkeit des Buches erhöht; leider fehlt auch ein Register. Unbeschadet dieser kleinen Einschränkungen ist das mit zahlreichen Abbildungen versehene Werk ein sehr gelungener Start in die Aufarbeitung der Geschichte der jüdischen Minderheit in Lemgo und in Lippe. Neben so interessanten Abhandlungen wie »Das jüdische Wohlfahrtssystem in deutschen Klein- und Mittelstädten im 19. Jahrhundert« oder »Zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte kleinstädtischer Juden am Beispiel des Land- und Viehhandels« stehen Erinnerungen ehemaliger jüdischer Lemgoer, z. B. über Besuche von landwirtschaftlichen Berufsumschichtungskursen zur Vorbereitung auf die Emigration nach Palästina. Natürlich wird auch des in Lemgo geborenen Chr. W. Dohm gedacht, des Verfassers der epochemachenden Schrift »Über die bürgerliche Verbesserung der Juden« (1781).

In der frühen Neuzeit wurden die Juden aus fast allen größeren Städten sowie aus einer ganzen Anzahl von Ländern Deutschlands verjagt. Die Vertriebenen fanden zumeist in mediatisierten Dörfern Aufnahme, wo ihre Nachkommen unter dürftigen Verhältnissen Jahrhunderte überleben konnten, bis im Zuge von Aufklärung, Französischer Revolution und Napoleonischen Kriegen die alte Ordnung zu Bruch ging. Um 1800 lebte der größte Teil der deutschen Juden auf dem Lande. Es gab Ortschaften, in denen zu Zeiten die Mehrheit der Bewohner Juden waren, z. B. Gailingen im Kreis Konstanz oder Hagenbach und Demmelsdorf in Oberfranken. Auch dort, wo ihr Bevölkerungsanteil deutlich darunter lag, hatten die Angehörigen der jüdischen Gemeinde im 19. Jahrhundert oft wesentlichen Anteil am zunehmenden Wohlstand ihrer Heimatgemeinde. Ein Beispiel, Rimbach im Odenwald, wurde oben erwähnt; ein weiteres stellt die Gemeinde Gaukönigshofen in Unterfranken dar.¹⁰ Hier betrug der Anteil der Juden

⁶ Magistrat der Stadt Offenbach am Main (Hrsg.), Zur Geschichte der Juden in Offenbach am Main, Offenbach a. M., 1988. Band 1: KLAUS WERNER, Unter der Herrschaft des Nationalsozialismus 1933–1945, mit einem Anhang von Hans Georg Ruppel, Abb., 192 S., DM 29,90.

⁷ HARTMUT LOHMANN, Von der Ausgrenzung zur Deportation. Zum Schicksal der Juden im Landkreis Stade, Stade: Landkreis Stade 1989 (kostenlos).

⁸ BURCHARD SCHEPER (Hrsg.), Meine Brandlegung war prima ... Vorträge und Reden zur Reichspogromnacht 1938 in Bremerhaven, Bremerhaven: Stadtarchiv 1989 (Kleine Schriften des Stadtarchivs Bremerhaven 5), Abb., 55 S., DM 7,50.

⁹ Archiv- und Museumsamt der Alten Hansestadt Lemgo (Hrsg.), Juden in Lemgo und Lippe. Kleinstadtleben zwischen Emanzipation und Deportation, Bielefeld: Verlag für Regionalgeschichte 1988 (Forum Lemgo, Heft 3), zahlr. Abb., 299 S., DM 19,80.

¹⁰ THOMAS MICHEL, Die Juden in Gaukönigshofen/Unterfranken (1550–1942), Stuttgart: Franz Steiner 1988 (Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte 38), zahlr. Abbildungen, 712 S., kart., DM 110,-.

an der Gesamtbevölkerung im 19. Jahrhundert durchwegs zwischen 20 und 15 Prozent. Fast genau 400 Jahre lebten, soweit nachweisbar, Juden in Gaukönigshofen, am Anfang mit Steinen und Unflat beworfen und verfolgt, am Ende isoliert, verfolgt, terrorisiert, vertrieben, ermordet. Dazwischen, zwischen den Napoleonischen Kriegen und dem Ersten Weltkrieg, liegen gut 100 Jahre, in denen die rund 90 jüdischen Gaukönigshofener einen überproportionalen Beitrag zur Ortsentwicklung leisteten.

Nahezu alle Juden in Gaukönigshofen verdienten ihren Lebensunterhalt mit Handel, teils mit Waren, teils mit Vieh. So waren um 1810, so war es in den 1920er Jahren, so war es um die Mitte des 19. Jahrhunderts, als es mehrere jüdische Handwerker im Ort gab, die jedoch alle Handel trieben. Ein 1898 gegründetes Geschäft für landwirtschaftliche Geräte wuchs sich sehr bald zur Maschinenbauanstalt Gaukönigshofen aus, von der vornehmlich landwirtschaftliche Maschinen und Geräte repariert, selbstentwickelte Maschinen hergestellt und aus USA importierte vertrieben wurden. Die jüdischen Unternehmer, zwei Brüder, wurden die größten Arbeitgeber im Ort und beschäftigten zeitweilig über 100 Arbeiter. Das Einzugsgebiet der Fabrik betrug mehrere dutzend Kilometer im Umkreis. Ende 1930 ging die Firma in Konkurs. Weit über den Ort hinausreichende geschäftliche Verbindungen prägten auch die Tätigkeit einiger Viehhändler, die in Compagnien zusammenarbeiteten. Jungvieh wurde in der Oberpfalz und in Niederbayern angekauft, von Gaukönigshofener Bauern gemästet und dann den Schlachtviehmärkten in Frankfurt und im Ruhrgebiet zugeführt.

Die vorliegende Studie über die Juden in Gaukönigshofen gliedert deren Geschichte in fünf Epochen, die jeweils mit der Entwicklung des Reiches gekoppelt sind: Altes Reich, Königreich Bayern, Deutsches Reich, Weimarer Republik, Drittes Reich. Für jeden Zeitabschnitt werden die Verhältnisse innerhalb der jüdischen Gemeinde (Mitglieder, Gemeindeeinrichtungen, religiöses Leben etc.), die wirtschaftliche Lage (Einkommensentwicklung, berufliches Spektrum, soziale Differenzierung usw.) und das Zu-

sammenleben von Juden und Christen in Gaukönigshofen untersucht. Die Arbeit basiert auf der Auswertung umfangreichen Archivmaterials und, für die jüngste Zeit, auf zahlreichen mündlichen Befragungen unter älteren Dorfbewohnern wie unter vertriebenen Juden aus Gaukönigshofen. Der Autor, einer altansässigen Familie vor Ort entstammend, konnte bei den Gesprächen von vornherein auf ein gewisses Vertrauen rechnen und so manche Hemmnisse überwinden, die sich in der Regel ortsfremden Forschern entgegenstellen – besonders für die Zeit zwischen 1933 und 1945. Davon profitiert die Untersuchung in hohem Maße. Die sehr detaillierte Rekonstruktion etwa des Verlaufs des Novemberpogroms in Gaukönigshofen, der hier erst in der Nacht vom 10. auf den 11. November abgehalten wurde und an dem zahlreiche, auch wohlhabende Einwohner als Zerstörer und in größtem Umfang als Plünderer und Diebe (dutzende Stücke Großvieh, landwirtschaftliche Maschinen, erhebliche Futtermengen u. a. m.) ihren Anteil hatten, besticht durch die umsichtige Verarbeitung mündlicher Zeitzeugenaussagen und schriftlicher Quellen, so daß ältere Darstellungen (Kerkshaw u. a.) korrigiert werden konnten.

Im abschließenden Kapitel läßt Vf. noch einmal Entwicklung und Verlauf der wechselseitigen Beziehungen zwischen Juden und Christen in Gaukönigshofen zusammenfassend Revue passieren: Oberflächlich hatten sich um 1930 die beiden Gruppen miteinander eingerichtet, harmonisch an die Gegenwart der jeweils anderen angepaßt; von jüdischer Seite wurde die kulturelle Integration, soweit möglich, vollzogen, von christlicher Seite wurde sie nicht gewährt. Die Juden wurden also in ihrer Heimatgemeinde Gaukönigshofen nie als gleichwertig akzeptiert. Ein bitteres Fazit nach 400 Jahren gemeinsamer Geschichte, und übertragbar auf andere jüdische Gemeinden.

Th. Michel hat mit seinem Buch eine muster-gültige Arbeit vorgelegt, die nicht leicht zu übertreffen sein wird. Sie ist zudem in vorzüglich lesbarem Deutsch abgefaßt. Ein paar Winzigkeiten stören: Ein Lubliner General-Gouvernement (S. 580) hat es nicht gegeben, wohl einen Distrikt Lublin im Generalgouvernement; stellen-

weise treten Druckfehler in störender Häufigkeit auf; der Verlag hätte etwas Leim für die Bindung sparen dürfen.

Kataloge historischer Ausstellungen erweisen ihren Gebrauchswert, indem sie die Exponate aufführen und ergänzende Informationen liefern, ohne den Ausstellungsbesucher mit einer Textfülle zu erdrücken. In diesem Sinne ein gutes Muster ist der Katalog des Kommunalarchivs Minden zur Ausstellung »Juden in Minden« im November 1988.¹¹ In fünf Zeitabschnitten vom Mittelalter bis 1945 wird jüdisches Leben in Minden durch Dokumente und Abbildungen punktuell beleuchtet. Die Abschnitte sind jeweils mit einer kurzen Einführung versehen. Für weitergehend Interessierte bietet der Katalog ein mehrseitiges Literaturverzeichnis.

Das Bielefelder Stadtarchiv beschritt anläßlich seiner Ausstellung zum 50. Jahrestag des Novemberpogroms einen anderen Weg. Der Katalog zur Ausstellung enthält eine fortlaufende erzählende Darstellung der Geschichte der Juden im Raum Bielefeld, illustriert durch Abbildung der fast 400 Exponate, und faßt damit, leicht zugänglich, das derzeitige Wissen zum Thema zusammen.¹² Wie in anderen Regionen kennt auch die jüdische Geschichte im Raum Bielefeld ihre spezifischen Höhen und Tiefen. Nach der Niederlage Preußens gegen Napoleon 1806 fiel die Bielefelder Gegend an das neugeschaffene Königreich Westfalen unter Napoleons Bruder Jérôme, dessen 1808 erlassenes Emanzipationsgesetz – beispiellos auf deutschem Boden – den Juden die vollkommene Gleichberechtigung brachte.

Über den Abschluß der Geschichte der Juden

¹¹ Juden in Minden. Dokumente und Bilder jüdischen Lebens vom Mittelalter bis zum 20. Jahrhundert. Katalog zur Ausstellung vom 1.–20. 11. 1988 im Kommunalarchiv Minden, Texte: HANS NORDSIEK, Minden: Kommunalarchiv Minden 1988, Abb., 88 S., DM 5,-.

¹² MONIKA MINNINGER / ANKE STÜBER / RITA KLUSMANN, Einwohner – Bürger – Entrechtete. Sieben Jahrhunderte jüdisches Leben im Raum Bielefeld. Eine Ausstellung des Stadtarchivs v. 9. 10.–9. 12. 1988, zum 50. Jahrestag des Novemberpogroms von 1938, Katalog, Bielefeld 1988 (Bielefelder Beiträge zur Stadt- und Regionalgeschichte 6), zahlr. Abb., 279 S., DM 15,-.

in Deutschland hinaus setzt sich die Zerstörung jüdischer Kulturdenkmäler fort: 1953 wurde der von 17. bis zum Ende des 19. Jahrhunderts belegte Friedhof der Bielefelder Juden zugunsten neuer Straßen beseitigt, ohne daß auch nur die Grabsteine dokumentiert wurden. Ein paar Jahre später, 1964, brachte eine Lokalzeitung den Anachronismus jüdischen Lebens in Deutschland auf den Punkt: Unter der Überschrift »Es gibt noch Merkwürdigkeiten« wurden Grabsteine mit hebräischen Inschriften abgebildet.

Zu danken ist den Vf., daß sie ihre Darstellung nicht 1945 abbrechen, sondern bis unmittelbar in die Gegenwart fortführen. So berichtet ein Abschnitt über mehrere vor Bielefelder Gerichten geführte Prozesse gegen NS-Verbrecher, in einem Abschnitt wird die sog. »Wiedergutmachung« an einigen Beispielen behandelt, über die Nachkriegsentwicklung der neuen winzigen jüdischen Gemeinde wird informiert, und das abschließende Kapitel ist den rechtsextremistischen und neonazistischen Aktivitäten in Bielefeld gewidmet. Diese Themen, unmittelbar zur Nachgeschichte der Geschichte der Juden in Deutschland gehörend, bleiben leider in den meisten einschlägigen Veröffentlichungen unberücksichtigt. Beigegeben sind ein ausführliches Literaturverzeichnis und eine Zeittafel. Doch vermißt man ein Register. Mit etwas mehr Sorgfalt hätte man auch einige Flüchtigkeitsfehler vermeiden können: Der hebräische Ausdruck für das jüdische Pfingstfest, auch Wochenfest, lautet »Schabuoth«, jiddisch »Schwues« (S. 44); S. 140 sollte das »deutsche und internationale Judentum« durch Anführungszeichen als Nazi-phrase kenntlich gemacht werden; unmöglich ist »ausselektiert« (S. 251).

Die Gedenkausstellung des Historischen Archivs der Stadt Köln beleuchtete »Jüdisches Schicksal in Köln 1918–1945«.¹³ Der Katalog ist ähnlich angelegt wie der zur Mindener Ausstellung, beschreibt freilich etwa das Fünffache

¹³ Jüdisches Schicksal in Köln 1918–1945. Ausstellung des Historischen Archivs der Stadt Köln/NS-Dokumentationszentrum vom 8. 11. 1988–22. 1. 1989, Katalog zur Ausstellung, Köln 1988, Abb., 371 S., DM 18,-.

an Exponaten und wird ergänzt um fünfzig Seiten Augenzeugenberichte und Gedanken eines nachgeborenen Kölner Juden zum Novemberpogrom. Ein Schwerpunkt der Kölner Ausstellung lag auf dem Versuch, den Willen der jüdischen Gemeinde zur Selbstbehauptung angesichts einer zunehmend feindlicheren Umwelt zu dokumentieren. Hierher gehören vor allem die Leistungen auf sozialem und kulturellem Gebiet. Die Kölner jüdische Gemeinde war im ersten Drittel unseres Jahrhunderts die fünfgrößte im Reich mit rund 15000 Mitgliedern. Es erstaunt etwas, daß bisher keine Fotos bekannt sind, die die brennenden Kölner Synagogen oder etwa die Verwüstungen jüdischer Geschäfte beim Novemberpogrom dokumentieren. Dabei entsteht bei der genauen Durchsicht des Katalogs der vielleicht sogar zutreffende Eindruck, daß sich der Terror gegen die Juden in Köln ungezügelter, brutaler austoben konnte als in anderen (kleineren) Orten mit kleineren jüdischen Gemeinden.

Zu Ausstellung und Katalog wurde eine Arbeitsmappe mit Unterrichtsmaterialien zum Schicksal der Kölner Juden in der Weimarer Republik und im Dritten Reich entwickelt.¹⁴ Leider ist eine große Anzahl der in die Unterrichtsmaterialien aufgenommenen Dokumente und Fotos bereits im Katalog abgebildet. Vielleicht hätte man zur Einstimmung in das Thema ein paar Zahlen, Daten, Fakten zur Geschichte der Juden in Köln vor 1918 voranstellen können. Gut ist etwa die Wiedergabe eines Stadtplans mit Eintragung der jüdischen Einrichtungen in Köln im Jahre 1933, auch wenn man die Straßennamen kaum entziffern kann. Etwas dürftig scheint mir Kapitel 13 »Arisierung« ausgefallen zu sein.

Die Sammlung ausgewählter Dokumente über die Juden in Recklinghausen erscheint in einer Reihe von Dokumentenmappen zur Kirchen- und Religionsgeschichte des Ruhrge-

biets.¹⁵ Demgemäß ist die Auswahl der etwa siebenzig Dokumente mehr auf die Gemeinde ausgerichtet; etwa achtzig Prozent beziehen sich auf die Zeit des Dritten Reiches, so daß der Titel auch »Zeit der Verfolgung« lauten könnte, Verfolgung der Juden, aber auch aufrechter Christen. Während der Bevölkerung der Treitschke-Ausspruch »Die Juden sind unser Unglück« in allen Variationen eingehämmert wurde, predigte ein Pastor der Bekennenden Kirche 1934 in Recklinghausen »Das Heil kommt von den Juden« – und wurde prompt am selben Tag von einem Amtsbruder aus den Reihen der Deutschen Christen bei der Gestapo denunziert. Eine zehnteilige Einleitung stellt die Dokumente in den geschichtlichen Zusammenhang.

In der Reihe Darmstädter Archivdokumente für den Unterricht erschien als erstes eine Mappe mit Dokumenten zum »Jüdischen Leben in Darmstadt 1629–1940«.¹⁶ Die den Dokumenten beigegebene einführende Erläuterung gibt einen knappen vorzüglichen Abriss der Geschichte der Juden in Darmstadt. Die Judenordnung von 1629, rund 150 Jahre fast unverändert immer wieder verkündet, legte die Beschränkungen der jüdischen Lebensbereiche fest. Doch bildete sich praktisch »eine Art Koexistenz« heraus, die bereits um 1700 zu sichtbarer Festigung des jüdischen Lebens führte. Auch Hessen hatte seinen Dohm, den Regierungsrat G. K. Stockhausen, der 1784 in seinen Vorstellungen, »die hiesige Judenschaft betreffend«, z. B. die berufliche Umschulung in Handwerksberufe empfahl. Insgesamt scheinen die Lebensbedingungen der Juden in Darmstadt verhältnismäßig günstig gewesen zu sein, auch wenn die völlige rechtliche Gleichstellung bis 1848 auf sich warten ließ. Etwa ein Viertel der Dokumente entfällt auf die

¹⁵ Zwischen Integration und Verfolgung. Die Juden in Recklinghausen. Eine Sammlung ausgewählter Dokumente, bearb. von GEORG MÖLLERS und HORST D. MANNEL, Recklinghausen: Rudolf Winkelmann 1988 (Dokumentenmappe zur Kirchen- und Religionsgeschichte des Ruhrgebiets 2) DM 14,80.

¹⁶ Hessisches Staatsarchiv Darmstadt (Hrsg.) Jüdisches Leben in Darmstadt. Dokumente 1629–1940. Ausgewählt und erläutert von THOMAS LANGE, Darmstadt 1988 (Geschichte im Archiv 1), DM 10,-.

¹⁴ Jüdisches Schicksal in Köln 1918–1945. Unterrichtsmaterialien. Köln: Stadtarchiv 1989, DM 6,-.

Zeit bis 1900, dann klafft eine Lücke, alle übrigen Dokumente beziehen sich auf die Jahre von 1933 bis 1940. Hier stehen neben Dokumenten der Repression und Verfolgung zahlreiche Zeugnisse der Reaktion der jüdischen Gemeinde auf die veränderten Lebensbedingungen. Der Dokumentenmappe sind eine Literaturliste sowie Hinweise für die Unterrichtsgestaltung beigegeben.

Der Wiederaufbau des im Krieg stark beschädigten Wormser Doms scheiterte aus Kostengründen. Die Ruine wurde 1955/56 abgebrochen. Auf dem Grundstück wurde später ein mehrstöckiges Mietshaus errichtet, in dessen Eingangsbereich heute eine Gedenktafel hängt. Unvorstellbar? Die Reduzierung jüdischer Kulturdenkmäler auf Gedenktafeln (manchmal fehlen sogar diese) ist eine von den vielen Geschichten, die die »Bilder vom jüdischen Leben in Mannheim« erzählen,¹⁷ eine bilderreiche Geschichte mit den Kapiteln Hauptsynagoge, Klaussynagoge, Jugendheim, Synagoge und Schulhaus in Mannheim-Feudenheim, Mikwe, alter Friedhof. Allein, was wiegt das alte Gemäuer gegen die Vernichtung des blühenden Lebens einer großen jüdischen Gemeinde, des vielfältigen Lebens, das der Bildband näherungsweise atmosphärisch zu vermitteln vermag. Die Bilder zeigen jüdisches Leben fast ausschließlich aus jüdischer Perspektive. Abbildungen mit nichtjüdischen Mannheimern sind äußerst selten. Eines dieser wenigen Fotos erzählt eine weitere Geschichte: 1976 – 31 Jahre nach Kriegsende – wird einer Mannheimerin, die 1945 eine jüdische Familie versteckt und so vor der Deportation bewahrt hatte, das Bundesverdienstkreuz verliehen.

Neben Auswahl und Fülle der Fotos sowie der angesprochenen Themen ist die Sorgfalt, die auf die Bildunterschriften verwendet wurde, hervorzuheben. Der Vf. wird uns, steht zu hoffen, einen weiteren Bildband liefern, der die Wechselbeziehungen zwischen Juden und Nichtjuden in Mannheim dokumentiert. Der Herr Oberbürger-

meister sollte sich die Förderung eines solchen Projekts »trotz knapper Haushaltsmittel« sehr angelegen sein lassen. Es gab ja Zeiten, in denen die Stadt unmittelbaren Profit aus der Not ihrer jüdischen Mitbürger zog, übrigens ebenfalls eine Geschichte, die die Bilder dokumentieren. Für die sehr gelungene Ausstattung des Bildbandes gebührt auch dem Verlag Anerkennung.

1985 beschloß der Gemeinderat der Stadt Reutlingen, die Reutlinger Schulen und Schüler zu einem Wettbewerb zur Gestaltung einer Gedenktafel für die jüdischen Bürger der Stadt aufzurufen. Einige Schulklassen und Schüler kamen dem Aufruf nach. Eine Broschüre der Stadtverwaltung gibt vor, den Wettbewerb zu dokumentieren, bringt aber vor allem Äußerungen des Oberbürgermeisters (auf mehr als der Hälfte der Textseiten) zum Abdruck.¹⁸ Daß die Schülerin, deren Arbeit die Jury auswählte, am Ende der »Dokumentation« doch noch ins Bild gerät, ist nur der Wiedergabe eines Zeitungsartikels zu verdanken. Dabei scheint mir der preisgekrönte Entwurf, nach dem die Gedenktafel erarbeitet wurde, außerordentlich bemerkenswert. Die Darstellung zeigt in drei Phasen die Geschichte der Juden unter den Christen: Nebeneinanderleben, Verfolgung und, als Ausblick, Versöhnung in überaus einprägsamer und schlüssiger Symbolisierung. Einiges an Aussagekraft des Entwurfs ist bei der Übertragung in die bronzene Gedenktafel verloren gegangen.

Spät, in den 70er Jahren im allgemeinen, in manchen Fällen anscheinend erst im Zuge der Vorbereitungen zum Pogrom-Gedenkjahr, begannen Stadtarchive Material über die ehemaligen jüdischen Gemeinden und deren Mitglieder systematisch zu sammeln. Hier erwies sich die Mitarbeit der früheren jüdischen Mitbürger als ebenso unerlässlich wie hilfreich. Von großer Bedeutung sind auch die Erinnerungen älterer Bürger, wie sie in Oral History-Projekten gesammelt wurden, oft von Autoren im Hinblick auf geplante Veröffentlichungen. Auf dieser Quellen-

¹⁷ VOLKER KELLER, Bilder vom jüdischen Leben in Mannheim, Mannheim: Edition Quadrat 1988 (Sonderveröffentlichung des Stadtarchivs Mannheim 19), 450 Abb., 172 S., DM 49,80.

¹⁸ Stadtverwaltung Reutlingen (Hrsg.), Die Reutlinger Gedenktafel zur Erinnerung an die jüdischen Mitbürger. Dokumentation eines Schülerwettbewerbs, Reutlingen 1988, Abb., 48 S. (kostenlos).

grundlage ist in den letzten Jahren eine ganze Reihe von »Gemeindegeschichten« entstanden. Diese neueren Arbeiten, von denen hier mehrere vorgestellt wurden, zeichnen sich bezüglich der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg durch umsichtige Verarbeitung der aus Befragungen gewonne-

nen Erkenntnisse aus. Deutlich wird auch ein verstärktes Bemühen, sozialwissenschaftliche Erklärungsansätze zur Interpretation heranzuziehen. Dagegen scheint die Zeit der Nichtwissenschaftler, der Dilettanten in des Wortes bester Bedeutung, vorüber zu sein.

Hans Ruck zum Gedächtnis



Gemeinden und Verbände, Parteien und Vereine leben nicht von der Satzung, sondern von den Menschen, von den Persönlichkeiten. Die Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt hat ganz wesentlich von Hans Ruck gelebt. Er gehörte zum Kreis jener zwei, drei noch Lebenden, die als Gemeindevorstände bei der Gründung unserer Arbeitsgemeinschaft am 5. September 1960 im alten Gengenbach mit dabei waren. Viele kamen und gingen. Mit Hans Ruck hatte die Arbeitsgemein-

schaft indessen einen bleibenden persönlichen und bald im schönsten Wortsinne freundschaftlichen Kontakt. Er hat in diesem Vierteljahrhundert kaum eine der Sitzungen im Führungsgremium des Verbandes, im Hauptausschuß, versäumt, er war bei nahezu sämtlichen Jahres-Mitgliederversammlungen da, nicht nur in persona und nicht nur auf der Teilnehmerliste, sondern als einer, der mitgedacht und mitgestaltet und mitverantwortet hat.

Sein Wort, sehr überlegt und dosiert und keinesfalls um irgendwelcher »Profilierungen« willen vorgebracht, galt für uns alle mehr und mehr. Er hat als einer der ersten darauf hingewiesen, daß die Beschränkung auf die ehemaligen Reichsstädte des deutschen Südens eine zwar ehrenwerte, aber doch unnötig exklusive Sache sei: es gehe um die deutschsprachige »alte Stadt« an sich. Er hat als einer der ersten das Wechselspiel zwischen Stadtsanierung und Stadtgeschichte zur unumstößlichen Kopula deklariert. Und er hat als einer der ersten deutlich den Finger auf die Verjüngung der »Alten Stadt« (des Verbandes) gelegt. Hans Ruck ging es um die Sache. Er konnte in seinen letzten Amtsjahren als Pfullendorfer Bürgermeister an den Vorstand der Arbeitsgemeinschaft nach Esslingen die leidenschaftlichsten Briefe schreiben, klärend, informierend, warnend, aber immer helfend.

Die Arbeitsgemeinschaft hat sich zweimal in Pfullendorf versammelt, in ihrer Frühzeit 1963, und wenige Wochen nach seiner Pensionierung im Herbst 1985. Der erste Besuch ist von niemandem vergessen, der dabei war. Noch war »Stadtsanierung« Raristimum oder ein Reizwort; noch war Stadtgeschichte, wenn es gut ging, eine wissenschaftliche Disziplin fürs Museum und Hochschulinstitut. Und dann standen wir im Sitzungssaal seines köstlichen Rokoko-Rathauses, ließen uns ein Glas Weißherbst in die Hand drücken und hörten Hans Ruck zu, wie er vom Werden »seiner« Stadt erzählte, so, als ob er, beiläufig, heiter und voller Hoffnung, von seinen Vätern oder Enkeln erzählte. Hans Ruck war ein Meister städtischer, gemeindlicher Gestaltung und ein Künstler im Stiften ernsthaft-freundschaftlicher Beziehungen. Nicht, daß hinter seinem Charme Wirklichkeitsflucht oder irgend ein halbherziges Laisser-faire gestanden hätte. Er war ein großer, ein zielstrebig-er Arbeiter, und er hatte die seltene Gabe, zwischen Sitzungen und Terminen, zwischen

»floszungen« Reden und Planfeststellungen und aufgedonnerten »Projekten« dem unberührt nachzugehen, was einmal entschieden war und was er für richtig und für notwendig hielt. Als wir das zweite Mal bei ihm waren, hat er uns ein freundliches und aufgeräumtes, »saniertes« Pfullendorf gezeigt, nicht ohne Stolz, aber auch nicht ohne Dank an alle diejenigen, die sich von ihm haben ansprechen und bewegen lassen, in einer Anstrengung, die Wortwendung hätte er gerade noch gelten lassen, zum Wohle des Ganzen.

Seine Geschichtsliebe hatte etwas wohlthuend Unpräzises, Selbstverständliches. Er war einer der aktiven Jünger der Historie und war, wenn auch nicht mit akademischen Ehren bedeckt, einer von der Zunft. Daß er für die Herausgabe stattlicher Geschichts- und Quellenwerke Pfullendorfs gesorgt hat, hat man weiter gar nicht mit Staunen aufgenommen, und daß er die Sanierung seiner Stadt mit zeitgenössischen Bild- und Textbelegen begleitet hat, auch nicht. Hans Ruck hat in der Geschichte gelebt, auch gerade in der regional bestimmten. Der Linzgau war seine Heimat im schönsten, im tiefsten Sinne des Wortes, und wenn ihn einer als einen »Schwaben« begrüßte, konnte er ärgerlich werden: er war Alemanne.

Aber kein festgelegter, unbeweglicher Konservativer. Sein Geschichtsverständnis war so sehr vom Leben und von der Gegenwart getragen, daß er das nie kannte, das ohnmächtige Gekettete an »Quellenbelege«, das egale, sich selbst genügende Bewahren, das Erhalten um jeden Preis. Leben sollte man, in seiner Stadt ebenso wie in der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt, der er im Laufe der Jahre so etwas wie ein Ältestenrat geworden war. In den wenigen Ruhejahren, die ihm nach seiner Pensionierung als Pfullendorfer Bürgermeister noch gegönnt waren, konnte er sich in sein Stübchen zurückziehen und Geschichte forschen und Geschichte schreiben. Aber er hat auch die »Alte Stadt« als einen Bund von Verantwortlichen auf die notwendigen Häutungsprozesse und die notwendigen Gefahren der Verkrustung aufmerksam machen können, gar nicht wie ein pausbäckiger Nostalgiker, sondern als einer, der das Führen im besten Sinne des Wortes gewohnt war.

Für bewährte Tradition und gegen bornierten Präsentismus: so hätte seine Parole lauten können. Mit dieser selbstverständlichen, von festem christlichen Glauben genährten Gewißheit hat er sich zu den, eigentlich zu allen Veranstaltungen und Unternehmungen der »Alten Stadt« eingefunden, einer der pünktlichsten Leser dieser Zeitschrift, sie stand in Reih und Glied hinter seinem Schreibtisch im Rathaus. Er hat nie gefehlt, man hat immer mit ihm rechnen, man hat sich immer auf ihn verlassen können. Wenn man die dreißig Jahre gemeinsamer Arbeit bedenkt, war er der Treueste. Dafür danken wir ihm von Herzen. Sein liebenswertes Lachen, seinen »eigenen« und wachen Geist werden wir sehr vermissen.

»Ja, wir können es alle noch nicht fassen«, schrieb uns dieser Tage seine Frau Annegret geborene Kny, die ihn fast regelmäßig auf den Wegen zur »Alten Stadt« begleitet hat, »daß mein lieber Mann nicht mehr bei uns ist. Er steckte noch so voller Pläne und Ideen für seine Hilfe in der Ex-DDR, von wo er ein paar Tage zuvor zurückgekommen war. Er hatte sich in diesen zehn Tagen ziemlich verausgabt und wir wollten uns beim Skifahren wieder fit machen. In der vereisten Liftspur fielen vor uns zwei Mädchen heraus und rissen uns mit. Wir landeten im Tiefschnee und mußten etwa 25 bis 30 Meter steil hinaufsteigen, und das bei Föhnwetter. Plötzlich fiel er um wie ein Baum. Und alle Hilfe kam zu spät.«

Die Autoren

OTTO BORST (1924). Begründer des Lehrstuhls für Landesgeschichte an der Universität Stuttgart, hat einen Großteil seiner publizistisch-wissenschaftlichen Arbeit der Geschichte der deutschen Stadt gewidmet (Bibliographie in Otto Borst, Babel oder Jerusalem. Sechs Kapitel Stadtgeschichte, Stuttgart 1984, Theiss Verlag, S. 605–632). Seit 1960 ist er Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt e.V.

MARIE-ELISABETH HILGER. Dipl.-Soziologin, studierte Wirtschaftswissenschaften, Sozialwissenschaften und Sozial- und Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten Bonn, Köln, Berlin und Hamburg und promovierte 1966 zum Dr. rer. pol. Nach verschiedenen Forschungs- und Assistenz Tätigkeiten seit 1975 Professorin für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an der Universität Hamburg. Veröffentlichungen u. a. zur Wissenschafts-, Universitäts- und Begriffsgeschichte, dazu zur Sozialgeschichte von Arbeit und Arbeiterschaft, sowie von Stadt und Medizin.

WILHELM RIBHEGGE (1940), lehrt deutsche und europäische Geschichte an der Universität Mün-

ster. Demnächst erscheinen »Hamm. Geschichte der Stadt und Region im 19. und 20. Jahrhundert« bei Patmos/Schwann in Düsseldorf und »Europa, Nation, Region. Perspektiven der Stadt- und Regionalgeschichte« bei der Wissenschaftlichen Buchgesellschaft in Darmstadt.

WINFRIED SPEITKAMP (1958). Studium der Geschichte an der Universität Marburg. Promotion 1986 in Marburg mit einer Arbeit zum Thema »Restauration als Transformation. Untersuchungen zur kurhessischen Verfassungsgeschichte 1813–1830«. Seit Herbst 1986 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Institut der Universität Gießen. Veröffentlichungen zur hessischen Geschichte, zur Bildungsgeschichte sowie zur Geschichte der Denkmalpflege in Deutschland (derzeitiger Forschungsschwerpunkt).

GERHARD F. VOLKMER (1942). Studium der Kerntechnik, später der Geschichte und Psychologie in Tübingen. Mitarbeiter am Wirtschaftsarchiv Baden-Württemberg, Hohenheim. Veröffentlichung: »Ostjudentum und Ostforschung 1933–1945«, u. a.

Besprechungen

EBERHARD RÖHM / JÖRG THIERFELDER, *Juden, Christen, Deutsche, Bd. 1: 1933–1935, Stuttgart: Calwer 1990, 451 S., zahlr. Abb., DM 29,80.*

Wer ob der Fülle der Literatur zum Nationalsozialismus und über das sog. Dritte Reich der Meinung sein sollte, hier könne nun aber wirklich nichts Neues mehr an Informationen, Einsichten und Kenntnissen aufgezeigt werden und deshalb sei hier das Ende der Spurensuche/Oral History gekommen, wird rasch eines Besseren belehrt, wenn er »Juden – Christen – Deutsche« aufschlägt. Was Eberhard Röhm und Jörg Thierfelder bereits im Bd. I (1933–1945) ihres auf 4 Bände angelegten Werkes an neuen Materialien vorlegen und daraus abgeleitet verarbeiten, zeigt nur zu deutlich, daß es noch eine Reihe von Themenfeldern, Berufsgruppen sowie Institutionen gibt, die gefordert sind, historisch-politische Erinnerungsarbeit zu leisten. Dies offensichtlich ganz besonders dann, wenn – wie die beiden Autoren ihre Arbeit methodisch angelegt haben – eine ganzheitliche Betrachtungsweise des Themas mit vielen individuell präsentierten Einzelschicksalen vernetzt wird: »Politik von unten« und/mit »Politik von oben«, wobei die Autoren, ob ihres Untersuchungsgegenstandes gepaart mit vorzüglicher Kompetenz, vorrangig Kirchenpolitik analysieren und in ihrem Werk aufzeichnen. Spezielle Aufmerksamkeit wird immer wieder regional den württembergischen und badischen Kirchen eingeräumt. Die Fülle der vorgelegten Dokumente erhöht dabei die Authentizität der Aussagen. Dies ist – bei einem gewiß besonders sensiblen kirchlich/religiösen Politikbereich – Röhm und Thierfelder exzellent gelungen. Die Fülle der vorgelegten Dokumente erhöht dabei die Authentizität. Eine erste Einsicht, die nicht wenige Leser herausfordernd beschäftigen dürfte: Da wurden Kirchenmänner zu Politi-

kern – ob sie wollten oder nicht; da wurden die Amtskirchen der beiden größten christlichen Religionen in Deutschland zum NS-Selbstverständnis von Rassismus/Christentum parteipolitisch herausgefordert, gebraucht und mißbraucht. Daraus erwachsen, wie die Autoren belegen, tiefgreifende Konsequenzen für Kirche, Kirchenvolk und selbstverständlich für kirchliche Amtsträger. Die Dokumente belegen es: Der Rassismus beeinflusste – oder muß man unter dem Eindruck der Taten/Untaten feststellen – infizierte und steuerte das Christentum partiell so intensiv, daß Anpassung/Widerstand/Verfolgung das Verhältnis von Kirchen und NS-Politik bestimmten. Kreuz und Hakenkreuz kooperierten fallweise, und sie bekriegten sich zunehmend von 1933–1935 mit radikaleren Tendenzen. Rassismus kannte – und kennt – viele Facetten. Für die Nationalsozialisten war entscheidend für die Beurteilung der Kirche: Wie stellt sie sich zum Judentum? Jude war, und daraus ergab sich das Konfliktpotential mit den Kirchen, keine Religions- oder Konfessionszugehörigkeit, sondern durch das Blut bestimmte Rasse. Der Jude war der Feind, und der deutsche Arier wurde zum Maßstab der unterscheidenden Besonderheiten. Dieser Maßstab beherrschte den Kirchenkonflikt, und so ist es alles andere als zufällig, daß die Titelseite des Werkes den Davidstern zeigt mit dem zugeordneten Substantiv »Ausgegrenzt«. Kein Wunder also, wenn das Beziehungsgeflecht Juden/Christen durch die NS-Rassisten für »Nichtarische Christen« ebenso in eine existenzbedrohende Lage geriet wie z. B. die auch als Geistliche selbst in der eigenen Kirche nicht überall anerkannten religiösen Sozialisten. Die von den Nazis so bewertete »politische Geistlichkeit« geriet gezielt in das Feuer der »Geheimen Staatspolizei«. Hier beschreiben und erklären die Autoren bislang – sehr verdienstvoll! – unerforschte Schicksale. Wo dann

die verführerische Norm »Deutschtum« zur unterscheidenden besonderen Wertigkeit führte, findet die NS-Weltanschauung immer wieder auch kirchliche Akzeptanz. Spätestens an dieser Stelle wird dem Leser bewußt, warum im Titel des Werkes »Deutsche« steht. Der Leser fragt sich immer wieder, ob denn nicht erkannt wurde, daß sich unter dem Maßstab »Volk und völkisch / Deutschtum« Rassenstolz und nicht Staatszugehörigkeit versteckt. Der Volksgenosse und Parteigenosse hatte Arier und damit Deutscher zu sein. Dies war die Zielvorstellung der NS-Rassisten.

Fazit: Eberhard Röhm / Jörg Thierfelder, bereits durch die im Auftrag der EKD 1981 zusammengestellte und dokumentierte Ausstellung im Berliner Reichstagsgebäude »Evangelische Kirche zwischen Kreuz und Hakenkreuz«, haben wiederum ein sehr ehrliches und mutiges Werk vorgelegt. Ehrlich deshalb, weil sie nicht, wie heute fast Mode, Name, Funktionen und Untaten hinter Datenschutz verstecken, wenn über betroffene Täter gegen Juden und Judentum aufgeklärt wird, wozu auch die Ausführungen zum Anti-Rassismus beitragen. Das Attribut »mutig« verdienen die Autoren mit ihrer Arbeit auch deshalb, weil sie die Fakten so beim Namen nennen, daß sie nicht nur Beifall finden werden. Die Anstöße zur Selbstbesinnung und Diskussion ermöglichen eine Trauerarbeit, wie sie noch lange nicht überall geleistet wurde. Neue Fragen eröffnen sich: Wer verdient »Heil:« als Zuruf und bei Briefunterschriften? Noch intensiver: Wem sollen die Kirchen ihre Gebete öffnen, wenn sie in der Religion personalisieren? In der Religionspädagogik wird das Buch unentbehrlich: Feindbilder von Antisemitismus/Antijudaismus, die Feindbilder vom Rassismus sind weiterhin aktuell und unter uns. Allein 18 Schändungen jüdischer Friedhöfe/KZ-Gedenkstätten in Baden-Württemberg 1990 aktualisieren den Buch-Inhalt. Gespannt darf man die weiteren Bände erwarten. So richtig es ist, daß die betroffene Kirche zuvorderst das Thema einer problematischen Vergangenheit verarbeitet, wird man weiter fragen müssen, ob ein Dialog darüber mit interessierten Juden nicht eine fruchtbare Bereicherung der Publikationsreihe sein könnte. Martin

Buber hat, wie Röhm und Thierfelder vermitteln, die Begegnung Juden – Christen – Deutsche in der Krise nicht gescheut.

Stuttgart

Heinz Lauber

MICHAEL KLÄGER, *Die Mainzer Stadt- und Festungserweiterung. Kommunale Politik in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts (Beiträge zur Geschichte der Stadt Mainz 28), Mainz: Stadtarchiv 1988, zahlr. Abb., 299 S., brosch. DM 48,-.*

Deutschland ist eines der klassischen Länder mit einem weitgehend dezentralisierten föderalistischen System. Deshalb hat es auch nach der Reichsgründung von 1871 keineswegs einen einheitlichen Rahmen für Verfassung und Aufgabenerfüllung der Gemeinden gegeben, sondern in jedem Bundesstaat, von Preußen über Sachsen oder Baden bis zu den thüringischen Kleinstaaten, einen anderen. Mehr als anderswo wird in Deutschland die Stadtgeschichte zum Vergleichen gedrängt – auf der Grundlage von konkreten Fallstudien. Einen Beitrag dazu kann diese Mainzer Dissertation von 1986 bieten, die jetzt im Druck vorliegt und dank Beihilfen der Stadt, der Sparkasse und des Autors mit Tabellen, Plänen und Graphiken sowie Sach- und Personenregistern gut ausgestattet ist.

Der Autor geht zuerst chronologisch vor (dazu beginnt er bei Adam und Eva, also der Römerstadt, S. 13 ff.), und dann erst nach strukturellen Fragen (wirtschaftliche Interessen, S. 145 ff., Wohnverhältnisse, S. 173 ff., Kommunalpolitik, S. 234 ff.), deren Behandlung ein mitten hinein gerücktes, nicht etwa abschließendes und zusammenbindendes »vergleichendes« Kapitel (S. 212 ff.) unterbricht, das aber deskriptiv bleibt.

Die Frage einer Erweiterung der Festungsstadt stellte sich erstmals 1858 (S. 37 ff.). Bis zu den Plänen des Stadtbaumeisters Kreyszig (1872/79) stellt der Autor dann eine Vielzahl von Projekten und Projektchen dar, die er mühe-

voll vor allem aus ungeordneten Aktenbüscheln im Stadtarchiv herausgearbeitet hat. Leider geht aber die gewichtige Beurteilung dieses durchaus interessanten Materials ziemlich unter im Zwang zur chronologischen Folge und im Blick auf unerhebliche Details (z. B. Meinungen der lokalen Presse zum Krieg von 1866, oder Gründung eines Versicherungsvereins, S. 66f.).

Für den stadtgeschichtlich vergleichenden Leser scheint mir jenseits der Mainzer Ereignisse die Art wichtig, in der dort drei allgemeine Probleme bewältigt wurden. Zunächst war allen Stadterweiterungen von Festungsstädten in dieser Zeit (etwa Straßburg, Erfurt, Köln) der zähe Kampf gegen die Militärverwaltung gemeinsam. Sie wollte zwar durchaus auch aus ihren eigenen strategischen Gründen die Festungsanlagen nach außen verschieben, stellte das aber nach außen als reines Entgegenkommen an die Stadt dar und erwartete dafür hohe Ablösungszahlungen, was meist erst einmal zu einer Stockung führte. In Mainz kam entscheidende Bewegung in die Sache erst, als sich 1868 die Besitzer von Grundstücken vor der Stadt, die durch die weitgehenden Bauverbote für das Schußfeld in der baulichen Nutzung ihres Eigentums beschränkt waren, freiwillig erbaten, für die Ablösung eines Teils der Rayonbeschränkungen 150000 Taler aufzubringen (S. 65ff.). Da scheint die preußische Militärverwaltung schnell ihre Chance erkannt zu haben, durch Verzicht auf alle Beschränkungen sogar 4000000 Gulden zu erhalten; allerdings hat der Autor dazu nicht in Merseburg nachgeforscht, dem einschlägigen, doch vor der Wende in der DDR nicht ganz einfach zugänglichen Archiv.

Ein zweites wichtiges Element stellten die Auseinandersetzungen über die Aufbringung solcher für damalige Zeiten gewaltigen Summen dar. Auf Grund der Quellenlage wird hier ein Panorama der lokalen Konfliktparteien geboten: ad hoc gebildete Vereine zur Vertretung der Interessen der Grundeigentümer, einzelne größere Bauunternehmer, eine erste wichtige Terraingesellschaft, eine Art Bündnis im Gemeinderat schließlich zwischen antipreußischen Demokraten und Sozial-Katholiken gegen die Liberalen als Verfechter des »Eigennutzes«. Schließlich

erwuchs aus der 1868 geäußerten Bereitschaft der Besitzer, sich an den Kosten zu beteiligen, die Idee einer Sondersteuer, die nach sechs Zonen der zu erwartenden Werterhöhungen differenziert wurde (S. 92). Der weitere Weg der Stadt (die Akten der Landesregierung sind im Krieg verbrannt, S. 1) zur Durchsetzung dieser für deutsche Verhältnisse außergewöhnlichen Art der Finanzierung wird leider nicht mehr dargestellt; kommentarlos ist im Anhang nur das entsprechende hessendarmstädtische Landesgesetz von 1873 abgedruckt (S. 274–276).

Die dritte Besonderheit der Mainzer Stadterweiterung bestand schließlich – wie auch kurz darauf in Straßburg – im Nebeneinander von kommerzieller Verwertung des von der Stadt aufgekauften Festungsgeländes und administrativer Bändigung der im übrigen Gelände freigesetzten privaten Initiative. Die Zeitgenossen unterschieden die städtische »Gartenfront« vom privaten »Gartenfeld«, was dem nicht ortskundigen Leser leicht entgeht, wie der Autor leider erst am Ende seiner Arbeit bemerkt (S. 250). Nach fast vierzig Jahren konnte die Stadt 1909 in einer letzten Bilanz einen Gewinn von über 1,3 Millionen Mark aus dem Verkauf von Gartenfront-Grundstücken verbuchen (S. 139ff.). Zudem hatte sie sich gut gegen die Privatinteressen behauptet; aus dem Gartenfeld hatte die Sondersteuer weitere 1,4 Millionen Mark eingebracht. Damit konnte die Stadt Mainz das Fehlen von Erschließungskostenbeiträgen, wie sie z. B. als »Anliegerbeiträge« in Straßburg seit 1878 erhoben wurden, teilweise ausgleichen. Die Abtretung von Land für öffentliche Straßen oder die Parzelleneinteilung des Neubaugebietes, von der seine ganze weitere Ausnutzbarkeit für den Bau von Mietskasernen abhing, regelte schließlich seit 1875 ein weiteres Landesgesetz (S. 113ff., Gesetzestext S. 277–281) – freilich in einer durchaus anderen Weise als in Preußen. Zur Relativierung von Preußens übermächtiger Rolle als Objekt der Stadtplanungsgeschichte kann diese Arbeit beitragen – wenn auch unausgesprochen.

Strasbourg/München

Stefan Fisch

ROLF WITTENBROCK, *Bauordnungen als Instrumente der Stadtplanung im Reichsland Elsaß-Lothringen (1870–1918). Aspekte der Urbanisierung im deutsch-französischen Grenzraum (Saarbrücker Hochschulschriften 11)*, St. Ingbert: W. J. Röhrig 1989, 24 Abb., 336 S., brosch. DM 38,-.

Vom Ende des Deutsch-Französischen Kriegs 1870/71 bis zum Ende des Ersten Weltkriegs 1918 bildeten das Elsaß und ein Teil Lothringens als »Reichsland Elsaß-Lothringen« einen Teil des Deutschen Reiches. An diese Zeit erinnern den Reisenden heute noch beispielsweise das Bahnhofsviertel und die Festungsanlagen von Metz oder die Straßburger »Neustadt« um Universität und Kaiserpalast/Palais du Rhin. Dieses Erbe deutscher neohistoristischer und wilhelminischer Architektur und Stadtgestaltung in Frankreich ist erheblich besser erhalten als etwa in Leipzig oder Berlin – aber erst seit kurzem wird es auch in Reiseführern wie dem neuen »Guide Bleu Alsace« (Verlag Hachette, Paris 1990) eingehend gewürdigt.

Von einzelnen Bauwerken abstrahierend, nimmt sich die Studie von Rolf Wittenbrock eine doppelte Aufgabe vor: das Entstehen allgemeiner städtischer Bauordnungen als Instrument des behördlichen Einflusses auf Architektur und Stadtgestaltung darzustellen, und diesen Prozeß als Beispiel für die Überlagerungen von nationalen Rechtsvorstellungen und Verwaltungstraditionen im Grenzraum zu interpretieren. »Interferenzraum« heißt die Metapher für den Gegenstand eines umfangreichen Forschungsprogramms, in dessen Rahmen Rainer Hudemann diese Saarbrücker Dissertation betreut hat. Die nun vorliegende Buchfassung läßt in ihrer sorgfältigen Ausstattung mit Tabellen, Graphiken und Karten und eingehenden Archivalienverzeichnissen nur den Wunsch nach Personen-, Orts- und Sachregistern offen.

Die Arbeit geht chronologisch vor und setzt damit ein, die recht eigentümerfreundliche Entwicklung des französischen Baurechts bis 1870 zusammenzufassen. Klar herausgearbeitet wird

(S. 47ff.), daß die französische Verwaltung »plans d'alignement«, eine Art Fluchtlinienpläne, nur im Rahmen der »grande et petite voirie« erstellte, nämlich nur für die Grundstücke, die an bestehende öffentliche Straßen grenzten. Noch nicht existierende Straßen, das klassische Objekt der in Deutschland entstehenden Stadtplanung, blieben ebenso außerhalb des Blickfeldes der französischen Administration wie das Innere der Häuser, die das klassische Objekt der jenseits des Rheins entstehenden Bauvorschriften waren – »mehr Licht und Luft« lautete dafür die Formel Reinhard Baumeisters in Karlsruhe. Auch wenn das französische Recht im Prinzip, teils auch nur als Sonderrecht für das Paris Napoleons III. und seines Präfekten Haussmann, eine Reihe weitergehender Interventionsmöglichkeiten kannte, wurden sie vielfach nicht angewendet.

Nach mehr strukturell orientierten Überblicken über Städtewachstum (S. 71ff.) und Verwaltungsorganisation (S. 93ff.) im Reichsland konzentriert sich die eingehende Darstellung dann auf die drei elsässischen Städte Straßburg/Strasbourg, Colmar und Mülhausen/Mulhouse sowie die drei lothringischen Städte Metz, Diedenhofen/Thionville und Saargemünd/Sarreguemines. Straßburg machte bei der Umformung des zunächst unverändert von Frankreich übernommenen allgemeinen Baurechts den Anfang (S. 134ff.), nicht nur als größte Stadt und Hauptstadt des Landes, sondern vor allem deswegen, weil Handlungsbedarf bestand; mit der Festungsverlegung Richtung Westen waren große Bauterrains für die »Neustadt« frei geworden. 1878 legte der Straßburger kommissarische Bürgermeister-Verwalter Otto Back einen Gesetzentwurf zur grundsätzlichen Einschränkung der Baufreiheit in der Straßburger Neustadt vor. Er war stark an der neuen Tendenz zu dichten und umfassenden Regelungen orientiert, die das preußische Fluchtliniengesetz von 1875 beispielhaft ausdrückt. Doch in ihren vom französischen Recht inspirierten Abänderungswünschen zugunsten der Grundeigentümer trafen sich die Notabeln im Landesausschuß in Straßburg durchaus erfolgreich mit Staatssekretär Herzog im Reichskanzleramt für Elsaß-Lothringen in

Berlin – gegen den vordem preußischen Beamten Back.

Das so veränderte Landesgesetz von 1879, das seit 1892 auf weitere Gemeinden ausgedehnt werden konnte und zu dem 1910 noch das vorbildliche Gesetz zum Schutz des Ortsbildes vor Verunstaltungen kam (S. 229f. und 250ff.), öffnete deutschen Auffassungen von der Aufgabe der Verwaltung im Bauwesen in Verbindung mit einer neuen Personalpolitik die Tür. Die Intervention zugunsten des »Gemeinwohls« gegen private Interessen drang vor, erst recht, als ihr örtliche Bauordnungen der Bürgermeister (S. 163 ff.) ein weiteres Handlungsfeld gaben. Nachbarrechtliche, feuerpolizeiliche und hygienische Vorschriften für den Bau und Erhalt der Häuser, die im französischen Recht weit verstreut waren, wurden so in der deutschen Verwaltungspraxis zusammengefaßt und intensiviert, wobei man sich – außer in Mülhausen, das 1898 erste Zonungsvorschriften aus Basel übernahm – v.a. an Baumeisters Normal-Bauordnung oder an den Berliner Baupolizeivorschriften orientierte.

Den Abschluß bildet ein Ausblick auf die Kontinuität des Baurechts nach 1918 (S. 278 ff.). Einerseits war Paris damals nicht gewillt, partikuläre Besonderheiten im früheren Reichsland zum Ausgangspunkt einer allgemeinen Dezentralisierung zu machen, andererseits versandete bald auch Millerands weitgespanntes Projekt, das jeweils Geeignetste aus altfranzösischer wie reichsländischer Gesetzgebung zu einer neuen Synthese zusammenzuführen. Teils wurden elsaß-lothringische Vorschriften in neue französische Gesetze integriert, teils wurden sie als »droit local« vorläufig, und seit 1951 (!) endgültig beibehalten. Im Ausbaustand ihrer kommunalen Leistungsverwaltung wie in ihren stadtplanerischen Befugnissen stehen viele ehemals reichsländische Städte daher bis heute deutschen Modellen nahe – für das Frankreich nach 1918 freilich fungierten sie »nur mit erheblichen Einschränkungen als Interferenzraum« (S. 293).

Wie bei jeder empirisch reichen Arbeit lernt man viel – und will noch mehr wissen: Welche Rolle spielte für die Normentstehung der Aufstieg der Parteien seit der Jahrhundertwende,

etwa in Straßburg der Naumannsche Liberalismus von Rudolf Schwander, Bürgermeister von 1906 bis 1917, oder die reformistische Sozialdemokratie, aus der Jacques Peirottes, sozialistischer Maire von 1919 bis 1929 ebenso kam wie Charles Hueber, kommunistisch-autonomistischer Maire von 1929 bis 1935? – Welche Bedeutung für die Normdurchsetzung hatten bestimmte Verwaltungspraktiken, etwa das 1885 aus Berlin oktroyierte deutsche Prinzip der zu meist juristisch-staatswissenschaftlich vorgebildeten Berufsbürgermeister gegenüber der Maire-Verfassung? – In welcher Weise wurden schließlich die Normen der Bauordnung tatsächlich durchgesetzt? Handhabten etwa die Bürgermeister und dann die Maires ihr mit dem neuen Recht zum Erlaß von Bauordnungen verbundenes Recht zur Gewährung von Ausnahmen (vgl. dazu z. B. im Stadtarchiv Straßburg den fortlaufenden Bestand Div. V, 1/1 bis 4/18, baupolizeiliche Anordnungen der Maires 1914–1947) im Sinne alter Notabehn-Politik und Nicht-Anwendung von Gesetzen? Hier sollte angeschlossen werden, um – genau wie dieses Buch – fruchtbar über das Trennende von Epochenjahren wie 1870 oder 1918 hinauszudeuten.

Strasbourg/München

Stefan Fisch

GERD GRÖNING / ULFERT HERLYN (Hrsg.) *Landschaftswahrnehmung und Landschaftserfahrung. Texte zur Konstitution und Rezeption von Natur als Landschaft (Arbeiten zur sozialwiss. orientierten Freiraumplanung 10)*, München: Minerva Publikation 1990, 174 S., DM 32,-.

Die von Wilhelm Heinrich Riehl bereits im Jahr 1859 geäußerte These »Jedes Jahrhundert hat nicht nur seine Weltanschauung, sondern seine eigene Landschaftsanschauung« war für die Herausgeber leitender Gedanke bei der Zusammenstellung von acht Einzelbeiträgen, die alle Wiederabdrucke von zwischen 1913 und 1977 entstandenen Arbeiten sind. Während der öffentliche Diskurs über ökologische Probleme und Na-

turschutzfragen, primär von naturwissenschaftlichen Gesichtspunkten bestimmt wird, was sich beispielsweise in der Erstellung landschaftspflegerischer Begleitpläne und Umweltverträglichkeitsprüfungen niederschlägt, bemängeln die Herausgeber in ihrer Einleitung die Vernachlässigung sozialwissenschaftlicher Analysen und die Beurteilung des Menschen vorwiegend unter dem Blickwinkel eines Störfaktors im Naturgefüge. Ihr Interesse gilt demgegenüber der historischen Wandelbarkeit des Verhältnis des Menschen zur Natur, unter dem Blickwinkel wie sich »Landschaft« überhaupt erst durch menschliche Bewußtseinsleistung in der Geschichte konstituiert. Mehr als diese grobe Klammer verbindet die im einzelnen recht unterschiedlichen Beiträge allerdings kaum.

So legt der geschichtsphilosophische Beitrag Joachim Ritters »Landschaft. Zur Funktion des Ästhetischen in der modernen Gesellschaft«, der basierend auf einer Rede erstmals 1963 erschien, – im vorliegenden Band leider ohne die im Original umfangreichen Anmerkungen und Belege – seinen Schwerpunkt auf die historische Ausbildung des spezifisch ästhetischen Landschaftserlebnisses in der Neuzeit. Ausgehend von Petrarca's Schilderung seiner im Jahr 1335 durchgeführten Besteigung des Mont Ventoux, kommt Ritter zum Schluß, daß der Mensch Natur erst dann in distanzierter ästhetischer Betrachtung wahrnehmen kann, wenn Freiheit und gesellschaftliche Herrschaft über die Natur erreicht sind. Ritters Arbeit ist geradezu ein Klassiker der Landschaftsästhetik geworden. Georg Simmel dagegen betont in seiner »Philosophie der Landschaft« aus dem Jahre 1913 vor allem den ganzheitlichen Charakter der Wahrnehmung von Landschaft. Auch er setzt eine Distanzierung als Basis ästhetischer Betrachtung voraus, betont aber die Einheitlichkeit der Landschaft, die nicht als mechanische Zusammensetzung aus einzelnen Bestandteilen ableitbar sei.

Auf den engen Zusammenhang, der zwischen spezifischer Landschaftswahrnehmung und dem praktischen Umgang mit der nichtmenschlichen Natur bestehen, weisen mehrere Beiträge des Bandes hin. So untersucht Helmut Schelsky das Freizeitverhalten in der Landschaft, Brigitte

Wormbs innerhalb eines marxistischen Interpretationsrahmen die ökonomische Ausbeutung unersetzlicher Naturressourcen und Hans Freyer die historisch unterschiedlichen Verhaltensweisen gegenüber der Landschaft, wobei er die Subsumierung von Landschaft unter ökonomischen Zweckgesichtspunkten seit der Industrialisierung für dominant hält.

Angesichts der derzeitigen ökologischen Diskussion haben die Beiträge trotz ihrer oft lange zurückliegenden Erstpublikation nicht an Aktualität verloren. Denn sie alle machen deutlich, daß es primär menschliche Werthaltungen und Wahrnehmungsweisen sind, die das Verhalten zur Landschaft bestimmen. Renate Krysmanski macht das in ihrem Beitrag besonders deutlich, wenn sie die Umwandlung der bäuerlichen Landwirtschaft in eine Agrarindustrie schildert und die konkrete Landschaftsplanung immer auch vor der Herausforderung sieht, menschliche Werthaltungen und Zielvorstellungen zu berücksichtigen.

Innerhalb der Sozial- und Geisteswissenschaften, dürfte die Grundthese der Herausgeber von der kulturspezifischen Interpretation von Natur und Landschaft weitgehend auf Zustimmung stoßen. Dem vorliegenden Band wäre daher vor allem eine Verbreitung in Kreisen der Landschaftsplaner und Landschaftsökologen zu wünschen, um hier überfällige Diskussionen anzuregen und den bisher fast ausschließlich vorherrschenden naturwissenschaftlichen Bezugsrahmen in der Diskussion um Umweltprobleme in Frage zu stellen. Befördert wäre dies sicher durch Aufnahme eines Beitrages zur spezifischen Interpretation der Natur unter ökologischem Systemdenken worden. Denn auch hierbei handelt es sich um eine historisch gewachsene Wahrnehmungsweise, die gegenüber anderen keinen höheren Objektivitätsanspruch für sich in Beschlag nehmen kann. Immerhin gibt es auch zu diesem Themenkomplex eine Reihe fundierter Arbeiten, so von dem Biologen Ludwig Trepl, der mehrfach die historische Herausbildung des ökologischen Deutungsschemas nachgezeichnet hat.

Schwäbisch Gmünd

Bernd Kleinhans